



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.

W4
35

150.1

- Bath 15285







Hans von Reinhard

Bürgermeister des eidgenössischen Standes Zürich

und

Landammann der Schweiz.



Hans von Reinhard

Bürgermeister des eidgenössischen Standes Zürich

und

Landammann der Schweiz.

Beitrag zur Geschichte der Schweiz

während der letzten vier Jahrzehnte;

bearbeitet

nach Reinhardts nachgelassenen Denkschriften, Tagebüchern und Briefwechsel

von

Conrad von Muralt,

Alt-Bürgermeister des Kantons Zürich.

Zürich,

bei Drell, Füßli und Compagnie.

1838.

Sammlung von Acten und zahlreichen, aus verschiedenen Federn geflossenen, Denkschriften bekannt. Dieses, nebst der Überzeugung dadurch eine Pflicht dankbaren Andenkens zu erfüllen, brachte ihn zu dem Entschlusse, dem Verewigten, durch eine einfache Darstellung seines Lebens und Wirkens, womit freilich auch ein Umriss der Zeit, in welche dieselben fielen, verbunden werden mußte, ein bescheidenes Denkmal zu stiften. Zugleich durfte er hoffen, dadurch einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Ausfüllung mancher Lücken in unsrer vaterländischen Geschichte zu liefern.

Vielleicht dürfte man es etwas gewagt finden, diese Darstellung schon in einer Zeit erscheinen zu lassen, wo die Aufreizung der Gemüther, welche von jeder Staatsumwälzung unzertrennlich ist, sich noch nicht überall und gänzlich gelegt hat. Vielleicht auch werden manche, die der neuen Generation angehören, erzogen unter umgestalteten Verfassungen, Ansichten und Begriffen, sich behaglicher fühlen bei der Aussicht auf die reichhaltigen, durch einen segensreichen Friedenszustand angebahnten, Entwicklungen in allen Fächern des menschlichen Strebens und Wissens, und sich nicht ohne Mühe in jene früheren Verhältnisse zurück versetzen, welche so schwer auf ihren Vätern lasteten, während alle Schrecken des Krieges, ununterbrochen und erschöpfend, über Europa walteten,

Vorfahren zueignen ohne in denselben Fehler zu verfallen;
mögen sie immer geneigt sein, achtungswürdigen Männern
ohne Scheu Achtung zu zollen; möge die allmächtige
Vorsicht stets gnädig über das geliebte Vaterland wachen.

Zürich, im Monat August 1838.

Der Verfasser.

Inhalts-Verzeichniß.

	Seite.
Erster Abschnitt.	
Reinhard's Geburt, erste Erziehung, akademisches Leben. Vom Jahr 1755—1775.	1— 7
Zweiter Abschnitt.	
Reisen. 1775—1777.	8—12
Dritter Abschnitt.	
Eintritt in die Staatskanzlei. Anstellung im Thurgau als Landammann, und Sendung als Legations-Sekretär nach Genf. Achtzehnjähriger Kanzleibienst. Ernennung zum Landvogt in Baden. 1777—1795.	13—25
Vierter Abschnitt.	
Reinhard, Landvogt zu Baden. Staatsumwälzung in der Schweiz. Seine Rückkehr nach Zürich. 1795—1798.	26—32
Fünfter Abschnitt.	
Zustände Zürichs. Einzug der Franzosen. Expressionen. Reinhard, Mitglied der provisorischen Municipalität. Neuer Ausbruch des Kontinental-Kriegs. Er wird als Geisel nach Basel abgeführt; Befreiung und Rückkehr. Schlacht bei Zürich. 1798—1799. ,	33—45

Sechster Abschnitt.

Erste Folgen der Wiederbesezung Zürichs durch die französischen
Heere. Innere Zustände bis zum Späthjahr 1802. Reinhard
Mitglied, hernach Präsident der Municipalität. 1799—1802. 46— 58

Siebenter Abschnitt.

Die Urkantone sprechen ihre unverjährten Rechte an. Allgemeine
Gährung in der Schweiz. Zürich von den Truppen der hel-
vetischen Regierung beschossen. Allgemeiner Aufstand. Die
helvetische Regierung wird bis an die Grenzen der Schweiz
vertrieben. Der erste Konsul schreitet mit bewaffneter Macht
ein. 1802. 59— 81

Achter Abschnitt.

Die Franzosen besetzen Zürich. Unmittelbare Folgen. Wahl der
Abgeordneten zur Consulta in Paris. Reinhard, dazu ge-
wählt, wird gefangen gesetzt, wieder frei gegeben, und reist
dahin ab. Zustände Zürich's während der ersten Monate
seiner Abwesenheit. 1802. 82— 89

Neunter Abschnitt.

Des ersten Konsuls Vermittlungswerk. Einleitungen zu demselben.
1802—1803. 90—114

Zehnter Abschnitt.

Fortsetzung. Des ersten Konsuls Vermittlungswerk. Die Depu-
tirten arbeiten an den verschiedenen Kantonal-Organisationen.
1802—1803. 115—125

Elfster Abschnitt.

Fortsetzung. Des ersten Konsuls Vermittlungswerk. Unmittel-
bare Unterhandlungen mit demselben. 1803. 126—136

Zwölfter Abschnitt.

Fortsetzung. Durch Reinharbs Einwirkung werden vier Dörfer
mit dem Kanton Zürich vereinigt. Beschluß der allgemeinen
Unterhandlungen. 1803. 137—142

Dreizehnter Abschnitt.

Übergabe des Vermittlungswerks. Abreise der schweizerischen Abgeordneten. Reinhard's Rückkehr. 1803. 143—149

Vierzehnter Abschnitt.

Einführung der Mediations-Verfassung im Kanton Zürich. Erste Tagsatzung zu Freiburg. Unruhen im Kanton Zürich. Tagsatzung zu Bern. Außerordentliche Gesandtschaft der Schweiz nach Paris zur Krönung des Kaisers. Wiederausbruch des Kontinental-Krieges. Außerordentliche Tagsatzung zu Solothurn. Ordentliche Tagsatzung zu Basel. 1803—1806. 150—159

Fünfzehnter Abschnitt.

Reinhard, Landammann der Schweiz. 1807. 160—165

Sechzehnter Abschnitt.

Tagsatzung zu Luzern. Wiederausbruch des Krieges zwischen Frankreich und Oesterreich. Tagsatzung zu Freiburg. Reinhard wird in das kaiserlich-französische Hauptquartier abgeordnet. 1808—1809. 166—181

Siebenzehnter Abschnitt.

Der Vermittler bringt auf Erweiterung der Militär-Kapitulationen. D'Affry's Tod. Die Kontinental-Sperre gegen England wird auch auf die Schweiz angewendet. Besetzung des Kantons Tessin durch italienische Truppen. Reinhard, Kommissarius in Schaffhausen zu Unterhandlung mit Württemberg, wegen inkammerirten schweizerischen Eigenthums. 1810. 182—189

Achtzehnter Abschnitt.

Reinhard, von Glue und Müller von Friedberg nach Paris abgeordnet. 1811. 190—203

Neunzehnter Abschnitt.

Reinhard bleibt als außerordentlicher Gesandter in Paris zurück. 1811. 204—214

Zwanzigster Abschnitt.

- Vorbereitungen zu einem neuen Kontinental-Kriege. Ausbruch desselben. Der russische Feldzug. Innere Zustände der Schweiz. 1811—1812. 215—220

Einundzwanzigster Abschnitt.

- Reinhard zum zweitenmale Landammann der Schweiz im Jahre 1813. Äußere Verhältnisse während der ordentlichen und bis zu der außerordentlichen Tagsatzung im Wintermonat 1813. 221—231

Zweiundzwanzigster Abschnitt.

- Die außerordentliche eidgenössische Tagsatzung im Wintermonate 1813. Die verbündeten Heere rücken in die Schweiz ein. 1813. 232—244

Dreiundzwanzigster Abschnitt.

- Wirren in der Schweiz bis zu der neuen Konstituierung einer Tagsatzung der neunzehn Kantone im Monat April 1814. Reinhard bleibt an der Spitze der Bundesangelegenheiten. 1813 und 1814. 245—258

Vierundzwanzigster Abschnitt.

- Einzug der Verbündeten in Paris. Die französischen Behörden fallen vom Kaiser Napoleon ab. Er wird nach Elba verbannt. Die Bourbone besteigen den Thron Frankreichs. Friede von Paris. Wirren in der Schweiz. Zürich ändert seine Kantonal-Verfassung. Lange Tagsatzung vom Jahr 1814 unter dem Vorfise Reinhard's; Unterhandlungen. 1814. 259—270

Fünfundzwanzigster Abschnitt.

- Die lange Tagsatzung in Zürich. Berathungen über eine neue Bundes-Verfassung. 1814. 271—280

Sechsendzwanzigster Abschnitt.

- Instruktionen für die Gesandtschaft nach Wien. 1814. . . . 281—285

Siebenundzwanzigster Abschnitt.

Der Friedens-Kongreß in Wien. Unterhandlungen, die Schweiz betreffend. 1814.	286—314
--	---------

Achtundzwanzigster Abschnitt.

Fernerer Gang der Unterhandlungen über die Schweizer-Angelegenheiten zu Wien. 1815.	315—329
---	---------

Neunundzwanzigster Abschnitt.

Napoleon landet in Frankreich und gelangt nach Paris. Erste Nachrichten von diesem Ereignisse zu Wien und in der Schweiz. Vorkehrungen dagegen. Abschluß des Wiener-Kongresses über die schweizerischen Angelegenheiten. Rückkehr der eidgenössischen Gesandten in die Heimath. 1815. . . .	330—344
---	---------

Dreißigster Abschnitt.

Fortsetzung der Bewaffnungen und der Unterhandlungen in der Schweiz. Schlacht bei Waterloo. Napoleons Wegführung nach St. Helena. 1815.	345—365
---	---------

Einunddreißigster Abschnitt.

Belagerung von Hüningen. Der neue Bund wird in Zürich beschworen. 1815.	366—372
---	---------

Zweiunddreißigster Abschnitt.

Abschluß des zweiten Friedens von Paris. 1815.	373—381
--	---------

Dreiunddreißigster Abschnitt.

Der Stand Zürich, Vorort im Jahr 1816. Bürgermeister von Reinhard Präsident desselben. Äußere und innere Verhältnisse während des ersten Wechsels der drei Vororte. Leitung der eidgenössischen Angelegenheiten. 1816—1820.	382—402
---	---------

Vierunddreißigster Abschnitt.

Äußere und innere Verhältnisse während des Jahres 1821 und der folgenden bis zu Eröffnung der Tagsatzung von 1830.	403—420
--	---------

Fünfunddreißigster Abschnitt.

Staatsumwälzung in Frankreich. Neue Staatsumwälzung in der Schweiz. Rücktritt Reinharde von der öffentlichen Laufbahn.

1830—1831. 421—436

Sechsenddreißigster Abschnitt.

Reinhard verliert seine Gemahlin. Desselben letzte Lebens-Jahre.

Sein Tod. Beschluß. 1831—1835. 437—448

Beilagen. 449 bis Ende.



Hans von Reinhard.

Planta und Mesemann geleitete, später nach Marschlins verlegte, Erziehungs-Anstalt zu Haldenstein, in Graubünden, gebracht.

Planta war, nach dem Urtheile des Jünglings ein streng moralischer, zum Pietismus sich hinneigender, Geistlicher; Mesemann ein gelehrter Weltmann. Beide nahmen bei Leitung ihrer Anstalt weniger Rücksicht auf die verschiedenartigen Fähigkeiten und Neigungen der einzelnen Zöglinge, als auf eine folgerechte Durchführung ihres angenommenen Erziehungs-Systemes. Sie paarten Einfachheit ländlicher Sitten mit beinahe klösterlichen Hauseinrichtungen, die, in Verbindung mit einem ziemlich herben Klima, sich vollkommen eigneten, Gesundheit und Kräfte der Zöglinge zu erhalten und zu stärken³⁾.

Reinhard schrieb dieser Erziehung, seiner stets geregelten Lebensweise, seiner Neigung für anhaltende Leibes-Bewegung, vorzüglich bei der Jagd, die körperliche Kraft und die feste Gesundheit zu, welche ihn, selbst in hoch angestiegenem Alter nie verlassen haben. Allerdings hatte er sich eines sehr glücklichen, kraftvollen, Körperbaues zu erfreuen. Sein langes Leben ist nie durch eine bedeutende Krankheit getrübt oder bedrohet worden.

Seine Studien zu Haldenstein umfaßten, nach dem Erziehungsplane der Anstalt, die moralische und religiöse Entwicklung bis zur Konfirmation; Geschichte, alte Literatur, Geographie und Naturkunde; die lateinische, griechische, deutsche, französische und italienische Sprache. Für Ausbildung in der Muttersprache wurden Abhandlungen, oder Reden niedergeschrieben, deren Stoff, meist aus dem Gebiete des öffentlichen Lebens genommen war.

Die, zum größeren Theile der politischen Laufbahn bestimmten, Zöglinge wurden durch strenge Disciplin an Gehorsam gewöhnt, und ihnen daneben Gewissenhaftigkeit und Ehrgefühl als

3) Die Zahl der Zöglinge wechselte zwischen fünfzig und achtzig ab, und dennoch starben nur zwei derselben, während des fünfjährigen Aufenthaltes Reinhard's in der Anstalt.

Nach fünfjährigem Aufenthalte zu Halbenstein brachte er beinahe zwei Jahre (1771 — 1773) im väterlichen Hause zu, um sich sowohl nach seiner eigenen Neigung, als nach dem Wunsche seines, mittlerweile zum Mitgliede der Regierung beförderten, Vaters, zum Staatsdienste vorzubereiten. Dieser leitete nun selbst, mit der vortrefflichen Hülfe von mehreren ausgezeichneten Männern, unter denen wir die gefeierten Namen Bodmer und Steinbrüchel erwähnen, die Studien seines Sohnes, zur Vorbereitung auf den Besuch der Universität Göttingen.

Mit Ostern 1773 ging der Jüngling dahin ab, verweilte zwei Jahre daselbst, und behielt bis ans Ende seines Lebens eine so dankbare Rückerinnerung an die dort verlebten Tage, daß er nur durch den Tod abgehalten wurde, seines hohen Alters ungeachtet, im Herbstmonate des Jahres 1837 dahin zu wallfahrten, um das Jubiläum der Georgia Augusta mitzufeiern. „Meinem Aufenthalte zu Göttingen“, schreibt er, „verdanke ich meine beste Entwicklung. Ich bestrebe mich dasjenige was mir an Talenten gebrach durch außerordentlichen Fleiß zu ersetzen. Meine Tagesordnung wurde, mit Ausnahme der Reitsbahn, durch keine Zerstreuungen unterbrochen; drei ausgenommen, waren alle meine Stunden, von fünf Uhr Morgens bis neun Uhr Abends, durch Anhörung von Kollegien, oder durch Repetitionen, ausgefüllt.“ Er besuchte die Kollegien über Politik, Staatswirthschaft und Rechtswissenschaften, und gedachte nie ohne lebhaften Dank der berühmten Professoren: Heyne, Büttner, Schlözer, Böhmer, Meister, Feder, Murray, Bedmann und Rästner, die anzuhören er nicht nur so glücklich gewesen war, sondern die ihn auch mit klugem Rathe, zu bester Anwendung seiner Studien, unterstützt hatten.

Seine akademischen Jahre waren erinnerungsreich auch an Jugend- und Studiengenossen, die entweder selbst, später thätig in die Räder der Weltereignisse eingriffen, oder sonst achtungs-

werthe Erinnerungen zurückgelassen haben; als z. B. die Ministe Stein und Hardenberg, Rheden aus Hanover, Uchtritz von Dresden, Blumenbach von Göttingen, Gündertode von Frankfurt a. M. Keller von Darmstadt, Riedesel aus Hessen, Türkheim von Straßburg, Göthe zu Weimar, Nicolai von Berlin, Urküll (der Taube) von Stuttgart, Itz von Bern und Gaudet von Neuchâtel. Während seines spätern Geschäftslebens hat er wiederholte Gelegenheit gefunden, die freundschaftlichen Erinnerungen und Berührungen der Jugend mit mehreren derselben wieder anzuknüpfen.

Er verließ Göttingen, nach Ostern 1775, mit dem ernstesten Vorsatze, die erworbenen Kenntnisse, zweckmäßig und gewissenhaft im Dienste seines Vaterlandes anzuwenden.

Zweiter Abschnitt.

Reisen.

1775.— 1777.

Es lag ebensowohl in Reinhardts eigenen Wünschen als in den Absichten seines Vaters, daß sich der akademischen Bildung noch diejenigen Vortheile anreihen sollten, welche, auf Reisen erworbene, Menschen- und Länderkenntnisse gewähren. Die Bekanntschaft nämlich mit fremdem Staatsleben und mit hervorragenden Charakteren, aus eigener Anschauung, verbunden mit jener Unbefangenheit und freien Beweglichkeit in gesellschaftlichen Kreisen, deren Erwerbung in kleineren Städten sehr schwer hält, und doch an Geschäftsmännern höchst ungerne vermißt wird.

Bisher, und während der Ferien, hatte er nur wenige, kurze Ausflüge in der Umgegend von Göttingen: nach Kassel, Hannover, Braunschweig und nach dem Harzgebirge, gemacht. Nun sehnte er sich zuerst nach Berlin, wo der große Friedrich noch in voller Lebenskraft wirkte, nachdem er die Welt mit seinem Kriegeeruhm erfüllt, und sich die Bewunderung, vornehmlich aller jüngeren, lebhaft fühlenden Männer erworben hatte.

Die Zeit, bis zum Späthjahre, floß unserm Reisenden bei Besichtigung der Merkwürdigkeiten Berlins und desselben Umgebungen, in Bewunderung der Schöpfungen Friedrich's, die

Theil werden ließen. Zwar überzeugte er sich bald, daß die Gevatterschaft nicht rein uneigennütziger Natur sei; daß der Fürst dabei ein schweizerisches Bürgerrecht, und später eine Oberstenstelle bei einem Schweizer-Regimente in Frankreich oder Holland, für seinen Sohn bezwecke; eine, mit den politischen Begriffen der evangelischen Stände unvereinbare Absicht.

Um die Mitte des Christmonates trat er seine, durch herbe Kälte sehr erschwerte, Reise, über Berlin und Hamburg nach Holland an. Die Überfahrt über die theilweise gefrorne Elbe von Hamburg nach Harburg war nicht gefahrlos, doch ging es ungleich schlimmer auf den, beissellos schlechten, Straßen Westphalens; am schlimmsten bei der Überfahrt über die Wesel; dennoch langte er glücklich, wenn auch von Frost halb erstarrt, zu Amsterdam an²⁾, besichtigte die Merkwürdigkeiten dieser großen Handelsstadt, und anerkannte dankbar die Gastfreundschaft ihrer Bewohner.

Seine Reise führte ihn weiter, nach dem Haag, der Residenz des Prinzen Statthalters von Oranien, wo General Heß, einer der Obersten der Schweizer-Garden, ein treuer Freund seines Vaters, nebst mehreren seiner eigenen Freunde, Offiziere desselben Korps, auf ihn warteten. Der Prinz Statthalter, seine Gemahlin und der Herzog von Braunschweig empfingen mit Wohlwollen den Sohn eines Offiziers, der, während einiger seiner Jugendjahre, mit Beifall in der Garde gedient, und dessen beide Brüder, seit sie Marschlin verlassen hatten, ebenfalls in ihre Kriegsdienste getreten waren.

Von dort begab er sich nach Herzogenbusch, wo seine Brüder in Garnison lagen; er begleitete sie, im Frühjahr, in die neuen Garnisonen des Regimentes Escher, nach Terveer und

2) Er äußert sich darüber: „Erst Mitte Junners 1776 lag ich erfroren „und erstarrt in einer der Biblen Amsterdams“) im Quartier.

*) Die Biblen: Zwei bekannte Gasthöfe in Amsterdam.

Von Paris kehrte er über Lyon⁴⁾, Genf, Bern und Solothurn in den Schooß seiner Familie zurück, um nun aus dem studirenden und beobachtenden Leben, zu zweckmäßiger Thätigkeit hinüberzugehen.

4) Er reiste mit einem französischen, Patent genannten, Rabinets-Passe; zu Marly am 21. Juni 1776 ausgefertigt, eigenhändig vom König, und von dem Minister Bergennes unterzeichnet.

ger ein, und wurde von den obern Kanzleibeamteten: Hirzel¹⁾, Escher²⁾ und Lavater³⁾ mit Herzlichkeit aufgenommen. Sie wiesen ihm sogleich verschiedene Kommissional- und andere Arbeiten an, bei denen er seine Kräfte versuchen konnte. Sie behandelten ihn überhaupt mehr als Mitarbeiter und wahrscheinlichen Nachfolger, denn als Untergebenen. Ein außerordentlicher Vorfall, welcher sich vor Ablaufe eines Jahres (1778) zutrug, entzog ihn auf kurze Zeit der Kanzlei, die er jedoch, nach Ablaufe weniger Monate, mit erneuter Lust und Thätigkeit wieder betrat.

Die paritätische Landschaft Thurgau war zu jener Zeit Unterthan der, ebenfalls in katholische und evangelische getrennten, acht alten Orte der Eidgenossenschaft. Diese Religionstrennung, eine reiche Quelle unglücklichen Mißtrauens in den Verhältnissen der Schweiz überhaupt und der gemeinen Herrschaft im besondern, hatte die Anstellung zweier Beamteten zur Folge gehabt, welche die Rechte und die Parität beider Religionstheile zu bewachen und aufrecht zu erhalten angewiesen waren: eines stets katholischen Land-schreibers, und eines, abwechselnd von den reformirten Ständen gewählten, Landammannes. Dieser jeweilige Landammann war Beisitzer des Oberamtes, mit berathender Stimme; Präsident des Appellations- und Criminalgerichtes; Verhörrichter bei schweren Unglücksfällen; Aufseher über die paritätischen Ehen; und erste Instanz bei kirchlichen Streitigkeiten zwischen evangelischen Einwohnern.

Während der Zeit (1778—1779) wo Reinhard's Vater die Stelle eines Landvogtes im Thurgau bekleidete, starb, wenige Monate vor Ablauf seines Amtes, der evangelische Landammann. Die Regierung von Zürich hatte das Amt, für die kurze

1) Hirzel, nachmaliger Statthalter.

2) Escher (der Laube) vom Luchs.

3) Lavater, nachmaliger Kunstmeister.

(Diese und noch einige ähnliche Notizen werden einzig für Zürcherische Leser beigelegt.)

der auswärtigen Kanzlei vor, und hatte, in Bezug auf vorörtliche Verhältnisse, die Berrichtungen eines eidgenössischen Kanzlers zu besorgen. Der dritte Staatschreiber⁶⁾ hatte ihm zunächst Hülfe zu leisten. Derselbe war zugleich ordentlicher Legations-Sekretär bei den Tagsatzungen, wodurch er in die zweckmäßige Stellung kam, mit allen eidgenössischen Verhältnissen vertraut zu werden. Der zweite Staatschreiber⁷⁾ stand an der Spitze der Kanzlei für die innere Verwaltung, für die Justizpflege, und für die Angelegenheiten der gemeinen Herrschaften. Der vierte Staatschreiber⁸⁾ war Gehülfe des zweiten und dabei im Voraus bezeichneter Sekretär für außerordentliche Vorfälle. Sämmtliche vier Staats-Sekretäre hatten regelmäßig den Sitzungen des täglichen oder kleinen und des großen Rathes beizumohnen. Unter derselben Leitung und Oberaufsicht arbeiteten besoldete Kanzlisten, Kopisten und eine bedeutende Anzahl von Freiwilligen, um sich in den Kanzleien Vorkenntnisse in den verschiedenen Fächern der Regierung, der Staats-Verwaltung und der Justiz-Pflege zu erwerben.

Reinhard fühlte sich glücklich an der Stelle eines zweiten Rathssubstituten, als ihm schon nach Ablaufe eines Jahres, seit seiner wirklichen Anstellung (im Jahre 1781), eine neue Gelegenheit, zu Erwerbung wichtiger Erfahrungen, geöffnet wurde.

Die, als zugewandter Ort, mit der Eidgenossenschaft verbündete Republik Genf wurde schon seit langem durch alte Streit- und Verfassungs-Fragen beunruhiget. Im Jahre 1779 erhob sich neuer Zwist über Gesetzes-Sammlungen und andere vielseitige Verhältnisse zwischen den verschiedenen Einwohner-Klassen, und veranlaßte einen lebhaften Briefwechsel zwischen den Ständen

6) Damals erster Raths-Substitut.

7) „ Unterschreiber.

8) „ zweiter Raths-Substitut.

selbst entgegen, doch mit dem bestimmten Vorbehalte nach Solothurn gezogen, daß sie hier nur begonnen, später wieder nach Genf verlegt und beendet werden sollen. Mittlerweile sollten zwei neu abgeordnete Repräsentanten, Landvogt Hottinger von Zürich und Obervogt Tschärner von Bern, die Parteien zu Genf beaufsichtigen, und die Verbindung mit den Vermittlern unterhalten.

Das (am 15. Juli) zu Solothurn begonnene Mediationswerk rückte, aller angestregten Bemühungen ungeachtet, nur sehr langsam vor. Die streitenden Parteien überreichten den Vermittlern zu Beleuchtung ihrer gegenseitigen Forderungen mehr als dreißig, sehr ausführliche, Wahrheit und Trug fein durch einander mengende, Denkschriften, verweigerten dabei aber das Eintreten in irgend welche Versöhnungs-Vorschläge, ungeachtet bereits ein französisches Truppen-Korps in der Nähe von Versoix zusammengezogen wurde. Der französische Botschafter blieb gefällig und versöhnend einwirkend, bis er selbst, durch neue Instruktionen von Paris, in die Verlegenheit gerieth, fordern zu müssen, daß die verfassungsmäßigen Wahlen zu Genf so lange suspendirt bleiben, und die Vermittler erst dann nach Genf zurückkehren sollen, wenn sie Gewißheit besäßen, daß beide Theile die Vermittlung annehmen würden.

Die eidgenössischen Repräsentanten verweigerten ihre Zustimmung zu diesem Geschäftsgang, worauf Polignac forderte, daß der Regierung von Genf zum wenigsten sehr ausgedehnte Gewalt eingeräumt werde. Sedelmeister von Wyß bemerkte ihm dagegen: „Die von den schweizerischen Vermittlern gemachten „Vorschläge würden der genferschen Regierung mehr Kraft und „Autorität verschaffen, als keine andere schweizerische Regierung „besitze. Allzu ausgedehnte Macht und Gewalt führen häufig zu „wirklicher Schwäche, und zu großen Gefahren. Er kenne nur „zwei Regierungsweisen: die der physischen Gewalt, und die des

weit überstiegen, so waren sie dennoch für den angehenden höheren Kanzleibeamteten als reichhaltige Fundgruben zu beachten.

Daneben pflog er täglichen Umgang mit viel hochgebildeten, gewandten, Männern aller Parteien. Schon damals trennten die verschiedenen Quartiere¹¹⁾ die gesellschaftlichen Zirkel scharf von einander ab; auch waren, zu jener Zeit, die Thüren der meisten Genfer-Häuser für Fremde verschlossen. Dem jungen Sekretär der eidgenössischen Vermittler aber standen sie mit wenigen Ausnahmen, in allen Quartieren, offen und verschafften ihm willkommene Gelegenheit, mehrere Versammlungsorte der verschiedenen politischen Parteien, oft an einem und demselben Tage zu besuchen. Schon damals, und ungeachtet eines unruhigen Treibens im Staatsleben, zeichnete sich Genf durch die Fortschritte seiner Civilisation, und durch Pflege aller Künste und Wissenschaften sehr vortheilhaft aus; und auch der Ton des gesellschaftlichen Umganges hatte eine hohe, für jüngere Männer sehr nachahmungswürdige, Stufe erreicht.

Die Arbeit des Gesandtschafts-Sekretärs bei diesem wichtigen Geschäfte beschränkte sich auf die Korrespondenz, auf Ertheilung von Berichten, und auf Einholungen von Verwaltungsbefehlen der Regierung von Zürich. Bern hatte, seiner Größe und Nachbarschaft wegen, ein weit lebhafteres Interesse als Zürich bei diesen Streitigkeiten und Unruhen; daher auch die wichtigeren Redaktionen und Aktenstücke meist aus der Feder (oder vielmehr aus dem Bleistifte) Steigers hervorgingen¹²⁾.

11) Rues hautes et rues basses.

12) Reinhard hat sorgfältig alle geschriebenen Memorialien und Akten zugleich mit einer vollständigen Relation über die ganze Angelegenheit aufbewahrt.

Das nämliche that er auch bei allen spätern ihn berührenden wichtigen Angelegenheiten.

Seine Absicht dabei spricht er in folgenden Worten aus: „Ich sam-

an die eidgenössischen Tagsatzungen als Legations-Sekretär zu besuchen. In diese nämliche Zeit fällt ein kleiner, durch militärische Besetzung schnell gedämpfter, Aufstand zu Stein am Rhein, wohin er abermals die Abgeordneten der zürcherischen Regierung, als Sekretär begleitete¹⁵⁾. Zwei Jahre später (15. Juni 1787) wurde er zu der Stelle eines zweiten Staatschreibers, und ein und ein halbes Jahr nachher, zur obersten Kanzleistufe, zur Stelle eines ersten Staatschreibers befördert; ein Amt, welches er während acht, zum Theil sehr mühevoller Jahre (bis 1795), verwaltet hat.

In dieselben nämlich fiel der Anfang und die schreckenvolle Entwicklung der französischen Staatsumwälzung. Es war unvermeidlich, daß dieses große, thaten- und schicksalsreiche, Ereigniß alle Staaten Europa's erschüttern, und das davon ausgehende Feuer sie alle, je nach ihrer größern oder kleinern Entfernung, oder der Menge und Beschaffenheit des vorhandenen Brennstoffes, ergreifen mußte. Die Umwälzung des mächtigen Reiches, so schreibt er, kündigte sich gewöhnlich den Nachbarn in einem eben so barschen als anmaßenden Briefwechsel an, schritt dann fort mit Verwickelung in Streitigkeiten, welche unter andern Umständen leicht zu vermeiden, oder doch zu beseitigen, gewesen wären, artete später in offene Feindseligkeiten aus, und endete, so oft es nur immer geschehen konnte, mit Umwälzung der Regierungen der auf solche Weise angegriffenen Staaten.

War dieses der gewöhnliche Geschäftsgang der französischen Republik mehreren souverainen Fürsten gegenüber, so schien sie noch durch irgend ein Schamgefühl, oder durch die Besorgnisse mit sich selbst in Widerspruch zu gerathen, zurückgehalten, auch der, seit einem halben Jahrtausend bestehenden, schweizerischen Eidgenossenschaft, unter dem Aushängeschild der Freiheit, zerstörend

15) Auch über diese Epoche ist die *Alten-Sammlung* vollständig.

Das Jahr 1795 wurde, wegen ausgebrochener innerer Unruhen, sehr unglücklich für den Kanton Zürich. Reinhard war nicht berufen wesentlichen Antheil an der Beilegung desselben zu nehmen; indem er kurz vorher, auf sein Gesuch, und nach achtzehnjährigem Kanzleidienste, zum Landvogte von Baden gewählt worden war.

Vierter Abschnitt.

**Reinhard, Landvogt zu Baden. — Staatsumwäl-
zung in der Schweiz. — Seine Rückkehr nach
Zürich.**

1795 — 1798.

Die Stelle eines Landvogtes zu Baden war, ungeachtet ihres bescheidenen ökonomischen Ertrages, dennoch für die Magistrate von Zürich vorzüglich anziehend. Nähe der Vaterstadt, leichte Verbindungen mit derselben, und die dortigen Heilbäder, welche, während der Sommermonate, zahlreiche Bekannte hinführten, erklären dieses zur Genüge. Dabei waren die an und für sich zwar bedeutenden Geschäfte, bei zweckmäßiger Zeiteintheilung, keineswegs drückend. Zwei Tage wöchentlich wurden in der Regel den Audienzen, zwei den richterlichen oder Oberamts-Verrichtungen, die übrigen den persönlichen Angelegenheiten des Landvogtes, dem Genuße des Landlebens, der Jagd und der Gesellschaft, gewidmet.

Reinhard, stets sehr gewissenhaft in Erfüllung seiner Berufspflichten, verband damit eine, sich über alles erstreckende, unermüdete Thätigkeit und Sorgfalt, welche keinen, noch so geringen, Gegenstand seines Haushaltes seiner Aufmerksamkeit ent-

gemeinen Mannes über den unerwarteten Rückzug. Der sehr unschuldige Landvogt lief Gefahr, die Waffen welche er gegen die Feinde des Vaterlandes ausgeheilt hatte, gegen sich selbst umgewendet zu sehen. Seine Stellung überhaupt, und, so lange die Franzosen wirklich in und um Bern stehen blieben, seine Bewegung gegen die Reuß vornahmen, und dadurch ihren Worten den Schein von Wahrheit verliehen, wurde sehr drückend. Der, seine Waffen gerne mit List und Betrug unterstützende, Obergeneral Brüne hatte diesen Stillstand angeordnet, um mittlerweile die Umwälzung aller übrigen schweizerischen Regierungen durch Drohungen und Schmeicheleien zu beschleunigen. Die Schweiz, so hieß es zuerst, sollte, je nach den Sitten und Angewohnungen ihrer Völker, in drei Republiken abgetheilt, und diese vermittelst einer Föderativ-Verfassung mit einander verbunden werden. Dabei beabsichtigte er allgemeine Verwirrung, um die, nach dem Muster der französischen Republik zugeschnittene, schon bereit liegende Einheits-Verfassung durch List oder Gewalt einzuführen.

Die bisher regierenden, nun selbst im Zustand vollkommener Auflösung befindlichen, Kantone mußten unter solchen Umständen, und während die einen aus ihnen schon unter dem Drucke französischer Bajonette seufzten, die gemeinen Herrschaften sich selbst ohne Rath und Hülfe überlassen. In Folge schriftlicher Unterhandlungen zwischen den Ständen Zürich, Bern und Glarus entließen diese die Grafschaft Baden ihrer bisherigen Unterthanen-Verpflichtung, und anerkannten vermittelst dreier Dokumente verschiedenen Datums, ihre unbedingte Freiheit und Selbstständigkeit.

Der Landvogt hatte den Ausgang des unhaltbaren bisherigen Zustandes vorausgesehen, und darum, weniger in der Absicht klugen, jedenfalls unfruchtbaren Rathes zu pflegen, als um den Übergang zu neuen noch unbekannten Verhältnissen,

Nur wenige Augen blieben trocken; die Nahrung war allgemein; zuerst wurde ihm in der Versammlung selbst, und nachher durch eine Abordnung, für die Gerechtigkeit, Treue und Liebe gedankt, mit welcher er das Land verwaltet hatte. Hierauf reiste er nach Zürich zurück, und empfing weit später noch von vielen Bewohnern der, von ihm verwalteten, Landvogtei Baden wiederholte Beweise eines achtungsvollen, wohlwollenden Andenkens⁴⁾.

4) Kaum hatte Reinhard den landvögtlichen Sitz verlassen, als schon am darauf folgenden Tage eine gedruckte Proklamation erschien, welcher wir folgende Stelle wörtlich entheben:

„Gegeben in der Stadt Baden, den 23. Merzens 1798.

„Die alte oligarchische Regierung ist abgeschafft; Stadt und Land sind „brüderlich vereinigt; wir sind nicht mehr dienstbare Knechte, sondern freie „Söhne des Vaterlandes; ihr sollt in Zukunft nicht mehr von stolzen herrschsüchtigen Gewalthabern, sondern von Vorgesetzten regiert werden u. s. w.

(Unterzeichnet): „Kanzlei der provisorischen Regierung der „Stadt und Landschaft Baden im Ergau.“

Und dennoch empfing der abtretende Landvogt später von dieser nämlichen Behörde mehrere Briefe, mit denen sie ihn ihrer fortwährenden dankbaren Hochachtung versicherte.

Wie zuvorkommend auch den Franzosen in allen ihren politischen Forderungen entsprochen worden war, so rüdten sie ihrer Zusagen ungeachtet vor, überzogen und besetzten militärisch den, seit Jahrhunderten von keinen fremden Kriegsscharen betretenen, Kanton Zürich, und eben so die ganze östliche und nördliche Schweiz, mit Ausnahme der kleinen Kantone. Die Last einer, bisher unbekannten, Einquartierung ab Seite einer Armee, die keine andere Verpflegung als diejenige auf Unkosten der Einwohner kannte, wäre, wenn auch an und für sich drückend, dennoch bei dem ertheilten Versprechen, die Garnison der Stadt nie über tausend Köpfe, und nur etwa momentan, bei außerordentlichen Truppen-Märschen, auf höchstens fünfzehn hundert ansteigen zu lassen, erträglich geblieben, hätte sich nicht daran ein schrankenloses Erpressungs- und Spoliations-System gereihet, welches alle öffentlichen und Privatkräfte zu zerstören drohete. Zuerst wurden die Mitglieder des ehemaligen großen Rathes, ihrer angeblichen Oligarchie wegen, mit einer Brandschatzung von drei Millionen französischen Livres beschlagen. Die provisorische Municipalität, als natürliche Vertreterin der Bürgerschaft, trachtete Ermäßigung dieser, eben so ungerechten als unerschwinglichen, Forderung zu bewirken, und ordnete zu diesem Ende hin zwei ihrer Mitglieder, unter denen auch Reinhard, an den General Schauenburg, welcher mittlerweile den Oberbefehl der französischen Heere in Helvetien übernommen hatte, und an die Regierungs-Kommissäre Rapinat und Le Carlier ab.

Diese Abgeordneten, um im eigenen Vaterlande von Zürich nach Bern gelangen zu können, mußten sich Reisepässe von dem französischen Minister Mengaud auswirken, welcher, unter schweren Drohungen, den Befehl hatte ergehen lassen, daß kein helvetischer Bürger, ohne französischen Paß, seinen Kanton geschweige die Schweiz verlassen dürfe. Reinhard bemerkt über seinen Aufenthalt im Hauptquartier: „Hier predigte man tauben

im Grossmünster zu Zürich wurde gewaltthätig erbrochen, die vorgefundene Baarschaft gewogen, aufgepackt und weggeführt. Die französischen Kommissäre stellten den helvetischen Beamten, welche sich diesem räuberischen Eingriff in schweizerisches Eigenthum widersetzten, Hohn und Spott entgegen, und warfen denselben, zu Händen der Kantonal-Verwaltungs-Kammer, den Werth von beiläufig zehn tausend Gulden, an kleiner Scheidemünze, gleichsam als Almosen, hin. Es bleibt problematisch, wie viel von den geraubten Geldern in die französischen Kassen abgeliefert, wie viel von dem General und den Kommissarien in die eigenen Taschen gesteckt wurde. Gewiß, und der ganzen Welt bekannt ist, daß letzteres in bedeutendem Maße geschah¹⁾.

Eine fernere zu Zürich nur sukzessive und unvollständig vollzogene Spoliation war die Abführung kostbarer Vorräthe an Waffen und Kriegs-Material jeder Art, aus den wohl versehenen Zeughäusern; ein, auf große Summen anzuschlagender, Schaden. Schon zu Bern hatte sich Le Carlier nicht gescheut gegen die zürcherischen Abgeordneten zu äußern: „Die Franzosen seien, in Folge des Eroberungs-Rechtes, befugt, alles Geld, Geldeswerth, Vorräthe aller Art; kurz alles was früher schweizerischen Regierungen zugehört habe, als in französisches Eigenthum übergegangen, hinwegzuschleppen.“

Zu Zürich stiegen die Lasten der fremden Besatzung in stets

1) Reinhard war selbst Augenzeuge eines Auftrittes, der hierüber jeden Zweifel heben wird. Nach eingenommenem Mittagmahle bei dem kommandirenden Generale Schauenburg in Zürich stand selbiger im Begriffe mit dem französischen Regierungs-Kommissär Ravinat und dem Kommissär-Ordonnateur Roupère, zu Beförderung der Verdauung, eine Spazierfahrt zu machen. Bei Besteigung des Wagens machten beide erstere einige Komplimente über den Vorrang. Roupère trat hinzu und sagte in der Weinlaune: «Trêve de compliments, citoyens! nous sommes les trois coquins privilégiés du gouvernement français.» Zwar runzelten jene die Stirn, allein es blieb dabei, und aus dem Weine sprach die Wahrheit.

Armeeeffassen bestanden nur dem Namen nach, und alles wäre noch leichter als Geld aus Frankreich zu erhalten gewesen. Da die französischen Kommissäre gingen so weit den Versuch zu erneuern, auf die, früher nachgelassenen, drei Fünftheile der, sogenannten, Oligarchen-Kontribution zurückzukommen, und Anweisungen darauf, an Zahlung von Lieferungen, auszustellen; und als diese Forderung zurückgewiesen wurde, stellten sie, für einen Theil der Lieferungen Gutscheine (Bons) aus, deren Betrag nach und nach, für die alte Schweiz allein, auf achtzehn Millionen answoll; Gutscheine, welche, zu warnendem Andenken, in den helvetischen Archiven, als eben so kostspielige als werthlose Papiere, besichtigt werden können.

Wie Raben dem Aase folgten dem französischen Heere schweizerische Speculanten nach, und steigerten durch ihren, den französischen Angestellten geleisteten Vorschub die, ohnehin unerschwinglichen Lasten zum unerträglichen. Die helvetische Regierung bemühte sich zwar die ökonomische Verwaltung für das Innere und für das französische Heer möglichst zu reguliren; allein sie mußte sich unter solchen Umständen täglich mehr vertiefen, ohne weder Gemeinden noch Privaten wesentlich erleichtern zu können.

Hätte, nach Reinhardts Dafürhalten, das, damals noch unausgeschiedene Vermögen des Kantons und der Stadt Zürich billig vertheilt, oder zweckmäßig verwaltet, nur für die Bedürfnisse des Kantons, dessen Eigenthum es jedenfalls war, verwendet werden können, so wäre möglich geworden die Lasten des Gemeinwesens, wie der Einwohner, bedeutend zu erleichtern. Anstatt dessen, und so weit es nur immer geschehen konnte, griff die helvetische Einheits-Regierung auf das Eigenthum der ehemaligen Städte-Kantone; ja sie mußte darauf greifen, indem nirgend anders etwas zu finden war. Die Folge davon war, daß diese Kantone, neben ihren eigenen fast unerschwinglichen

einen, durch den Druck veröffentlichten, Befehl, laut welchem dem helvetischen Volke jeder Gehorsam gegen seine Regierung untersagt wurde, so oft diese Verfügungen treffe, welche den Maßnahmen der französischen Behörden in der Schweiz widersprechen würden. Daneben war allgemein bekannt, daß Rapinat durch seinen Kollegen Rouvère in jeder Art von Erpressung und Hohn weit übertroffen werde.

Die, damals zu Luzern residirende, helvetische Regierung hatte sich keiner besseren Behandlung, auch zu Paris, am Sitze des französischen Direktoriums, zu erfreuen. Dieses hatte von ihr den Abschluß eines Schutz- und Trutz-Bündnisses verlangt, während das helvetische Direktorium eine Unabhängigkeits- und Neutralitäts-Erklärung wünschte, wenigstens einen Handelsvertrag mit jedem anderen Verträge in Verbindung bringen wollte. Und wirklich wurden gleichzeitig eine Offensiv- und Defensiv-Allianz und ein Handelsvertrag unterhandelt, und beide zugleich unterzeichnet. Der letztere war, mehrerer günstiger Bestimmungen wegen, allerdings geeignet, die drückenden Bestimmungen des Bündnisses²⁾ theilweise wenigstens zu mildern. Allein das französische Direktorium erklärte dem helvetischen Minister zu Paris ganz einfach: der gesetzgebende Körper habe den Handelsvertrag verworfen, das Bündniß angenommen, und dieses müsse, auch allein, helvetischer Seits ratifizirt werden. Der Direktor Treilhard fügte bei: „Unterzeichnen Sie, oder machen Sie sich auf die Einver-

2) Das Bündniß versprach der helvetischen Republik die Einverleibung des Freistaates Graubünden und der Provinz Vorarlberg; dagegen wurde eine Abtrennung der Länder, welche nun den Kanton Tessin bilden, in baldige Aussicht gestellt. Die helvetische Republik sollte alle Feinde Frankreichs auch als die ihrigen betrachten, und gegen sie Krieg führen, so oft Frankreich dazu auffordere. Bei den Berathungen über Krieg und Frieden hingegen erhielt die helvetische Republik nicht einmal eine mitberathende, geschweige eine entscheidende Stimme.

hobener Geiseln, welche, zum Theil im Markgräfler-Hof zu Basel streng bewacht, zum Theil in den französischen Festungen Belfort, Landau und Bitsch harte, sogar grausame, Behandlung erlitten.

Österreichs siegreiche Heere hatten inzwischen Fortschritte in Italien gemacht; Graubünden wieder erobert; den Rhein überschritten; nach einer Reihe blutiger Gefechte Zürich erreicht; die Stadt, ihre Umgebungen, ja den ganzen Kanton rechts des Sees und der Limmat, und einen Theil des linken Seeufers besetzt. Der französische Obergeneral, Massena, hatte bereits seine Hauptkräfte hinter die Reuß und die Aare zurückgezogen, als diplomatische Verständigungen, oder vielmehr Mißverständnisse unter den Koalisirten den Fortschritten der österreichischen Waffen ein Ziel setzten. Es trat eine Art von Stillstand in den Kriegsoperationen ein, welche bloß durch kleinere Gefechte vor Zürich; durch französische Wiederaufnahme der Offensive in den kleinen Kantonen; durch Zurückwerfen der Österreicher oberhalb des Zürichsees bis hinter die Linth und durch einen mißglückten Aar-Übergangs-Versuch der Koalisirten bei Dettingen, während voller drei Monate, unterbrochen wurde. England und Rußland wollten Österreich keinen festen Fuß in der Schweiz fassen lassen. Erzherzog Karl erhielt Befehl an den Nieder-Rhein zu ziehen; und ein von Deutschland her heranrückendes russisches Armee-Korps denjenigen, die Franzosen aus den von denselben noch besetzten Theilen der Schweiz zu verdrängen.

Während dieser Zeit erhielten Pfarrer Lavater, Sedelmeister Hirzel und Rathsherr Pestalozzi Erlaubniß nach der Heimath zurückzukehren. Letztere wurden nach langen Unterhandlungen bei Bremgarten durch die militärischen Linien hindurchgelassen. Lavater erreichte, durch Hülfe einer Freundin, die deutsche Grenze bei Basel. Die zurückgebliebenen Geiseln entschlossen sich diesem Beispiele zu folgen; und sich selbst die Erlaubniß zur Heimreise zu ertheilen. Sie spazirten einzeln durch die französischen Verschan-

Division, traten ihren beschleunigten, nicht überall wohlgeordneten, Rückzug über Wyl im Thurgau und St. Gallen an, und stellten sich erst jenseits des Rheins und des Bodensees wieder auf. Massena, sobald er vernahm, daß Suwarow, von französischen Truppen äußerst lebhaft beunruhiget den Gipfel des St. Gotthard überschritten habe, säumte sich nicht lange bei Verfolgung der geschlagenen Feinde, sondern zog schnell diesem berühmten, neuen, Gegner entgegen. Doch schon vor seiner Ankunft hatte sich Suwarow in Folge der Ereignisse bei Zürich in die Nothwendigkeit versetzt gesehen, sein Heil in einer schnellen, rückgängigen, Seitenbewegung gegen Graubünden zu suchen. Lebhaft durch die französischen Generale gedrängt, überstieg er die schwierigen Bergpfade des Muottathales und des Glarnerlandes, verlor zwar den größeren Theil der Pferde seiner Reiterei und fast all sein Geschütz, erreichte dennoch aber, und nach Überwindung der unerhörtesten Schwierigkeiten, mit seinem sehr zusammengeschmolzenen Heere, Graubünden und das Vorarlberg; vereinigte wenige Wochen später, bei Lindau, die Überreste seiner Armee mit denjenigen des, von Korsakof befehligten, Korps; zog, wieder etwas später, nach Augsburg ab, und kurz nachher löste sich das Bündniß zwischen Rußland und Oesterreich auf.

In den ersten Tagen des Weinmonats war beinahe ganz Helvetien, nebst einem Theile Graubündtens, wieder ausschließlich von französischen Truppen besetzt.

Reinhard wollte sich, während die Schlacht rings um Zürich wüthete, zu seinem Schwiegervater, nach dessen von der Stadt wenig entfernter Besizung⁴⁾, hinbegeben. Er gerieth mitten unter die sich schlagenden Russen. Zwei gefangene Franzosen wurden unter seinen Augen niedergestochen; er selbst rettete sich glücklich, während sein Freund und Mitdeportirter, Zunftmeister

4) Nach dem Bedenhof.

Irmingen, ganz nahe dabei im eigenen Landhause, für einen französischen Offizier gehalten, von den Russen niedergemacht wurde. Am nachfolgenden Tage, und bei der beinahe mit Sturm erfolgten Eroberung der Stadt, erhielt Pfarrer Lavater einen Flintenschuß, an dessen Folgen er, ungefähr fünfviertel Jahre nachher, starb.

Reinhard bekümmert für das Gemeinwohl, konnte auch für sich den Folgen dieser entscheidenden Schlacht nicht ohne bange Sorgen entgegen sehen; er hatte den Ort seiner Deportation ohne Erlaubniß verlassen. Dennoch war er entschlossen zu bleiben, und sein ferneres Schicksal mit Gelassenheit zu gewärtigen.

Sechster Abschnitt.

Erste Folgen der Wiederbefetzung Zürichs durch die französischen Heere. — Innere Zustände bis zum Späthjahr 1802. — Reinhard Mitglied, nachher Präsident der Municipalität.

1799 — 1802.

Gleichzeitig mit dem Wiedereintrücken der französischen Heere begann auch wieder die Thätigkeit der helvetischen Regierung, in den, von den Österreichern und den Russen besetzt gewesenen, Theilen der helvetischen Republik. Die früheren Besorgnisse waren so vollständig verschwunden, daß Reinhard über seine eigenmächtige Befreiung nicht nur nicht zu Rede gestellt, sondern ihm sogar die selbst verlangte Entlassung von seinen Municipal-Berrichtungen verweigert wurde. Die, während der Okkupation der Allirten aufgestellt gewesene Interims-Regierung sollte allein und für alle büßen.

Die Amtsverrichtungen der Municipalität wurden, unmittelbar nach Wiedereroberung der Stadt, sehr lästig. Massena forderte sogleich, und ohne irgend eine Zeitfrist einzuräumen, eine gezwungene Anleihe von sechsmaal hundert, und außerordentliche Natural-Lieferungen für einen Werth von zweimal hundert tausend Liren, um einigermaßen seine unbezahlten Soldaten zu

Für Zürichs Bürgerschaft wurde das gezwungene Anleihen um so drückender, als die, sogenannte, Oligarchen = Brand = schagung erst im vorangegangenen Jahre entrichtet worden war; und die Ausgaben jedes einzelnen Hausvaters, bei neuen erdrückenden Lasten des Gemeinwesens, bis an das unerschwingliche grenzten. Die Spitäler erheischten, in Folge der stattgefundenen Kriegseignisse, Ausdehnung und kostbaren Unterhalt, und auch die Befestigungs = Arbeiten, rings um Zürich, mußten, nach einem um vieles erweiterten Plane wieder angehoben werden. Die Einwohner litten an gänzlicher Erschöpfung; wegen Unterbrechung aller Verbindungen; wegen gänzlichen Stillstandes des Handels, der Gewerbe und Fabriken; wegen vollständigen Mißwachses des Weinstockes, sei es am eigenen Rebgelände, sei es an empfindlichem Abbruche des Zinsertrages von ausstehenden Kapitalien. Dazu, und zu den öffentlichen Finanz = Verlegenheiten, gesellte sich eine unverhältnißmäßige Preissteigerung aller Lebensmittel; natürliche Folge der Absperrung, des Mißwachses, und der Anlegung von Armee = Vorräthen. Die Wiedereröffnung der Feindseligkeiten im nachfolgenden Frühjahr (1800) war gewiß, unbekannt das Schicksal der Waffen. Bei Herannäherung dieses Zeitpunktes konzentrirten sich im Osten der Schweiz täglich zahlreicher werdende, französische Heeres = Abtheilungen, so daß dieser Theil des Vaterlandes wohl nie einen, durch Gegenwart und Aussicht in die Zukunft, traurigeren Winter verlebt hat.

Während desselben fand in Frankreich ein, allgemeine Überraschung erzeugendes, Ereigniß statt, dessen Wichtigkeit zwar theilweise von vielen geahnt, doch von Niemandem im ganzen Umfange seiner, später erreichten, Größe vorausgesehen und gewürdiget werden konnte. Napoleon Bonaparte, Oberfeldherr der französischen Heere in Egypten, erhielt, auf jenem weit entfernten Schauplaze seiner Thaten, Nachrichten

Es war unverkennbar, daß der erste Konsul seinem eigenen Lande eine veränderte politische Richtung zu geben beabsichtigte, daß er den ungebundenen Revolutionsgeist zügeln, und eine auf ältere Begriffe und auf monarchische Formen und Rechte gegründete Ordnung wieder herzustellen gedanke²⁾, und daß mithin, etwas früher oder später, auch die Länder die unter seinem nähern Einflusse standen, ähnliches zu gewärtigen haben würden.

Nach Reinhardts Überzeugung fühlte die helvetische Regierung dieses selbst um so mehr, als sie sich nicht verbergen konnte, daß ihr Achtung und Vertrauen nur in geringem Grad zu Gebote standen. Sie überzeugte sich deshalb von dem Bedürfnisse in der Staatsverwaltung wesentliche Personal-Veränderungen einzuleiten, und mehr Männer zur Theilnahme an den Regierungsgeschäften zu vermögen, welche, neben einer unabhängigen Stellung, wirkliche Geschäftskenntnisse besäßen. Die französische Gesandtschaft wirkte ebenfalls in diesem Sinne ein. Das Schwierige dabei lag weit weniger in gegenseitigem Widerwillen der Personen, als darin, daß die einen nicht von dem Systeme der Einheit, die andern nicht von demjenigen einer Föderativ-Verfassung abweichen wollten.

Der erste Konsul empfing keine andern Berichte als diejenigen, welche ihm entweder von seinem Bevollmächtigten in der Schweiz, oder von dem helvetischen Minister in Paris, der pflichtgemäß die

2) Bonaparte's Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Moritz Talleyrand, scheint früher schon vorausgesehen zu haben, daß Frankreich einem solchen Umschwung der Dinge entgegen gehe; indem er bereits in Mitte des Sommers 1798, bei Anlaß eines republikanischen Festes, geäußert hatte: „Eh „bien, aujourd'hui ceci, demain les Bourbons; mais il faut que „d'abord quelqu'un retourne la Pyramide.“ Einige Zeit nach Bonaparte's Rückkehr aus Egypten sprach General Lamarque zu Talleyrand: „Il „faut avouer que depuis que le gouvernement se rapproche du „système monarchique, la France a visiblement gagné en bien.“ „C'est „clair, erwiderte Talleyrand, vous aviez mis la Pyramide sur la „pointe, nous l'avons remplacée sur la base: le nom en haut n'y fait „rien; il s'agissait d'abord de la tourner.“

Dieser Vollziehungsrath fühlte schon im Herbst 1800 das Bedürfniß, in Hinsicht auf die zukünftige politische Gestaltung der Schweiz, mit Frankreichs Beherrscher, welcher seinen Minister Reinhard beauftragt hatte, einen schwankenden Zustand in der Schweiz zu erhalten, in Erörterungen einzutreten, sich der Hoffnung hingebend, daß, was die helvetischen Behörden für gut und rathsam erachtet hätten, dort wohl keinen großen Widerspruch finden werde.

Glayre, eines seiner Mitglieder, wurde daher im October zu dem doppelten Zwecke nach Paris gesandt, wo möglich für die Neutralität der Schweiz vorerst die Zustimmung Frankreichs, und sodann auf dem bevorstehenden Friedens-Congresse, bei welchem er als Bevollmächtigter der Schweiz hätte auftreten sollen, die Anerkennung der andern europäischen Mächte zu bewirken. Zugleich sollte er dem ersten Consul eine Verfassung beliebt machen, welche eine, nach dem Dafürhalten ihrer Verfasser, großartige Organisation nach dem Muster Frankreichs, mit Präsident, Staatssekretär, Staatsrath, gesetzgebenden Senat u. s. w. ins Leben zu rufen bestimmt war.

Bald hatte indessen dieser Abgeordnete, der mehr zu einer Vermischung der Einheit mit föderativen Elementen hinzuneigen schien, Gelegenheit wahrzunehmen, daß das Verfassungsgeschäft nicht so leicht einen den Wünschen seiner Kommittenten entsprechenden Fortgang haben dürfte, zumal der erste Consul fürdauernd zu wünschen schien, bis zum Abschlusse des allgemeinen Friedens die Schweiz in einem provisorischen Zustande zu erhalten; daher wurde Glayren auf seinen Bericht hin gegen Ende Jenners 1801, Rengger, ein unerschütterlicher Verfechter des Einheitsprinzipes, beigeordnet. Die Verfasser des dem ersten Consul vorzulegenden Entwurfes hatten die größten Schwierigkeiten in Lösung der Fragen gefunden, was für Beschränkungen für Wahl und Wahlfähigkeit zu treffen seien. Sie glaubten allen demokratischen Übertreibungen durch genügende Bestimmungen in Beziehung auf Alter und

Reding von Schwyz, zum Präsidenten des Senates, und mit demselben auch Hirzel, Alt-Siedelmeister von Zürich, Frisching von Rümlingen von Bern, und noch mehr andere achtungswürdige Männer, bekannte Anhänger des Föderalismus, in diese Behörde gewählt⁶⁾.

Auch unter den obern Vollziehungs-Beamten fanden mehrere Veränderungen statt, in Folge derer Reinhard, welcher seit zwanzig Monaten die Stelle eines Präsidenten der Municipalität der Stadt Zürich bekleidet hatte⁷⁾, zum Regierungs-Statthalter dieses Kantons befördert wurde.

Reding reiste selbst nach Paris, um den ersten Consul persönlich zu sprechen; allein sein Mangel an Gewandtheit, seine nicht sorgfältig genug verschwiegene Neigung, nicht Frankreich allein über die Schweiz verfügen zu lassen; hauptsächlich seine feste Weigerung das treue und heroische Wallis Preis zu geben, trugen wesentlich zum Mißlingen seiner Unterhandlung bei⁸⁾. Zwar versprach ihm der mächtige Consul seine unentbehrliche Genehmigung vieler Bestimmungen mitgebrachter Verfassungs-Vorschläge, ohne ihm aber die zugesagte schriftliche Erklärung darüber zufertigen zu lassen, und unter der ausdrücklichen Bedingung der Aufnahme von sechs entschiedenen Häuption der Einheits-Partei in den Senat⁹⁾.

6) Gleiche Korrespondenz, d. d. 13. November 1801.

„On voit entrer avec plaisir dans le sénat Hirzel, un de nos anciens magistrats les plus respectables. . . . Le nom de Frisching fait la meilleure impression.” 28 Avril. 1802. „Il serait à désirer que vous puissiez engager encore quelques magistrats de l'ancien régime, modérés et de noms connus, à prendre part aux affaires publiques. L'effet sur l'opinion d'ici serait très-avantageux.

7) Vom 10. März 1800 bis 10. November 1801.

8) Bei Anlaß der Mediation äußerte Talleyrand sein Bedauern über die Abwesenheit Redings. Er fügte bei: „Reding est fait pour être estimé, mais il a mis dans ses négociations un entêtement, . . . un entêtement qui a beaucoup nui aux intérêts qu'il a représentés.

9) Siehe Redings gedruckte Aktenstücke seiner Verhandlungen mit dem ersten Consul im December 1801 bis zum 7. Jenner 1802.

Lage die Verwahrung Nedings, als einen Rücktritt von seiner Stelle als erster Landammann, und Präsident des kleinen Rathes zu erklären¹³⁾.

Neding widersetzte sich¹⁴⁾, und mit ihm stellten noch elf andere Senatoren eine feierliche Erklärung aus, kraft welcher sie alles Geschehene als gesetlos verwerfen, sich jedoch zu Verhütung größeren Unglücks unterziehen, „indem der bevollmächtigte Minister der französischen Republik jene gewaltsamen Schritte öffentlich gebilligt habe“¹⁵⁾.

In Folge dieser Auflösung des Senates erhielt auch Reinhard seine Entlassung von der Stelle eines Regierungstatthalters des Kantons Zürich.

Der auf solche Weise umgestaltete Senat legte der einberufenen Notablen-Versammlung einen umgearbeiteten Verfassungs-Entwurf vor, welchem diese beipflichtete (Mai 1802), und sodann dem Volke zur Annahme oder Verwerfung vorlegte.

Von den darüber abgegebenen Stimmen hatte sich, ungeachtet aller Einwirkungen der Regierungs-Beamten, ein voller Viertel mehr gegen als zu Gunsten des Verfassungs-Entwurfes erklärt; da jedoch die Nichtstimmenden zu den Zustimmenden gezählt wurden, so wurde derselbe als den Volkswillen aussprechend, in Vollziehung gesetzt, ungeachtet sich der französische Minister Berninac sehr unbestimmt über die Ansichten Frankreichs zu dieser neuen Umgestaltung Helvetiens aussprach. (Beilage Nr. 3).

Hierauf stellte der erste Konsul dem eigenen Ermessen der helvetischen Regierung anheim, ob die französischen Truppen länger

13) Dekret des kleinen Rathes, Bern, 20. April 1802.

14) Nedings Antwort vom 22. April 1802.

15) Gedruckte Erklärung, Bern, den 27. April 1802. Unterzeichnet: „Aloys Neding, erster Landammann und Präsident des Senats; Hirzel, Statthalter; D. Wyß, R. Frisching, Escher, C. Bay, Bonflue, Anderwert, B. Pfister, J. L. Walbinger, Salis-Sils, Zellweger.“

Die helvetische Regierung benutzte den kurzen Frieden Frankreichs mit England, um die von den ehemaligen Regierungen von Bern und Zürich in diesem Staate angeliehenen Gelder an sich zu bringen, und damit ihre drückende Geldnoth zu erleichtern. Der Mangel unentbehrlicher Förmlichkeiten rettete den größern Theil dieser Kapitalien. Bloß beiläufig zwei Millionen Livres wurden durch die Hülfe der französischen Agenten, Cathoire, Duquesnoy, Gagon und St. Didier erhoben, wovon nur die kleinere Hälfte in die helvetischen Kassen, der Überrest in diejenigen dieser Zwischenhändler und ihrer Winkelwechsler floß.

Am Schlusse des Jahres 1800 betraf unsern Reinhard der harte Schlag, sein einziges Kind zu verlieren. Die daher rührende Kränklichkeit seiner Gattin veranlaßte ihn, im Sommer des Jahres 1802 eine Reise nach Pyrmont zu Herstellung ihrer Gesundheit zu unternehmen. Dort befand er sich, als die Zustände der Schweiz sich aufs Neue verwickelten. Er sah sich durch die empfangenen Berichte veranlaßt, seine Heimreise zu beschleunigen, um in jedem wichtigen Augenblicke dem Vaterlande seine Dienste widmen zu können.

Zutrauen fand. Diese Kantone, nebst dem eben so sehr aufgeregten Kanton Glarus, forderten zuerst wesentliche Modifikationen in der neuen Verfassung, und die helvetische Regierung versuchte, zum Scheine wenigstens, mit ihnen zu unterhandeln.

Die Unterhandlungen wurden indessen bald abgebrochen; die Urkantone gaben das Prinzip der Einheit auf, und rekonstituirten sich unter jenen alten Formen, denen sie ihr fünfshundertjähriges Glück verdankten, während die letzten vier Jahre der Dauer des Einheits-Systems ihnen alle Übel und alle Schrecken des Krieges gebracht hatten. Die helvetische Regierung griff zu den Waffen, und sandte einen Theil ihrer aus ungefähr dreitausend Mann bestehenden, bald hernach durch einige waadtländische Milizen verstärkten Linientruppen gegen sie ab²⁾. Diese fielen bei einem gegen den Kanton Unterwalden gerichteten Angriffe in einen Hinterhalt an der Renf, am Pilatusberge, und wurden (am 27. August) geschlagen. Die Regierung zu Bern mußte einen Waffenstillstand bewilligen, während dessen sie trachtete den Faden der abgebrochenen Unterhandlungen wieder anzuknüpfen; zugleich sollte der Waffenstillstand benutzt werden; theils um die Angriffsmittel zu vermehren, damit dieses besorgliche Beispiel keine Nachahmung finde; theils um in der Nähe der drei Länder die Stadt Zürich zu einem Waffenplatz zu machen.

Dieselbe erhob dagegen fruchtlose Vorstellungen; darum brach der helvetische General Andermatt mit vierzehnhundert Mann Fußvolk, hundert Husaren und zwölf Geschützen, wovon die Hälfte Haubizen waren, von Luzern dahin auf. Als die Bürger solches vernahmen, wollten sie nicht zugeben, daß ihre Stadt zum Werkzeuge des Unterganges ihrer ältesten Eidgenossen benutzt werde; sie forderten von der Municipalität die Verschließung der Thore, und anerbten sich zum muthvollsten Widerstande. Wirklich wur-

2) Les révolutions tiennent souvent celui qui se défend pour l'agresseur. (Chateaubriand.)

und entschlossen sei. Sackelmeister Hirzel und Reinhard, welche nebst anderen, seit dem Ausbruche der Gährung der Municipaltät außerordentlich beigeordnet worden waren, wurden mit dieser Sendung beauftragt, und ihnen der General von Steiner, ein alter Waffengenosse des helvetischen Anführers, beigeordnet.

Die Unterredung dauerte lange: Die Abgeordneten gaben dem General Kenntniß der stattgefundenen Absendung an die helvetische Regierung; sie stellten ihm die Wahrscheinlichkeit vor, daß diese andere Wege, als die der offenen Gewalt einschlagen dürfte, sobald sie von der wirklichen Lage der Dinge unterrichtet sein werde; des Generals Instruktionen dürften diesen Fall nicht satzsam vorausgesehen haben. Andermatt hörte aufmerksam zu, verrieth keine Verlegenheit wegen des unerwarteten Widerstandes, beharrte aber unbedingt auf Übergabe, und ertheilte Bedenkzeit bis auf den Abend.

Die Antwort des Generals wurde der unter den Waffen stehenden Bürgerschaft ohne Rückhalt mitgetheilt: alle Abtheilungen erklärten einstimmig, sie werden die Stadt den helvetischen Truppen nicht übergeben; sie seien fest entschlossen, dieselbe bis auf den letzten Mann zu vertheidigen. Andermatt hatte bereits vor Ankunft der Abgeordneten seinen Plan abgeändert. Er urtheilte ganz richtig, daß, nachdem weder die Verwirrung eines unerwarteten nächtlichen Überfalles, noch der erste Schrecken der Beschießung vermögend gewesen seien, ihm die Thore zu öffnen, er zu Erreichung seines Zweckes systematischer zu Werk gehen müsse. Daher verließ er mit seinen Truppen die Stellung auf dem Bürgli, zog längs dem linken Seeufer bis gegen Thalweil hinauf, ließ dort Schiffe zu Aufnahme seiner Truppen zusammenbringen, setzte Samstag Morgens (den 11. Sept.) im Angesichte der Stadt über den See, und landete bei Rüpnacht.

Seine Reiterei ging bei Wipfingen über die Limmat, um die rückwärts gelegene Gegend bis Rümlang und Kloten zu durch-

Kronen-Porte und auf dem Lindenhofe zwei Batterien errichtet; auf die Wälle selbst wurden nur einzelne Schildwachen und die zur Bedienung des Geschüzes erforderlichen Artilleristen gestellt. Die bewaffnete Macht wurde in sichere Reserven eingetheilt, um sie mit Nachdruck auf die allenfalls angegriffenen Punkte zu führen, und aus den muthigsten und fernhaftesten jungen Bürgern, Einsäßen und Zuzügern, ein Frei-Korps von fünf- bis sechshundert Mann zu Fuß und zu Pferd gebildet, geeignet in den entscheidenden Augenblicken kräftig einzuschreiten. Ältere Männer, viele Frauen und halberwachsene Kinder übernahmen den Dienst bei den Löschanstalten; in allen Häusern traf man die nöthigen Vorkehrungen. Oberst-Lieutenant Meyer wurde zum Stadt-Kommandanten; Oberst-Lieutenant Ziegler zum Befehlshaber der Truppen ernannt, und dann gewärtigt, ob der feindliche Befehlshaber den Waffenstillstand verlängern oder seine Angriffe erneuern werde.

Dieser eröffnete ohne weitere Aufforderung, mit dem Schlage zwölf Uhr um Mitternacht, in der Nacht des Sonntags auf den Montag, sein Feuer. Sogleich antworteten die Batterien ab dem Lindenhofe und von der Kronen-Porte. Alle Glocken ab den Thürmen läuteten Sturm, und feierlicher Schauer ergriff alle Gemüther sowohl in der Stadt selbst, als weit herum auf dem Lande. Die Richtung des feindlichen Geschüzes war jetzt weit besser als das erstemal berechnet. Viele Granaten und glühende Kugeln schlugen ein und entzündeten, doch gelang es den muthvollen Anstrengungen der Löschen, jedem Ausbruche der Flammen zuvorzukommen. Die Beschießung dauerte zehn volle Stunden; ungefähr fünfhundert Projectile fielen in die Stadt, dreißig in das, in einem der bevölkertesten Quartiere derselben gelegene Hospital. Glücklicher Weise fiel ein einziges menschliches Opfer: der gelehrte Diacon Georg Schultheß, welcher von einer zerplatzten Haubitgranate am Kopfe getroffen ward, und bald hernach verschied. Unterdessen nahm das Feuer nach und nach ab; die

dort einen Aufstand, welcher sich wie ein Lauffeuer verbreitete, und die helvetische Regierung in die größte Verlegenheit brachte.

Diese, auf die Kunde von den allgemeinen Ereignissen, versuchte einzulenkten, und ordnete einen Kommissär⁴⁾ in das helvetische Hauptquartier mit Vollmachten ab, den Frieden herzustellen. Derselbe langte eben bei Andermatt an, als die nach Bern abgesandte Deputation wieder in Zürich eintraf. Sie hatte kein Gehör, allein eben so wenig Entschlossenheit bei der helvetischen Regierung gefunden. Man verwies sie an den helvetischen Kommissär, und wollte sie demselben durch einen Offizier zuführen lassen; allein als dieser letztere die Bewegung um Baden wahrnahm, suchte er sein Heil in der Flucht, und die Abgeordneten gelangten nach Zürich. Der Kommissär stellte unmittelbar nach seinem Eintreffen im Hauptquartiere die Beschießung, und einige auf dem platten Lande verübte Plünderungen der helvetischen Husaren ab, und verlangte zu unterhandeln. Hirzel und Reinhard wurden Montags zu ihm hingesandt, und mit verbundenen Augen bis zu ihm geführt.

Er anerkant Waffensteinstand und Vergessenheit alles Vorgefallenen; bestand hinwieder auf Einlaß in die Stadt, für sich und die helvetischen Truppen, worauf sich die Unterhandlung an der letzten dieser Bedingungen zerschlug.

Am folgenden Morgen (Dienstag) wurden die Abgeordneten wieder in das Hauptquartier beschieden. Der Kommissär verzichtete jetzt auf die Besetzung der Stadt, beharrte hingegen auf dem Durchzuge der Truppen durch dieselbe, und sprach die Absicht aus, das Geschütz in das Zeughaus abgeben zu wollen. Die Abgeordneten konnten auch dieses nicht zugeben, hingegen wurde ein schriftlicher Vertrag aufgesetzt und beidseitig unterzeichnet, kraft dessen die Feindseligkeiten aufgehoben, und der helvetische Kom-

4) Herrn May von Schaban von Bern.

vollem Abzuge. Die Milizen indessen, welche Andermatt in ziemlichlicher Verwirrung entlassen hatte, über einen solchen Ausgang ihres Feldzuges aufgereizt, streiften in ordnungslosen Haufen umher, und waren nahe daran, Reinhard zu fangen, als er noch glücklich die Stadt erreichte.

Der helvetische Heerführer, durch die von allen Seiten eintreffenden Meldungen aufgeschreckt, hatte beschlossen, seiner Regierung auf dem kürzesten Wege zu Hülfe zu eilen. Er verließ Mittwoch, den 15. September, seine Stellung auf dem Zürcherberge, und zog auf dem rechten Rimmatusfer gegen Baden, wo ihm der Übergang über die Brücke und der ungehinderte Durchmarsch durch die Stadt von den Siggenthalern bewilligt wurde. Bereits war ein Theil der ebenfalls aufgestandenen Aargauer, unter Anführung Erlach's, über Solothurn nach Bern im Anmarsche. Ein zweites sich bildendes Korps, unter May von Schöftland, stand zwischen Lenzburg und Suhr. Dieses, zum Schlagen noch nicht bereit, gestattete den helvetischen Truppen, gleich wie es zu Baden geschehen war, einen ruhigen Durchzug. Als Erlach die Meldung erhielt, daß das vereinte Andermattische Korps auf der Straße nach Bern vorrückte, zog er sich, da auch er mit seinem noch ungeregelten Landsturme keinen offenen Kampf hätte bestehen können, gegen Solothurn zurück. Diese, den Milizen unbegreifliche, rückgängige Bewegung hätte die Auflösung des ganzen Korps zur Folge gehabt, wäre nicht wenigstens der unter Eßfinger von Wildegg und von Werdt von Bern stehende Vortrab mehrere hundert Mann stark seinen Marsch fortsetzend, bis Bern vorgebrungen.

Durch diese plötzliche Erscheinung überrascht, aber weder von Andermatt's Vorrücken, noch von der dadurch veranlaßten Entfernung des feindlichen Hauptkorps unterrichtet, verlor die helvetische Regierung so sehr alle Fassung, daß nach dem von Werdt mit Hülfe einiger Soldaten und einer einzigen Kanone das un-

ihre feurigsten, und mit den kräftigsten Mitteln ausgerüsteten Anhänger besaß, erobert werden sollte.

Vor allem that Roth, den aus vielen Gegenden der Schweiz in Bewegung gesetzten, bewaffneten Truppenabtheilungen eine Organisation zu geben, die sie zu entscheidendem Handeln befähigte, und noch größeres Bedürfnis war ein Centralpunkt, dem die einzelnen Glieder des politisch zerrissenen Körpers sich anschließen, und von welchem aus die Angelegenheiten des Vaterlandes geleitet werden konnten.

Es wurde daher nach alter Form und Sitte eine gemein-eidgenössische Tagsatzung nach dem Flecken Schwyz ausgeschrieben, und der Landammann Aloys von Reding, als erster Magistrat dieses Kantons, zum Präsidenten derselben bestellt. Die Tagsatzung sollte die in Thätigkeit begriffene Waffenmacht ordnen, und die verschiedenen bisher von einander unabhängigen Anführer einem obersten Befehlshaber unterwerfen.

Die Länder waren unter einem jungen, sehr feurigen, in den italienischen Feldzügen der französischen Heere gebildeten Offiziere ausgezogen. Die verschiedenen Berner-Schaaren hatten sich um drei ausgezeichnete Führer vereinigt, deren ein jeder auf den Oberbefehl Anspruch machen zu dürfen glaubte. Darum und um jede Eifersucht zu verdrängen, wurde der Oberbefehl einem alten und erfahrenen Krieger, Bachmann von Näfels, gewesenem General in piemontesischen und später in englischen Diensten, übertragen, und ihm ein Kriegsrath mit aller Vollmacht eines diesfälligen Ministertums beigeordnet.

Bachmann organisirte im Vereine mit demselben, und so zu sagen unter den Augen des Feindes, die verschiedenen wenig geübten Haufen zu einem Bundesheere, die Anführer zu einem unentbehrlichen Heerstabe. Willig unterzogen sich die drei Berner; Auf der Mauer nur mit Widerwillen. Schon vor der Ankunft Bachmann's hatten sie gegenseitig in schlechtem Verneh-

schaften statt finden sollen. Bern und Solothurn verweigerten solches durchaus. In andern Ständen wollten sich die Landschaften nicht an die Städte anschließen, so z. B. in Schaffhausen, bis eine Verständigung möglich ward. Das Rheinthal und das Abt-St. Gallische Land wollten sich nicht mit der Stadt St. Gallen vereinigen, worauf diese für sich allein zugelassen wurde. In andern Kantonen wollten ganze Distrikte oder einzelne Gemeinden von denselben getrennt, dagegen wieder andere mit ihnen vereinigt werden. So verlangte der Distrikt Schüpfheim seine Abtrennung, derjenige von Hitzkirch seinen Anschluß an Luzern; Muri und Mayenberg wollten mit Zug; Dießenhofen vom Thurgau hinweg mit Schaffhausen vereinigt werden. Die seit der Staatsumwälzung an Schaffhausen angeschlossenen Ortschaften: Stein und Ramsen wollten wieder an Zürich zurück. Die nämliche Vereinigung mit Zürich verlangten die Herrschaft Sax; die badischen Gemeinden Dorf- und Berg-Dietikon, Schlieren, Hütikon und Unterötweil; die Gemeinden des ehemaligen Kelleramtes Lunthofen, Oberweil, Arni, Islisberg, Rieli und Berken, wogegen die Gemeinde Horgen von Zürich abgetrennt zu werden begehrte.

Der Entscheid über alle diese Begehren wurde zwar bis auf ruhigere Zeiten verschoben, allein dadurch die ohnehin gewaltige Spannung unendlich vermehrt. Die Tagsatzung mußte Kommissarien nach Zürich, nach Luzern und nach den ehemaligen ennetgebirgischen Vogteien abordnen; dort, um die Interims-Regierungen zu unterstützen, hier um die Grenzen zu bewachen, und die Behörden bei ihrer innern Organisation zu leiten, während ihr gleichzeitig noch die Ausarbeitung einer Verfassung für die gesammte Eidgenossenschaft oblag. (Beilage Nr. 5).

In Beziehung auf die Verhältnisse nach Außen beschränkte sich die Tagsatzung auf eine allgemeine, in dem Eingange etwas verschiedene, sonst gleichförmige Mittheilung ihres Zusammentrittes

Der erste Consul verweigerte hingegen der helvetischen Regierung jede Unterstützung französischer Truppen. (Beilage Nr. 6).

Der französische Gesandte in der Schweiz, Berninac, entweder selbst irre geführt, oder vorsehlich irre führend, vermehrte den Verdacht des ersten Consuls über österreichische Bewaffnungen, worauf derselbe, ungeachtet er bei dem Rückzuge der französischen Truppen aus der Schweiz schon vorausgesagt hatte, das Volk werde bald das Joch seiner Regierung abschütteln, nun dennoch zu gewaltsamen Maßnahmen schritt, und eine bedeutende Kriegsmacht dahin in Bewegung setzte. In Folge späterer Wahrnehmungen hielt es Reinhard für möglich, ja sogar für wahrscheinlich, daß der erste Consul die Tagsatzung zu Schwyz ruhig hätte schalten lassen, hätte sie die bisherigen Verhältnisse zu Frankreich nicht ändern wollen, und sich geduldig der französischen Vormundschaft unterzogen. Dazu aber konnten sich weder Reding noch Hirzel, die beiden einflussreichsten Männer der Versammlung verstehen. Ihnen war nicht an ihrer persönlichen Stellung, sondern an der wirklichen Unabhängigkeit und an der Wiedererlangung der Neutralität der Schweiz für die Zukunft gelegen.

Bonaparte's Voraussetzung, die Tagsatzung habe fremde Kriegshülfe angerufen, und die Behauptung, österreichische Truppen befinden sich schon in Bewegung, waren reine Erdichtungen. Ohnehin war satzsam bekannt, welchen hohen Grad steigender Macht Frankreich bereits durch seinen ersten Consul erreicht habe, und daß keine europäische Macht mehr, als höchstens eine bescheidene Vorstellung zu Gunsten der Schweiz hätte wagen dürfen⁷⁾.

7) Wie richtig diese Bemerkung sei, und welchen imponirenden Einfluß der erste Consul schon damals auf die europäischen Mächte ausgeübt habe, beweist auch der merkwürdige Umstand: daß die helvetische Regierung, welche während fünf Jahren von Seiten Oesterreichs weder ein Zeichen von Anerkennung, noch irgend eine Mittheilung, selbst durch Zwischenbehörden, erhalten hatte, im Laufe des Winters von 1802 auf 1803, als sie nach Rund-

für Absendung von Deputirten nach Paris, um die Mittel zu berathen, Ruhe und Einigkeit in der Schweiz wieder herzustellen. Der erste Consul schloß mit der Äußerung: jeder vernünftige Mann müsse einsehen, daß seine Vermittelung das einzige noch übrig bleibende Mittel sei, um die Existenz und Unabhängigkeit der Schweiz zu retten.

Die Ankunft Rapp's im schweizerischen Hauptquartier lähmte sogleich jede Thatkraft und zerstörte jede Hoffnung den Streit ohne fremde Dazwischenkunft, durch die Nation selbst zu beendigen. Der helvetische General Bon der Weid, welcher dem General Andermatt im Oberbefehle gefolgt war, ließ Bachmann einen Waffenstillstand anbieten, und gleichzeitig meldete der französische Gesandte Berninac, der erste Consul werde den ersten Angriff eidgenössischer auf helvetische Truppen, als eine Kriegserklärung gegen Frankreich selbst betrachten, und hierauf der mit einem französischen Heere schon beinahe an die Grenze vorgerückte Ober-General Ney sogleich in die Schweiz einbrechen.

Bachmann willigte unter solchen Umständen auch ohne Instruktion in diesen Vorschlag eines Waffenstillstandes. Die Tagsatzung in Schwyz erwiederte auf geeignet scheinende Weise, das französische Proklama, und bemühte sich das Nachtgebot abzuwenden, oder wenigstens zu mildern. Sie konnte der militärischen Übereinkunft ihres Anführers die Ratifikation nicht nur nicht versagen, sondern lobte die Klugheit des Generals; erklärte dabei aber, sie könne mit der helvetischen Regierung keinen Waffenstillstand eingehen, und lasse sich das Geschehene nur in Hinsicht auf die französische Erklärung gefallen. Die militärische Übereinkunft wurde auf alle Punkte ausgedehnt und eine Demarkations-Linie festgesetzt, welche eidgenössischer Seits die vorliegenden Kantone selbst bedecken, während die übrigen Truppen auf eine weiter rückliegende zweite Vertheidigungs-Linie geführt werden sollten.

Dabei wurde für den wirklichen Fall des Vorrückens französi-

die ihm gemachten Vorstellungen werde geantwortet haben. Jener verweigerte aber, den Waffenstillstand länger als bis zum 22. Vendémiaire (14. October) zu verlängern.

Der unruhige Geist Auf der Mauer's hätte mittlerweile leicht eine ernste Verwickelung herbeiführen können. Er hatte Drohungen angewandt, um die helvetische Besatzung von Freiburg zur Übergabe der Stadt zu bewegen. Dem militärischen Ernste Bachmann's gelang es, den Unterbefehlshaber in die gebührenden Schranken zurückzuweisen, seiner Klugheit, den Unwillen Rapp's darüber zu besänftigen.

Die eidgenössischen Truppen setzten sich nach der rückwärts liegenden Stellung bei Burgdorf, Herzogenbuchsee und St. Urban in Bewegung, während die Tagsatzung fürdauernd mit Rapp unterhandelte, um wo möglich die französischen Truppen vom Einmarsche abzuhalten.

Um diese Zeit wurde dem Systeme der Tagsatzung ein anderes zu Bern entgegen gestellt, und damit die Verwirrung in der Schweiz auf das höchste gebracht. Die Ständes-Kommission des Kantons Bern schloß in Folge von Unterhandlungen, die Fr. von Mülinen, schnell nach Paris abgereist, mit dem französischen Ministerium gepflogen hatte, eine einseitige Übereinkunft mit General Rapp ab. Kraft dieser sollte der helvetische Senat nach Bern zurückkehren, die beiden helvetischen Auxiliar-Brigaden Perier und Watteville dorthin in Garnison verlegt, und über anderes dann weiter eingetreten werden, wogegen Rapp, doch ohne darüber etwas Schriftliches auszustellen, versprach, daß die französische Armee die Grenze nicht überschreiten sollte.

Die Tagsatzung, über diese Loslösung von den allgemeinen Interessen entrüstet⁸⁾, beschloß in ihre vorige Stellung gegen die

8) Allerdings läßt sich fragen, ob das Benehmen der bernerischen Ständes-Kommission nicht klüger als das schroffere der Tagsatzung gewesen sei. Die Einseitigkeit desselben war es, welche den Unwillen erregte.

richt, die französischen Truppen seien wirklich in Bern und Basel eingezogen; General Rey zum bevollmächtigten Minister des ersten Konsuls in der Schweiz ernannt; sein Adjutant Bedret befinde sich in Luzern, und verlange eine Unterredung mit Reding. In Folge derselben, die zwar Nichts neues enthielt, bekam Bachmann den Befehl, seine Truppen in solcher Weise zu entlassen, daß die öffentliche Ordnung bis zum Einmarsche der Franzosen nirgends gestört, auch möglichst jede Reibung mit diesen vermieden werde.

Die Tagsatzung, fremder Waffengewalt weichend, stellte ihre Vollmachten in die Hände ihrer Kommittenten zurück, verkündete dieses, nebst der Verwahrung ihrer Rechte, dem schweizerischen Volke, legte eine ähnliche schriftliche Erklärung in die Hände des französischen Aide de Camp nieder, gab auch davon den nämlichen Mächten, welchen sie ihre Konstituierung angezeigt hatte, Kunde, und löste sich auf. (Beilage Nr. 7).

Dreißig- bis vierzigtausend Franzosen überschwemmten nun, ohne irgendwo Widerstand zu finden, die Schweiz, und setzten die helvetische Regierung wieder zu Bern ein.

So, erzählt Reinhard, endigte der wenig vorbereitete, aus bloßer Verzweiflung und mit erschöpften Kräften begonnene Aufstand gegen die helvetische Regierung. Derselbe gewann bei dem allgemeinen Mangel an Achtung und Zutrauen, welche diese genoß, schnell das Gepräge ächter Nationalität. Die überall plötzlich gesammelten Bewaffneten waren nicht zügellos umherziehende Horden; trotz sehr aufgeregter Leidenschaften und einer Anfangs sehr mangelhaften Verpflegung gehorchten sie, bei dem allen Schweizern anerborenen Militärgeiste, willig den Geboten der Kriegszucht; geplündert wurde nirgends; Exzesse Einzelner wurden mit Ernst bestraft, und Blut floß bloß in offenem Kampfe. An der Spitze der politischen und militärischen Behörden standen erfahrene und ehrenwerthe Männer. Dessen ungeachtet dürfte schwer zu

Achter Abschnitt.

**Die Franzosen besetzen Zürich. — Unmittelbare Folgen. — Wahl der Abgeordneten zur Consulta in Paris. — Meinhard dazu gewählt, wird gefangen-
gesetzt, wieder frei gegeben, und reist dahin ab. —
Zustände Zürich's während der ersten Monate seiner
Abwesenheit.**

1802.

Die letzten im Felde gebliebenen zürcherischen Milizen: ein Bataillon Fußvolf, eine Compagnie Scharfschützen, eine Compagnie Artillerie und eine kleine Abtheilung leichter Reuter, unter den Befehlen des Oberst-Lieutenant Ziegler, rückten gegen Mittag, die Franzosen unter den Befehlen des Generals Séras, an dem darauf folgenden frühen Morgen, in Zürich ein. Die Milizen legten unter französischer Aufsicht ihre Waffen in dem Zeughause nieder, wobei Einzelne zwar geneckt und ihrer Mäntel beraubt; jedoch alle ungestört nach Hause entlassen wurden. Das zürcherische Frei-Korps hielt bei dem Einzuge der Franzosen die Thore besetzt und wurde am Nachmittage entlassen.

Der in französischen Kriegsdiensten stehende polnische General Dombrowski entledigte sich des Auftrags, die Zwischen-Regierung aufzulösen, mit Anstand und mit Aeußerungen des Bedauerns, daß er, Sohn einer durch fremde Waffengewalt bezwungenen

von Rebing von Schwyz, Hirzel von Zürich, Würsch von Unterwalden, Zellweger von Appenzell, Rebing und Baldinger von Baden, wurden unter starker Bedeckung nach dem festen Schlosse Harburg gebracht, und auch Auf der Mauer denselben beigelegt. Rebing und Baldinger von Baden, nebst den meisten der verhafteten Mitglieder der Kantonal-Behörden, wurden bald wieder entlassen, die übrigen während fünf langer Wintermonate in kalter, und oft harter Haft zurückgehalten⁴⁾.

Schon in seinem Proklama vom 8. Vendémiaire hatte der erste Consul verordnet, daß von der helvetischen Regierung drei ihrer Mitglieder zu einer von ihm selbst vorzunehmenden Vermittlung sollen nach Paris abgeordnet werden, und daß neben denselben auch alle einzelne Magistrate, welche seit drei Jahren eine Stelle in den obern Central-Behörden der Republik bekleidet hatten; dergleichen auch Abgeordnete jedes einzelnen Kantons, selbst jeder einzelnen Gemeinde dazu eingeladen seien.

Vergebens blieben die Bemerkungen des helvetischen Ministers zu Paris über zu große Ausdehnung dieser Einladungen; denn sowohl der erste Consul als Talleyrand⁵⁾ auf seinen Befehl erklär-

4) Dort saß auch gefangen der berühmte Spyon Mathys aus dem Oberlande.

5) Gesandtschafts-Korrespondenz vom 9. October 1802.

„Talleyrand ajouta, que l'envoi d'hommes distingués et forts était la mesure la plus urgente à prendre en ce moment.”

Vom 21. October 1802.

„J'ai pressé le Ministre (Talleyrand) de me communiquer les vues du gouvernement français au sujet de la nomination de députés de cantons (et de communes ?) pour le congrès conciliateur de Paris. Il m'a répondu, que plus le nombre des députés serait grand, et plus leur choix serait bon, et plus le Premier Consul serait content. Que si une classe d'habitans, ou un parti croyait avoir lieu de se plaindre d'une nomination faite par son canton, elle devait aussitôt contrebalancer l'élection qui lui déplairait par des choix de son gré, que tous ces députés pouvaient être sûrs d'être parfaitement accueillis par le gouvernement français.”

der Stadt Winterthur, dem Abgeordneten Zürichs einen geschickten Mann als Kollegen und Mitarbeiter zu gemeinschaftlicher Wahrung der städtischen Interessen beizuordnen, und selbige entsprach durch die Sendung des verdienstvollen Hans Rudolf Sulzer⁸⁾.

Reinhard befand sich gerade in diesen Angelegenheiten an dem der Wahl nachfolgenden Tage in einem Saale der Municipalität⁹⁾, als der französische Platz-Major, begleitet von dem helvetischen Agenten Ludwig Schweizer, eintrat, um unter Vorweisung eines schriftlichen Befehles des Generals Ney, Reinhard abzuholen, ihn auf dem Rathhause festzusetzen, seine auf die Insurrektion Bezug habenden Papiere zu untersuchen, und ihn nachher nach Aarburg abführen zu lassen.

Die Municipalität beschwerte sich bei dem Generale Séras über die Verhaftung ihres nach Paris bestimmten Abgeordneten, und ließ gleichzeitig einen zweiten wählen. Die Wahl fiel auf Kaspar Schweizer, der schon früher als Landvogt zu Zuggerus an den französischen General nach Mayland war abgeordnet worden, und sofort mit Sulzer nach Paris abreiste.

General Séras hatte die eingelegte Klage wohl begründet gefunden, sich an Ney gewendet, und schon nach Ablauf von vierzig Stunden traf der Befehl zu Reinhard's Freilassung ein, und er trat über Bern die Reise nach Paris an¹⁰⁾.

Die den Deputirten mitgegebenen Instruktionen der Stadtgemeinde lauteten ziemlich allgemein. Sie drückten die herrschende Abneigung gegen das helvetische Einheits-System aus, enthielten die bestimmte Erklärung, die Stadt verzichte unbedingt und aufrichtig auf alle Herrschafts-Rechte, und sei bereit zu jeder liberalen Kantons-Verfassung, welche dem allgemeinen Vaterlande der

8) Bekannter unter dem Namen Jeannot Sulzer.

9) Auf dem Junsthause zur Zimmerleuten. Nachmittags 2 Uhr, am Donnerstag den 11. November 1802.

10) Montags den 15. November 1802.

wandten nicht abgeschlagen, und der Stadt Zürich die möglichste Erleichterung militärischer Lasten zu Theil werden.

Auf seiner Weiterreise erlitt Reinhard, schon am Abhange des Berges von Friesenberg nach Seedorf, das Mißgeschick, daß die Pferde seines Wagens ausriffen, er umgeworfen und nebst seinem Bedienten, doch beide nur leicht verwundet wurden. Sein zerbrochener Wagen forderte einige Zeit zur Ausbesserung, und somit langte er durch diesen Unfall und durch seine Verhaftung etwas verspätet, erst in der Mitte der zweiten Hälfte des Wintermonats in Paris an¹²⁾.

Ungeachtet Ney's Versprechen lastete die Besatzung drückend auf Zürich; denn neben Herbeischaffung der eigentlichen Heerbedürfnisse, mußten dem Generale Séras ein paar schöne Wagenpferde geschenkt werden. General Dombrowsky machte es sich bequemer, und wählte sich selbst unter den Pferden der leichten Reuter von Zürich das kostbarste für sich aus¹³⁾. General Barbou ließ sich für tägliche fünf und zwanzig Gedecke monatlich einhundert und fünfzig Louisd'or ausbezahlen; alle Offiziere wurden von den bescheidenen Bürgertischen an kostbarere Tafeln in den Gasthöfen verlegt.

Daneben benahmen sich die französischen Behörden mit großer Freundlichkeit, und ließen es sogar nicht an ganz unerwarteten Höflichkeitsbezeugungen ermangeln¹⁴⁾.

12) Am 24. November 1802.

13) Der Verfasser war selbst Augen- und Ohrenzeuge, wie bei Anlaß einer durch Dombrowski vorgenommenen Truppenmusterung französische Soldaten laut ausriefen: „Voyez un peu notre général qui monte un cheval qu'il a volé ici.“

14) So begab sich am Neujahrstage 1803 der französische Stadt-Kommandant von einigen Offizieren begleitet, alle in größter militärischer Tenue, zu dem nun ganz als Bürger lebenden Oberst Meyer, welcher während des Aufstandes Kommandant von Zürich gewesen war, um demselben einen gewisser Maßen amtlichen Glückwünschungs-Besuch zu dem neu angetretenen Jahre abzustatten.

Die helvetischen Behörden, ungeachtet sie bloß noch interimistisch bestanden, und von dem ersten Konsul sehr ernstlich waren ermahnt worden, sich keine drückenden Maßnahmen gegen ihre gewesenen Feinde zu erlauben, befolgten nicht überall diese Vorschrift. Sie forderten von den gewesenen Mitgliedern der Verwaltungskommission aus eigener Tasche den vollen Ersatz aller verwendeten Gelder und Effekten nebst einem Namens-Verzeichniß aller Magistraten, Offiziere und sonstigen Personen, welche sich während des Aufstandes mit Worten oder Werken gegen die helvetische Regierung vergangen haben könnten. Darauf wurde erwidert, nie werde man sich zur Rolle von Angebern verstehen, und auch der Kostenersatz sei mit der eben im Gange begriffenen Vermittlung unvereinbar. Dessen ungeachtet wurden jene Männer an das Recht genommen, bis zur Pfändung getrieben, und hätten auch wirklich bezahlen müssen, wären nicht die nun erst angerufenen französischen Behörden hemmend dazwischen getreten.

Neunter Abschnitt.

Des ersten Konsuls Vermittlungswerk. — Einleitungen zu demselben.

1802 — 1803.

In Folge der Aufforderung des ersten Konsuls zur Theilnahme an dem Vermittlungswerke trafen drei und sechzig Abgeordnete in Paris ein.

Im Namen und als Abgeordnete der helvetischen Regierung erschienen Rüttimann von Luzern, Pidou von Waadt, Müller von Friedberg von St. Gallen, und Stapfer, helvetischer Minister zu Paris. — Für den Kanton Zürich Usteri, Med. Dr., gewesenes Mitglied des helvetischen Senates und Pestalozzi von Birr. Auch Alt-Direktor La Harpe von Waadt war als Repräsentant für den Kanton Zürich gewählt worden, hatte aber den Ruf ausgeschlagen. Für den Kanton Bern erschienen Ruhn und Koch; für die Stadt Bern Watteville von Monbenay und Gruber. Friedrich von Müllinen war in Folge seiner kürzlichen Erscheinung zu Paris durch Talleyrand persönlich dazu eingeladen worden, und Watteville von Landshut, einer der Anführer des bernerschen Aufstandes reiste mit ihm. Freyburg sandte seine höchste Notabilität älterer Zeiten, d'Affry mit Blanc, einem Manne der neuen Zeit; Basel den nur zu berühmt gewordenen Oberst-Zunftmeister und nachherigen Direktor Dörs, mit einem Anhänger der alten Ordnung, Sarrafin. Aus Graubünden erschienen zwei jedenfalls

welche ohne Auftrag dahin zu gehen im Falle waren, nur sehr klein sein konnte.

Reinhard besaß Menschen- Welt- und Geschäftskenntnisse genug, um seine Forderungen beharrlich zu stellen, die mit dem Geiste der Zeit und den Absichten des Vermittlers unvereinbar gewesen wären, wie sehr er auch durch die während der letzten Jahre erlittene Unbill aufgereizt sein mochte. Nur über die Systeme der Einheit und der Föderation war seine Ansicht unerschütterlich, so wie darin, daß Einfachheit, Ordnung und Sparsamkeit in die öffentliche Verwaltung zurückgeführt werden müssen. Sein Biedersinn, seine offene Redlichkeit und Vaterlandsliebe waren sichere Bürgen, daß er alle Kräfte aufbieten werde, die Freiheit und Selbstständigkeit der Schweiz neu und fest begründen zu helfen¹⁾.

Unmittelbar nach seiner Ankunft in Paris²⁾ begab er sich zu dem helvetischen Minister Stapfer, um durch Vorlegung seiner Ernennungs-Akte als Abgeordneter zu dem Vermittlungswerke sich auszuweisen. Die Unterredung zwischen ihnen dauerte ziemlich lange und war gegenseitig eben so freundschaftlich als aufrichtig.

1) Bei der Erzählung der Geschichte der Vermittlung haben wir nicht unsere, sondern Reinhard's Ansichten und Wahrnehmungen darzugeben; darum finden wir uns verpflichtet, hier desselben eigene Worte über den Standpunkt, von dem er beurtheilt werden will, niederzuschreiben.

„Es kann niemanden bestreben, hie und da auf Lücken, auf Irrthümer oder auf Widersprüche zu stoßen. Innerliche Unruhen und der eigene Standpunkt bestimmen stets die Denkungsweise der Individuen.

„Die Berufung auf Unparteilichkeit kann darum auch dem ehrlichsten Manne kein allgemein gültiges Zeugniß verschaffen.

„Der Mann, welcher als Deputirter einer einzelnen Schweizerischen Stadt angesehen wurde, kann auch auf keine Vollständigkeit der Darstellung Anspruch machen; denn er konnte sogar nur mit der kleinern Zahl seiner Kollegen in vertraulichem Zusammenhange stehen; gegen die mehrern bekämpfte er ein entgegengesetztes System, und vernahm nur wenig von dem, was jene ausschließend für sich vornahmen.“

2) Am 24. November.

gefügt, so wäre mancher Last vorgebogen worden. Übrigens hoffe er, Alles werde in kurzer Zeit abgethan sein; die Schweiz bedürfe solches, und der erste Consul sei von den besten Gesinnungen gegen sie, und (nachholend) gegen die schweizerische Nation beseelt.

Reinhard äußerte neben seinem Zutrauen zu dem Vermittler den lebhaften Wunsch, etwas zu dem künftigen Glücke seines Vaterlandes mit beitragen zu können; hierauf ließ er sich ausführlicher über die letzten Ereignisse aus, und verbarg keineswegs, daß die Härte der von Frankreich getroffenen Maßregeln das Vertrauen stark erschüttert habe; er empfahl die Schweiz und die Gefangenen zu Aarburg zu wohlwollender Berücksichtigung, und schloß mit den Worten: „Wir alle setzen einen unendlichen Werth „auf die Unabhängigkeit unsers Vaterlandes, selbige liegt uns „weit näher als selbst das eigene Leben am Herzen.“

Schon an den nächstfolgenden Tagen traten sämtliche Deputirte, nach ihren Hauptfarben getheilt, zu besondern Berathungen, zu Vorbereitung ihrer Arbeiten und um sich über die wesentlichsten Punkte zu vereinigen, zusammen. Die Föderalisten versuchten es, den Minister Talleyrand zu vermögen, die allgemeine Versammlung aller Deputirten so lange aufzuschieben, bis jeder Theil seine Vorarbeiten vollendet habe, indem vielleicht nachher bei einem Zusammentritte der Abgeordneten beider Theile und bei freier Diskussion ihrer Ansichten schon mancher Stein des Anstoßes aus dem Wege geräumt werden könne; sie entwarfen eine Note, um gegen das willkührliche Verfahren der helvetischen Regierung während des Vermittlungswerkes Abhülfe zu verlangen; bestellten eine Kommission für die Verfassungsarbeiten⁴⁾, und gaben d'Affry und Reinhard den Auftrag, Talleyrand, Rapp⁵⁾,

4) In diese Kommission wurden gewählt: Mülinen, d'Affry, Sulzer und Glus.

5) Männer wie Rapp, Portalis, Kultus-Minister, welcher einige Verbannungsjahre während der Stürme der französischen Revolution in der Schweiz

werde aber gerne mit den französischen Commissarien Rücksprache nehmen.

Barthélemy war herzlich; Fouché zurückhaltend; Desmeunier sehr offen und theilte alles mit, was ihm über die bevorstehenden Einleitungen bekannt war. Am einläßlichsten war Röderer: er kam nach einigen abstrakten Erklärungen über Einheit und Föderalismus auf die zukünftige Neutralität der Schweiz zu sprechen. Frankreich müsse dabei eine Gewährleistung fordern, Treue und Glauben seien unzureichend, der Zauber zerstört; es handle sich einzig um Beantwortung der Frage, ob Frankreich, ob Oesterreich die bessere Stellung behaupten können?

Reinhard wurde gleichzeitig mit mehreren seiner föderalistischen Kollegen⁷⁾ durch den helvetischen Minister dem zweiten und dem dritten Consul Cambacères und Lebrun in einer zahlreichen Versammlung von Damen, Generalen, Senatoren und Staatsräthen vorgestellt, wobei von Geschäften keine Rede war.

Der föderalistische Ausschuß arbeitete an mehreren, die künftige allgemeine Verfassung betreffenden Entwürfen und legte sie seinen gleichgesinnten Kollegen vor.

Dieselben gründeten sich auf den Zustand der Schweiz vor und während der letzten Aufstände, und bezweckten wesentlich die Integrität der alten Kantone, und ähnliche Konstituierung der ehemaligen zugewandten Orte und Unterthauen-Lande, im Sinne des alten Bundes, mit gleichen Bundesrechten der Kantone, anbei einen kräftigen Zusammenhang desselben, und einen billigen und nothwendigen Einfluß der Tagsatzung auf das Ganze.

Die Anhänger der alten Formen verbargen sich keineswegs, daß die bisher das Einheits-System beschützende französische Regierung eine vermehrte Kraft im Centrum fordern werde, sie selbst wünschten sie, und sannten auf Mittel, selbige ohne zu große

7) Von Müllern, von Watteville, Gruber, Carrazin, Wettstein und Gluz.

Die vier französischen Kommissarien, ihr Sekretär und sieben und vierzig schweizerische Deputirte traten zusammen; Barthélemy präsidirte und eröffnete die Sitzung¹³⁾ durch Verlesung nachfolgenden Schreibens des ersten Konsuls¹⁴⁾:

„Bürger, Deputirte der achtzehn Kantone der helvetischen Republik! Die Lage eures Vaterlandes ist kritisch. Mäßigung, Klugheit und die Aufopferung eurer Leidenschaften sind nothwendig, um dasselbe zu retten.

„Im Angesichte Europa's habe ich die Verpflichtung übernommen, meine Vermittelung wirksam (efficace) zu machen. Ich werde alle Pflichten, welche mir diese hohe Funktion (auguste fonction) auferlegt, erfüllen. Was ohne eure Mithülfe schwer wäre, wird mit derselben und mit eurem Einflusse leicht werden.

„Die Schweiz gleicht keinem andern Staate, weder in Folge aller Begebenheiten, die sich da seit Jahrhunderten zugetragen, noch hinsichtlich auf ihre geographische und topographische Lage, noch wegen ihrer verschiedenen Sprachen und Religions-Bekenntnisse, noch endlich wegen ihrer außerordentlichen Verschiedenheit in Sitten und Gebräuchen.

13) Wir besitzen kein Verzeichniß dieser sieben und vierzig Deputirten. Reinhard meldet, der Unterschied von sieben und vierzig gegen die früher aufgezählten drei und sechzig rühre daher, daß mehrere Abgeordnete damals noch nicht eingetroffen, und andere, ohne spezielle Mission nach Paris gekommene, nicht zu der Sitzung eingeladen worden waren.

14) Die Überschrift lautet:

» St. Cloud · 19. Frimaire an XI, de la République française.

» Bonaparte, premier Consul et Président,

» aux Députés des dix-huit cantons de la république helvétique.

Die Unterschrift:

» Donné à St. Cloud le dix-neuf Frimaire, an XI,
BONAPARTE.

Le Ministre des relations extérieures,
CH. MAU. TALLEYRAND.

Par le premier Consul
Le Secrétaire d'Etat
HUGUES B. MARAT.

„gleichförmig sein. Nie habt ihr besoldete Truppen unterhalten,
 „große Finanzen könnt ihr keine besitzen; ihr habt ja sonst nicht
 „einmal beständige diplomatische Agenten bei den verschiedenen
 „Mächten unterhalten. Eure Lage auf den Gipfeln der Gebirgs-
 „ketten (au sommet des chaines de montagnes), welche Frankreich,
 „Deutschland und Italien von einander trennen, macht, daß ihr
 „gleichzeitig Antheil an den verschiedenen Geistesrichtungen dieser
 „Nationen nehmet. Die Neutralität eures Landes, der Aufschwung
 „eures Handels und eine eigene Haushaltung oder Familien-Ver-
 „waltung (une administration de famille) sind die wahren Mittel
 „euer Volk glücklich zu machen, und eure Existenz zu sichern.

„Stets, und so oft sie mich über ihre Angelegenheiten zu Rathe
 „zogen, führte ich diese nämliche Sprache gegen alle eure Abge-
 „ordneten. Sie schien mir so getreu auf die Wirklichkeit gegrün-
 „det, daß ich die Hoffnung nährte, ihr würdet auch ohne die
 „Dazwischenkunft außerordentlicher Ereignisse die Richtigkeit dieses
 „Systems anerkennen. Allein gerade diejenigen Männer, welche
 „am Besten geeignet waren, diese Wahrheiten zu würdigen, wa-
 „ren es, welche am meisten an Familien-Privilegien hingen, mit
 „ihren Wünschen, mehrere sogar mit der Hülfe ihrer Waffen die
 „Feinde Frankreichs unterstützten, und die Tendenz aufrecht erhiel-
 „ten, außer Frankreich Stützen für ihr Vaterland zu suchen.

„Jede Organisation, in der euer Volk eine den Wünschen und
 „Interessen Frankreichs entgegenstrebende Richtung wahrnehmen
 „mußte, hätte schon darum nicht als euren wahren Interessen
 „angemessen betrachtet werden dürfen.

„Nachdem ich jetzt in einer Sprache zu euch geredet, die sich
 „für einen Schweizerbürger geziemen würde, spreche ich nun als
 „Magistrat zweier großer Länder, und verhehle euch nicht, daß
 „Frankreich nie dulden wird, daß ein seine Feinde unterstützendes
 „System bei euch wurzele.

„Der Friede und die Ruhe von vierzig Millionen Menschen,

„euren Nachbarn, ohne welche ihr weder als Individuen leben,
 „noch als Staat fortbestehen könntet, werfen ein großes Gewicht
 „in die Waagschale der allgemeinen Gerechtigkeit. Nichts, was
 „diese betrifft, darf sich bei euch feindselig, alles muß sich mit
 „ihnen harmonisch gestalten. Euer erstes Interesse, eure erste
 „Politik, eure erste Pflicht soll, wie während aller vorangegan-
 „genen Jahrhunderte, darauf gerichtet sein, nicht nur nichts zu
 „zu versprechen, sondern nichts auf eurem Boden zu dulden, das
 „den Interessen der Ehre, dem Vortheile des französischen Volkes
 „mittelbar oder unmittelbar nachtheilig sein könnte.

„Wäre euer eigenes Interesse und die Nothwendigkeit euren
 „Streitigkeiten ein Ende zu machen ungenügend, mich zu einer
 „Dazwischenkunft zu vermögen, so hätte mich schon das Interesse
 „der verbündeten Republiken dazu verpflichtet. Denn eure Zu-
 „surgenten wurden von Männern angeführt, welche gegen uns
 „Krieg geführt hatten; ihre ersten Aufrufe geschahen zu Gunsten
 „der Privilegien, und waren auf Zerstörung der Gleichheit gerich-
 „tet, sie mußten mithin als eine dem französischen Volke angethane
 „Beleidigung betrachtet werden.

„Keine eurer Parteien, am allerwenigsten die geschlagene,
 „darf über die andere triumphiren; eben so wenig soll eine Ge-
 „genrevolution Statt finden. Gerne unterhalte ich mich mit euch
 „und werde ich euch oft die nämlichen Ansichten wiederholen. Erst
 „wenn ein Mal alle eure Bürger davon durchdrungen sind,
 „können sich eure abweichenden Ansichten ausgleichen, und euer
 „Volk wieder glücklich werden. •

„Europa hat stets die Politik der Schweiz als integrierenden
 „Theil der Politik Frankreichs, Savoyens und des Mailändischen
 „betrachtet, indem für die Schweiz die Lebensfrage, das ob und
 „wie, unbedingt an die Sicherheit dieser Staaten geknüpft ist.
 „Es ist Frankreichs erste, unerläßlichste Pflicht zu wachen, daß
 „kein feindseliges System bei euch aufkomme; keine seinen Feinden

„ergebene Personen an die Spitze eurer Angelegenheiten gesetzt
 „werden. Es ist nicht allein nothwendig, daß keine Beunruhigun-
 „gen in Betreff desjenigen Theiles unserer Gränzen, der offen
 „steht, und den ihr bedeckt, Statt finden, sondern auch, daß
 „wir die Überzeugung erhalten, es werde im Falle eurer Neutrali-
 „tät durch Übermacht verletzt würde, der gute Geist eurer Re-
 „gierungen und das Interesse eurer Nation euch eher auf die
 „Seite Frankreichs, als seiner Gegner führen.

„Ich werde mit reifem Ernste alle Projekte, alle Bemerkun-
 „gen, welche ihr mir kollektiv, oder einzeln, oder durch Kantonal-
 „Abordnungen werdet zugehen lassen, würdigen. Die Senatoren
 „Barthélemy, Fouché, Röderer und Desmeuniers, welche ich be-
 „auftragt habe, eure Ansichten zu sammeln, eure Interessen zu
 „studiren, eure Entwürfe zu prüfen, werden mir alles einberich-
 „ten und vorlegen, was nach euren eigenen Wünschen zu mei-
 „ner persönlichen Kenntniß gebracht werden soll.”

Schon die bloße Verlesung dieses wichtigen, einläßlichen und
 Alles entscheidenden Aktenstücks war geeignet allgemeine Bestür-
 zung zu verbreiten, und wirklich neigten sich auch alle Häupter
 zur Erde nieder. Die Unitarier waren verurtheilt und konnten
 keinen Ersatz in den wenigstens übertriebenen ihren Gegnern ge-
 machten Anschuldigungen finden. Die Föderalisten hätten sich
 hierüber in Betracht der Anerkennung ihres Systems leicht hin-
 wegsetzen können; allein auch sie schöpften aus den Worten des
 ersten Konföls die niederschlagende Überzeugung, es werde die
 Unabhängigkeit der Schweiz der Politik Frankreichs aufgeopfert,
 ungeachtet sie sich nicht verbergen konnten, daß bereits die näm-
 liche Politik die gleichen Resultate auch in weit mächtign Staa-
 ten errungen habe; für sie lag in der Erfahrung aller Jahrhun-
 derte der Trost, daß bei Erhaltung der Selbstständigkeit später
 auch die Unabhängigkeit wieder errungen werden könne; während

welche mit Zurücknahme der gestellten Anträge endigte. Die Förderalisten, welche selbst diesen Geschäftsgang gewünscht hatten, schwiegen, ungeachtet sie von den Gegnern lebhaft gereizt wurden. Schon am folgenden Tage erhielt Reinhard von Stapfer die schriftliche Anzeige, der erste Konsul werde die schweizerische Abordnung am nächstfolgenden Tage, eine Stunde vor Mittag, zu St. Cloud empfangen; wahrscheinlich werde unmittelbar nachher eine Wiederversammlung sämtlicher Deputirten Statt finden, um die Relation über die erhaltene Audienz anzuhören.

Die fünf Ausschüsse traten zu Besprechung von Art und Weise der Erledigung des erhaltenen Auftrages zusammen, und waren darüber um so schneller einverstanden, als Rüttimann, der erstbezeichnete, Abgeordneter der noch bestehenden helvetischen Regierung war, und sich in kurzen, unverfänglichen und allgemeinen Ausdrücken zu halten versprach.

Sie trafen, Sonntags den 12. Christmonat, in St. Cloud zusammen, und fanden Vorhof, Treppen, Vorzimmer und die große berühmte Gallerie mit einer unendlichen Menge von Livreen und Hofbedienten, von Militär- und Civil-Personen, angefüllt. In dem Salon, in welchen sie eingeführt wurden, befanden sich über zweihundert Personen, Generale und Obersten in reich gestickten Uniformen; Minister, Senatoren, Tribunen, Staatsräthe, Großrichter, Bischöfe und auswärtige Gesandte, alle in glänzender Hoffkleidung.

Eben begann das von Musik begleitete Hochamt, wobei sie den ersten Konsul zum ersten Male in seiner Kapelle erblickten. Neben ihm standen seine beiden Kollegen, seine Gemahlin mit ihrer Tochter und die Damen ihrer Bedienung. Der Hintergrund war mit hohen Offizieren und mit Hofleuten angefüllt. In allem athmete große Pracht, und nichts verrieth mehr das Haupt einer Republik.

• Ob Bonaparte bei Auswahl dieser Stunde zur Audienz-Gr-

theilung an schweizerische Abgeordnete beabsichtigt haben mag, vorerst die Stellung zu zeigen, welche er bereits in und außer Frankreich eingenommen habe, steht dahin: er durchschritt nach Beendigung des Hochamtes die sich rechts und links bildenden Reihen, richtete einige Worte an die meisten anwesenden Personen, und zog sich dann in seine Gemächer zurück.

Bald nachher wurde die Abordnung durch die vier französischen Kommissarien in dieselben eingeführt, und jeder einzelne dem Konsul, in Gegenwart der beiden andern Konsuln, der Minister und einiger Generale, unter Nennung seines Namens, vorgestellt. Der erste Konsul ergriff sogleich das Wort und bediente sich ungefähr der nämlichen im Eingange seines Schreibens enthaltenen Ausdrücke. Sobald er eine Pause machte, brachte Küttimann seine Begrüßungen an, faßte sich kurz, indem er sich auf allgemeine Anerkennung der Gesinnungen des ersten Konsuls gegen die Schweiz, mit dem Beifügen beschränkte, namentlich die Republikaner seien von Dank durchdrungen, und gründen allein auf ihn ihre Hoffnung und ihr Zutrauen.

Bonaparte hörte sehr aufmerksam zu, ergriff wieder das Wort und sprach dann ununterbrochen während mehr als einer halben Stunde¹⁵⁾.

„Je mehr ich über die Beschaffenheit Eueres Landes nachgedacht habe, desto stärker ergab sich für mich aus der Verschiedenheit seiner Bestandtheile die Überzeugung der Unmöglichkeit, es einer Gleichförmigkeit zu unterwerfen; alles führt Euch zum Föderalismus hin.“

15) Unmittelbar nach der Audienz wurden diese Äußerungen, so weit sie durch ein gutes Gedächtniß genau aufgefaßt werden konnten, so getreu als möglich niedergeschrieben, nachher durch die mitanwesenden schweizerischen Kommissarien ergänzt und berichtigt. Die französischen Kommissarien überreichten sodann selbst einen schriftlichen Auszug zur Mittheilung an die übrigen Deputirten. Dieser ist mit dem Aufsatze Reinharde ganz übereinstimmend, nur daß alle gestrichelten Persönlichkeiten weggelassen sind.

Hier folgten Wiederholungen über Sprache, Religion, Sitten u. s. w. genau, wie sie in seinem Schreiben enthalten sind.

„Welcher Unterschied waltet z. B. nicht zwischen Guern Berg- und Guern Städtebewohnern?

„Solltet ihr etwa die demokratischen Kantone zwingen wollen, unter der gleichen Regierung wie die Städte zu leben, oder gar in den Städten, z. B. zu Bern, eine reine Demokratie einzuführen gedenken?

„Die Einheit bedarf einer stehenden bewaffneten Macht; diese will besoldet sein, und dazu reichen Euere Finanzen ohne drückende Abgaben nicht hin. Euer Volk erträgt nur ungerne Abgaben. Wollt Ihr es zufrieden stellen, so dürft Ihr ihm deren wenig aufladen und keine Truppen geben. Bormalß bezahlte das Schweizervolk nur sehr wenig Abgaben, warum soll es deren in Zukunft ertragen? Abgaben machen den unmittelbarsten Eindruck auf das Volk, nach diesen wird es euch richten.

„Acht- bis zehntausend Mann würden zu Deckung Euerer Gränzen nicht hinreichen. Ein einziges Regiment stehender Truppen würde schon die National-Energie schwächen, und Euere Milizen zu Grunde richten; denn die Bauern würden mit Grund sagen, warum sollen wir zum Unterhalte der Truppen beitragen, und daneben noch selbst dienen; Euere Berge könnet ihr nicht mit marschiren machen, und außer denselben bedeutet Euer Milizwesen nicht viel.

„Die Schweiz kann keine bedeutende Rolle mehr unter den Staaten Europas spielen, wie zu der Zeit, wo keine großen Nachbarn neben ihr standen, wo Frankreich in sechzig, Italien in vierzig Herrschaften eingetheilt war. Damals wog eine Euerer Municipalitäten an Macht einen Herzog, die persönliche unter der Fahne vereinigte Tapferkeit Euerer Völker halbe Heere auf. Jetzt ist es anders. Frankreich besitzt ein Heer von fünfmal hundert, Oesterreich von drei, Preußen von zweimalhundert-

„tausend Mann wohl disciplinirter Truppen. Hierbei verschwin-
 „det die Schweiz und bleibt ihr nur übrig, ihre innern Interessen
 „wohl zu besorgen.

„Euch bliebe ein einziges Mittel, um Antheil an den Groß-
 „thaten unserer Zeit zu nehmen: nämlich die Vereinigung mit
 „Frankreich. Die Schweiz könnte vielleicht zwei Departemente
 „der großen Republik bilden. Die Natur verweigert Euch aber
 „auch diesen Ausweg. Große Bergketten scheiden Euch von dem
 „Tyrol, von Italien und von Frankreich ab. Ihr sollt keine
 „thätige Rolle in Europa spielen. Ihr bedürft der Ruhe, der
 „Unabhängigkeit, und einer von allen Euch umringenden Mäch-
 „ten anerkannten Neutralität. Seitdem Wallis von Euch getrennt,
 „und der Simplon für Frankreich offen ist, steht diesen Erforder-
 „nissen nichts mehr entgegen.

„Wie wolltet ihr eine Central-Regierung bilden? Dazu be-
 „fißt Ihr zu wenig ausgezeichneten Männer. Schon einen tüch-
 „tigen Landammann zu finden, würde Euch schwer genug fallen.

„Glückliche Ereignisse haben mich an die Spitze der französi-
 „schen Regierung berufen, und doch würde ich mich für un-
 „halten, die Schweizer zu regieren.

„Wäre der erste Landammann von Zürich, so wären die Ber-
 „ner unzufrieden; wählt Ihr einen Berner, so schimpfen die Zür-
 „cher. Wählt Ihr einen Protestanten, so widerstreben alle Ka-
 „tholiken, und so wieder umgekehrt. Wählt Ihr einen Reichen,
 „so macht er Neidische, wählt Ihr einen verdienstvollen Unbe-
 „mittelten, so müßt Ihr ihn stark bezahlen, soll er einiger Achtung
 „genießen.

„Solltet Ihr aber auch alles Erwünschte finden, und ich würde
 „Etwas von Euerem Landammann fordern, das er mir nicht
 „gewähren wollte, so würde ich ihm mit der Absendung von
 „zwanzigtausend Mann drohen und er müßte gehorchen. Muß
 „ich mich hingegen an den einzelnen Kanton wenden, so wird der

„Entscheid von einer Behörde zur andern geschoben, jede declinirt
 „gegen mich ihre Kompetenz, und antwortet mir, kommt eset
 „unsere Berge. Zuletzt muß die Tagsatzung einberufen werden,
 „dazu bedarf es zweier Monate Zeit, und während diesem Ber-
 „schube zieht das Gewitter vorüber, und Ihr seid gerettet. Hierin
 „liegt die wahre Politik der Schweiz.

„Ich spreche zu Euch, als wäre ich selbst ein Schweizer; für
 „kleine Staaten ist die Föderation ungemein vortheilhaft. Ich
 „selbst bin ein geborner Bergbewohner (montagnard); ich kenne
 „den hieraus entspringenden Geist. Nur keine Einheit, keine
 „Truppen, keine Central-Finanzen, keine Central-Abgaben, keine
 „diplomatischen Agenten bei den andern Mächten, und damit habt
 „Ihr schon mehrere Mal hunderttausend Franken erspart.

„Die Schweiz soll sich darauf beschränken, ihre innern Ange-
 „legenheiten wohl zu verwalten, sie soll der dreifachen Gleichheit,
 „der Kantone je einer zu dem andern, der Städtebewohner je
 „die einen zu den andern, der Städte- und der Landbewohner
 „genießen, und sich dabei auf die französische Freundschaft stützen.
 „Um zu Eurer Unabhängigkeit und Neutralität zu gelangen
 „ist unerläßlich, daß Ihr schnell und vor Allem aus Eurer Kan-
 „tone ungefähr nach der ehevorigen Weise, doch mit den Abän-
 „derungen und Grundlagen organisirt, daß alle Kantone gleiche
 „politische Rechte genießen, und daß die Städte auf ihre Privi-
 „legien gegen ihre ehemaligen Unterthanen und die Patricier-
 „Familien auf die ihrigen, ihren Stadtmitbürgern gegenüber,
 „verzichten.

„Die italienischen ehemaligen Vogteien, eben so wie das
 „Waadtland, müssen eigene Kantone bilden. Bern hat der Wie-
 „derherstellung selbstständiger Kantone gerufen, dabei aber die
 „Waadt für sich angesprochen. Waadt ist Genosse unsers Blutes,
 „unserer Sitten, unserer Sprache, nie würde ich zugeben, daß
 „es Unterthan würde. Für diesen Zweck allein hätte ich fünfzig-

„tausend Mann aufgeopfert. Unsere und der Italiener Ehre
„ist hieran und an den Tessin geknüpft.

„Die Kantonal-Organisationen, ich wiederhole es, müssen
„auf die Sitten, die Religion, die Interessen und die Meinun-
„gen eines jeden einzelnen Kantons gegründet sein. Sorgt für
„Geseßlichkeit und für passende Formen.

„Die Gemeinden in den kleinen Kantonen mögen ihre Alp-
„Streitigkeiten nach Belieben unter sich ausmachen, aber nie sol-
„len sich Kantone gegen andere Kantone verbinden, und mit
„ihnen Krieg führen. Für die Söhne Wilhelm Tells dürfen
„keine Fesseln geschmiedet werden.

„Die größern Städte und Kantone sollen bei ihrer Organisa-
„tion die Interessen ihrer Industrie zu Rathe ziehen, daneben mit
„höhern Einsichten und nach ihrer angestammten Redlichkeit (pro-
„bité) regieren, dann wird es ihnen nach und nach gelingen,
„ihre Ökonomie für die bescheidenen Bedürfnisse ihrer Kantone
„wieder herzustellen.

„Sind einmal diese Kantonal-Grundlagen festgesetzt, so wird es
„sehr leicht sein, sich über diese Punkte des allgemeinen Verban-
„des zu verständigen. Wo weder Armee noch Ober-Tribunal auf-
„zustellen, und wenig Diplomatie zu organisiren ist, geht die
„Sache schnell.

„Eure Diplomatie coincidirt wesentlich mit derjenigen von
„Frankreich. Dieses soll sich nie in Euer Inneres mischen, als
„wo die französischen Interessen befangen, wo allenfalls Emi-
„granten oder sonst gefährliche Personen zu entfernen sind, ähn-
„liches sollt Ihr nie verweigern. Sollte ein zweideutiger engli-
„scher Gesandter bei Euch auftreten, und seine Partei dort ver-
„stärken wollen, so würde ich es eben so wenig von demsel-
„ben, als von den Magistraten erdulden, die ihm anhängen
„würden.

„Die Schweiz wäre gerade der Punkt, an welchem sich, falls

„sich dort ein feindliches System festsetzen wollte, wieder der allge-
 „meine Krieg entzünden könnte.

„Die Schweiz soll die französischen Grenzen bedecken. Stets
 „habe ich die nämliche Sprache gegen alle Cuere Deputirten, die
 „meinen Rath vernehmen, geführt; ich habe meine Ansichten über
 „Einheit und Föderation sowohl Claire als Stapfer ganz offen
 „entwickelt; allein diese fanden nicht für gut, treuem Rathe zu
 „folgen, und ihr Einheits-System zu verlassen. Ich ließ sie ma-
 „chen. Diese Metaphysiker betrachteten alles stets im schönsten
 „Lichte, und haben nun die Folgen ihrer Verblendung gesehen.

„Auch gegen Reding, als er zu mir kam, äußerte ich meine
 „Ansichten über das, was der Schweiz Noth thue; allein er
 „wollte drei oder vier fremde Minister zu Rath ziehen; dabei
 „hat er wenig Takt gezeigt, und auch Mülinen versuchte im
 „Namen der Aristokraten das Nämliche zu thun.

„Ich hätte der helvetischen Regierung mit der Frage eine
 „Falle legen können, ob ich meine Truppen zurückziehen solle?
 „Hätte sie mit „Ja“ geantwortet, so hätte sie damit einen Be-
 „weis ihrer Einfalt (ineptie) abgelegt; hätte sie mit „Nein“
 „geantwortet, so hätte sie einen Beweis ihrer Furcht gegeben.
 „Ich hätte ihr entsprochen, in diesem Falle aber meine Ideen
 „über die Form der Regierung durchgesetzt¹⁶⁾.

„Ich habe die Truppen aus eigenem Antriebe, allein mit der
 „klaren Voraussicht zurückgezogen, daß sich die helvetische Regierung
 „ohne sie nicht werde halten können. Das aber hatte ich nicht
 „vorgesehen, daß sie mit so viel Leidenschaft würde angegriffen
 „werden. Nun fühle ich wohl, daß die Leidenschaften bei Cuern

16) Man darf annehmen, der erste Consul habe sich hier erlaubt stark von der Wahrheit abzugehen, denn gerade diese Falle war von ihm der helvetischen Regierung gelegt worden, und dennoch durfte eines der hier anwesenden angesehensten Mitglieder derselben, welches einige Monate vorher für Zurückziehung der französischen Truppen gestimmt hatte, nicht widersprechen.

Der erste Konsul erwiderte: „Die Föderation liegt tief in
 „meiner Überzeugung, dennoch behindert nichts, daß Sie mir
 „ihre Einheits-Pläne vorlegen mögen. Ich werde dieselben prü-
 „fen, bezweifle jedoch, daß sie mich überzeugen werden. Die
 „früher bezogenen Abgaben sind für die Bedürfnisse der Kantone,
 „nicht der Gemeinschaft bezogen, und darum auch leichter getra-
 „gen worden.

„Die Abgaben sind es vornehmlich, welche das Volk veran-
 „lassen, Vergleichen zwischen dem ehemals und dem jetzt an-
 „zustellen. Diese sind es, welche zehntausend Mann gegen die
 „helvetische Regierung auf die Beine, und die ehemaligen Magi-
 „strate an ihre Spitze gebracht haben.”

Darauf wandte er sich direkte an Kuhn und Müller von Fried-
 „berg. „Waren Sie nicht beide Kommissarien der helvetischen
 „Regierung im Waadtlande und im Wallis? Nun und unge-
 „achtet Sie sowohl, als Bürger Rüttimann, sehr tief in die
 „demokratische Revolution eingegangen sind, haben sie sich als
 „Kommissarien, sobald Sie auf Widerstand gestoßen sind, wie
 „Erz-Aristokraten benommen.”

Reinhard dankte für die Herstellung des alten Bundes; er
 lebe der Hoffnung, daß eben so wie in den neuen Verfassungen
 der Aristokratie Schranken gesetzt, das nämliche auch gegen das
 entgegengesetzte Extrem statt finden werde. Schon die Tagsatzung
 zu Schwyz habe den Grundsatz der Gleichheit der politischen Rechte
 ausgesprochen, und selbst Bern demselben beige stimmt, mithin seien
 in dieser Beziehung keine Schwierigkeiten zu erwarten. Er warf
 dann die Frage auf, ob, nachdem achtzehn Kantone aufgestellt
 worden seien, es einzelnen oder auch nur einzelnen Theilen, die
 sich in ihrer Verbindung unwohl fühlen, vergönnt werden dürfte,
 sich an andere anzuschließen? und legte ein Vortwort zu Gunsten
 der auf Aarburg gefangen gehaltenen Magistraten ein. Auch

bat er um Abhülfe einiger von der helvetischen Regierung ausgehender Bedrückungen gegen Anhänger des Föderativ-Systems.

Bonaparte erwiederte: Die Erklärung der Tagsatzung über die politischen Rechte sei ganz gut gewesen, allein beinebens habe sie sich, vornehmlich bei ihren versuchten Verbindungen mit den fremden Mächten sehr vergangen. Mithin könne er kein Zutrauen zu den dort handelnden Personen fassen. Betreffend die Lostrennung und Anschließung ganzer oder einzelner Theile von Kantonen, sei dieses nun Sache der zu treffenden Kantonal-Organisationen. Bei dem einmal aber Festgesetzten müsse man dann verbleiben. Hinsichtlich auf die Gefangenen zu Aarburg, und das dormalige Benehmen der helvetischen Regierung, so dürfte binnen acht oder zehn Tagen hier in Paris alles beendet und daher überflüssig sein, sich jetzt mit demjenigen zu beschäftigen, was mittlerweile in der Schweiz geschehe. Darauf beurlaubte er die Deputirten mit einem verbindlichen Komplimente. Sie wurden von den Ministern bis unter die Thüre begleitet, und kehrten nach Paris zurück.

13. Dezember 1802. Am folgenden Tage traten wieder sämtliche schweizerische Deputirte zusammen; die Ausschüsse erstatteten getreuen Bericht, doch, um von keiner Seite aufzureizen, mit Beiseitelassung aller angehörten Persönlichkeiten; und die französischen Kommissarien theilten einen im nämlichen Sinn gefertigten Auszug der Rede Bonaparte's an alle Anwesende aus. Die Abgeordneten von Waadt versuchten abermals eine allgemeine Diskussion herbeizuführen, welche jedoch als überflüssig beseitigt wurde.

Hierauf luden die französischen Kommissarien zur Vorlegung von Entwürfen über Kantonal-Organisationen ein; sie bestimmten zur Abfassung derselben die Zeitfrist von einer Woche¹⁷⁾, mit dem

17) Bis zum 20. Dezember.

Beifügen: jedem einzelnen sei vergönnt Privatmemorien einzugeben, welche aber nicht als offizielle Aktenstücke betrachtet, daher auch den übrigen Abgeordneten nicht würden mitgetheilt werden.

Von diesem Augenblicke an war der direkte Einfluß der Abgeordneten der helvetischen Regierung als solcher gebrochen. — Ruhn war durch den persönlichen Angriff Bonaparte's auf seine Person tief erschüttert, und wollte eben so wenig als Koch fernern Antheil an den Arbeiten nehmen. Beide schickten sich zur baldigen Abreise an.

Behnter Abschnitt.

**Fortsetzung. — Des ersten Konsuls Vermittlungswerk.
Die Deputirten arbeiten an den verschiedenen
Kantonal-Organisationen.**

1802 — 1803.

Die Deputirten legten nun Hand an ihre Vorarbeiten über die zukünftige Einrichtung der respektiven Kantone. Von den französischen Kommissarien war vornämlich Desmeuniers bezeichnet worden, um bei der Reorganisation der ehemals demokratischen und der neu entstandenen Kantone, Röderer um bei derjenigen der ehemaligen Städte-Kantone mitzuwirken, wobei dieser versuchen wollte, einen Theil desjenigen Zutrauens und der Ergebenheit der Unitarier wieder zu gewinnen, welche durch die Äußerungen Bonaparte's verloren gegangen waren.

15. Dezember 1802. Für den Kanton Zürich traten alle sechs Abgeordnete: Usteri, Pestalozzi und Pfenninger einerseits, Reinhard, Schweizer und Sulzer anderseits, zusammen, um einen Versuch zu machen, wie weit sie sich in ihren Ansichten über eine Kantons-Versaffung vereinigen möchten.

Wer selbst Gelegenheit gehabt hat, Berathungen über Verfassungsarbeiten anzuhören, kennt die unendliche Zahl verschiedener Theorien und Ansichten, die einander können entgegen gestellt werden, und wird uns gerne erlassen, über Einzelheiten einzutreten.

Auch nicht eine der bekannten Ansichten über Trennung und Hierarchie der Gewalten über direkte und indirekte Wahlen, über Wahlkollegien, über Zensus, über Alter, über den Einfluß der Geisteskultur, über Repräsentation des gelehrten Standes, sei es durch direkte Wahlen, sei es durch Vorschläge, über freie Wahlen in dem ganzen Kanton, oder nur in dem eigenen Bezirke oder der Gemeinde, über Pfarrerwahlen und über noch viel andere ähnliche Dinge, blieb unberührt.

Vollkommen einmüthig waren sie alle darüber, daß die kombinierten Verhältnisse der Bevölkerung, des Vermögens und der Geistesbildung jeder Wahlfähigkeit zur Grundlage dienen, und daß alle ewigen Lasten loskaufbar sein sollen. So wie es sich aber um Anwendung dieser Grundlagen handelte, zerfielen sie in zwei gleich starke Theile, und beinahe noch mehr als über diese, über die Lösung einer zweiten Frage, nach welchem Gesetze bis nach Erlassung eigener der Kanton regiert werden soll?

Die drei Kantons-Abgeordneten verlangten sofortige Einführung der neuen helvetischen, die Städte-Deputirten die Beibehaltung der alten Stadt- und Landsatzungen, als innig verwoben mit allen Verhältnissen der Bürger, und Anwendung der helvetischen Gesetze nur da, wo keine Kantonal-Gesetze vorhanden wären; damit schieden sie unverrichteter Dinge auseinander, um, jeder Theil für sich, eigene Arbeiten abzufassen. Gegenseitig gestanden sie nachher offen, daß neben wohlbegründeten auch sehr übertriebene Besorgnisse über die Absichten ihrer Gegner obgewaltet hätten, Besorgnisse, welche, mehr auf die Stürme des Augenblicks als auf die Zukunft berechnet, allerdings für die ersten entscheidenden Einleitungen von großem Gewichte waren.

Bei einer zweiten Besprechung näherte sich Usteri den städtischen Abgeordneten in vielen Dingen, ohne sich über andere vereinigen zu können; dennoch hatte diese Besprechung zur Folge, daß

beide eingereichten Entwürfe viel Übereinstimmendes enthielten. 20. Dezember. Die drei Städte-Abgeordneten beschleunigten ihre Arbeit, reichten sie vor Ablauf des eingeräumten Termins ein, und übergaben gleichzeitig eine Abschrift dieser Eingabe an die Kantons-Deputirten. (Beilage Nr. 4.)

Sie suchten dabei, soweit ihre politischen Ansichten es gestatteten, die neuen Staatsansichten und die Rechtsgleichheit mit einigen Gewährleistungen für die Freiheit Aller zu verbinden. Allerdings spielte der Censur in diesem Entwurfe eine bedeutende Rolle. Reinhard äußert selbst darüber: „Wir setzten dieses Mittel in „unsern Entwürfen etwas hoch an, theils weil wir jedenfalls eine „Herabsetzung zu gewärtigen hatten, theils weil es bei den Franzosen selbst in verhältnißmäßig weit höherem Grade eingeführt „war, und Röderer empfohlen hatte, davon nicht abzuweichen; „theils weil es uns das einzige wirksame schien, einer Ochlokratie „zu entgehen.

„Niemand konnte annehmen, daß diese Bestimmungen gegen „diejenigen Männer des Kantons gerichtet seien, welche bisher am „meisten Antheil an der Revolution genommen hatten; denn diese „zählten weit mehr in ihrer Mehrzahl zu den Begütertesten zu Stadt „und Land, und auch sie betrachteten den Besitzstand als eine „der stets mächtigsten Triebfedern zu Erhaltung von Ruhe und „Ordnung.“

Die Kantons-Deputirten benutzten die Mittheilung, um gleichzeitig mit ihrer eigenen Eingabe eine Widerlegung derjenigen ihrer Gegner zu überreichen, und unterließen ihrer Seite ihre Eingaben den Städte-Deputirten mitzutheilen, was, wäre es nicht nachgeholt worden, zu unangenehmen Verwicklungen hätte führen können. Sie selbst reichten einen gemeinschaftlichen, und jeder derselben zugleich noch einen eigenen Verfassungs-Entwurf ein; auch sie bezweckten durch ihre Vorschläge die nämliche Eintheilung des Kantons in Distrikte; die nämlichen Kantonal- und Distriktsbehörden;

die nämliche Stärke der Behörden, nur mit einigen Abweichungen in den Attributen und Kompetenzen derselben. Die wesentlichste Abweichung zwischen beiden lag in der Wahlart. (Beilage Nr. 5.)

Allein wichtiger war die beigefügte Erklärung, sie seien von ihren Kommittenten nicht abgeordnet, um eine Verfassung für den Kanton Zürich auszuarbeiten, sondern um ihre Ansichten über die Konstituierung der helvetischen Konföderation mitzutheilen und verlangen demnach, daß nie von Einführung einer Verfassung die Rede sei, bevor eine solche von der Mehrheit der Stimmen aller Bürger in eigens dafür zu eröffnenden Registern angenommen worden sei. Wahrscheinlich geschah es von diesem Gesichtspunkte aus, daß sie, was sonst kaum erklärbar wäre, den Städte-Abgeordneten allein überließen, die Rechte des Kantons Zürich bei Festsetzung der Grenz-Verhältnisse zu wahren. Diese Festsetzung der Kantons-Grenzen war nämlich eine wesentliche Aufgabe der Vermittlung, indem sich hierüber an vielen Orten zum Theil sehr wohl gegründete Wünsche kund gaben. Jedenfalls war es für die Zürcher aller politischen Glaubensbekenntnisse erfreulich, daß nicht nur alle durch die Staatsumwälzung vom Jahr 1798 von ihrem Kanton abgetrennten Gemeinden oder Landschaften ihre Wiedervereinigung mit demselben wünschten, sondern daß auch das Kelleramt und mehrere Gemeinden der Grafschaft Baden, die nie mit ihm verbunden waren, diese Verschmelzung sehnlich ansprachen. Eifrig verwahrten sich dagegen die Abgeordneten von Aargau, von St. Gallen und von Schaffhausen, ja sie verlangten, daß sogar alle auf dem rechten Rheinufer gelegenen Theile des Kantons Zürich von demselben abgetrennt werden sollen.

Schon früher, und als der Kanton Baden dem Kanton Aargau einverleibt werden sollte¹⁾, bemühten sich die meisten Kantonsbürger, namentlich diejenigen der Stadt Baden, dieser Vereinigung,

1) August und September 1801.

in der sie ihre politische Zernichtung zu erblicken glaubten, entgegen zu arbeiten. Aber nur die an den Kanton Zürich angränzenden Gegenden hielten die selbst eigene Existenz eines Kantons Baden, ohne Übernahme unerträglicher Lasten für unmöglich und verlangten, an den Kanton Zürich, mit welchem sie durch vielfältige Interessen verbunden seien, anstatt an das ihnen ganz fremdartige Aargau angeschlossen zu werden. Zwar wurde damals ihrem Wunsche nicht entsprochen; nun aber, da eine gänzliche Umgestaltung der Schweiz Statt finden sollte, wandte sich die Municipalität von Baden in amtlichem Schreiben²⁾ an ihren ehemaligen, jetzt in Paris anwesenden Landvogt Reinhard, um durch seine Fürsprache zu erhalten, daß der Kanton Baden nicht gewaltsam mit dem keineswegs homogenen Aargau verschmolzen werde, sondern einen abgesonderten Kanton für sich bilden möge, und stellten zu diesem Ende hin eine förmliche Vollmacht an ihn aus³⁾ und schrieben gleichzeitig und im nämlichen Sinne an Barthélemy und an Portalis.

Diese Papiere, über deren Schicksal man zu Baden lange in Ungewißheit war⁴⁾, langten erst einen vollen Monat nach dem Tage, auf den ihr Datum hinwies, an⁵⁾, und zwar in dem eben bezeichneten Augenblicke, wo von allen Seiten an den Kantonal-Verfassungen gearbeitet wurde. Reinhard hielt sich verpflichtet, einerseits den französischen Kommissarien diese Wünsche mit besonderer Wärme anzuempfehlen⁶⁾; anderseits der Stadt Baden unverholen zu eröffnen⁷⁾, daß, je mehr er sich durch diesen Beweis von Achtung und Zutrauen geschmeichelt finde, und ihre Interessen

2) Baden, den 20. November 1802.

3) Baden, den 21. November 1802.

4) Schreiben von Baden, vom 19. Dezember 1802.

5) Ankunft dieses Papiers 5. Nivôse an XI oder 27. Dezember 1802.

6) Eingabe vom 5. Nivôse, an XI oder 27. Dezember 1802.

7) D. d. 27. Dezember 1802.

warm an die Hand genommen habe, er sie um so weniger über den wahrscheinlichen Erfolg täuschen möchte, da die Konstituierung eines Kantons Aargau bereits so viel als beschlossen sei, und kaum eine Vermehrung von Kantonen Statt finden dürfte. Werde das Aargau von Bern getrennt, so sei die Einverleibung der Grafschaft Baden unvermeidlich.

Dennoch, als kurz nachher die Trennung des Aargau von Bern entschieden war, glaubte er um so mehr auf diesen Gegenstand zurückkommen zu sollen, als sich die große Mehrheit der Bürger von Bremgarten, fünfundachtzig an der Zahl, unter dem 5. Jenner 1803 schriftlich an den Vermittler mit der Bitte wandten, sie doch ja nicht mit Aargau zu verbinden. Er gab einige Mittel zu Bildung eines Kantons Baden an die Hand, und bewarb sich für den schlimmsten Fall darum, daß die verschiedenen Bezirke sich dahin, wo sie es selbst wünschen, anschließen mögen.

Bei Festsetzung der Kantonal-Grenzen war gleich von Anfang an die Tendenz sichtbar, diejenigen der größern Kantone so viel nur immer Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses, und örtliche geographische Lage erlaubten, zu schmälern. Zürich sollte, während Bern so empfindlich zerstückelt wurde, wenigstens einige Einbuße erleiden. Daher mußten die Anstrengungen der Städte-Abgeordneten von Zürich und Winterthur weniger der Ausdehnung als der Erhaltung der Kantons-Grenze zugewendet werden. Sie richteten ihre schriftlichen Eingaben theils auf Erhaltung, theils auf Wiedererwerb der Gemeinde Weiningen, des Klosters und der Gemeinde Rheinau, der Stadt Stein am Rhein, der Dorfschaften Ramsen, Emmishofen und Dörflingen, der Herrschaft Egglisau mit dem Rafzerfeld; dann auf die Einverleibung der von dem Gebiete des Kantons Zürich auf drei Seiten eingeschlossenen und auf der vierten durch den Reußstrom von den jenseitigen Gemeinden getrennten Gemeinden des Kelleramtes, von Schlieren,

Dietikon, Otweil und Hüttikon, und fügten für den Fall, daß überwiegende Gründe die Aufstellung eines Kantons Baden unmöglich machen sollten, bei, daß wohl alle auf dem rechten Rheinufer gelegenen Stadt- und Dorfgemeinden dieses Landtheiles, ihren Anschluß an den Kanton Zürich demjenigen an den Kanton Aargau vorziehen dürften.

Der kurze Zeitraum zwischen der Abfassung von Entwürfen durch die schweizerischen Abgeordneten und der Aufstellung bestimmter Grundlagen durch die französischen Kommissarien war der bewegteste und für alle drückendste des Aufenthaltes zu Paris.

Die der Einheit anhängenden Deputirten kämpften ihren letzten Kampf, und trachteten durch Übertragung der vorzüglichsten Souverainetäts-Rechte an eine Central-Gewalt, die Selbstständigkeit der Kantone, diese erste wesentliche Kraft des Schweizer-Bundes zu untergraben; wogegen sich die Föderalisten in einer gemeinschaftlich unterzeichneten Note verwahrten.

Nach Eingabe aller Entwürfe und während die französischen Kommissarien mit Prüfung derselben beschäftigt waren, trat ein kurzer Zeitpunkt der Ruhe für die schweizerischen Abgeordneten ein, der ihnen vergönnte nicht nur die Merkwürdigkeiten der Hauptstadt zu besichtigen und das gesellschaftliche Leben zu genießen, sondern auch an den Vereinigungen und Festen der höhern diplomatischen Circle Antheil zu nehmen. Reinhard besuchte in der Regel die großen Gesellschaften bei den Nebenkonsuln Cambacères und Le Brun, und begegnete dort allen Notabilitäten Frankreichs und den in Paris anwesenden Fremden. Er speiste bei mehreren ausgezeichneten Staatsmännern der damaligen Zeit, zugleich mit einer Anzahl schweizerischer Abgeordneter von den entgegengesetzten politischen Ansichten, die sich hier auf das Beste mit einander zu vertragen mußten.

Napp versammelte kurz nachher, aus Auftrag und im Namen Bonaparte's, sämtliche schweizerische Abgeordnete in einem Saale

des Gartens der Tuileries zu einem großen Gastmahle von mehr als hundert Gedecken, und lud denselben mehrere der berühmtesten französischen Generale, den als Gesandter in der Schweiz gewesen Berninac, nebst einigen in Paris eben anwesenden bekannten Schweizern zur Gesellschaft bei. Dieses prachtvolle Gastmahl zeichnete sich vornehmlich durch die feine Höflichkeit aus, mit welcher die Tafel-Aufsätze durch schweizerische Landschaften und durch Scenen aus der Schweizergeschichte verziert waren.

Die fünf Abgeordneten, welche dem ersten Consul zu St. Cloud vorgestellt worden waren, genossen die Ehre zu einem Bankette von mehr als hundert und fünfzig Gedecken in der großen Gallerie der Tuileries gezogen zu werden, an welchem der erste Consul selbst, seine Gemahlin, mehr als vierzig Damen, beide Neben-Consuln, das ganze diplomatische Corps, alle Minister, und eine Menge von Generalen, darunter auch Masséna, Theil nahmen, und wobei nicht unbemerkt blieb, daß Kuhn nicht gegenwärtig sei, und daß der erste Consul sich ausschließend an d'Affry und Reinhard gewendet habe. Nach dem Neujahrstage begannen wieder die amtlichen Geschäfte.

2. Jenner 1803. Röderer beschied die sechs zürcherischen Deputirten zu sich, um mit ihnen über die Organisation ihres Kantons zu verhandeln, und legte ihnen einen Entwurf über Gesetzgebung, Wahlart und Vollziehung mit der Bemerkung vor, daß Frankreich nur an Festsetzung dieser Bestimmungen gelegen sei, alles Übrige möge man selbst machen. (Beilage Nr. 6). Daneben sprach er einige Gedanken über die Bildung der Tag-satzung aus und schloß dahin, diese Mittheilungen enthalten die vorläufigen Ansichten des großen Vermittlers selbst, mithin dürften sie wohl in Einzelnem modificirt, im Wesentlichen kaum abgeändert werden.

Reinhard und seine Mitarbeiter glaubten schon in dem ersten Blick auf diese Arbeit wahrzunehmen, daß zwar einige Benennun-

gen und Formen der alten Verfassungen beibehalten, hingegen die reine Stellvertretung nach Kopfsahl eingeführt und nur durch geringe ökonomische Bedingungen beschränkt werden sollte. Darum machten sie Einwendungen gegen Bestimmungen, welche die größern Beiträge der Städte zu den öffentlichen Lasten (Zürich und Winterthur zusammen leisteten ungefähr die Hälfte des Ganzen) und den Kulturzustand ohne alle Berücksichtigung ließen. Röderer erwiderte, die Aristokraten seien bei dieser Vermittlung der besiegte Theil, dennoch werde man ihnen Schutz angedeihen lassen. Reinhard durch diese Äußerung zu etwelcher Empfindlichkeit gereizt, antwortete: „Der „erste Konsul habe ein Heer nach der Schweiz gesandt, und im „Angesichte Europa's seine Vermittlung erklärt, die Schweiz hege „von dieser Vermittlung einen würdigeren Begriff, welchem die „einfache Erklärung keineswegs entspreche, der eine Theil sei als „der Besiegte zu betrachten. Habe man nur dieses beabsichtigt, „so hätte man die so geheißenen Aristokraten zu Hause lassen „können.“

Diese und andere dringende Vorstellungen der Städte-Abgeordneten wirkten so viel, daß Röderer übernahm, nochmals den Gedanken einer billiger erachteten Vermögens- und Städte-Repräsentation dem ersten Konsul wo möglich beliebt zu machen. Grund und vornehmlich Desmeuniers machten zur Beruhigung der Städte-Abgeordneten den Vorschlag, alle wichtigern Wahlen, namentlich diejenigen des Regierungsrathes in Paris vornehmen zu lassen. Dieser Gedanke wurde aber von diesen einstimmig als die Ehre und die Unabhängigkeit des Kantons untergrabend von der Hand gewiesen. Überhaupt fiel den Deputirten auf, wie die französischen Kommissarien einerseits mit Vorliebe auf eine vollkommene Demokratisirung der Schweiz hinarbeiteten, die von diesem Systeme abweichenden Deputirten mit in dasselbe hineinzuziehen versuchten, und doch auf der andern Seite nichts mehr zu besorgen schienen, als daß sie alles verwerfen, und die Verhandlungen abbrechen.

Klugheit gebot, diese Wahrnehmung mit der größten Mäßigung zu benutzen, um keinen Anlaß zu geben, das Vaterland noch mehr in Anarchie und in den Zustand einer eroberten Provinz zu vertiefen, in welchem es sich bereits befand.

Ihre Vorstellungen hatten zur Folge, daß kurze Zeit nachher⁸⁾ Roederer einige neue, vom ersten Konsul angeblich herrührende Grundlagen darbot, nach denen die Stadt Zürich den fünften Distrikt des Kantons ausmachen und damit auch den fünften Theil der Stellvertretung erhalten sollte. 22. Jenner 1803. Usteri traf bald hierauf mit den Städte-Abgeordneten bei Roederer zusammen, wo sie sich gegenseitig zu derjenigen Distrikts-Eintheilung verstanden, welche nachher wirklich eingeführt worden ist. Die Stadt Winterthur, für welche sie vier Zünfte verlangt hatten, was wegen den Verhältnissen so vieler Municipalstädte in andern Kantonen abgeschlagen wurde, erhielt einige Entschädigung durch die mindere Bevölkerung ihres Distrikts⁹⁾.

Um diese Zeit erhielt Reinhard einen neuen schätzbaren Beweis von Zutrauen aus einem andern Kantone der Schweiz¹⁰⁾. Die obersten Vorsteher sämtlicher Gemeinden des ehemaligen Kantons Appenzell Auser-Rhoden, wandten sich urkundlich an ihn, um seine Fürsprache bei dem großen Vermittler anzurufen, sie verlangten von dem Kantone Säntis getrennt, als alter Kanton Appenzell in seine ehemaligen Grenzen und Unterabtheilungen nach beiden Glaubensbekenntnissen und in seine frühere demokratische Verfassung wieder eingesetzt, und in allem Übrigen den demokra-

8) Den 15. Jenner 1803.

9) Erster Distrikt	Zürich	mit	11,000	Seelen.
Zweiter	= Regensdorf	=	42,243	=
Dritter	= Winterthur	=	37,545	=
Vierter	= Horgen	=	52,372	=
Fünfter	= Uster	=	50,221	=

193,381 Seelen.

10) D. Gerisau, 23. Dezember 1802.

tischen Kantonen gleichgestellt zu werden. Er versäumte nicht, ihr Verlangen einzugeben und dasselbe nachdrücklich zu unterstützen. Dabei benutzte er jede Gelegenheit, um Abhülfe für die aus der Schweiz in steigendem Maße über Bedrückungen einlangenden Beschwerden zu verlangen. Einigermassen und theilweise ward ihm entsprochen; ja der erste Konsul ließ ihm durch Barthélemy baldige und gänzliche Abstellung der Beschwerden angeloben.

Die Nachricht der Abführung aller Waffen aus der östlichen Schweiz bis an die Grenzen des Leman's ergriff gewaltig alle Gemüther der in Paris anwesenden Föderalisten; sie erblickten darin eine schwere Verletzung der National-Ehre, und hofften darum, aber vergebens, bei ihren anwesenden Mitdeputirten (wenn auch politischen Gegnern) Unterstützung zu finden¹¹⁾. Indessen verflossen zwei Monate, ohne daß jemand hätte klar in die Zukunft hinaus schauen können.

Größer noch als bei den Deputirten selbst war die Ungeduld im Vaterlande, wo innerer und äußerer Druck andauerte, und wo die seltsamsten Berichte bunt durch einander geworfen, und alle mit hastiger Begierde aufgegriffen wurden. So z. B. erzählte die Zürcher-Zeitung¹²⁾: „Alle Deputirte zu Paris leben mit einander in dem besten Einverständnisse; dem ersten Konsul ist die „Präsidentschaft über die Schweiz angetragen worden.“ Doch nahete der Augenblick, in welchem der gordische Knoten entzwei geschnitten werden sollte.

11) Eingabe d. d. 23 Nivôse, an XI., oder 13. Jenner 1803.

12) Vom 4. Jenner 1803.

Filfter Abschnitt.

Fortsetzung. — Des ersten Konsuls Vermittlungswerk. — Unmittelbare Unterhandlungen mit demselben.

1803.

Die französischen Kommissarien veranstalteten nach Vollendung ihrer Vorarbeiten ¹⁾ eine abermalige allgemeine Versammlung und trugen ihr vor:

Zwar habe der erste Consul sein Vermittlungswerk abgefaßt; dennoch wünsche er vor dessen amtlicher Eröffnung, die Ansichten der schweizerischen Deputirten kennen zu lernen. Zu diesem Endzwecke könne jede der beiden politischen Parteien fünf Mitglieder bezeichnen, welche am nächstfolgenden Tag um zwei und um vier Uhr, eine jede absonderlich, bei dem Senator Barthélemy, die ihnen zu machenden Eröffnungen zu vernehmen haben würden. Vier und zwanzig Stunden Zeit werden zur Eingabe von Gegenbemerkungen eingeräumt werden; das Loos möge entscheiden, welche der beiden Parteien zuerst vortreten soll.

Hier zum ersten Male wurden die schweizerischen Abgeordneten in zwei Parteien scharf ausgeschieden, wodurch mehr als ein schwankender in große Verlegenheit gerieth. Die Föderalisten

1) Am 24. Jenner 1803.

theilte, wichtige Bestimmungen zu machen. Dennoch verfaßten die Föderalisten schnell eine Denkschrift, in welcher sie sich auf Behandlung der wichtigsten politischen und einiger noch nie berührter ökonomischer Punkte, als die Ausscheidung und Liquidation der helvetischen Nationalschuld, die Ausscheidung der Staats- und Gemeindegüter, das Münzwesen und das Verhältniß der Zuschüsse der einzelnen Kantone zu allgemeinen Staatsausgaben beschränkten, und dabei so glücklich waren, die Zustimmung des ersten Konsuls zu den meisten ihrer Anträge zu erhalten.

Wenige Tage nachher⁵⁾ wurden die zehn schweizerischen Ausschüsse nach den Tuilerien zu einer persönlichen Konferenz mit dem ersten Consul eingeladen⁶⁾. Barthélemy forderte beide Parteien auf, im Voraus einen Sprecher, an den sich der Vermittler vorzugsweise wenden könne, zu bezeichnen, und verschaffte ihnen, da er sie einen Tag vorher zum Mittagsmahl bei sich einlud, die Gelegenheit, sich noch mit ihm über mehrere Gegenstände zu besprechen. Die Unitarier bezeichneten Stapfer, die Föderalisten Reinhard zu ihrem Sprecher. Das Zusammentreffen beider Theile bei Barthélemy, welcher noch versuchen wollte über mehrere Gegenstände eine vorläufige Vereinigung herbeizuführen, ließ wenig Gutes für den folgenden Tag gewärtigen, indem namentlich über die finanziellen Fragen unbedingter Widerspruch obwaltete.

Zur festgesetzten Mittagsstunde⁷⁾ begaben sich die Ausschüsse sammt den vier französischen Kommissarien in die Tuilerien. Etwas vor ein Uhr begann die feierliche Sitzung, in welcher das Vermittlungswerk für die Schweiz zu Stande kam⁸⁾.

5) Donnerstag, den 27. Jenner.

6) Samstag, den 29. Jenner.

7) Samstag, den 29. Jenner.

8) In der Mitte des Kabinetts des Konsuls stand eine lange, mit grünem Teppiche bedeckte Tafel. Oben an derselben und querüber gestellt ein reich vergolbeter Tisch. Vor diesem ein Lehnstuhl für den Consul; fünf Stühle rechts der Tafel für die Föderalisten, fünf Stühle links für die

Die Diskussion über die Verfassungen der ehemals aristokratischen Kantone drehte sich Anfangs meist um Wahlfragen herum. Die Verfassungen der neuen Kantone, beinahe vollständig nach den Wünschen der Deputirten bearbeitet, veranlaßten gar keine Diskussion. Nun ergriff der Vermittler das Wort und fragte im Allgemeinen, ob man zufrieden, oder ob jemand gewissenhaft zweckmäßigere Verfassungen vorzuschlagen im Falle sei.

Reinhard erachtete sich verpflichtet, nun seine Bemerkungen ohne Scheu vorzutragen. Er hätte gewünscht, äußerte er, daß bei Bestimmung der Repräsentation anstatt der Kopfzahl das kollektive Eigenthum, sei es der Distrikte, sei es der Gemeinden zur Grundlage genommen worden wäre. Auch hätte er gerne, anstatt Kandidaten-Listen zu bilden, und die Wahlen einem blinden Loos zu unterwerfen, dieselben Wahlkollegien anvertraut. Er besorge, es werde aus jener Wahlart ein schwacher großer Rath hervorgehen.

Der Vermittler erwiederte, er könne in der Stellvertretung nichts mehr abändern; hinsichtlich des Wahl-Korps seien die gemachten Einwürfe scheinbar allerdings richtig, indessen habe Frankreich vielfache Erfahrungen der großen Vorzüge direkter Wahlen vor denen durch Wahl-Kollegien gemacht. Bei den ersten entscheide ein zuweilen irriges, doch meist gerades Urtheil über die Subjekte; die Wahl-Kollegien hingegen seien der Tummelplatz aller niedrigen Umtriebe. Hier werde das wirkliche Verdienst zurückgesetzt, und müsse konventionellem Verdienste weichen.

Napoleon verlangte hierauf, Usteri's Ansicht über diesen Punkt kennen zu lernen; derselbe wick aber die Beantwortung dieser Fragen aus, und benutzte die Gelegenheit, eine schnell einläßlich werdende Diskussion über Einheit der Republik zu eröffnen. Monod, doch weniger bestimmt, sprach in dem nämlichen Sinne; Stapfer unterstützte Usteri aus allen Kräften, und führte das Beispiel des ebenfalls aus sehr verschiedenen Bestandtheilen zusammengesetzten ehemaligen Kantons Bern an.

„so besäße dieser auch das Recht in Kriegszustand zu treten.
 „Daneben stehen Frankreich noch Mittel genug zu Gebote, um
 „die Schweiz auch indirekte abzuschließen.

„Im Fall einer hartnäckigen Weigerung der Aristokraten meine
 „Vermittlung anzunehmen, hätte ich meine Armee in der Schweiz
 „stehen lassen, und sie wie eine eroberte Provinz behandelt.

„Ohnehin würde es mich weit weniger Mühe gekostet haben,
 „zu erklären: die Schweiz ist mein, als ich bin ihr Vermittler.
 „Hätte England noch ein einziges Wort gesprochen, so wäre es
 „auch erfolgt.

„England war es, welches zu Amiens die Anerkennung der
 „Unabhängigkeit der Schweiz verweigerte; Frankreich ist es, welche
 „sie zu Luneville aufnehmen ließ.

„Die rückständigen Militär-Pensionen sind nicht bezahlt wor=
 „den, weil wegen Erschöpfung der finanziellen Mittel auch die
 „Pensionen in Frankreich nicht bezahlt werden konnten. In Zu=
 „kunft kann es schon besser geschehen.

„Sobald wir mit unserer Arbeit zu Ende sind werde ich
 „meine Truppen auf eigene Verpflegung nehmen, und sie, sobald
 „die neue Verfassung wird eingeführt sein, ganz zurückziehen.“

Sprecher von Bernegg trachtete die gute Stimmung des Kon=
 suls zu benutzen, um das im Beltlin konfiscirte Eigenthum Bünd=
 nerischer Privaten zurückzufordern.

„Ist noch nicht alles verkauft, so kann vielleicht noch etwas
 „gethan werden“, war die Antwort.

Reinhard that einen Anwurf um Rückgabe der abgeführten
 Waffen, und legte ein Fürwort zu Gunsten der Gefangenen auf
 Aarburg ein, erhielt aber bloß ausweichende Antwort.

Erst nach acht Uhr Abends wurde die Sitzung in verbind=
 licher Weise aufgehoben. Der Consul begab sich zu seiner Erho=
 lung nach dem Theater; die schweizerischen Deputirten wurden
 zu einem großen Balle in das nahe gelegene Hotel des Sec=

„länglich, damit der Richter Liebe zu seinem Berufe gewinne.
 „Diese Liebe macht seine zweite Rechtschaffenheit aus.

„Grund und Boden der Schweiz vermögen nicht eine nation-
 „nale Stellvertretung zu ertragen. Ihr könnt nicht einmal einen
 „gleichförmigen landwirthschaftlichen Boden aufstellen, weil sich
 „der Charakter der Nation durch die äußern Umstände bilden las-
 „sen muß.

„Ein französisches Heer vermag die Schweiz zu vertheidigen;
 „nie kann ein österreichisches einem französischen in Besetzung der
 „westlichen Kantone zuvorkommen; darum ist euer militärisches
 „Interesse mit demjenigen von Frankreich verbunden. Die Zeit
 „ist vorüber, wo man sich mit fünfzehntausend Mann vertheidigen
 „konnte. Heut zu Tage bedarf es derer sechzig- und achtzigtau-
 „send auf einem Punkte, und darum könnt ihr keine Truppen,
 „sondern nur National-Garden aufstellen.

„Frankreichs Grenze wird theilweise durch die Schweiz bedeckt;
 „darum darf dasselbe aus politischen Gründen Schweizer-Trup-
 „pen in seine Dienste nehmen und besolden. Um seiner selbst
 „willen bedarf es sie nicht. England hat hierbei gar kein oder
 „bloß ein vorübergehendes Interesse. Oesterreich besitzt mehr
 „Menschen, als es bedarf. Zudem vermöchte es höchstens auf
 „Augenblicke, nie auf die Dauer die kleinen Kantone in sein
 „Interesse zu ziehen.

„Die Aristokraten würden unrecht handeln, wenn sie anders-
 „wo, als bei Frankreich Schutz suchen wollten. Ich würde, und
 „wenn es selbst bis zum Ausbruch eines europäischen Krieges ge-
 „kommen wäre, meine Vermittlung durchgesetzt haben, weil ich
 „das für meine Grenz-Provinzen ansteckende Beispiel nie hätte
 „dulden können.

„Sollte behauptet werden, die Unabhängigkeit berechtige zum
 „Anklopfen an allen Thüren; wohl! Würde aber dieses Recht
 „unflug benutzt und damit die Interessen des Nachbarn verletzt,

Ministeriums geführt, wo die Gemahlin Bonapartes und das ganze diplomatische Corps anwesend waren, und wo die so eben beendigte achtfündige Audienz der Gegenstand aller Gespräche war. Die französischen Kommissarien versicherten einer ähnlichen Scene noch nie beigewohnt zu haben; noch nie habe der erste Consul dem wichtigsten Staatsgeschäfte Europa's eine solche persönliche Aufmerksamkeit geschenkt.

Tage²⁾ zeigte ihm Barthélemy schriftlich an, der erste Konsul habe seinem Begehren entsprochen. Die Gemeinden Dorf und Berg-Dietikon, Schlieren, Ottwil und Hüttikon seien mit dem Kanton Zürich vereinigt.

Ungemein wichtig war die endliche Festsetzung der Verhältnisse der helvetischen Schulden-Liquidation und die Ausscheidung der verschiedenen Kantonal- und Gemeinde-Güter, über welche der erste Konsul bei seiner frühern Unterredung mit den Ausschüssen noch keinen entschiedenen Willen erklärt, sondern alles fernern Beratungen vorbehalten hatte, während jedoch die schnelle Beendigung des Ganzen tief in seinen Absichten zu liegen schien, was sofort wieder einen Zusammentritt der Zehner-Kommission mit den französischen Kommissarien veranlaßte³⁾.

Die Abgeordneten der Städte Zürich und Winterthur stützten sich auf die eigenen Worte des Vermittlers, daß jedem Kanton, jeder ehemaligen Hauptstadt, jedem Kloster und jeder Korporation ihr Eigenthum zurückgestellt werden soll; daß jeder einzelne Kanton seine eigenen Schulden zu bezahlen habe; und daß erst nachher die übrig bleibenden Kapitalien als Hypothek für die helvetische Schuld, und zwar durch die Tagsatzung im Verhältnisse des jedem Kantone übrig Bleibenden zu verwenden seien; darum müsse zuvörderst der rechtliche Bestand der wirklichen Schuld ausgemittelt, und mit dem Betrage der Aktiv-Masse verglichen werden. Immerhin bleibe es drückend genug, daß am Ende die einen für die andern bezahlen müssen. Die Deputirten der übrigen alten Kantone gingen noch weiter und verlangten in einer dem Vermittler eingegebenen Denkschrift⁴⁾, daß zwar eine geeignete Kommission die Schulden-Liquidation der helvetischen Regierung vorbereiten, der Entscheid jedoch der Tagsatzung zustehen soll. Die

2) Jeudi au soir le 3 Fevr. 1803.

3) 31. Jenner 1803.

4) Paris le 16 Pluviose. An XI.

viel intrigürt, vornehmlich weil verschiedene einflußreiche Franzosen selbst Besitzer helvetischer Schuldtitel waren, und Frankreich gegenüber bedeutende Summen zu liquidiren blieben. Der Konsul Le Brun, Röderer, Fouché, Berninac und andere mehr benutzten jede schickliche Gelegenheit, um die größte Facilität bei diesen Liquidations-Geschäften anzuempfehlen.. Die Zehner-Kommission überreichte dem Konsul gedoppelte Vorschläge mit der angelegenen Bitte, seine Auswahl mit fluger Vorsicht zu treffen⁶).

Er wählte: Stapfer, Minister der helvetischen Republik in Paris; Ruster, alt Finanz-Minister derselben; Rami, Mitglied der Verwaltungs-Kammer von Freiburg; Jeannot Sulzer von Winterthur, und Lorenz Meyer, Präsident der Verwaltungs-Kammer von Luzern. Stapfer von Paris, und Ruster schlugen aus, und wurden nachher durch Stapfer von Horgen, Mitglied der Verwaltungs-Kammer des Kantons Zürich, und durch Häusler von Basel ersetzt.

6) Die Zehner Kommission hatte vorgeschlagen:

Von Seite der Föderalisten:

Jeannot Sulzer von Winterthur.

Erub von Lausanne, gew. Mitglied der Verwaltungs-Kammer.

Rami von Freiburg, ebenso.

Jenner von Bern, Alt-Sekelmeister.

Leonhard Häusler von Basel, Mitglied der Appellations-Kammer.

Von Seite der Unitarier:

Lorenz Meier von Mammertschhofen von Luzern, Präsident der Verwaltungskammer.

Marcel von Lausanne.

Häufli, Regierungs-Statthalter von Glarus.

Stapfer von Horgen, Mitglied der Verwaltungskammer.

Wegmann von Zürich, Alt-Zunftmeister und Senator.

Der erste Konsul nahm sogleich das Wort und sprach: „Ich habe die Ansichten und Vorstellungen, welche ihr mir eröffnet habet, reiflich überlegt. Ich habe mit Ernst erwogen, was Euch dienlich sei, und daraufhin eine Vermittlung beschlossen, von welcher ich die Begründung des Glückes Eurer Völker erwarten darf. Diese Vermittlung ist ein, Schiffbrüchigen in dem Augenblicke, wo sie in den Abgrund versinken sollten, dargereichter Rettungsbalken. Sie setzt Euch in den Fall, unabhängig zu leben, und wieder einen Platz unter den Völkern Europas, unter denen Ihr schon beinahe ausgestrichen waret, einzunehmen. Ihr könnt, Ihr dürft darauf zählen, die französische Nation werde Euch als gute Nachbarn behandeln. Stets werde ich bereit sein, Euch Beweise meines Wohlwollens und meines Schutzes zu geben.“

Nachdem d'Affry die Anrede beantwortet hatte, wandte sich der erste Konsul gegen denselben und sprach:

„Ihnen habe ich die Landammannstelle, und damit die höchste Gewalt übertragen; an Ihnen ist es nun die Vermittlung zu vollziehen und mit Festigkeit von Ihrer Macht Gebrauch zu machen.“ Zu Watteville übergehend: „Sie habe ich zum Präsidenten der Organisations-Kommission des Kantons Bern bestellt, in Hoffnung, Sie werden dabei Klugheit mit Mäßigung verbinden, und nicht vergessen, daß die aristokratischen Vorrechte, ja selbst ein Theil der Bernerschen Anforderungen im Auslande dem allgemeinen Besten aufgeopfert werden müssen.“

„Herr von Reinhard,“ so fuhr er fort: „Sie gehören einem der Kantone an, welcher vorzüglich durch die Spaltung zwischen Stadt und Land zerrissen ist. Sie und Usteri betrachte ich als die Häupter beider Parteien. Ihnen beiden liegt es ob, dem einen auf die Stadt, dem andern auf das Land in mäßigem und versöhnendem Sinne einzuwirken. Ich habe sattsame Gelegenheit gehabt ihre offene Freimüthigkeit kennen zu lernen,

rativ-Aktes, über die Bundesleitung, über die Liquidation und über die Einführung des Vermittlungswerkes vorgelesen und endlich über die so eben erfolgte Überreichung³⁾ der Urkunde Bericht erstattet.

Als Organ sämtlicher Deputirten dankte der neue Landammann der Schweiz, d'Affry, den französischen Kommissarien für ihre großen, ausdauernden Bemühungen und beschloß damit die Sitzung. Von da begaben sich die meisten Deputirten in die Wohnung des neuen Landammanns, um ihm ihre Glückwünsche abzustatten, und unmittelbar nachher empfingen alle eine Einladung⁴⁾ in die Tuilerien auf den zweitchfolgenden Tag, indem der erste Konsul der Schweiz einen Beweis vorzüglicher Achtung damit zu geben wünsche, daß er sämtliche Abgeordnete bei sich empfangen und von ihnen Abschied nehmen wolle.

Dieser Empfang fand auf die gleiche feierliche Weise und unter Beobachtung der nämlichen Förmlichkeiten, wie zwei Tage früher, Statt. Landammann d'Affry richtete im Namen aller einige verbindliche Worte an den Vermittler, der sie eben so kurz beantwortete, und dann der Reihe nach von einem Deputirten zu dem andern ging; jedem etwas Freundliches, mitunter auch Bezeichnendes⁵⁾ sagte, sich sogar mit denen, welche nicht französisch verstanden, durch Dolmetscher unterhielt, und hierauf die Versammlung mit Beobachtung sehr höflicher Formen⁶⁾ entließ.

3) Am nämlichen Tage wurde allen Mitgliedern der Zehner-Kommission ein in Paris gefertigter und genau revidirter Abdruck des Vermittlungswerkes amtlich zugestellt.

Wir glauben uns der Mühe überheben zu sollen, dieses Werk hier beizufügen, da es sich in Jedermanns Händen befindet.

4) Für den 2. Ventöse. An XI.

5) So sagte er z. B. zu Döb: »La révolution est finie.»

6) Den 23. Hornung erhielten auch die Berner, von Mülken und Watterville von Landshut, Abends zehn Uhr eine Privat-Abschieds-Audienz bei dem ersten Konsul. Er ermahnte auch sie in verbindlichen Ausdrücken zur aufrichtigen Anschließung und zur Mäßigung, und bestätigte ihnen seine wohlmeinenden Gesinnungen für alle Theile der Schweiz.

Fouché, welchem das Benehmen Reinhard's Achtung eingeflößt zu haben scheint, flüsterte ihm zu: „Vertheidigen Sie sich, sie „wollen Ihnen noch eine Million entreißen“).“ Damit ward die Sache abgebrochen, und so mußte es bei der ersten Abfassung sein Bewenden behalten. Röderer, vielleicht ohne sich selbst die Folgen seines Benehmens sattfam klar gemacht zu haben, sah sich nun durch diese wenig ehrenhafte List ungemein compromittirt und verließ mißvergnügt den Saal. Nach ihm auch die, welche den Plan angelegt hatten. Einige derselben warfen sich plötzlich in den Reisewagen, und kehrten nach der Schweiz zurück. Am folgenden Morgen erhielt Reinhard bei Einsicht der von den Unitariern eingegebenen Denkschrift den Schlüssel zu dieser häßlichen Intrigue.

Die Vermittlung hatte nämlich jedem Kanton diejenigen Domänen, welche er in einem andern Kantone nicht als Landesherr, sondern als Privat-Eigenthümer besessen hatte, in dieser Eigenschaft wieder zuerkannt. In Folge dieser fehlgeschlagenen List aber hätten alle diese Güter den Kantonen zufallen sollen, in denen sie gelegen waren. Der erste Konsul, der sich durch Barthélemy Bericht über den Vorfall erstatten ließ, äußerte sich sehr mißvergnügt über Röderer's Benehmen. Die Abgeordneten des Kantons Zürich hatten Kenntniß von jenem Schritte, doch keinen Mitantheil. Der Kanton Zürich hatte hiemit die Erhaltung eines Eigenthums von einer Million Gulden an Werth⁸⁾ Reinhard allein zu verdanken.

Reinhard, Schweizer und Sulzer reisten nun mit einander von Paris ab⁹⁾, trafen glücklich in ihrer Heimath ein¹⁰⁾, und

7) «Défendez-vous, ils veulent vous prendre encore un million.»

8) Es betraf für den Kanton Zürich das Eigenthum der Domänen Weinfelden, Wellenberg, Neunforn, Pfyn, Steinegg, Seengen, Amt Stein und Sar.

9) Den 25. Februar 1803.

10) Den 4. März 1803.

fanden überall freundliche Aufnahme, indem Stadt und Land von dem Bedürfnisse einer aufrichtigen Versöhnung durchdrungen schienen.

Reinhard und Schweizer erstatteten den vereinten Stadtbehörden¹¹⁾ Bericht über ihre Verrichtungen und legten ihre Vollmachten als Abgeordnete nieder.

Kurz hernach übersandte Talleyrand aus Auftrag des ersten Konsuls an jedes der Mitglieder der Zehner-Kommission eine kostbare goldene Dose¹²⁾ mit den verschlungenen Buchstaben P. F. und P. H.¹³⁾, um, wie das Begleitschreiben sich ausdrückt, die enge Vereinigung des französischen und helvetischen Volkes zu bezeichnen¹⁴⁾.

11) Den 7. März 1803.

12) Diejenige für den Landammann d'Affry war reich mit Brillanten besetzt.

13) Peuple Français und peuple Helvétique.

14) Reinhard schenkte noch bei Lebzeiten diese Dose der Stadtbibliothek in Zürich.

Vierzehnter Abschnitt.

Einführung der Mediations-Verfassung im Kanton Zürich. — Erste Tagsatzung zu Freiburg. — Unruhen im Kanton Zürich. — Tagsatzung zu Bern. — Außerordentliche Gesandtschaft der Schweiz nach Paris zur Krönung des Kaisers. — Wiederanbruch des Kontinental-Krieges. — Außerordentliche Tagsatzung zu Solothurn. — Ordentliche Tagsatzung zu Basel.

1803 — 1806.

Mit dem 10. März ging die Staatsgewalt im Kanton Zürich von den helvetischen Behörden an die zu Paris gewählte provisorische Siebner-Kommission über¹⁾. Dieser war die Aufgabe gestellt, die neue Verfassung nach den Bestimmungen der Vermitt-

1) Den 11. März 1803. Mitglieder waren:
Heinrich Meister, Gelehrter (homme de lettres).
Hans von Reinhard, Deputirter des Kantons Zürich.
Paul Usteri, Deputirter des Kantons Zürich.
Heinrich Steiner von Winterthur.
Heinrich Füßli, Mitglied des Vollziehungsrathes der helvetischen Regierung.
Meyer von Knonau, Mitglied des Kantonsgerichts.
Salomon von Wyß, Ex-Verwalter.
Meyer von Knonau lehnte die Annahme ab, und ward ersetzt durch Conrad von Escher, gewesenen Präsidenten der Verwaltungskammer.

geordnet. Diese fand während vollen vier Monaten ³⁾ Beschäftigung genug, an Ausgleichung der Kantone unter sich, an Einleitung zu dem helvetischen Liquidations-Geschäfte und an Versuchen, die durch österreichische Inkamation des schweizerischen Eigenthums in Deutschland verletzten, und während der politischen Wirren in der Schweiz nur schwach vertheidigten Interessen wieder geltend zu machen. Wichtiger noch war die Festsetzung verschiedener Verhältnisse der Schweiz zu Frankreich, worüber sich der Vermittler vorbehalten hatte, erst nach erfolgtem Rückzug seiner Truppen im Lande selbst unterhandeln zu lassen. General Rey, Botschafter des ersten Konsuls, entwickelte dabei einen eben so geraden, als für die Schweiz wohlwollenden Charakter. Zuerst wurde ein Allianz-Traktat ganz defensiver Natur abgeschlossen, in welchem zwar das Wort Neutralität nirgends ausgesprochen ist, der aber solche nicht ausschließen sollte, denn die Schweiz behielt freie Hand, sich selbst zu vertheidigen, oder die Hülfe Frankreichs anzurufen. Hierauf folgten, auf billige Grundsätze des Gegengerechtes gestützt, vertragmäßige Bestimmungen über Erbschafts- und Polizeipflege, über gegenseitige Niederlassung und über freie Ausübung der Industrie, an welche einen Handelsvertrag anzuknüpfen, vergebens versucht wurde. Auch eine Militär-Kapitulation für Errichtung von vier Regimentern, jedes zu drei tausend Mann, die zwar erst drei Jahre später in Wirksamkeit trat, wurde auf Grundlage freier Werbung abgeschlossen. Zwar mögen alle diese Verträge Spuren der Übermacht des einen Kontrahenten an sich tragen, doch begründeten sie neben der Vermittlung selbst, und während der zehnjährigen Riesenmacht des Kaiserreichs, in welcher Periode so viele Staaten auf immer verschwanden, die wirkliche Schutzwehre der Schweiz, und wohl auch die Hauptursache ihrer politischen Erhaltung.

3) Die beinahe täglichen Plenar- und Kommissional-Sitzungen fanden Vor- und Nachmittags Statt.

die Grenzen vorschieben zu lassen, um die Schweiz sowohl in dieser Beziehung als in derjenigen der Konstriktion mit der Mutter-Republik zu vereinigen: da, wie sie schamlos behaupteten, das Schweizervolk seine Aufnahme in die große französische Familie als ein Glück betrachten werde.

Um diesen Versuch zu neuer Umwälzung der Schweiz dem ersten Konsul zu empfehlen, hatten sie auf den in französische Dienste getretenen General Bonderweid gerechnet, dessen biederer Charakter aber die schändliche Zumuthung mit Entrüstung zurückwies, worauf General Murat, Schwager des ersten Konsuls, als Hauptwerkzeug der verätherischen Intrigue erkoren ward; auch der Vermittler setzte allen diesen Anerbietungen nur kalte Verachtung, mit der bestimmten Erklärung entgegen, daß er die von ihm selbst festgestellten Grundlagen der Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz niemals umstoßen werde ⁴⁾.

Die Zeit trat ein, wo der erste Konsul die schwankenden Formen einer bereits monarchisch regierten Republik in diejenigen einer reinen Monarchie umzugestalten für angemessen fand; er bestieg den Thron ⁵⁾, und ließ sich von den Franzosen selbst, und von allen Mächten, England ausgenommen, als Napoleon, Kaiser der Franzosen, anerkennen. Der Papst mußte nach Paris reisen, um im Angesichte der Welt, und in Gegenwart der Abgeordneten aller Staaten den Kaiser zu krönen, damit desselben Thronbesteigung auch in kirchlicher Beziehung verherrlicht werde. Da die Schweiz, wie alle andern Staaten, bei dieser Feierlichkeit repräsentirt sein mußte, so ordnete die Tagsatzung eine ansehnliche Gesandtschaft dahin ab, nämlich den Landammann der Schweiz, von Affry; den Landammann Heer von Glarus; den Bürgermeister von Reinhard von Zürich; den ehemaligen Gesandten der Schweiz in Paris, von

5) Paris, le 20. Prairial an XII.

6) 18. Mai 1804.

gestellt und von demselben auf das Zuvorkommendeste empfangen und behandelt 9).

Im nächstfolgenden Jahre boten die gewaltsame Entführung des Herzogs von Enghien, der an demselben geübte Justiz-Mord, die Einverleibung Genua's mit Frankreich, die Krönung Napoleons zum Könige von Italien, und seine stets drohende Sprache die ersten offenkundigen Veranlassungen zu einer neuen Koalition zwischen England, Oesterreich und Rußland dar; wirklich brach im Spätjahr der Krieg aus; Spanien schloß sich Frankreich an; das preussische Kabinet durch den französischen General Duroc gewonnen, erklärte die bewaffnete Neutralität des nördlichen Deutschlands, welches dabei zum ersten Male förmlich von dem südlichen Deutschlande getrennt wurde, und ließ zu Behauptung derselben ein Heer ins Feld rücken. Ungeachtet aber diese Neutralität Napoleons eigenes Werk war, ließ er dieselbe und Preußens Gebiet bei Anspach und Bayreuth gewaltsam verletzen, und erschuf damit die Keime neuer unabwendbarer Kriege. Napoleons Waffen wurden aber so schnell und so vollständig mit Glück gekrönt, daß Preußen seinen bitteren Groll, für den Augenblick wenigstens, in sich verschließen mußte. 13. October 1805. Maß, in Ulm bezwungen, wurde mit seinem ganzen Heere gefangen genommen. Von da schritten die französischen Heere unaufhaltsam vor, und nöthigten den Erzherzog Karl, Italien zu verlassen, um zur Rettung der Erbstaaten herbeizueilen. Schon einen Monat später, 15. November 1805, zog Napoleon zu Wien als Sieger ein, und

9) Bei dieser Audienz ereignete sich ein Mißverständniß und fiel eine Mißredung vor. Die Einlasskarte zur Audienz lautete nach italienischem Sprachgebrauche auf *douze heures*. Die Schweizer lasen *deux heures*. Der Papst befand sich eben bei Tafel, verließ dieselbe aber, um sie zu empfangen. Er sprach die französische Sprache mit starkem Accente, und versicherte die Gesandten „*qu'il désirait être agréable à la Juive*“, anstatt *à la Suisse*. In dem Staatsarchive zu Zürich liegt ein genaues Protokoll über diese Gesandtschaft.

Napoleon verlieh die Krone von Neapel seinem Bruder Joseph; das Großherzogthum Cleven und Berg seinem Schwager Murat, das Herzogthum Guastalla seiner Schwester Pauline Borghese, und das Fürstenthum Neuchâtel seinem Unterfeldherrn Berthier. Selbst die Staaten von Holland oder die Batavische Republik wurden in ein Königreich umgewandelt, und desselben Krone einem Bruder Napoleons übertragen. 24. Mai. Der Vicerönig von Italien erhielt die Tochter des Königs von Baiern zur Gemahlin, und der Großherzog von Baden eine Tochter aus der Familie der Kaiserin Josephine. In solchen politischen Begebenheiten und Familien-Verbindungen lag eine ernste Drohung für diejenigen, welche noch einige Selbstständigkeit zu bewahren hatten.

24. Jenner 1806. Unterdeffen fesselte ein anderes gleichzeitiges Ereigniß, der Tod eines einzigen Mannes, des großen Ministers Pitt, ebenfalls die Aufmerksamkeit von ganz Europa. Fox, sein berühmter politischer Gegner, folgte ihm in der Stelle eines ersten Ministers des Königs von Groß-Brittanien nach, und veranlaßte den französischen Kaiser neue Friedens-Schritte auch gegen England zu thun. Fox kam ihm sogleich entgegen. Juli 1806. Unterhandlungen wurden zu Paris angeknüpft und auch Rußland schloß einen neuen vorläufigen Friedenstraktat mit Frankreich ab.

Hierauf vereinigte Napoleon die unter seinem Protektorate stehenden deutschen Bundesgenossen, unter der Benennung der Konföderation des Rheines, zu einem geordneten Ganzen und übertrug nach Bildung eines Großherzogthums Frankfurt die Fürstengewalt über dasselbe, nebst der Präsidentschaft des Rheinischen Bundes dem Fürsten Primas von Dalberg.

Dem Könige von Preußen wurde angeboten, etwas Ähnliches mit den Fürsten des nördlichen Deutschlands, doch mit förmlichem Ausschlusse der Hansestädte, einzuleiten; bald hernach aber versagte Napoleon seine Zustimmung zu der Aufnahme der Kurfürstenthümer Sachsen und Hessen in diesen norddeutschen Bund. Der deutsche Kaiser, Franz der Zweite, legte die Trümmer der

Fünfzehnter Abschnitt.

Reinhard, Landammann der Schweiz.

1807.

Mit dem ersten Jenner des Jahres 1807 ging verfassungsmäßig die Würde eines Landammanns der Schweiz an den Amtsbürgermeister des Kantons Zürich über. Die Bedeutung dieser Würde, welcher eine ausgezeichnete Stellung und Gewalt im Bunde verliehen war, hatte erfordert, sie mit einigem äußern Glanze zu umgeben. Dieses nebst dem allgemein militärischen Charakter der Zeit veranlaßte wohl, die zuerst im Amte gestandenen Direktorial-Kantone besondere Feierlichkeiten mit der Übergabe der Staatsgewalt eines Landammannes in die Hände seines Nachfolgers zu verbinden.

Nach diesen angenommenen Formen übertrug an jenem Morgen auf dem Rathhause zu Brugg der Landammann Merian von Basel diese Stelle an den Bürgermeister von Reinhard von Zürich, in Gegenwart von Abgeordneten der Stände Basel, Aargau und Zürich, der Stadtbehörden von Brugg und einer sehr großen Volksmenge. Aargauisches Militär nebst der Reiterbegleitung beider Landammänner stand in Parade aufgestellt.

Merian nahm den neuen Landammann in Eid und Pflicht, stellte ihm den eidgenössischen Kanzler und den eidgenössischen Staats-

blutigsten Schlachten lieferten, welche bisher in den Kriegen Frankreichs mit den coalisirten Mächten gekämpft worden war; Napoleon erfocht den Sieg; seine Heere besetzten Königsberg, die Hauptstadt des alten Preußens; die Besiegten suchten ihr Heil hinter dem Niemen, der Grenze Rußlands. Allein beidseitige Erschöpfung machte den Abschluß des Friedens nothwendig, welcher bei einer persönlichen Zusammenkunft beider Kaiser von Frankreich und Rußland auf einem in Mitte des Flusses im Angesichte beider Heere befestigten Flosse eingeleitet und zu Tilsit abgeschlossen ward.

Napoleon und Alexander verlebten dort in der engsten Gemeinschaft drei volle Wochen. Dort sollten auf lange Zeit hinaus die Schicksale der Welt festgestellt werden. Dort bediente sich Napoleon des Ausdrucks: An ihnen sei es, die Welt in zwei Theile zu theilen: an ihm die Krone des Westen, an Alexander jene des Morgenlandes zu tragen. Inniges Vertrauen, sogar Liebe schien sie bei ihrem Abschiede zu vereinigen. Europa erwartete mit Ungeduld die Entwicklung ihrer neuen Plane. Der König von Preußen verdankte seinem Allirten die Erhaltung seiner traurig zerstückelten Monarchie. Der König von Sachsen empfing das Großherzogthum Warschau, einen Theil des nicht wieder hergestellten, sondern ebenfalls verstümmelten Polens, und Hieronymus, wieder ein Bruder Napoleons, die Königs-Krone von Westphalen.

Schon von Finkenstein aus, während des geschlossenen Waffenstillstandes, sandte der Kaiser einen seiner Adjutanten an den Landammann nach Zürich ab. Derselbe traf unmittelbar vor Eröffnung der ordentlichen Tagsatzung ein, und überbrachte ein, auf die Werbung der Schweizer-Regimenter sich beziehendes, für Reinhard ebenso ehrenvolles als verbindliches Schreiben (Beilage Nr. 8), und unmittelbar nach Abschlusse des Friedens von Tilsit schickte Napoleon den als Ordonnanz-Offizier bei ihm dienenden Sohn des Landammanns von Wattenwyl, als Überbringer dieser frohen Nachricht in die Schweiz ab.

hetts-, Unabhängigkeits- und Erhaltungs-Sinne, und ihrer offenen, einfachen Politik, wobei er sich auf ihren berühmten Geschichtsschreiber berief; anderseits den Ausdruck einer großen Achtung für den tiefgebeugten König von Preußen, und herzliche Theilnahme an dem Schicksale seiner von Krieg so hart gebrückten Staaten. (Beilage Nr. 9).

Durch die Verhandlungen der Tagsatzung wurden die Achtung und das Vertrauen aller eidgenössischen Stände gegen Reinhard noch fester begründet, und in gleichem Maße genoß er diejenigen der fremden Gesandtschaften. Sein stets sehr gastfreundliches Haus stand während jenes ganzen Jahres allen Fremden und Einheimischen offen, und war der Vereinigungs-Ort des feinsten gesellschaftlichen Lebens.

Am Schlusse der Tagsatzung ordnete Reinhard den Landammann von Wattenwyl, nebst dem eidgenössischen Kanzler Mousson, an den Kaiser nach Paris ab, um denselben zum Abschlusse des Tilsiter-Friedens im Namen der Eidgenossenschaft zu beglückwünschen. Diese Gesandtschaft wurde als solche an dem glänzenden kaiserlichen Hofe, wo sich in großer Anzahl Fürsten und Botschafter fast aus allen Ländern Europa's eingefunden hatten, sehr freundschaftlich und ehrenvoll aufgenommen. Über mehrere wichtige, sowohl kommerzielle als andere nachbarliche Interessen wurden Eröffnungen wohlwollend angehört, und später Unterhandlungen verheißen; allein auch hier entsprach der Erfolg der gegebenen Zusage und der genährten Hoffnung auf keine Weise.

um diese Zeit abgelöst durch den Veteran von Schraut, Minister von Oesterreich; aus dem alten, würdigen von Chambrier, Minister von Preußen; Testa ferrata, Nuntius des päpstlichen Stuhles; von Berger, Minister-Resident von Baiern, in diesem Jahre durch von Olry abgelöst. Der spanische Minister, Ritter von Caamano, blieb des Regierungswechsels ungeachtet an seinem Plaze. Neu akkreditirt traten auf, Venturi, Geschäftsträger des Königreichs Italien; von Ittner, Geschäftsträger von Baden; von Brakel, holländischer Geschäftsträger, begleitet durch van Rievenheim.

Die Waffen ruheten, des Friedenschlusses von Tilsit ungeachtet, nicht überall. Im Norden wurde Schwedisch-Pommern von den Franzosen erobert, dagegen Kopenhagen von den Engländern beschossen und Dänemarks Flotte geraubt. Im Süden vermochten die von Napoleon in andern Theilen Europa's erfochtenen, entscheidenden Siege so viel, daß Spaniens Politik sich wieder wendete. Das Madrider-Kabinet ging in die ihm gelegte Falle, und ließ französische Truppen in das Land ziehen, um durch Spanien und im Vereine mit einer spanischen Armee das Haus Braganza von Portugals Throne zu verdrängen. Diese weit entfernten Ereignisse erschütterten jedoch die Schweiz nicht, und Reinhard konnte ganz ruhig sein Amts-Jahr beschließen.

Am Ende desselben sah er sich in der ganzen Schweiz wie im eignen Kanton, auf dem Lande wie in der Stadt, mit aufrichtiger Zuneigung, Achtung und Zutrauen umgeben. Noch am letzten Abend des ablaufenden Jahres legte er zu Zug die Würde eines Landammannes der Schweiz in die Hände seines Nachfolgers, des Schultheißen Rüttimann von Luzern nieder, und trat in die beschränkten Verhältnisse eines Bürgermeisters des Kantons Zürich zurück.

Sechszehnter Abschnitt.

Tagsatzung zu Luzern. — Wiederausbruch des Krieges zwischen Frankreich und Oesterreich. — Tagsatzung zu Freiburg. — Reinhard wird in das kaiserlich-französische Hauptquartier abgeordnet.

1808 — 1809.

1808. Das ganze Direktorial-Jahr von Luzern gestaltete sich in Folge des Friedens von Tilsit für die Schweiz friedlich, ruhig und glücklich. Die Tagsatzung, der auch Reinhard beizuhnte, erledigte ihre Geschäfte auf angenehme und vertrauliche Weise. Ein nicht unwichtiges Ereigniß in Beziehung auf die auswärtigen Verhältnisse war der Wechsel der französischen Gesandtschaft. General Bial ward durch den Grafen August von Talleyrand ersetzt, der mit einer etwelchen Unterbrechung am Ende des Jahres 1813 seinen Gesandtschafts-Posten während fünfzehn Jahren bekleidet hat.

Reinhard, welcher mehr als kein anderer schweizerischer Staatsmann mit demselben schwierige Geschäfte zu behandeln gehabt hat, giebt ihm das Zeugniß unwandelbaren Biedersinnes, wahren Edelmutheß und einer aufrichtigen Anhänglichkeit an die Schweiz. Mehr als einmal gerieth unter sehr schwierigen Umständen sein geneigter Wille in Widerspruch mit seinen bindenden Instruktionen und mit dem unbiegsamen Charakter seines gestrengen Herrn; und

großen Feierlichkeit zwischen den sogenannten Beherrschern des Ostens und des Westens anwesend, nur Oesterreich blieb ausgeschlossen. Neue, jedoch vergebliche Friedens-Gröffnungen fanden gegen England statt; beide Kaiser schieden im besten Einverständnisse auseinander; allein sie hatten sich nach dem Zeugnisse (Morvins) eines der treuesten Freunde des französischen Kaisers entweder selbst, oder je einer den andern in dem wirklichen Hauptknoten ihrer Politik getäuscht, welcher in dem Continental-Blocus lag, und das wichtigste Object ihrer Verbindung ausmachte.

Napoleon, nachdem er seine italienischen Staaten durchflogen hatte, begab sich nach Spanien. Oesterreich lebte in Besorgniß, nach seiner Rückkehr ähnliches Schicksal wie Spanien zu erdulden, und machte daher verzweiflungsvolle Vorbereitungen zu einem neuen Kampfe. Preußen fühlte sich zu erschöpft, um das nämliche zu wagen; zudem blieb ein Theil seines Landes und seiner Festungen von den Franzosen besetzt, und seine einzige Stütze Rußland stand mit Napoleon im Bunde.

1809. Die Bewaffnungen Oesterreichs blieben nicht unbekannt, und so eröffnete sich das zweite Regierungsjahr des Landammanns von Affry unter ungünstigen Auspizien. Wirklich überschritten die Oesterreicher in der ersten Hälfte des Aprilmonats den Inn und die Isar, und überschwemmten Bayern. Die durch den Frieden vom Jahr 1805 an Bayern abgetretenen Provinzen, Tyrol und Vorarlberg, griffen, von einem österreichischen Corps unter Chasteler unterstützt, zu den Waffen, und führten zuerst gegen die bayerischen, nachher gegen die französischen Truppen einen, auch die Grenzen der Schweiz bedrohenden, verzweiflungsvollen Bergkrieg. Die westliche Grenze der Schweiz wurde durch eine französische Heeresabtheilung, welche ganz unangemeldet über die Brücke von Basel zog, wirklich verletzt. D'Affry berief nach Freiburg eine außerordentliche Tagssatzung ein, der auch Reinhard beiwohnte. Diese ordnete die militärische Grenz-Bewachung an, welche über das Rheinthäl

Todtenstille. Sein Wagen konnte nicht ohne Gefahr über die nothdürftig hergestellte Donaubrücke gebracht werden, und lange wollte kein Gasthof seine Thüre aus Besorgniß vor unwillkommenen Gästen, und wegen allgemeinen Mangels an Lebensmitteln öffnen.

Auf den Abend ritt der Kaiser von seinem Generalstabe umgeben in Regensburg ein und bezog den Pallast des Fürsten Primas. Unmittelbar darauf wandte sich der Gesandte zu Erlangung einer kaiserlichen Audienz an den Fürsten von Neuchâtel, empfing aber an jenem Tage keine Antwort mehr. Früh Morgens⁵⁾ ließ Berthier melden, er sei den ganzen Tag bei Hause, und zum Empfange des schweizerischen Gesandten bereit; und als dieser zu ihm kam, befragte er ihn sogleich um den Zweck seiner Reise.

„Derselbe gehe dahin, Direktionen von dem Kaiser über die „Stellung der Schweiz einzuholen.“

„Was? ihr wollt euch also vertheidigen?“

„Ohne Zweifel; allein eben darum wünschen wir Direktionen „zu erhalten.“

Der Prinz sagte ihm, daß er nur durch den Pallast-Marschall Duroc zur Audienz gelangen könne; allein dieser war krank und auch Bondy, der Kammerherr des Tages, nicht aufzufinden. Endlich vernahm er von dem Grafen von Lauriston, Adjutanten des Kaisers, daß derselbe eben im Begriffe stehe zu Pferde zu steigen; man daher auf seine Rückkehr einige Stunden werde warten müssen. Nach vielem Hin- und Herlaufen wurde Reinhard um ein Uhr Nachmittags in das Cabinet des Kaisers berufen. Das kaiserliche Vorzimmer war mit theils zu, theils abgehenden Offizieren aller Grade angefüllt. Mehrere, wie z. B. der Marschall Lannes lagen schlafend auf den Stühlen umher. Nach Verfluß ungefähr einer Stunde, die der Kaiser mit dem Fürsten

5) Am 25. April 1809.

„Nur die des Erzherzogs“, erwiderte Reinhard.

„Die Oesterreicher schlugen sich schlecht, es sind Horden.
„Raum der dritte Theil meiner Truppen stand im Feuer⁷⁾.““

Reinhard einfallend: „Noch hat die Schweiz keinen Schritt
„Oesterreich gegenüber gethan, und so wie die Sachen stehen,
„scheinen solche überflüssig.“

„Wie sind sie Eure Freunde gewesen. Die Dokumente des
„Jahres 1805 beweisen zur Genüge, daß sie Euch nicht Wort
„gehalten haben würden. Sollte ich geschlagen werden, so
„müßte sich die Schweiz, kraft unserer Allianz zur Vertheidi-
„gung ihres Bodens und der Neutralität bewaffnen. Wie stark
„ist Euer Kontingent?““

„Fünfzehntausend Mann.“

„Wäre es nicht möglich, vierzigtausend auf die Beine zu
„stellen?““

„Dieselben für den innern Dienst und für kurze Zeit aufstel-
„len, ja: sie bewaffnen, schwer; sie bezahlen, ganz unmöglich.“

„Ah! man müßte Euch dann zu Hülfe kommen; allein es
„ist unnöthig, ich kann Euch diese Ausgaben ersparen. Stellt
„einige Bataillone dem Tyrol gegenüber auf, um die Insur-
„genten im Zaume zu halten, das reicht hin.“

„Wer ist Euer General?““

„Wattenwyl.“

„Ah! Ihr habt ihn wieder bestätigt?““

„Die Tagsatzung hat dem Landammann die Vollmacht er-
„theilt, die schon gewählten Stabs-Offiziere wieder in Thätigkeit
„zu berufen.“

Nach einer kleinen Unterbrechung bezeugte Reinhard seinen
Dank für die in Folge der Reklamationen des Landammanns
eingestellten Truppenmärsche über die Basler-Brücke.

7) A peine le tiers de mes troupes a donné.

„„Welches ist dieser Kanton? Ist St. Gallen, oder welche
„„sonst ist seine Hauptstadt?““

„Frauensfeld.“ „Werden Euere Majestät geruhen, mir Auf-
„träge oder eine Antwort an den Landammann zu übergeben?“

„„Ja! ich werde einen Brief an den Landammann bereit
„„halten lassen. Wann sind Sie angekommen?““

„Gestern Abend.“

„„Nun denn; Morgen können Sie wieder abreisen.““

„Dürfte ich meinen Legations-Rath vorstellen?“

„„Machen Sie ihn hereinkommen; woher ist er?““

„Von Zürich.“

Hirzel, durch Reinhard berufen, tritt ein.

„„So! die ganze Gesandtschaft ist von Zürich?““

„Der Landammann beauftragte mich bei meiner Ernennung
„jemand aus meiner nähern Umgebung mitzunehmen.“

„„Wäre es möglich, meine Kouriere über den Gotthard
„„zu senden? Gibt es dort keine Straßenräuber⁸⁾?““

„Solches könnte mit der größten Sicherheit geschehen, nur
„sind dort keine Einrichtungen getroffen und es bestehen keine
„Pferdestationen. Räuber giebt es keine.“

„„Mein Minister kann dafür Afforde mit Privatleuten ab-
„„schließen; jetzt sende ich die Staffeten über Schaffhausen und
„„Chamberg; allein der Gotthard müßte weit abkürzen. — Aber
„„giebt es dort gewiß keine Räuber⁹⁾?““

„Nein, Sire.“

„„Man sagt mir, Euere Bauern seien zu reich?““

„Euere Majestät wollen verzeihen, dieselben leiden umgekehrt
„sehr stark an den Hemmungen der Industrie und dem ihnen da-
„durch abgehenden Absatze ihrer Waaren und Erzeugnisse.“

8) «Point de brigands?»

9) «Mais certes? Point de brigands de ce côté-là?»

kostbare ihm zuge dachte Geschenk geziemend bedankt hatte, äußerte der Kaiser in weitläufiger Rede:

„Ich habe über Euer Neutralität nachgedacht. Ich, ich werde dieselbe respektiren; ich werde nichts von Euch verlangen. Sollte aber wieder Krieg ausbrechen, und Oesterreich gewänne die Oberhand, so wäret ihr verloren. Mir gegenüber ist Euer Neutralität ein Wort ohne Sinn; sie kann Euch nur so lange als ich will dienen.

„Wie wäre es, wenn ich euch an deren Statt durch Vereinigung des Tyrols mit der Schweiz Kraft und Konsistenz verleihen würde? Eigentlich sollte ich dieses Land verbrennen; könnte ich es aber in Ordnung bringen, ohne es zu Grund zu richten, so würde ich diesem Auswege den Vorzug einräumen. Selbiges hat Ähnlichkeiten mit Euch, in Sitten und physischen Mitteln; es würde bei allen zukünftigen Ereignissen Euer Kräfte verstärken. — Es besitzt den nämlichen Freiheitsdurst wie ihr; es würde sich mit Eurer Verfassung gut vertragen. Man würde einen oder zwei Kantone daraus bilden. Für mich würde ich mir einzig freie Heer- und Stappen-Straßen für die Verbindungen Deutschlands mit Italien vorbehalten. Ihr würdet dagegen eine neue Handelsstraße und einen Absatz für Euer Fabriken gewinnen.

„Dadurch würdet Ihr auch wieder in die natürliche Verbindung zu den deutschen Staaten gelangen. Schon von Alters her waret Ihr mit Deutschland verknüpft, Ihr hattet Euer Reichstädte, kurz Ihr würdet wieder ein Theil des deutschen Reiches bilden, welches nun ohnehin seine alten Rechte auf Euch wird geltend machen (réclamer). Wie war das?“

Reinhard einfallend: „Ja der Abt von St. Gallen war titularer Reichsfürst.“

„Nein, nein, ich meine nicht das, weiter!“

„Allerdings waren mehrere unserer Städte Reichstädte.“

tes Mißverhältniß zwischen diesem oder diesen beiden Kantonen und den übrigen erwachsen. Die Interessen dieses neuen Landes wären mit denen der alten Schweiz nicht zu verschmelzen, dort würde man nie getreue Anhänglichkeit finden? Unsere, uns noch erst neu gegebene Verfassung müßte schon wieder zerstört werden. Wir würden der Habsucht beschuldigt, und dem gerechten Vorwurfe ausgesetzt bleiben, uns auf unverhältnißmäßige Weise auf Kosten friedlicher Nachbarn vergrößert zu haben. Alles gebiete uns, unsere bescheidene Stellung nie zu verlassen. Besser wäre, das Tyrol zu einem eigenen Staate wie das Wallis zu bilden, und durch freundschaftliche Bande mit der Schweiz zu verknüpfen; dabei läge nichts im Wege, um die Unabhängigkeit und eine für alle gleichnützliche Neutralität auch bei allgemeinem Kriegszustande fortbestehen zu lassen.

Napoleon erwiderte, dieses alles seien erst vorläufig hingeworfene Gedanken in der Borausicht, Oesterreich werde aufhören fortzubestehen. Noch sei nichts entschieden, Reinhard soll davon einstweilen nur in allgemeinen Ausdrücken sprechen.

Dieser versuchte nochmals, den Kaiser auf bessere Gedanken zurückzuführen, wurde dann aber etwas trocken entlassen. Er bemerkt: Er habe wohl eingesehen, daß seine Zurückweisung so weitgehender Projekte den Kaiser etwas gegen ihn mißstimmt habe, und fügt bei:

„Ich hielt es für Pflicht, mich eher der Ungnade dieses großen Mannes auszusetzen, als stille zu schweigen, und nicht mit allem Nachdrucke diese meinem Vaterlande gefahrdrohenden Gedanken nach besten Kräften zu bekämpfen, bevor sie tiefere Wurzeln wurden geschlagen haben.“

Das dem Gesandten der Schweiz mitgegebene Schreiben des Kaisers an den Landammann, obgleich alle Maßnahmen der Schweiz billigend, war kurz und in ernster Sprache abgefaßt. (Beilage Nr. 10).

ungeachtet noch während des Sommers der Anwurf statt gefunden hatte, einige schweizerische Milizen in die Provinz Vorarlberg zu Unterdrückung des Aufstandes einrücken zu lassen: eine Zumuthung, welche ohne augenblicklich nachtheilige Folgen beseitigt werden konnte; indessen durfte man sich bei den nie ermüdenden grenzenlosen Plänen des Vermittlers keine wahre Sicherheit für die Zukunft versprechen.

Napoleon war von Regensburg schnell nach Oesterreich vorgebrungen, hatte die Kaiserstadt erobert und den Feind hinter die Donau zurückgeworfen. Hier raffte Oesterreich alle seine Kräfte zusammen, und lieferte den über den Strom gesetzten Franzosen die lange und blutige Schlacht von Aspern und Eßlingen; in welcher Napoleon zum ersten Male in einer Hauptschlacht wenigstens so weit besiegt wurde, daß er sich mit unendlichem Verluste hinter den Strom zurückziehen mußte. Einige Zeit nachher war er glücklicher in der Schlacht von Wagram, wo er nach errungenem Siege bis Znaim vorrückte. Allein die noch immer Achtung gebietende Stellung des österreichischen, die großen Verluste seines eigenen Heeres, unglückliche Waffenthaten in Spanien und mehrere andere Umstände vermochten ihn, dort einen Waffenstillstand mit Oesterreich abzuschließen, und an einem wirklichen Friedensschlusse mit dieser Macht zu arbeiten. Während der Unterhandlungen dazu landete eine englische Heeres-Abtheilung auf der Insel Walchern in Seeland, vermochte aber kaum sich während dreier Monate zu halten. Der ganze Norden Deutschlands wurde durch die Insurrektions-Versuche des Majors Schill, und den Durchzug des Herzogs von Braunschweig beunruhigt.

Durch alle diese Ereignisse fand sich Napoleon veranlaßt mit Oesterreich einen, wenn auch für diese Macht sehr nachtheiligen, dennoch in keinem Verhältnisse mit den im Anfange des Feldzuges zu Regensburg geäußerten Absichten stehenden Frieden abzuschließen, und bereits an die Pläne zu einer nähern Familien-

Verbindung mit dem Erzhaufe zu denken¹³⁾. Der Papst wurde gewaltsam von Rom ab und nach Frankreich geführt; der Kirchenstaat mit dem französischen Reiche vereinigt.

Reinhard hielt für angemessen, dem großen Rathe des Kantons Zürich einige allgemeine Andeutungen dessen zu geben, was sich zu Regensburg zugetragen habe, und solche mit ernstern Warnungen zu begleiten. (Beilage Nr. 11).

13) *Norvins.* On conçoit qu'il (Napoléon) s'effrayât dès-lors de voir, que le génie et la fortune ne suffisaient pas au maintien de sa puissance.

Siebenzehnter Abschnitt.

Der Vermittler bringt auf Erweiterung der Militär-Kapitulationen. — D'Affry's Tod. — Die Kontinental-Sperre gegen England wird auch auf die Schweiz angewendet. — Besetzung des Kantons Tessin durch italienische Truppen. Reinhard, Kommissarius in Schaffhausen zu Unterhandlung mit Württemberg, wegen inkammerirten schweizerischen Eigenthums.

1810.

Die kapitulirten Schweizer-Regimenter hatten sich früher in Calabrien, seither in Spanien rühmlich ausgezeichnet, dabei waren ihre Verluste so groß, daß die freie Werbung, ungeachtet aller gebrachten Opfer zu Ersetzung der Lücken, nicht mehr genügte. Im Widerspruche mit den gegenseitigen Einverständnissen, und ohne Beachtung aller Einsprachen der Regimentsobersten wurden Feldbataillone ganz nach Willkühr zusammengezogen, und darüber hinaus folgten täglich neue Forderungen zu Ausdehnung der bestehenden Militär-Kapitulationen. Um hierüber den Kaiser zu berichten und um eine im Allgemeinen bessere Stimmung bei ihm zu wecken, ordnete Landammann von Wattenwyl den Alt-Landammann von Affry nach Paris ab, welcher zwar für seine Person wohlwollende und ehrenvolle Aufnahme, hingegen für die Gegenstände seiner Sendung nur wenig Eingang fand.

ständig erhaltene altschweizerische Republik Wallis⁴⁾, und die alt-deutschen Hansestädte. Die deutschen Ortschaften Aehl, Cassel und Wesel, nebst dem Staate Toscana, Parma und Piacenza waren schon im Jahre 1805 mit Frankreich vereinigt worden. Napoleon nahm sogar keinen Anstand, Rußlands gerechten Zorn durch die Einverleibung auch von Oldenburg, dessen Fürsten in engen Verwandtschafts-Verhältnissen mit der russischen Herrscherfamilie standen, auf sich zu ziehen⁵⁾. Aber auch die Schweiz, so weit sie von allen Meeresküsten liegt, sollte auf Kosten ihrer vorzüglichsten Lebensquellen, Handel und Industrie, und gleichviel ob es wohl oder wehe thue, zu Bekämpfung Englands mitwirken. Um die Mitte des Weinmonats erhielt der Landammann der Schweiz durch zwei eigens beinahe gleichzeitig eingetroffene Cabinets-Kouriere vier amtliche Noten, welchen zufolge sämtliche sich nach den schärfsten Durchsuchungen in der Schweiz vorfindenden englischen Manufaktur-Waaren zernichtet, alle Kolonial-Erzeugnisse mit hundertfach erhöhten Aufsätzen verzollt, diese in eine

4) Der Herzog von Cadore ließ im August 1810 acht in Paris anwesende Walliser-Abgeordnete zu sich kommen, und erklärte ihnen, der Kaiser habe einige Fehler in der Verfassung der Walliser-Republik gefunden, über die er ihre Ansichten vernehmen möchte; dann sprach er von schlecht unterhaltenen Straßen, von Schwäche ihrer in französischem Dienste stehenden Bataillons; von Einverständnis mit den Tyroler-Insurgenten; von vermehrter, ihrer Centralität zu gebender Kraft. Damit wurden sie bis in den Wintermonat zu Paris aufgehalten; sodann das Wallis, ohne irgend eine Voranzeige an die Regierung, mit französischen Truppen und mit Mauth-Beamten überschwemmt, und endlich mit Frankreich vereinigt. Am 14. November, zwischen zwei und drei Uhr Nachmittags, rückte General Cäsar Berthier, an der Spitze von vierzehnhundert Franzosen in Sitten ein, um vier Uhr verfügte er sich in den Staatsrath und verlas ein Schreiben, laut dessen er im Namen Sr. Majestät des Kaisers der Franzosen Besitz von dem Wallis nehme; fortan seien sie französische Unterthanen. Nicht mehr und nicht weniger.

5) Zu Frankfurt am Main, und in mehreren andern Gegenden Deutschlands rückten französische Truppen ein, um selbst die Befehle des Kaisers zu vollziehen.

Der Landammann konnte das Übel nicht abwehren, hingegen trachtete er das Gebot des allmächtigen Herrn so erträglich als möglich zu machen. Eine eigene Kommission arbeitete das Nöthige vor, und ließ es unter der Leitung des trefflichen Landammann Herr von Glarus vollziehen.

Befehle über Befehle, einer fieberartiger als der andere, trafen nach einander ein. Der Kaiser sprach sämtliche in der Schweiz befindlichen, nicht Schweizern zugehörigen Kolonial-Waaren als sein persönliches Eigenthum an. Der Werth derselben betrug etwa sechs Millionen Franken. Zuerst kam Rouyer, Gesandtschafts-Sekretär, in Abwesenheit Talleyrands nach Zürich, um alles näher zu beaugenscheinigen: ihm folgte ein eigener Abgeordneter des Kaisers, Loton nach, um noch genauer zu verifiziren, und um im Namen seines Herrn jedes fremde Eigenthum in Empfang zu nehmen⁷⁾. Er schien zu glauben, man habe sich noch glücklich zu preisen, daß es nicht, wie in Deutschland, durch französische Exekutions-Truppen geschehe.

Wenn solche Gewaltthaten auf dem europäischen Kontinente allgemeine Bestürzung und Indignation erregten, so wuchs letztere noch, als Napoleon bald darauf den Alleinhandel mit Kolonial-Produkten für Europa an sich riß, und zu dem Ende hin Lizenzen zur Einfuhr nach eigenem Ermessen und zu selbst angelegten Preisen verkaufte. Wirklich war es auch dieser zu Paris mit großem Gewinne getriebene Lizenzen-Handel, der nothwendiger Weise Rußland auf das heftigste reizen mußte, nachdem es Napoleon zu Gefallen sein eigenes Interesse bei der Continental-Sperre so sehr hintangesezt hatte.

Der Unwille erreichte in der Schweiz den höchsten Grad, als Bericht eintraf, der Kanton Tessin sei am Ende des Weinmonats,

7) Die mit dem 12. Februar 1811 abgeschlossene Rechnung der Kolonial-Waaren-Lizenzen belief sich für den Kanton Zürich auf 398,966 Frk. 7 Sp. 3 Rp.

den worden, was nach einem seit vier Jahren bestehenden Verbote, mit solchen Waaren zu handeln, genügende Entschuldigung darbierte.

Marcacci hob den völkerrechtswidrigen Gesichtspunkt der Okkupation so einleuchtend heraus, daß der Vice-König nicht wenig betroffen aus der Rolle fiel, und gestand, was ohnehin klar genug war, daß er ohne Befehle des Kaisers nicht handeln könne, und demselben genauen Gehorsam schuldig sei. Er mußte zugeben, daß kaum ein Viertel der eingezogenen englischen Waaren dem Kanton Tessin angehören; daß die drei übrigen Viertel vorher in der Mauth zu Mailand niedergelegt gewesen seien; auch daß Fontanelli durchaus nicht zu rechtfertigende Verfügungen getroffen habe; Abhülfe jedoch fand keine statt.

Daneben zeigten noch andere Wahrnehmungen zur Genüge, daß es sich um die Abtrennung wenigstens eines Theils, wo nicht des ganzen Kantons Tessin handle, und daß man geruße, wenn das Land selbst darum bitten würde. Fontanelli arbeitete in diesem Sinne; allein es sei hier zur Ehre des tessinischen Volkes gesagt, daß, mit Ausnahme sehr weniger Männer, alles laut erklärte, lieber das Unerträglichste dulden zu wollen, als sich von der Eidgenossenschaft zu trennen. Während dieser betäubenden Umstände erhielten Reinhard und Sedelmeister von Stodkar den Auftrag, zu Schaffhausen mit dem württembergischen Bevollmächtigten von Arandt, im eidgenössischen Namen, wegen Rückerstattung desjenigen schweizerischen Eigenthums, welches der König in seinen neu erworbenen Staaten, früher von Österreich inkammerirt, vorgefunden hatte, zu unterhandeln. In Zeit von ungefähr sechs Wochen kam ein vorläufiger, später in vollkommene Kraft getretener Vertrag zu Stande, in Folge dessen Württemberg ohne Ersatz alles, sei es Regierungen, sei es fortbestehenden Korporationen, oder Privaten zugehörige Eigenthum, doch ohne Entschädigung für die seit drei Jahren zurückgebliebenen Ruinun-

gen zurückerstattete. Das Eigenthum aufgehobener geistlicher Stiftungen, namentlich des Klosters St. Gallen, wurde in zwei gleiche Theile zwischen dem Könige und den schweizerischen Erben getheilt⁸⁾.

Reinhard zählte seinen Aufenthalt zu Schaffhausen und den Erfolg dieser Unterhandlungen zu seinen schönsten Tagen in jener sonst so drückenden Zeit.

Zwar versuchte der König von Württemberg unter etwas veränderten äußern Umständen, doch vergebens, auf diesen Vertrag zurückzukommen; derselbe erhielt zwei Jahre später seine gänzliche und unveränderte Vollziehung, nur daß der württembergische Bevollmächtigte von Arandt in die gänzliche Ungnade seines Monarchen fiel.

8) Die Kantone Schaffhausen, Thurgau und St. Gallen (der Kanton Zürich war einzig für einen der Pfründe Benken zugehörigen Grundzins fünfzehnhundert Gulden an Werth betheiligt) empfingen den Werth von dreihunderttausend Gulden, der König von Württemberg von sechszigtausend Gulden.

Achtzehnter Abschnitt.

**Reinhard, von Glue und Müller von Friedberg nach
Paris abgeordnet.**

1811.

Früh in dem neu eintretenden Jahre ¹⁾ wurden Napoleon's sehnlichste Wünsche erfüllt. Seine Gemahlin gebor ihm einen Sohn, dem er sogleich den Titel eines Königs von Rom verlieh, und von dessen Geburt für das französische Kaiserthum die höchste Bedeutung und ewige Dauer erwartete. Nach diesem Ereigniß wurden die allgemeinen Besorgnisse über die grenzenlose Herrschsucht Napoleons zum Theil wenigstens, durch die Hoffnung auf einen lange dauernden Friedenszustand, und auf künftig waltende Erhaltungs-Grundsätze gemildert.

Schon früher, am Ende des vorigen und im Anfang des gegenwärtigen Jahres, hatten mehrere Kantone wegen der fortgesetzten Mauth-Maßnahmen, vorzüglich aber wegen der andauernden italienischen Besetzung des Kantons Tessin, eine außerordentliche Tagssatzung verlangt.

Die Leitung der eidgenössischen Geschäfte war von Wattenwyl an den Landammann Grimm von Wartenfels zu Solothurn über-

1) Am 20. März 1811.

Ritter von Besenval bei³⁾, und schrieb gleichzeitig eine außerordentliche Versammlung der Tagsatzung aus⁴⁾. Die Instruktionen des Landammanns für die Abgeordneten⁵⁾ lauteten wesentlich dahin, daß, obgleich mit verschiedenartigem diplomatischen Charakter bekleidet, sie sich sowohl bei Etiketten-Besuchen, als bei der von dem Kaiser nachzusuchenden Audienz und bei allen offiziellen Schritten nie aus eigenem Antriebe trennen sollen. Vorerst hatten sie Sr. Majestät das Beglückwünschungs-Schreiben des Landammanns zu überreichen, und auf angemessene Weise in mündlichem Vortrage zu vervollständigen, sodann gegen die Kaiserin, die Prinzen des Hauses, die Reichswürde-Träger, und die Staats-Minister das in Paris übliche Cerimonial zu beachten. Ferner wurden sie auf den Fall, daß der Kaiser nicht ganz abgeneigt sei, sei es ausschließlich mit dem außerordentlichen Gesandten, sei es mit der ganzen Mission über Geschäfte einzutreten, angewiesen, jedes geeignete Mittel zu benutzen, um die wichtigen obschwebenden Angelegenheiten zur Sprache zu bringen. Vor allem lag ihnen ob, die Erhaltung der höchsten Interessen, die Integrität und die Unabhängigkeit des Vaterlandes fest im Auge zu behalten, und daher mit den stärksten Ausdrücken das bittere Gefühl und die Besorgnisse, welche die militärische Besetzung des Kantons Tessin überall erzeugten zu schildern, zumal da alle Gemeinden ihren Wunsch mit der Schweiz vereinigt zu bleiben von neuem feierlich ausgesprochen hätten.

Sie wurden ferner beauftragt, die unglücklichen Handelsver-

3) Das Kreditiv lautete auf:

J. de Reinhard, Envoyé extraordinaire de la confédération Suisse auprès de Sa Maj. et de Flue et Müller-Friedberg Co-Députés à cette mission.

Diese Specialitäten werden hier wegen einiger darauf gegründeten spätern Verwickelungen angeführt.

4) Auf den 12. April 1811.

5) Datirt, Solothurn 2. April 1811.

Dort sprach der außerordentliche Gesandte in gemessener Rede die Gefühle aus, welche die Schweiz gegen ihren erhabenen Vermittler bei Anlaß der Geburt seines Erstgeborenen beleben. Der Kaiser war voll Anmuth und Freundlichkeit, er machte die Abgeordneten aufmerksam auf die frühern Gelegenheiten, wo er in persönliche Berührungen mit ihnen gekommen war, und regte selbst vorläufig die Punkte an, über welche sie weitere Instruktionen dürften mitgebracht haben. In Betreff der Konfiskationen in Graubünden ließ er sich ausführlich über den auf vier Millionen Liren ansteigenden Gesamtschaden, so wie über die Einbußen einzelner Familienväter berichten. Ohne näher einzutreten, beschränkte er sich auf die Bemerkung, diese Sache nie für so bedeutend angesehen zu haben.

Noch ein Mal kam er auf die Einheit zurück, welche seiner Überzeugung gemäß der Schweiz nie hätte zuträglich sein können; nachher erkundigte er sich über die Abgaben und über den Zustand des Kantons Luzern, wo es einige Zeit lang nicht zum Besten habe gehen wollen. Mit Äußerungen des Bedauerns berührte er den Tod des Landammanns d'Affry; lenkte selbst das Gespräch auf die so eben wegen des Tessin zusammentretende Tagsatzung, brach dann aber nach Entgegennahme einiger Bemerkungen hierüber schnell ab. Von da ging er auf die merkantilischen Verhältnisse über und entwickelte alle die Nachtheile, welche der Schweiz aus den egoistischen Grundsätzen der meisten europäischen Staaten erwachsen müssen; allein er sehe sich gezwungen, kein Mittel unbenutzt zu lassen, um die Einschwärmung englischer Waaren zu bekämpfen. Die schweizerischen Gesandten traten hierauf in weitläufige Entwicklungen aller zu ihren Gunsten sprechenden Gründe ein, welche billiges Entgegenkommen ohne Benachtheiligung der französischen Manufaktur-Interessen wünschbar und möglich machen sollten.

Napoleon äußerte Bereitwilligkeit; allein bisher habe noch kein

dene Kaiserin Josephine empfing und behandelte sie wiederholt auf die zuvorkommendeste Weise ¹⁰⁾. Feste folgten Festen ¹¹⁾, und es war leicht wahrzunehmen, daß es der Kaiser darauf angelegt habe, die zahlreiche Anwesenheit von Fremden zu benutzen, damit bei möglichst verlängertem Aufenthalte derselben in Paris, viel Geld bei dem Bürgerstande in Umlauf komme.

Unterdessen überbrachte ein Eilbote ¹²⁾ den Mitabgeordneten Befehle von dem Landammann zur Abreise; der außerordentliche Gesandte allein sollte zu Besorgung, namentlich der Tessinerangelegenheit, in Paris zurückbleiben. Reinhard schrieb sofort an die Minister des Auswärtigen und des Innern, um jenem hievon Kenntniß zu geben, und diesen vor Abreise seiner Kollegen zu einer einläßlichen Unterredung über die Handelsverhältnisse zu vermögen. Montalivet entsprach sogleich, überbot sich selbst in höflicher Sprache während der ganzen langen Unterredung und bemerkte, der Kaiser habe ihm ihren Besuch angesagt, auch ihn seither befragt, ob die Schweizer-Gesandten noch nicht bei ihm gewesen seien?

Um ihren Worten mehr Nachhall zu verschaffen, hatten diese eine schriftliche Eingabe mitgebracht, und als bei flüchtiger Durchlesung derselben der Minister auf eine Stelle traf, die Zweifel aufstellte, ob das französische Manufaktur-Wesen allen Bedürfnis-

10) Sie äußerte, es sei nun an ihr, die ausgezeichnete Aufnahme zu erwidern, die sie überall in der Schweiz, diesem schönen Lande, während ihres Aufenthaltes im letztverfloffenen Spätjahr, gefunden habe.

11) Die großen Feste bestanden vorzüglich in splendiden Mahlzeiten bei Hofe, bei der Kaiserin Josephine, bei den Ministern, in theatralischen Auführungen bei Hofe, in großen diplomatischen Vorstellungen in den Tuilleries und zu St. Cloud; in der Laufe des Königs von Rom, im Abfingen eines Te Deum, in der Eröffnung des Conciliums und des gesetzgebenden Körpers; dabei in Feuerwerken, Illuminationen, Luft-Ballons und Belustigungen aller Art.

12) Herr von Gibelin überbrachte ein Schreiben des Landammanns, vom 24. April 1811.

können, da Napoleon sich zu Cherbourg befand; allein auch nach dessen Rückkehr war unglücklicher Weise keine Audienz erhältlich; der Herzog von Bassano schien die Gelegenheit der gewohnten diplomatischen Audienz benutzen zu wollen, um die beiden Mitdeputirten beurlauben zu lassen. Diese trat ein¹⁸⁾, und Bassano angefragt, ob nun die Verabschiedung erfolgen werde? erwiderte bedeutend: „Er befinde sich außer Stand Antwort zu ertheilen.“

Bei dieser allgemeinen diplomatischen Vorstellung, welche im Ganzen nicht länger als fünf Minuten dauerte, ging Napoleon auf Müller-Friedberg zu, befragte ihn hastig: „Sie sind aus der Schweiz? Die Tagsatzung ist versammelt?“ Und ging ohne Antwort abzuwarten mit einer Verbeugung weiter. Noch am nämlichen Tage fand die feierliche Taufe des Königs von Rom, von glänzenden Festen begleitet, statt.

Die Tagsatzung, deren ordentliche Sitzung im Anfang vom Juni eröffnet worden, hatte durch den Landammann der Schweiz die Befehle zu möglichst beschleunigter Abreise der Mitdeputirten wiederholen lassen¹⁹⁾. Allein Bassano beantwortete²⁰⁾ die erneuerten Schritte derselben einfach dahin: der Kaiser habe die Abschieds-Audienz erst nach der großen Feierlichkeit der Taufe seines Sohnes, bei welcher er ihre Gegenwart gewünscht habe, ertheilen wollen, und sobald er so viel Zeit erübrige, um sich mit Muße²¹⁾ mit ihnen unterreden zu können, werde er sie seines

Ereignissen, welche mittlerweile zu Solothurn Statt gefunden hatten. Sein Schreiben an die Gesandtschaft vom 26. Mai lautet sehr bestimmt:

«Le Landammann a des motifs importants pour désirer la première mission terminée le plus tôt possible, et par conséquent il n'hésite pas à rappeler MM. de Flue et Muller-Friedberg, en les dispensant autant qu'il est en son pouvoir d'attendre la formalité d'une audience de congé etc. . . .

18) Den 9. Juni 1811.

19) Schreiben vom 4. Juni 1811.

20) Am 10. Juni.

21) A loisir.

„einer deutschen Hochschule entlassen, hat sich gar viel erlaubt,
 „Niemanden, mich selbst nicht verschont, und ist bis zu Drohun-
 „gen geschritten. Ich fasse nicht, warum der Landammann und
 „die anwesenden alten Magistraten so etwas geduldet, demselben
 „nicht Stillschweigen geboten haben. Möget ihr immerhin unter
 „euch eine solche Sprache führen. Ich als Drittmann werde sie nicht
 „dulden. Man hat gedroht, Gewalt mit Gewalt zu vertreiben.
 „Man werfe mir nur den Handschuh hin, ich werde ihn schon
 „aufzuheben wissen. Allerdings habe ich jetzt Krieg mit Spanien,
 „sollte ich ihn aber auch gleichzeitig mit Rußland, ja selbst auch
 „mit Oesterreich bekommen, es blieben mir noch immer fünfzig
 „bis sechzigtausend Mann übrig um sie nach der Schweiz zu
 „senden. Junge Leute, Hitzköpfe²⁷⁾, könnten die Schweiz leicht
 „in das Verderben hineinziehen. Preußen habe ich zermalmet.
 „Glaubt denn die Schweiz mehr Widerstandskräfte als jenes zu
 „besitzen? Die Schweizer sollten zufrieden sein. Nicht sie haben
 „meine Truppen fortgejagt; ich zog sie freiwillig zurück, um ihnen
 „ihre Unabhängigkeit wieder zu schenken. Sogar gegen Tessin
 „habe ich meine Kräfte nicht gebraucht, sondern Beruhigung ge-
 „geben und mich anheischig gemacht, über die Grenzen von Staat
 „zu Staat zu unterhandeln. Allein die Tagsatzung, die spricht
 „von Kriegserklärung. Ich war geneigt, jetzt aber nicht mehr,
 „Reinhard als außerordentlichen Gesandten wegen des Tessins
 „anzuhören. Ja ich war geneigt den Kanton Tessin zu räumen.
 „Nun da man mir drohet, hätte es den Anschein, als wiche ich
 „der Gewalt. Jetzt sind Unterhandlungen sehr schwierig, wo
 „nicht unmöglich geworden. Will die Schweiz Krieg, so soll sie
 „ihn haben! Was suchen die Aufheber? Noch einmal würgen
 „und brennen machen. Zuverlässig werde ich mir nicht vor ganz
 „Europa Reden, wie die geflossenen, ins Angesicht werfen lassen.

27) Mauvaises têtes.

Darauf wurde er wieder bitter: Wiederholt schon habe er auf die Unschicklichkeit³¹⁾ aufmerksam gemacht, daß Regimenter, welche sich Schweizer nennen, und deren Chef sehr bekannte Namen tragen, in den Diensten seiner Feinde (Englands) stehen. Er habe erwartet, die Schweiz werde aus eigenem Antriebe Maßnahmen ergreifen, um dieselben, wie solches auch in frühern Zeiten geschehen sei, zurückzuziehen. Nun, nachdem er gütlich nichts habe erhalten können, befehle er es, und beauftrage sie, dieses der versammelten Tagsatzung einzuschärfen³²⁾. Zieht man jene Offiziere nicht aus englischem Dienste zurück, so habe ich auch kein Bedürfniß der kapitulirten Regimenter. Ich sende sie zurück, ich bedarf ihrer nicht. ●

Von da ging er auf die Verbungen über, und beklagte sich über die Unthätigkeit der Kantone: Sogar Regiments-Obersten stoßen auf Schwierigkeiten. Er selbst setze gar keinen Werth auf die Beibehaltung der Regimenter, falls die Schweiz nicht größeren Werth auf den guten Bestand derselben lege. Immerhin möge die Reduktion des vierten Bataillons bei jedem Regimente Statt finden, insofern die drei übrigen vollständig gehalten werden. Doch fügte er augenblicklich hinzu. „In diesem Falle dann kann die Schweiz vier Bataillone auf eigene „Unkosten stellen.“

Die schweizerischen Abgeordneten versuchten nun den Kaiser auf jede Weise umzustimmen, und auf bessere Gedanken zurückzuführen. In der Form wurde er zwar wieder höflich, war dabei jedoch durchaus nicht zu bewegen, mit ihnen über irgend einen Punkt näher einzutreten. Der Wurf war gethan.

Mit schwerem Herzen traten die Abgeordneten ab, und keine Geschenke³³⁾ waren geeignet, sie für die angehörte Sprache zu

31) Indécence.

32) Insinuer.

33) Sie erhielten ein jeder eben so wie die Gesandten der übrigen Staa-

entschädigen. Sogleich ging ein Bericht über diese Audienz durch Expreß an den Landammann ab, und bald folgten diesem von Glue und Müller Friedberg nach.

Noch am Abend vorher hatte der Herzog von Vassano gegen Reinhard geäußert, der Kaiser werde die Veranlassung der dreifachen Abordnung von seinem Special-Auftrage trennen, um desto besser Zeit zu finden, sich mit ihm näher einzulassen. Erst dann muß er seine Absicht geändert haben. Diesem war es sehr lieb, daß alle drei Abgeordneten die ganze Aureda des Kaisers, und zwar aus seinem eigenen Munde und mit seiner eigenen Betonung angehört hatten, damit kein Verdacht unrichtiger Auffassung oder Übertreibung auf ihn falle. Alle drei haben das Protokoll über diese herbe Audienz gemeinschaftlich abgefaßt.

ten, goldene mit dem in Brillanten eingefassten Bildnisse des Kaisers gezierte Dosen.

Neunzehnter Abschnitt.

Retzhard bleibt als außerordentlicher Gesandter in Paris zurück.

1811.

Die Tagsatzung befand sich nach Anhörung des von Paris zurückgekehrten Theiles ihrer Gesandtschaft in der peinlichsten Lage. Sie selbst hatte mit vollem Grunde über die gewaltsame Besetzung des Kantons Tessin, über rücksichtslose Mauth-Plackereien und über die Lasten, welche eine alle Kräfte übersteigende Werbung der Schweiz verursachte, Klage erhoben, und um Abhülfe dieser Übel nachgesucht. Napoleon, durch sein beispielloses Glück geblendet, hatte anderwärts jeden nur scheinbaren Widerstand mit Zermalmung oder mit Einverleibung in sein Reich bestraft. Das Machtgebot seines unumschränkten Willens anerkannte weder Ziel noch Grenzen mehr.

Anstatt so gerechten Klagen abzuhelfen trat er selbst als Ankläger auf, und behauptete, ungeachtet niemand solche Äußerungen gehört hatte, er sei in der Tagsatzung herausgefordert worden. Die Schweiz sollte feindselig gegen sein System angekämpft, und ihren Verpflichtungen für die Werbung nicht nachgelebt haben, während sie offenbar weit über dieselben hinausgegangen war. Sie hätte sich, so meinte der Kaiser, dankbarer benehmen, und glücklich genug schätzen sollen, weit nachsichtiger als viel andere, eben so unabhängige Staaten, wie sie, behandelt worden zu sein.

den eben zu Paris anwesenden Minister-Staats-Sekretär des Königreichs Italien, Albini, um vielleicht von diesem die eigentlichen Absichten des Kaisers auf den Canton Tessin zu vernehmen. Derselbe theilte ihm mit: vor geraumer Zeit habe allerdings das Projekt obgewaltet, die Grenzen des Königreichs Italien auf der Seite der Schweiz gegen billige Entschädigungen abzurunden. Seit langem aber habe die Regierung des Königreichs kein Wort mehr davon erwähnt, und sei allem, was im Tessine vorgefallen, ganz fremd. Jede Abtretung zu alleinigem Zwecke besserer Raouthlinien wäre höchst überflüssig. Übrigens sei für jedermann gleich unmöglich, die Absichten des die Welt beherrschenden Genies vorauszusehen. Der Ausgang dieser Angelegenheit stehe jedenfalls in Verbindung mit größern politischen Combinationen, es müsse mithin dieselbe mit der möglichsten Vorsicht behandelt werden, um den Kaiser nicht zu plötzlichen und dann unwiederruflichen¹⁾ Beschlüssen zu veranlassen.

Von nun an bestürmte Reinhard beinahe täglich den Herzog von Bassano, sowohl um die der Schweiz gemachten Vorwürfe gründlich zu widerlegen, als um die Antritts-Audienz von dem Kaiser, und nähere Aufschlüsse wegen des Tessins zu erhalten, wofür ihm wiederholt Tag angesetzt, jedesmal aber unter verschiedenen Vorwänden wieder abgesagt wurde.

Eben so wenig versäumte er die erhaltenen Aufträge, die kapitulirten Regimenter betreffend, wofür er an den Fürsten von Neuchatel, General-Obersten der Schweizer, gewiesen war, zu befördern. Diesem bewies er auf unwiderlegbare Weise, wie die Schweiz in der letzten Zeit an Zahl von Angeworbenen verhältnißmäßig mehr als selbst Frankreich durch seine Conscription geleistet, und dabei über vier Millionen Franken²⁾ aufgeopfert habe.

1) Irrévocables.

2) Frankreich stellte als Jahres-Conscription, auf eine Bevölkerung von

vervollständigter Maßnahmen zu außerordentlichen, auf alle Kantone nach Maßgabe ihrer Bevölkerung zu vertheilenden Verbungen, bis auf dreitausend siebenhundert Mann im Laufe des Jahres, ungeachtet namentlich die Stände Graubünden und Tessin die Unmöglichkeit darstellten, ihrerseits die sie betreffende Anzahl zu vervollständigen, und zugleich wurde die Bereitwilligkeit angedeutet, über eine neue Grenzmarkung zwischen dem Kanton Tessin und dem Königreiche Italien zu unterhandeln.

Hierauf erklärte der Herzog von Vassano, der Kaiser sei so vollständig befriediget, daß er die förmliche Audienz nicht länger verweigern, sondern im Lauf der nächsten Tage ertheilen werde; dabei nehme er sich vor, mit dem Gesandten persönlich und ausführlich über alle hängenden Punkte einzutreten. Reinhard, welcher von dem Minister noch nie mit so ausgezeichnete Zuvorkommenheit behandelt worden war, bemerkte diesem, die Tagssagung habe sich einstweilen vertaget, um selbst den Anschein eines Abbruches der Unterhandlungen zu vermeiden.

Wirklich langte hierauf eine schriftliche Einladung des Ministers zu der kaiserlichen Audienz auf den bevorstehenden Sonntag ein. Allein am Sonnabend erhielt wahrscheinlich der Kaiser mißbeliebige Nachrichten aus der Schweiz über die Vertagung der Tagssagung; denn noch in der Nacht, vom Samstag auf den Sonntag, empfing der Gesandte ein Schreiben des Ministers, womit abermals aus wichtigen Gründen die kaiserliche Audienz abgesagt wurde, und ungeachtet er schon einen Tag später aus des Ministers Munde die Äußerung vernahm, daß bloße persönliche Abhaltung des Kaisers, und durchaus kein politischer Grund diesen Aufschub veranlaßt habe, so ließ er sich dadurch nicht täuschen, sondern verlangte eine bestimmte Erklärung, um seine Abberufung darauf begründen zu können.

29. Juli. Vassano erhob sich ernstlich gegen diesen Gedanken; die Audienz, sagte er, werde unverweilt Statt finden; der Kaiser

dann aber auf seine Erwiderung, daß er nur stets aufgehalten werde, die Antwort schuldig. Reinhard hielt sich verpflichtet, dem Minister die Äußerungen des Kaisers gleich am darauf folgenden Tage mitzutheilen, und dieser versicherte neuerdings, daß nichts mehr im Wege stehe, um alles vor dem neuen Zusammentritte der Tagsatzung zu beendigen. Hingegen verweigerte er bestimmt jede weitere Erörterung, namentlich in Hinsicht auf den Kanton Tessin, vorgebend, die eigentlichen Absichten des Kaisers durchaus nicht zu kennen.

Der Hof war zu Compiègne, die Anstalten zu einer Reise des Kaisers nach den Nordküsten, nach Holland und Belgien wurden öffentlich betrieben. Mittlerweile hatte die Tagsatzung nach ihrem abermaligen Zusammentritte zwei Beschlüsse gefaßt, mit denen sie einmüthig die Geneigtheit aussprach, sowohl über neue Grundlagen der Kapitulation, als über eine Grenzmarchung für den Kanton Tessin in förmliche Unterhandlungen zu treten, mit beigefügtem Wunsche, daß selbige in der Schweiz gepflogen werden möchten.

Da auf die diesfällige Mittheilung die schriftliche Anzeige Bassano's erfolgte: von nun an stehe dem Beginnen der Unterhandlung nichts mehr im Wege, er habe bereits einen Theil seiner Instruktionen empfangen, so begab sich Reinhard augenblicklich nach Compiègne, fand dort den Minister schon im Besitze der spätern Tagsatzungsbeschlüsse, auch, wie er sagte, wirklich mit Ausarbeitung der Instruktion für Talleyrand beschäftigt. Dießmal berührte Bassano von selbst, und auf eine Weise welche tröstliche Hoffnungen erweckte, alle zu erörternden Punkte, und sagte zuletzt, da er sich so eben zum Kaiser begeben müsse, so behalte er sich vor, unmittelbar nachher, die ferneren Absichten desselben zu eröffnen. (22. Sept. 1811.) Hierauf erhielt Reinhard, mit der Anzeige, Napoleon werde noch in der Nacht nach

So sehr dieser Geschäftsgang drückend auf dem Gesandten lastete, so erfreulich waren ihm die Äußerungen der vier französischen Kommissarien, welche früher an dem Vermittlungswerke mitgearbeitet hatten, und die bei Durchgehung aller seitherigen Verhältnisse versicherten, es laste nicht ein einziger begründeter Vorwurf auf der Schweiz. Dabei riefen sie möglichst Nachgiebigkeit an, da der Kaiser keinen Widerspruch mehr ertrage; die Schweiz möge sich am Beispiele des Königs von Holland spiegeln. Jeder andere Staat, der es wagen würde, seinem Willen zu widerstehen, käme in die nämliche Gefahr. Die Schweiz möge sich wohl hüten ihre Nationalität auf das Spiel zu setzen, und sich der Fabel Lafontaine's erinnern: „Die Eiche trotzt dem Sturme, und wird von ihm zerbrochen, der Schilf biegt sich und steht nach dem Sturme wieder auf.“ Einmal verloren, bleibe die Selbstständigkeit auf immer verloren.

Bassano war dem Kaiser nach Holland nachgefolgt; Reinhard forderte wiederholt seine Pässe, empfing aber stets ausweichende Antwort. Erst gegen Mitte des Wintermonats kehrte Napoleon mit seinem Minister zurück. Dieser empfing nun unverzüglich den schweizerischen Gesandten, und versprach ihm, nach einer sehr langen Unterredung, die Ausfertigung seiner Reisepässe, falls er darauf beharre. Zwei Tage nach einander wandte er sich noch schriftlich an denselben, und erweckte die schönsten Hoffnungen zu schneller Beendigung in der Schweiz selbst, der zu Paris eingeleiteten Unterhandlungen.

Am 4. April war Reinhard zu Paris eingetroffen, den 16. Wintermonat, nach einem Aufenthalte von beinahe acht Monaten, reiste er wieder ab, mit dem traurigen Gefühle nichts Wesentliches ausgerichtet, jedoch auch mit dem tröstlichen Bewußtsein, nichts verabsäumt zu haben, um dem schwer bedrängten Vaterlande nützlich zu sein. Er hat ein sehr genaues Tagebuch in Form eines Protokolles über diese Sendung in die eidgenössischen

welche eben um jene Zeit vorbereitet wurden, worauf wohl auch die Abschiedsworte Bassano's an Reinhard deuteten: „Nur größere „Ereignisse vermögen den Angelegenheiten der Schweiz eine wirklich günstige Wendung zu geben.“ Bedeutungsvoller noch war die Anspielung Fouché's auf das mögliche Zerbrechen des überspannten Bogens.

Auch wurde damals allgemein geglaubt, und darf hier wohl als Vermuthung aufgestellt werden, Napoleon habe den Krieg mit Rußland gesucht, um, nach dessen Besiegung und Herabwürdigung zur Vasallenschaft, über russischen Boden, und mit Hülfe der russischen Heere England mit Erfolg in seinen ostindischen Besitzungen anzugreifen, worauf er wohl selbst in seiner Rede bei Eröffnung des gesetzgebenden Körpers in den Worten anspielte: „Er gedenke Europa und Asien in seinem Kampfe gegen England zu rächen.“ (Am 16. Juni 1811).

Rußland unterhandelte, um aus einem so unnatürlichen Zustande herauszukommen, zumalen auch ihm die großen militärischen Vorbereitungen in Frankreich zu unbenannten Zwecken nicht verborgen blieben.

Schon bezweifelte niemand mehr den etwas frühern oder spätern Ausbruch des Krieges, und auch der letzte Zweifel verschwand, als Napoleon bei dem an seinem Geburtstage zu St. Cloud gegebenen Feste (am 20. August), dem russischen Gesandten, Fürsten Kurakin, im Angesichte des diplomatischen Corps und des ganzen Hofes, eine öffentliche Scene über die von seiner Regierung eingeschlagene Politik machte, die an Heftigkeit und Bitterkeit selbst jene herben Äußerungen weit hinter sich zurück ließ, welche die schweizerischen Gesandten unlängst im verschlossenen Kabinete hatten vernehmen müssen²).

Die Reise, welche hierauf der Kaiser nach den Seeküsten, nach Belgien und Holland antrat, ungeachtet dabei mit der größten

« la Russie que dans le lointain, tandis que l'Angleterre est vis-à-vis
« de lui, il s'aperçoit qu'une lacune manque à l'interdit qu'il a jeté
« sur la Baltique, et le 18 Fevrier il prononce la réunion à l'empire
« du duché d'Oldenbourg dont le souverain est beau-frère de l'Empe-
« reur Alexandre.”

2) Reinhard war dabei gegenwärtig, Ohren- und Augenzeuge, und fand nur geringen Trost darin, daß selbst größere Herren kein besseres Schicksal als ihn treffe.

den größern Theil seines Heeres unter französische Anführer stellen. Sogar Oesterreich mußte einen Heerhaufen, doch unter Anführung seines eigenen Feldherrn, mit zu den französischen Streitmassen stoßen lassen.

Alle auf die Vereinigungs-Linien hinführenden Straßen bedeckten sich mit, Völkerwanderungen ähnlichen, von Süden nach Norden fortschreitenden Zügen. Nichts kann dem kriegerischen Ansehen und dem Glanze jener Heere verglichen werden. Kleidung und Ausrüstung, Fuhrwerk und Geräthschaften, alles war neu und funkelnd; dabei wurde für das beobachtende Auge die übergroße Menge Fuhrwerke jeder Art bedenklich, welche im Gegensatz der frühern französischen Heeres-Einrichtungen mitgeschleppt wurden. Wo sollte in den weitläufigen, zu durchziehenden Steppen Nahrung und Untertommen für alle Zugthiere und für alle Pferde der unermesslichen Reuterei zu finden sein?

Bei den Soldaten waltete die Ansicht ob, der Zug gehe durch Rußland nach Indien; dabei blieben die alten Banden gehorsam, aber ernst; die alten Heerführer waren im Herzen mißvergnügt; niemand zog mit der gewohnten französischen Heiterkeit den Abenteuern neuer Feldzüge in dem rauhen Norden entgegen. (9. Mai 1812.) Mit dem Frühjahr überschritt Napoleon den Rhein, erreichte Dresden, und vereinigte dort um sich her, gewissermaßen als ihr Oberhaupt, eine große Anzahl gekrönter Häupter. Bemerkenswerth bleibt, daß während eben jetzt beinahe alle Continental-Staaten Rußland zu ihrem gemeinschaftlichen Feinde erklärten, die ottomanische Pforte eben diesen Augenblick wählte, um Frieden mit Alexander abzuschließen, weil letzterer die Beweise vorlegte, daß Napoleon, während er den türkischen Kaiser mit schönen Versprechungen überhäufte, und zum Kriege gegen Rußland anfeuerte, diesem den Antrag und einen Entwurf zu Theilung des türkischen Reiches gemacht hatte.

Um die Mitte des Brachmonats überschritt Napoleon den

Für die Schweiz blieb dieses Jahr ruhig, wenn auch nicht sorgenlos. Die Entfernung des Kriegs-Schauplatzes verlieh ihr Sicherheit. Die Regierungen und die Tagsatzung beschäftigten sich im Laufe desselben vor allem mit außerordentlichen Anstrengungen zu Gunsten der Werbung für den französischen Militärdienst, welche in Folge der zu Basel abgeschlossenen Übereinkunft auf eine weitere und mehr verpflichtende Basis gegründet werden mußte; sodann mit endlicher Berichtigung der, zwei Jahre vorher gepflogenen, die Inflationen im Königreich Württemberg betreffenden Unterhandlungen, mit Beseitigung einiger Anstände, welche der wieder hervorgetretene Fürst-Abt Pancraz von St. Gallen erhob; mit Ausbildung der Mauthen zu Handhabung des Continental-Systems, und mit den übrigen gewohnten innern Angelegenheiten.

Glücklicher Weise ruheten unter den obschwebenden Kriegsverhältnissen die angekündigten Unterhandlungen über eine Grenzberichtigung des Kantons Tessin, und williger, als irgend eine Abtrennung, ertrug man das kleinere Übel der fremden Besatzung. Einstweilen wenigstens unterblieb dadurch die Zerstückelung des heimischen Bodens.

Ungeachtet dieser innern Ruhe konnte kein denkender Mensch ohne Schauer und Entsetzen auf die Leichengefilde Rußlands, und eben so wenig ohne die größten Besorgnisse auf das neu eintretende Jahr hinblicken, von der Vorsehung dazu bestimmt, eines der merkwürdigsten der Weltgeschichte zu werden.

Einundzwanzigster Abschnitt.

**Reinhard zum zweitenmale Landammann der Schweiz
im Jahre 1813. — Aeußere Verhältnisse während
der ordentlichen und bis zu der außerordentlichen
Tagung im Wintermonat.**

1813.

Am ersten Tage dieses verhängnißvollen Jahres übernahm Reinhard zum zweitenmale die Würde eines Landammanns der Schweiz¹⁾. Dabei äußerte er auf dem Rathhause zu Brugg in Gegenwart des französischen Gesandten und zahlreicher Zuhörer:
„Die Kraft und die Einwirkung der göttlichen Vorsehung wird
„ nirgends offener als in den Schicksalen des Gemeinwesens.

„Gott allein erhält und zertrümmert die Staaten. Er ge-
„bietet dem Sturme sich zu legen; er schenkt wieder Ruhe und
„Frieden den Ländern, welche er heimgesucht hat; am Ziele lenkt
„er alle, auch die härtesten Schicksale zum Wohle der Völker.

„Glückliches Vaterland! Glückliche Schweiz! Dieses ist dein
„Loos. Seit zehnen Jahren wurden deine zerrissenen Eingeweide
„wieder geheilt. . . . Auf den Bemühungen deiner Magistraten
„ruhet Segen.

1) Von dem abtretenden Landammanne Peter Burckhardt von Basel.

„ Jedoch kann auch unser Freistaat mit hinein gerissen werden
 „ in den Wirbel der großen Weltereignisse. Seine Verhältnisse
 „ werden sich, je nach der Wendung derselben, günstiger oder
 „ drückender gestalten. Wir finden eben so wenig in den ange-
 „ stammten Staats-Grundsätzen unserer Altvordern, als in denje-
 „ nigen, welche den Umständen der neuern Zeit sind angepasst
 „ worden, Mittel zur Abhülfe.

„ Um dazu zu gelangen, müssen wir alles zusammenfassen was
 „ mit einer gesunden, wachsamem und bescheidenen Politik verein-
 „ bar ist. Des obersten Magistraten erste Pflicht ist es zu wachen,
 „ zu sorgen, und im Vertrauen auf Gott zu handeln.

„ Seine Hülfe steht in dem Zutrauen und in der aufrichtigen
 „ Mitwirkung der Regierungen und des Volkes. Eidgenössischer
 „ Sinn muß Kraft verleihen, und der Geist ersetzen, was an den
 „ Formen gebricht.

„ Der Charakter der Nation wird sich kraftvoll bewähren, und
 „ sich diesmal so wenig wie bei allen frühern bedenklichen Zeit-
 „ umständen verläugnen. Oft schon tief gebeugt, richtete er sich
 „ stets wieder kräftig empor, wie das Rohr nach dem Sturme. . . .”

Mit vorzüglicher Wärme bewillkommte er den eidgenössischen
 Kanzler und sprach die feste Überzeugung aus, sich auf desselben
 ausgezeichnete Talente, so wie auf seine unerschütterliche Vater-
 landsliebe stützen zu können.

Der Anfang des Jahres blieb in Beziehung auf die Direc-
 torial-Geschäfte angenehm. Sämmtliche auf die gewohnten Mit-
 theilungen des Amtswechsels eingelaufene Antworten der Mächte
 waren verbindlich für die Schweiz, und für ihren ersten Magistra-
 ten, auch nicht eine derselben enthielt einen Mißton. Allein die
 zukünftige Ruhe oder der Sturm hingen von der weiteren Gestal-
 tung der Weltereignisse ab.

Napoleon entwickelte unmittelbar nach seiner Rückkehr in Paris
 eine an das Wundervolle grenzende Thätigkeit. Das Unglück schien

Kräfte, sondern selbst ihre letzten Söhne hinzugeben, um, wie es damals hieß, dem Ehrgeize des Kaisers in einem Jüder- und Rasse-Kriege aufgeopfert zu werden. Diese Stimmung gewann täglich größere Ausdehnung, und erklärt vollständig einen Theil der spätern Ereignisse.

Aber auch Rußland blieb nicht unthätig, und verstärkte auf jede Weise seine ebenfalls sehr zusammengeschmolzenen Heere. Das Schicksal Preußens, bei erneuertem Glücke der französischen Waffen, war leicht vorauszusehen, darum zog es sich zuerst in eine Neutralitäts-Stellung nach Schlessen zurück, bewaffnete Alt und Jung, und schloß sich kurz nachher offen an Rußland an, um einen letzten Kampf für Wiedererlangung seiner Unabhängigkeit zu wagen. Oesterreich trat vom Kriegsschauplatz zurück und vermehrte seine Heere, scheinbar um Frankreich zu unterstützen, doch mit der laut angekündigten Absicht, als Mittelsmann den europäischen Frieden zu unterhandeln; und England bot allen Mitteln auf, um ganz Europa in den Waffen-Bund gegen seinen Erb- und Erzfeind zu ziehen, wobei es aber auch sein eigenes Blut in dem mit entschlossenem Glücke in Spanien geführten Kriege nicht verschonte.

Um die Mitte des Aprilmonates waren die russischen Waffen, zwar mit abwechselndem Glücke kämpfend, bis über die Elbe vorgebrungen. Napoleon eilte nun mit beflügelten Schritten herbei und erfocht in den ersten Tagen des Maimonates einen großen blutigen Sieg bei Lützen, welcher die vereinigten russisch-preussischen Heere zwang, sich, zwar in besterhaltener Ordnung, hinter die Elbe zurückzuziehen. Napoleon drang rastlos vor, und ließ in einer großen Schlacht bei Bautzen (Würschen), die Feinde seine Feldherren-Überlegenheit fühlen. Menschenblut floß in Strömen, dennoch führten die Siege des französischen Kaisers keine Entscheidung herbei; die Feinde stellten sich stets wieder in den unmittelbar rückwärts gelegenen Stellungen zu erneuertem Kampfe auf. Nach dem

irgend eine Veranlassung dazu zeige. Diese unterblieb jedoch, wenigstens für den Augenblick, nach dem französischen Siege bei Lützen. (Im Januar.) Allein früher schon hatte sich von Paris und von Mailand aus das, auch dem Landammann mitgetheilte, sehr beunruhigende Gerücht verbreitet: Napoleon habe beschlossen, den Marschall Berthier, Fürst von Neuchâtel, zum beständigen Landammann der Schweiz zu erheben. Zuerst und zu allmähligster Vorbereitung werde das ehemalige Bisthum Basel mit dem Fürstenthume Neuchâtel vereinigt, hierauf dasselbe abgerundet, und endlich die ganze Schweiz daran angeschlossen werden. Wirklich schienen einige Ernennungen im Fürstenthume darauf hinzudeuten. Jedenfalls wurde dieser Plan unter den obwaltenden Umständen vertaget²⁾.

Gleichzeitig mit dem Waffenstillstande von Pleßwitz trat die ordentliche eidgenössische Tagsatzung in Zürich zusammen. Reinhard machte bei Anlaß der Instruktions-Ertheilung seinen großen Rath aufmerksam, auf den Ernst der Zeit, auf die neuen Siege des Vermittlers, auf die Unbeständigkeit des Waffenglückes, und auf die der Schweiz möglicher Weise bevorstehenden Gefahren. Er beschwor, jede Privatleibenschaft zu unterdrücken, um im eintretenden Falle alle Kräfte zur Rettung des Vaterlandes und seiner Selbstständigkeit vereinigen zu können.

Auch gegen die Tagsatzung sprach er bei ihrer Eröffnung im nämlichen Sinne Worte des tiefsten Ernstes aus. Dieselbe hörte einen Bericht über die Thaten und die Verluste der kapitulirten Regimenter im nordischen Feldzuge an, deren kapitulationsmäßiger Bestand bis auf ein Drittheil heruntergeschmolzen war.

2) Es fehlt uns an zuverlässigen Angaben, um das ebenfalls in Umlauf gewesene Gerücht zu bestätigen oder ernstlich zu widerlegen, daß die Würde eines beständigen Landammanns der Schweiz dem Landammanne von Reinhard zugebachzt gewesen sei. Wir finden hierüber eine einzige, mit unbedingter Verwerfung eines solchen Gedankens begleitete Andeutung.

schlugen sich jene Unterhandlungen, und der Krieg brach von Neuem aus.

Im August 1813 ließ der Landammann einige Truppen nach Graubünden, zu Unterdrückung etwelcher Bewegungen in diesem Lande und zu Beobachtung des Tyrols, marschiren, in der Absicht, die Bewachung auch auf die andern Grenzen, nach Maßgabe und im Verhältniß der Entwicklung der Umstände auszu dehnen. Zum Theil gaben hiezu vertrauliche Mittheilungen die Veranlassung, die ihm von wohlgesinnten Schweizern aus Wien gekommen waren. Diese ließen über den Abbruch der Unterhandlungen zu Prag und über den Übertritt Oesterreichs zu den Verbündeten keine Zweifel übrig, sie kündigten ferner an, Oesterreich werde gegen Italien und Bayern vordringen, wo selbst Unterhandlungen zu ebenfallsigem Anschlusse bereits angeknüpft seien.

15. August 1813. Napoleon hatte sich während des Waffenstillstandes meist zu Dresden aufgehalten, und als die Feindseligkeiten wieder eröffnet wurden, versuchte er, durch einen ersten Schlag in Böhmen die Verbindungen zwischen dem russisch-preussischen und dem österreichischen Heere zu unterbrechen. Zu Gabel vernahm er die Bewegungen des preussischen Heeres auf dem linken Elbe-Ufer, brach dahin auf, und warf Blücher bis Jauer zurück.

24. Juni 1813. Um diese Zeit ungefähr konnte sich Napoleon mit dem Geiste bekannt machen, der mehr oder weniger bei allen deutschen Bundes-Kontingenten herrschte: ein ganzes Regiment westphälischer Husaren ging zu dem Feinde über. Nun begannen für den französischen Kaiser Tage der rastlosesten Anstrengungen, in denen er sein ganzes Krieges-Genie entwickelte. Das österreichische Heer, unter Schwarzenberg, rückte gegen Dresden vor, und drängte die ihm gegenüber stehenden Franzosen zurück. Napoleon verließ Schlessien, um Sachsen zu Hülfe zu eilen. Vor Dresden schien sein Glück wieder ganz aufzuleben; er ersocht einen glänzenden Sieg, und warf das

eigenen Augen die letzten Anstrengungen seines, an jenem Tage bei Bachau geschlagenen Schwagers, des Königs von Neapel, und wie die Verbündeten von allen Seiten heranrückten. Er stellte sein Heer in einer concentrischen Stellung, gegen alle Seiten hin Front machend, auf, und lieferte die dreitägige große Völkerschlacht, welche seiner Alleinherrschaft ein Ziel setzte. Von beiden Seiten wurde mit Heldenmuth und lange mit abwechselndem Glücke gefochten; denn was die Verbündeten an Übermacht besaßen, ersetzte theilweise wieder die günstigere Stellung der Franzosen.

18. und 19. October 1813. Während der Schlacht gingen wieder mehrere Regimenter zu den Verbündeten über: so sehr hatte sich der Haß gegen französischen Übermuth der Deutschen bemächtigt. Die Schlacht ging für Napoleon verloren. Der Verlust seines Heeres an Gefallenen, Gefangenen und an Geschützen war unermeslich. Er mußte sich zu schnellem Rückzuge entschließen.

Brede mit einer baierisch-österreichischen Armee hatte Hanau in der Hoffnung besetzt, dem Kaiser sogar den Durchpaß zu versperren. Allein dieser sammelte einen Kern seiner Truppen, warf jenen nach blutigem Gefechte zurück, und langte endlich nach vierzehntägigem Rückzuge mit den Trümmern der großen französischen Heerschaaren zu Mainz, hinter dem Rheine an. In den nämlichen Tagen erfolgte der Übertritt des Königs von Würtemberg zu den Verbündeten; zu Ähnlichem war auch der Großherzog von Baden gezwungen, und nach Verlauf kurzer Zeit wurde das ganze rechte Ufer des Rheins bis an die Grenzen der Schweiz durch die siegreichen Heere der Verbündeten überschwemmt.

Der Landammann der Schweiz erhielt gerade zur Zeit, wo bei Leipzig gefochten wurde (21., 28. October), vertrauliche, freilich aus keinen amtlichen Quellen fließende, Mittheilungen aus Wien, deren zufolge dort wenig Geneigtheit obzuwalten schien, die

Schweiz in einer neutralen Stellung zu lassen. Der gegenwärtige, so hieß es, sei kein gewöhnlicher Krieg von Staat zu Staat, sondern ein Krieg aller, gegen den allgemeinen Unterdrücker. Selbst Dänemark habe sich anschließen müssen; auch der Schweiz seien einzelne Theile ihres Gebietes entzogen worden; auch sie werde dem allgemeinen Kampfe nicht fremd bleiben können.

Nach einem solchen Umschwunge der Dinge glaubte Reinhard nicht mehr vereinzelt handeln zu sollen, sondern berief eine eidgenössische außerordentliche Tagsatzung ein³⁾.

3) Ausschreiben vom 25. October auf den 15. November 1813.

Zweundzwanzigster Abschnitt.

Die außerordentliche eidgenössische Tagsatzung im Wintermonate 1813. — Die verbündeten Heere rücken in die Schweiz ein.

1813.

Am 15. Wintermonate 1813 erstattete der Landammann der, in Zürich außerordentlich versammelten eidgenössischen Tagsatzung ausführlichen Bericht über die dermalige Lage der Dinge, über die von ihm zu Behauptung der Neutralität vorgenommenen diplomatischen Schritte und angeordneten Grenzbewachungen. Er verband damit die erfreuliche Anzeige, von der endlich erfolgten Räumung des Kantons Tessin sowohl von der italiänischen Besatzung als von den Mauthbeamten, und forderte die Tagsatzung auf, nach genauer Prüfung seines bisherigen Benehmens sich rücksichtslos darüber aussprechen.

Aus seinem merkwürdigen Vortrage heben wir nur eine, den Charakter des Zeitpunktes bezeichnende, Stelle heraus.

„Neuerdings wüthet der Bürgengel des Krieges unter allen Nationen auf gräßliche Weise. Nicht nur die zum Soldatenstande ausgehobenen nehmen daran Theil, sondern es ganze Völker, ganze Menschengeschlechter hingeopfert, ~~ihren~~ Verhältnisse aufgelöst, ja alle Bande der Gesellschaft in ihren Grundfesten erschüttert. —

In dem nämlichen Geiste erließ die Tagsatzung eine, durch die Regierungen zu verbreitende, Proklamation an die Nation, und gebot stündliche Bereithaltung des ersten Bundes-Kontingentes von fünfzehntausend Mann; die Instandstellung eines zweiten, und wo möglich eines dritten Kontingentes gleicher Stärke. Sie erließ Instruktionen für den aufzustellenden Ober-General, hob die bisher bestandenen Kolonial-Mauth-Einrichtungen doch in dem Sinne auf, daß die dort vorräthigen fünfzigtausend Franken in die Kriegskassen geworfen, daß zu Bestreitung der Militärkosten bedeutend ermäßigte Zölle fortbezogen, und sofort die ersten Baar-zuschüsse der Kantone geleistet werden sollen.

In Vollziehung des ersten einmüthigen Beschlusses wurden durch geheimes Stimmenmehr zu Gesandten an die Kaiser von Oesterreich und Rußland, und an den König von Preußen, der Landammann Aloys von Reding und der Alt-Sesselmeister von Escher²⁾ von Zürich gewählt. Rathsherr Hirzel von Zürich sollte sie als Legations-Rath begleiten. Zur Abordnung an den Kaiser von Frankreich wurden Landammann Rüttimann und Bürgermeister Wieland, und zu einem Oberbefehlshaber des eidgenössischen Heeres der Landammann von Wattenwyl, und zwar dieser mit voller Einnuth der Stimmen gewählt.

Über Aufstellung eines zweiten, geschweige eines dritten Kontingentes erklärte sogleich Graubünden, dazu nicht in Verfassung zu sein; wirklich befanden sich von allen Kantonen nur diejenigen von Zürich, Bern und Waadt im Stande dem Beschlusse, wenigstens theilweise, zu entsprechen, und noch kläglich lautete es in Hinsicht auf anhaltende Geldbeiträge. Dennoch wurde der Landammann bevollmächtigt, Truppen nach Maßgabe des Be-

2) Die Wahl des zweiten Gesandten blieb während ein Paar Scrutinsien zweifelhaft zwischen dem gewählten und dem Alt-Schultheißen von Mülinen von Bern. Dieser wurde wegen einigem Mißtrauen beseitigt. Viele Gründe sprachen für eine solche Wahl, doch ist schwer zu glauben, daß seine Gegenwart irgend etwas an der Hauptsache abzuändern vermögend gewesen wäre.

keit, als für alle Betheiligten gleich vortheilhaft, von allen gleichmäßige Anerkennung zu verschaffen.

Unläugbar ist, daß die große Mehrheit der Schweiz aufrichtig an der Mediations-Verfassung hing, weil sie die innere Ruhe hergestellt, manche sonst stark abweichende Ansicht vereinigt, und das innere Glück in allem, was nicht die Verhältnisse zu Frankreich betraf, wirklich begründet hatte. Damals konnte sich, aller erlittenen Unbilden ungeachtet, kein anderes Land Europa's ähnlichen innern Glückes befreen. Eben so wahr ist, daß der unbiegsame Wille und die Herrschsucht des französischen Kaisers jenes innere Glück der Schweiz durch herbe Zumuthungen und unerträgliche Beeinträchtigungen fürdauernd kränkte, daß nie mit Sicherheit für die Selbstständigkeit des Vaterlandes dem nachfolgenden Tage entgegen gesehen werden konnte, ja daß volle Gewißheit obwaltete, ein glücklich beendigter Feldzug in Rußland wäre das letzte Ziel ihrer halbtausendjährigen Unabhängigkeit gewesen. Hierin lag die Ursache des Vergnügens vieler, daß des gewaltigen Alleinherrschers Macht, welcher schon so viele Jahre hindurch keine Schranken seiner Willkühr duldete, doch endlich gebrochen sei: diese erblickten darin das Ende ununterbrochener Besorgnisse für die Erhaltung des Vaterlandes.

Alle Wünsche, fast ohne Ausnahme, hätten sich in dem Punkte vereinigen können, die, das allgemeine Glück begründende Verfassung beizubehalten, und sie einzig von der ihr anklebenden französischen Oberherrlichkeit zu reinigen. Nur wenige konnten im Ernste glauben, daß die Wiederherstellung der alten Eidgenossenschaft im Reiche der Möglichkeit liege, noch weniger hätten sie herbeiführen wollen. Reinhard arbeitete rastlos, um seinem Vaterlande, mitten unter den allgemeinen Stürmen, innere Ruhe und äußern Frieden zu bewahren. Zu diesem Ende hin ließ er, im Verhältniß des Vorwüthens der Verbündeten, die Grenzaufstellung durch neue Aufgebote verstärken; doch die größte Macht, welche er

Hauptquartiere der Verbündeten. Zwar wurden sie auch dort auf das Zuvorkommendste von allen drei Monarchen empfangen; allein nur der Kaiser von Rußland antwortete in entsprechender Weise. In den militärischen Umgebungen der Fürsten, wurde hingegen allgemein und laut geäußert, die mittelbar mit Frankreich verbundene Schweiz könne nicht unbesezt im Rücken der Heere verbleiben. Jetzt entscheide der Degen des Felbherrn, und nicht mehr die Feder der Diplomaten.

Die verbündeten Heere concentrirten sich am Ober-Rheine; Basel gegenüber stand ihre beträchtlichste Macht. Kaiser Alexander hatte sich nach Karlsruhe, in den Schooß der Familie seiner Gemahlin begeben. Während seiner Abwesenheit beschloß der Kriegsrath den Einmarsch in die Schweiz, und Alexander mußte sich nachher den Beschlüssen seiner Allirten unterziehen. Die eidgenössischen Gesandten eilten von Frankfurt a. M. nach Freiburg im Breisgau, um noch einen letzten Versuch zu Erlangung ihrer Wünsche zu wagen; allein sie wurden dort während mehrerer Tage absichtlich aufgehalten, und auch ihre Briefe nach der Schweiz mußten zurückbleiben.

20. December 1813. Die österreichischen Generale Bubna und Langenau eröffneten dem schweizerischen Commandirenden zu Basel, das verbündete Heer werde binnen vier und zwanzig Stunden in die Schweiz einrücken, worauf dieser, in Folge der ihm gekommenen Befehle, (leider selbst ohne eine Übereinkunft abzuschließen) die Stadt verließ. Ein Theil des aufgestellten Neutralitäts-Korps wurde sogleich entlassen. General von Watterwyl, welcher eben so wiederholt als vergebens namhafte Verstärkungen gefordert hatte, ohne welche er keinen Kampf bestehen könne, behielt kaum genug Zeit, um den andern Theil seiner Truppen hinter die Aare und hinter die Reuß, außer den Bereich der ein-

Sa Maj. s'est beaucoup louée de la diète, et surtout de la sagesse et de l'énergie de votre Excellence.

tons Bern aufgenommen und vollzogen wurden, mißtrauisch geworden.

Er erhielt die ersten Nachrichten des Einmarsches der Allirten gleichzeitig mit den Äußerungen Lebzeltern's und Capo d'Istria's: „Es habe der gute Wille der Monarchen dem Verlangen der Heerführer weichen müssen; die Verbündeten hoffen um so mehr nur Freunde in der Schweiz zu finden, als die Monarchen sich gegen dieselbe feierlich verpflichten, die Waffen nicht früher niederzulegen, bis sie auch ihr die ihr von Frankreich entrissenen Gebietstheile zurückgestellt haben werden. So wenig als sie sich in die inneren Verfassungen zu mischen gedenken, eben so wenig können sie die Schweiz fremdem Einflusse bloßgestellt im Rücken lassen; die Neutralität werde an dem Tage der Wiedererlangung ihrer wirklichen Freiheit und Unabhängigkeit anerkannt werden⁵⁾.“ (Beilage Nr. 14).

Der oberste Heerführer der Verbündeten, Fürst Schwarzenberg, erließ im nämlichen Sinne eine Erklärung an das schweizerische Volk, und ließ sich besonders angelegen sein, daß in seinem Einmarsche liegende Herbe, auf eine, das Ehrgefühl der Nation

5) Der Landammann erhielt die erste Mittheilung am 20. Dec. 1813 durch Lebzeltern und Capo d'Istria. Am nachfolgenden Tage empfing er die schriftliche Bestätigung durch ein Privat-Billet Lebzeltern's, vom 21. Christmonat 1815, nachfolgenden Inhaltes:

« Le rapport du dernier entretien que j'eus avec V. E. fut reçu
 « au Quartier-Général. le 18. — Celui-ci décida le passage, parceque
 « l'intérêt militaire l'exigeait; on aurait désiré l'éviter, si la Suisse
 « était entrée dans les vues des Alliés. — Au reste par une suite des
 « mêmes ménagemens pour cette respectable nation on a écarté tout
 « ce qui pouvait rendre ce passage onéreux ou fatigant pour le pays,
 « et je suis persuadé que les habitans n'auront pas sujet de plainte.
 « Je ne doute pas que V. E. fera de son côté tout ce qui pourra contribuer au bon ordre dans ce canton etc. etc. etc.”

Diesem Schreiben waren die eben eingetroffenen Beschlüsse der Monarchen, so wie die Bekanntmachung des Obersten Feldherren beigelegt.

bisheriges Verfahren fortsetzen würde? Darum eben, wird gesagt, hätte die Schweiz den ungleichen Kampf bestehen, und zur Rettung ihrer Ehre ihr kleines Heer opfern sollen.

Beantworten wir auch diese Behauptung mit der nämlichen Unbefangenheit. Nach der Staatsumwälzung am Ende des früheren Jahrhunderts war jede Miliz-Organisation aufgelöst worden. Viele Theile der Schweiz wurden wiederholt und streng entwaffnet, und diese Waffen, so wie die Vorräthe in den Zeughäusern weggeschleppt. Nach Einführung der Mediations-Versfassung mußte das ganze eidgenössische Contingent, aus fünfzehntausend zweihundert und drei Mann bestehend, neu organisiert und bestmöglich bewaffnet werden. Viele Kantone hatten auch jetzt noch keine Miliz-Organisation und besaßen nicht eine gute Waffe. Keine Anstrengung, kein größerer Waffenankauf hätte dem Vermittler entgehen können, und zuverlässig hätten solche entweder seine Eifersucht erweckt, oder er hätte sie in seinen Nutzen verwendet. Nur wenige Kantone, wie Zürich, Bern, Waadt u. s. w. hatten zum Theil nothdürftig genug einige Reserve-Bataillone organisiert, und schon diese, wie wir am Anfange des letzt vorangegangenen Jahres bemerkten, hatten des Kaisers Besorgnisse geweckt. Hätte auch die schweizerische Neutralitäts-Armee der Zahl nach bedeutend vermehrt werden können, so blieben immerhin die Waffen, Geschütz und Munitions-Vorräthe ganz unzureichend. Weder die einzelnen Kantone, noch die gesammte Eidgenossenschaft besaßen Vorräthe von Lebensmitteln; alle früher angelegten Magazine waren aufgezehrt, und zu Anlegung neuer gebrach es an Geld. Durch die Kriegsbereignisse sah sich plötzlich die Schweiz von drei Seiten umzingelt; von dort konnte sie bei eintretendem Widerstande keine Lebensmittel beziehen, und noch weit weniger von der vierten, von der französischen Seite her, wo es selbst hieran gebrach. Auch die Geldmittel fehlten; denn hatten auch die Regierungen während der Mediations-Zeit

wahrscheinlicher Weise, weil er von seinen Feinden das Gleiche erwartete, was er in ihrem Falle gethan hätte, daß sie nämlich die Neutralitäts-Armee mit sich nehmen, und in den großen Kampf mit hineinziehen würden. So viel gerechte und ungerechte Klagen Napoleon auch in seinen, zu St. Helena niedergeschriebenen, Memoiren über das was damals in Europa gegen ihn vorgenommen wurde, ausgesprochen hat, nie beklagte er sich auch nur mit einem Worte über die Schweiz; denn auch er hatte die Erfahrung gemacht, daß das Unmögliche von niemand gefordert, und noch weniger geleistet werden kann.

balb der größere Theil der Schweiz diesem Beispiele folgen. Senft von Pilsach erklärte sich zu Bern als österreichischen Bevollmächtigten, ungeachtet der kaiserliche Minister von Schraut dort, und eine außerordentliche österreichische und russische Gesandtschaft in Zürich anwesend waren.

Senft hielt den Umsturz der Mediations-Versaffung für so leicht, daß er sich bloß mündlich an die Behörden wenden wollte, und einfach den Schultheißen von Freudenreich, ohne Vorweisung irgend eines schriftlichen Auftrages, zur Niederlegung der Gewalt und zur Einberufung der ehemaligen zweihundert aufforderte. Dieser, zwar ohne ihn nach Gebühr abzuweisen, machte ihm begreiflich, daß er aus sich selbst nicht entsprechen könne, und führte ihn Nachmittags in eine Sitzung des kleinen Rathes ein, wo Senft seine Forderungen schriftlich überreichte, und jede Gegenbemerkung barsch erwiderte. Nur die Minderzahl des kleinen Rathes äußerte Geneigtheit einzutreten, doch wurde auch die Mehrheit ängstlich, als Schraut den diplomatischen Charakter des neuen Gesandten schriftlich anerkannte. Am folgenden Tage versammelte sich der große Rath, und äußerte heftigen Unwillen über die ihm gemachte Zumuthung. Von allen Seiten ertönte: ein zweiter Mengaud, gleich demjenigen vom Jahr 1798, sei angekommen. Senfts Forderungen wurden mit, an Einmuth grenzender, Mehrheit zurückgewiesen, worauf er eine donnernde Erklärung überreichte, laut welcher der Kanton Bern von den einrückenden Verbündeten als Feind werde behandelt werden. Dagegen stellte ein Mitglied den Antrag, dem kleinen Rathe ein Mißfallen zu bezeugen, daß er einen solchen Gegenstand zur Berathung gebracht habe. Ein Antrag, welcher jedoch von der, durch die Eingabe Senfts etwas eingeschüchterten Versammlung, verworfen wurde.

Die darauf folgende Nacht wurde sehr unruhig. Eine von Senft gewonnene Partei versuchte die Regierung mit Gewalt zu stürzen, und wirklich gewann es während eines Augenblickes

durch keine in dem Proklama enthaltenen Gegenversprechungen aufgewogen werden konnten. Die Regierungen dieser Kantone setzten sich in bewaffneten Vertheidigungszustand, und noch war die Aufforderung kaum erlassen als Senft von Bilsach, in allen Theilen desavouirt, schleunig aus der Schweiz abberufen wurde. (Beilage Nr. 15).

Bereits am 20. Christmonate hatte Reinhard alle Kantone eingeladen, ihre Gesandten schleunigst zu einer außerordentlichen Tagssatzung einzusenden. Der Schluß des Jahres war ganz nahe bevorstehend; die Übergabe der schweizerischen Geschäftsleitung von Zürich an Luzern stand vor der Thüre, und nur wenige wünschten sie. Die außerordentlichen Gesandten Lebzelter und Capo d'Istria setzten sich diesem Wechsel der Gewalt, als alle obschwebenden Interessen gefährdend, mit großem Nachdruck entgegen. Beinahe gleichzeitig empfing Reinhard durch ein Schreiben von E. v. F. v. H. von Freiburg im Breisgau datirt, die Anzeige, daß er, den Wünschen der ihm persönlich befreundeten Feldherren Schwarzenberg und Brede entsprechend, sich in derselben Hauptquartier begeben habe, wo jedermann von der hohen Wichtigkeit überzeugt sei, daß Reinhard unter der Form des altzürcherischen Vorortes, eine kräftige Leitung der gemeineidgenössischen Angelegenheiten übernehme. (Beilage Nr. 16).

Vielleicht geschah es in Folge ähnlicher Insinuationen, daß der Kanton Schwyz schon unter dem 24. Christmonate, anstatt an den Landammann der Schweiz, an Bürgermeister und Rath des Kantons Zürich schrieb, und dieselben aufforderte, in dem Augenblicke, wo die Vermittlungs-Acte aufhöre, die Schweiz zu regieren, als Vorort die Leitung der Geschäfte zu übernehmen.

Bis um Weihnachten trafen die Gesandten der großen Mehrheit der Kantone in Zürich ein, und besprachen sich in Vorberathungen über Form und Weise der an die Hand zu nehmenden Geschäfte. Zehn, aus der Zahl der dreizehn alten Kantone, fanden

mur zwei Tage später, bald auch die von Unterwalden und Tessin bei, und alle Kantonsregierungen, mit Ausnahme derjenigen von Bern und der rhätischen drei Stände, ratificirten ohne Verzug die Beschlüsse ihrer Gesandten.

Ein Theil Graubündtens blieb einstweilen wegen Bewegungen in seinem Innern, wo Trennung von der Schweiz und Rekonstitution als selbstständiger Freistaat beabsichtigt wurde, zurück. Von Bern trafen zwar Gesandte ein, reisten aber sofort wieder ab als sie vernahmen, daß ihren Ansprüchen auf die ehemals besessenen Landestheile kein Gehör geschenkt werden wolle.

Obgleich noch nicht förmlich und vollständig konstituiert, erhielt die Versammlung der Eidgenossen, am Tage des Jahreswechsels, von beiden außerordentlichen Ministern Oesterreichs und Rußlands, unter Wiederholung ihrer frühern Zusicherungen, die Aufforderung, schnell an einer Verfassung zu arbeiten, welche die Grundlage und die Gewährleistung ihrer Dauer in sich selbst trage, und die Nation auf immer gegen fremden Einfluß schütze. Allerdings war der Abschluß einer neuen Bundes-Verfassung unerläßlich, nachdem sich bereits mehrere Hauptbestimmungen der Vermittlung durch die Vorgänge vom 29. Christmonat faktisch umgestaltet befanden. Die mediationsmäßige Bundesakte wurde daher ohne Widerrede aufgehoben; gleichzeitig aber und in Ermangelung jeder anderweitigen Basis, der Fortbestand der bisherigen Kantone ohne Modification festgesetzt, und von den Stellvertretern der Mächte anerkannt. Es konnte bei der Nothwendigkeit eben so schnell wieder aufzubauen als niedergerissen worden, war, von veränderten Grundlagen keine Rede sein.

Daß Bern sich trennte und ein anderes System aufstellen wollte, führte schnell unglückliche Verwickelungen herbei; jeder Versuch von Ansprüchen erhielt Aufmunterung, und bald fanden in den meisten Kantonen traurige Reibungen, Vergrößerungs-Pläne und Angriffe der Parteien aufeinander Statt.

Der Kaiser von Rußland, persönlich durch den Regierungsrath Monod, und schriftlich durch seinen Erzieher, den Generalen de La Harpe, sehr günstig für die Schweiz gestimmt, äußerte sich einläßlich dahin:

„Ich war von Kindheit an der Schweiz zugethan. Gerne
 „wiederhole ich hier, was ich schon gegen den Landammann von
 „Neding geäußert habe: ich hätte gewünscht, die Schweiz hätte
 „unangestastet bleiben können; allein während ich bei den Auver-
 „wandten meiner Gemahlin zu Karlsruhe abwesend war, wurde
 „anders darüber entschieden; nicht nur bedauerte ich es unend-
 „lich, sondern ich habe mich auch offen darüber gegen den Kai-
 „ser von Oesterreich und gegen seinen Minister ausgesprochen²⁾).

„Den Hh. von Senft kenne ich nicht, ich habe ihn nie ge-
 „sehen; er hat seine Vollmachten auf jede Weise überschritten, er
 „wurde gesandt, um anzuhören, nie hätte er handeln sollen. Er
 „benahm sich wie ein Schwein. Ich nenne die Sachen bei ihrem
 „Namen. Indessen muß ich auch Oesterreich entschuldigen³⁾. Das
 „Geschehene lag nie in seinen Absichten. Man ist sehr unglück-
 „lich, wenn man Leute gebraucht, welche ihre Instruktionen nicht
 „verstehen. Bern hätte sich nicht an die Äußerungen Senfts
 „halten sollen. Lebzeltern und Capo d'Istria waren ja in der
 „Nähe. Diese hätten geantwortet, keine Kenntniß von einer sol-
 „chen Sendung zu haben. Hätte sich Bern auch daran nicht
 „halten wollen, so war das Hauptquartier der Allirten nahe
 „genug, um dort seine Verantwortlichkeit sicher zu stellen. Da-

gefunden habe? Die Antwort war etwas schwierig, jedoch ein Tischgespräch ohne Bedeutung. Er erwiderte: „Je nach Umständen traf ich ihn in sehr ungleicher Stimmung, stets von hohem Geiste, dabei zuweilen eben so streng, als andere Male wohlwollend.“ Franz bemerkte, auch ihm sei es nicht anders gegangen, er habe ihn gerade eben so kennen gelernt, und eben so beurtheilt.

2) Expliqué.

3) Disculper.

„Preußen, wegen des Fürstenthums Neuchâtel, oder Oesterreich,
 „wegen seiner Nachbarschaft, theilhaftig; allein Euer Glück und
 „Euer guter Name liegen mir wahrhaft am Herzen. Ich wurde
 „durch einen Schweizer erzogen, meine Brüder und Schwestern
 „sind durch Schweizer und Schweizerinnen erzogen worden; von
 „daher rührt meine Zuneigung für Euer brave Nation.

„Eure Tagsatzung ist in diesem Augenblicke versammelt; die
 „noch nicht beigetretenen Kantone müssen sich unverzüglich an die-
 „selbe anschließen: alle mit vereinten Kräften an der Wiederher-
 „stellung der Ordnung und des darauf sich gründenden Vertrauens
 „hinarbeiten.

„Ihr könnt stets auf meine Freundschaft und auf mein Wohl-
 „wollen zählen; gerne werde ich Euch Beweise davon geben; selbst
 „wenn es nöthig werden sollte, Euch kräftige⁴⁾ Unterstützung zu
 „gewähren, werdet Ihr mich dazu bereit finden.“

Hierauf gegen Salis-Sils gewendet:

„Man ist auch in Euerem Kantone unruhig; man muß Ruhe
 „schaffen, und denselben auf eine den. dormaligen Umständen an-
 „gemessene Weise organisiren. Ehemals waret Ihr nur Verbün-
 „dete der Schweiz, jetzt seid ihr Kanton und sollt es bleiben; es
 „waltet kein Grund ob um dieses Verhältniß umzuändern. Ich
 „bevollmächtige Euch, was ich hier gegen Euch geäußert habe,
 „überall zu wiederholen.“ Hierauf und nach Anhörung der Gegen-
 bemerkungen der Gesandten entließ er sie in verbindlicher Weise.

Diese Äußerungen enthielten allerdings viele Anlehnungspunkte
 für die Schweiz. Sie bewiesen wie wohl die Monarchen über
 Alles unterrichtet seien, daß die Grundlage der Erhaltung aller
 Kantone wenigstens von Rußland unterstützt werde, daß die Allir-
 ten keine thätliche Mitwirkung an dem begonnenen Feldzuge, son-
 dern nur Ruhe im Rücken der Armeen verlangten; und daß da-
 neben gar viel Feld für Ausgleichungen offen bleibe.

4) Vigoureuse.

Tagsatzungen. Nach Zürich reisten die Gesandten von Glarus, Basel, Schaffhausen, Appenzell, St. Gallen, Bündten, Aargau, Thurgau, Tessin und Waadt; nach Luzern die übrigen. Es folgten lange Unterhandlungen zwischen beiden Tagsatzungen, und erst nachdem der große Rath von Bern, in Folge wiederholter Erklärungen der auswärtigen Minister, daß die Mächte keine andere, als eine Tagsatzung sämmtlicher neunzehn Kantone anerkennen werden⁵⁾, mit einer Mehrheit von zwei Drittheilen der Stimmen, den Wiederanschluß an die Tagsatzung in Zürich beschlossen hatte (30. März), traten im Anfange des Monats Aprils (4. April) alle Kantone zu gemeinschaftlicher Versammlung, doch ohne innere Ausföhrung zusammen.

Während dieser Monate unterhielt Reinhard einen lebhaften Briefwechsel mit mehreren Männern, sowohl der frühern sogenannten aristokratischen, als der demokratischen Partei. Merkwürdig genug forderten ihn die meisten von diesen letztern auf, festzuhalten gegen die Ansprüche des Übermaßes der Demokratie und einer überhand nehmenden Ochlokratie, während jene ihn ebenso dringend anriefen, sie gegen Auswüchse der Aristokratie zu beschützen⁶⁾. Aus solchen innern Wirren hätte für das Vaterland, bei einem Wechsel des Waffenglückes der Allirten, große Gefahr entstehen können.

Der Anfang des Jahres war in mancher Beziehung glücklich

5) Dat. 26. März 1814.

6) Auszug aus dem Schreiben eines ehemaligen ausgezeichneten Mitgliedes der helvetischen Regierung . . . 4. Fevrier 1814. »Chargé de la Présidence d'un comité délibérant la révision de la constitution, j'ose m'adresser à V. Ex. pour réclamer sa longanimité, et au besoin les appuis qui heureusement se trouvent entre ses mains. Je serai tous les efforts possibles pour réprimer les esprits ochlocrates, et pour concilier pour les bons buts que V. E. propose, et qui seuls peuvent nous donner de l'union et sont propres à tenir tête à la démagogie.»

tung aus der Schweiz geworden wäre, wären die Franzosen wirklich bis in dieselbe vorgedrungen.

Ein zu Chatillon, ohne Waffenstillstand, eröffneter Friedenskongreß schwankte in seinen Arbeiten hin und her, je nachdem die Siege der einen oder der andern alltäglich wechselten. Napoleon scheint um die Mitte des Monats März die Hoffnung genährt zu haben, den Frieden bald außer den Grenzen Frankreichs vorschreiben zu können; und er brach die Unterhandlungen eben in der Stunde ab, wo die endliche Entscheidung mit raschen Schritten herannahete.

Kantonal-Verfassung von den Behörden selbst bearbeitet, am 24. Brachmonat, von dem mediationsmäßigen großen Rathe, ohne irgend eine fremde Einmischung, mit großer Mehrheit angenommen und sofort in Vollziehung gesetzt. Die wesentlichen Abweichungen von der früheren Verfassung bestanden in einer, der Stadt zugesicherten, bedeutend stärkeren Vertretung im großen Rathe; in veränderten Wahlarten; in Vermehrung der Bezirke von fünf auf elf; in Vereinigung der Stelle des obersten Vollziehungs-Beamteten in denselben³⁾ mit dem Vorsteher in dem Civilgerichte; und in Beseitigung der Zunftgerichte.

Reinhard, obgleich er wegen der Tagungsengeschäfte nur wenigen Antheil an den Verfassungsarbeiten nehmen konnte, wurde von dem neu besetzten großen Rathe wieder zum ersten Bürgermeister, und der Alt-Siedelmeister von Escher zu seinem Kollegen gewählt. Dieser starb, kaum sechs Monate nach Übernahme dieses Amtes, plötzlich; und ihm folgte David von Wyß nach, der bis an das Ende von Reinhard's öffentlicher Laufbahn, desselben weiser und treuer Gefährte verblieb.

Mittlerweile hatte Bern auf die Wiedervereinigung von Waadt, nicht aber von Aargau, wo viele seiner Anhänger dieselbe verlangten, verzichtet, und darum das Letztere zu neuen Waffnungen, eben in dem Augenblicke, veranlaßt, wo im bernerischen Oberlande selbst, ziemlich ernsthafte, doch schnell unterdrückte Unruhen droheten. (Im Juni). Waadt bot Aargau bewaffnete Hülfe an, während zu gleicher Zeit, in mehreren seiner eigenen Bezirke, zu Orbe, Granson und Yverdon, unruhige Auftritte statt fanden. Es gelang indessen der Tagung jedem thätlichen Ausbruche zwischen Bern und den von ihm abgetrennten zwei Kantonen zuvorzukommen.

In den Bezirken Uznach und Sargans wurde die öffentliche Ruhe durch tumultuarische Auftritte gestört. Die Regierung von

3) Der Oberamtsmänner.

schnittes, „Rechte und Befugnisse der Tagsatzung,“ ging rasch von Statte. Diese wurde einmüthig als oberste Bundesbehörde anerkannt, und ihr eine, in den frühern Bünden ganz unbekannte, Oberaufsicht über Bildung und Ausrüstung der Kontingente, und Verfügung über die Kriegs-Kassen zuerkannt. Eben so einmüthig blieben die Stände über die aufzustellende Mehrheit dreier Viertheile der Stimmen für Kriegserklärungen, für Friedens-Schlüsse, Bündnisse, und Art und Weise der Abordnung und Zurückberufung diplomatischer Gesandtschaften. Größern Widerspruch fand ein anderer Theil des vierten Abschnittes: „Organisation der Tagsatzung.“ Hier war die Frage über Gleichheit oder Verschiedenheit der Rechte jedes einzelnen Standes, bei der Stimmgebung, zu entscheiden. Die an Gebiet und Bevölkerung kleinern Kantone wollten um keinen Preis auf ihr uraltes Recht verzichten, als selbstständige Staaten, durch ihren mit Instruktion versehenen Gesandten, auf der Tagsatzung, eine gleichentscheidende Stimme wie die größern abzugeben, um nicht in kurzer Zeit durch jene verschlungen zu werden, und es zeigte sich keine Möglichkeit hierin zu einem andern Ergebnisse zu gelangen. Der Kanton Zürich wurde vorläufig als beständiger Vorort bezeichnet, demselben der Vorstoß in der Tagsatzung, die jedoch nicht zu Zürich sondern mehr im Mittelpunkte der Schweiz, an einem erst noch zu bestimmenden Orte, abgehalten werden sollte, übertragen. Katholisch Glarus behielt sich seine alten Rechte, betreffend die Reihenordnung der Gesandtschaft zur Tagsatzung vor; evangelisch Glarus erwiederte, daß nachdem beide Konfessionstheile seit Jahrhunderten im besten Einverständnisse mit einander gelebt hätten, sie sich hierüber, ohne eidgenössische Berathung, leicht verständigen werden, und katholisch Glarus erklärte sich damit befriediget. Der fünfte und letzte Abschnitt des Entwurfes: „Leitung der Geschäfte, Kanzlei und Schlußbestimmungen,“ boten Stoff zu lebhaften Diskussionen. Der Stand Schwyz kam auf die Bestimmung

nachdem sogar die Vermittlungs-Akte ihnen die Rückgabe aller ihrer Güter zugesichert habe, die einfachste Gerechtigkeit erheische, sie über ihren Fortbestand, und über die Sicherheit ihres Eigenthumes zu beruhigen³⁾).

Bern trug auf einen, zwar keinen Anklang findenden, Zusatz-Artikel im Bunde an, kraft dessen einer Mehrheit von drei Viertheilen der Stände das Recht eingeräumt werden sollte, Änderungen in der Bundesverfassung vorzuschlagen, und ein Jahr später verbindlich für alle zu beschließen. Dieser mit Stimmenmehrheit ausgearbeitete Entwurf wurde vor Ende des Mai-Monates den Ständen mitgetheilt, und selbige eingeladen, ihre Ratifikationen auf den 18. Heumonath einzusenden.

Nach Vertagung der Tagsatzung, während zweier Wochen, wurden die Berathungen über den abzuschließenden Bund an dem bestimmten Tage wieder angehoben. Der Präsident⁴⁾ äußerte bei Eröffnung der Sitzung sein tiefes Bedauern über die Abwesenheit mehrerer Bundesglieder⁵⁾. Er charakterisirte selbst den nun zu beratenden Verfassungs-Entwurf als ein Werk, hervorgegangen aus ungleichem Standpunkte, berechnet zur Vereinigung zweier ungleichen Systeme: desjenigen der unbedingten Kantonal-Souveränität, und dessen einer kräftig zusammenhaltenden Zentralität: mithin als eine Art von Kapitulation zwischen beiden. Er machte aufmerksam auf die Folgen, welche eine gänzliche Verwerfung, bei der Nähe des Wiener-Kongresses, nach sich ziehen könnten, und auf die Dring-

3) Aargau ertheilte unter dem 18. Juli 1814 seine Zustimmung zu dem Entwürfe, unter dem bestimmten Vorbehalte: „daß die ausgesprochene Garantie dahin verstanden werde, daß die Klöster und Kapitel, wegen ihrer religiösen Beziehung, nicht ohne Einwilligung der geistlichen Oberbehörde aufgehoben, oder in ihrem Bestande verändert werden können.

4) Präsident war fürdauernnd Bürgermeister von Reinhard, seine Legations-Räthe die Staatsräthe Finsler und Usteri.

5) Abwesend waren die Gesandtschaften von Schwyz, Zug, Schaffhausen, Graubünden und Appenzell J. R.

der Tagsatzung, als die Souveränität der Stände beleidigend, abgestanden, wenn genauere Bestimmungen über die Mannschafts-Scala, und einige Erleichterungen in der Geld-Scala, bewilliget; wenn den einzelnen Forderungen hinsichtlich einer nicht obligatorischen Niederlassungsfreiheit entsprochen; wenn Beschränkungen für die Einfuhr, und die Gutheißung aller bestehenden Zölle angenommen; eine weniger schroffe Fassung des Artikels über den Genuß der politischen Rechte zugegeben; die vorörtliche Leitung der Geschäfte abwechselnd an die drei Orte Zürich, Bern und Luzern übertragen; und die Bestimmung aufgestellt werde, daß zu Niederlegung des eidgenössischen Rathes zwei Drittheile der Stimmen erforderlich seien; wenn die Beschlüsse der Liquidations-Kommission zu Tilgung der helvetischen Nationalschuldb unverändert beibehalten; die Gewährleistung für den Fortbestand der Klöster in den Bund selbst aufgenommen; und irgend eine Art von Ausgleichung zu Beseitigung der Territorial-Ansprachen aufgefunden werde; indem der wahre Stein des Anstoßes zu endlicher und aufrichtiger Vereinigung doch eigentlich hierin liege.

Nun wurden die Berathungen eben so anhaltend als mühevoll und jede Bestimmung, worüber sich die Stimmen trennten, unterlag vielseitigen Erörterungen. Der eidgenössische Vorstoß wurde mit besonderer Ausführlichkeit behandelt. Der Gedanke, dafür eine selbstständige Behörde, eine Art von Zentral-Regierung aufzustellen, fand, aus den schon bei der Vermittlung entwickelten Gründen, und weil in Folge der Zeit, entweder derselben ganze Kraft der Kantonal-Souveränität, oder umgekehrt, diese jener hätte aufgeopfert werden müssen, gar keinen Eingang; und alle Stimmen sprachen sich für das System der Vororte aus. Hingegen wollte die Hälfte den Kanton Zürich allein in dieser Stellung anerkennen, während andere Bern, durch den Mitanthell an dieser ehrenvollen Stellung, zu gewinnen hofften. Sobald indessen die Nothwendigkeit vorhanden war mehrere Vor-

womit endlich, nach langen und traurigen Wirren¹³⁾, alle Kantone in einem von allen genehmigten Bunde wiedervereinigt waren, und die Hoffnung zu baldiger Herstellung der Eintracht, in allen Theilen des zerrütteten Vaterlandes wieder Wurzel fassen konnte. (Beilage Nr. 10.)

Hierauf erfolgte die Konstituierung der neunzehn Kantone denen später die Kantone Wallis, Neuenburg und Genf angeschlossen werden sollten nach den Vorschriften des neuen Bundes. Die Tagsatzung erwählte, nach Berathung der erforderlichen Instruktionen, ihre Gesandtschaft auf den, bereits zu Wien eröffneten, allgemeinen Friedens-Kongreß, und übertrug diese hochwichtige Sendung dem Bürgermeister von Reinhard¹⁴⁾, Präsident der Tagsatzung, dem Staatsrath von Montenach von Freiburg und dem Bürgermeister Wieland von Basel; allen Dreien den diplomatischen Charakter außerordentlicher Gesandten beilegend.

Die unverkennbaren Verdienste des Präsidenten um das weit vorgerückte innere Friedenswerk, sowie die ausgezeichneten persönlichen Eigenschaften der beiden Mitgesandten, hatten die Wahlen auf sie hingelenkt; dabei fielen sie vorzugsweise auf diese Männer, weil sie, alle drei, Kantonen angehörten, die keine Territorial-Forderungen machten und deswegen auch in ihre Unparteilichkeit größeres Zutrauen gesetzt wurde.

13) Schwyz war in jener Sitzung abwesend, man war jedoch auch seines Anschlusses gewiß.

14) Reinhard erhielt bei der geheimen Wahl alle anwesende Stimmen. Montenach und Wieland jeder neun Stimmen.

die Zustimmung des Prinzen von Benevent nachsuchen, und bei Überreichung des neuen Bundes, sammt der davon unzertrennlichen Urkunde vom 16. August, an den Kongreß, in keine Abänderung oder Modifikation des erstern eintreten, sich sogar jeder Berathung darüber entziehen; und solches als Sache unbedingter Selbst-Konstituierung ansprechen. Hingegen sollten sie über die beigeschlossene Urkunde vom 16. August, und über die gegenseitigen Territorial-Ansprachen, jede von ihnen verlangte Auskunft getreu und vollständig, doch ohne Beisatz ihrer eigenen Ansichten ertheilen; dabei die gewissenhafteste Unparteilichkeit als ihre erste Pflicht betrachten, und sich hinsichtlich der Rückerstattung früher abgerissener Landestheile, vornämlich auf die Anerbietungen der, bei der Eidgenossenschaft bevollmächtigten Minister der großen Mächte, vom nämlichen Tage beziehen¹⁾.

1) Diese Ansprachen bestanden:

1) Für den Kanton Bern in:

- a. Oekonomische Entschädigungen im Kanton Waadt.
- b. Der bis 1798 Bern zugehörige Theil des Kantons Aargau, mit Zubehör.

2) Für den Kanton Uri.

- a. Das Thal Livinen; b. der Zoll am Platifer; c. das Schloß Belenz; d, e, f. Zollfreiheiten im Tessin.
- g. Freies Niederlassungs- und Verbrecht in den ehemals mitbesessenen gemeinen Herrschaften.
- h, i. Entschädigungen ökonomischer Art im Rheinthale und in den freien Ämtern.

3) Für den Stand Schwyz.

- a. Gemeinsame Souverainetät mit Glarus über Sargans und Gaster.
- b. Die nämlichen Forderungen wie Uri, sub. c. bis h.

4) Für den Stand Nidwalden.

- a. Wie Uri von c. bis i. nebst dem Schlosse Rappenstein.
- b. Ihren Antheil an fl. 25000 bei dem Auskaufe des Klosters Paradies.

5) Für den Stand Zug.

Vereinigung der aargauischen Ämter Meyenberg, Meereschwand und Muri, der Pfarreien Boswil, Bünzen und Bethwil.

könnte, Frankreich gegenüber, als Austausch-Mittel für das Land Gex benutzt werden.

Für die Stadt Biel, ein ehemals freies, mitverbündetes Glied der Eidgenossenschaft, werde die Ausmittlung einer glücklichen Stellung gewünscht.

Die Wiedervereinigung des, im Jahr 1805 durch Frankreich, vom Kantone Waadt losgerissenen Val des Dappes, soll im Sinne einer guten Grenz-Ausscheidung gefordert werden.

Für Genf, als neu aufgenommenen Kanton, sei allervorderst eine direkte Verbindung desselben mit der Schweiz, und eine bessere Vereinigung der zerstreuten Bestandtheile seines Gebietes, durch einige Abtretungen auf savoyischer Seite unerlässlich.

Auf den Grenzen gegen Italien müsse die Schweiz die Wiedervereinigung der Landschaften Veltlin, Cleven und Worms, und die Grenzberichtigung bei dem ehemaligen Fort de Fuentes, wo nun das Dorf St. Agatha liege, im höchsten Grade wünschen, ohne daß sich die Thatsache die Schwierigkeit verberge, welche der Erfüllung dieses Wunsches in den Weg treten dürften.

Gegen Deutschland hin soll die Abtretung der Stadt Constanz an den Kanton Thurgau, als im Interesse dieser Stadt liegend, und ebenso eine gute Grenze für den Kanton Schaffhausen, durch Vereinigung der Dörfer Buesingen, Gailingen, der Erdzunge Schlauch genannt, mit demselben, nebst einigen gegenseitigen Austauschungen in den sogenannten Kompromißstellen, und längs dem Bache Wuttach²⁾ nachgesucht, auch wo möglich durch Vereinigung der Dorfschaften Jestetten und Lotstetten mit dem Kantone Zürich, den nachtheiligen Unterbrechungen der gegenseitigen Landeshoheiten vorgebeugt werden. Des Friedthaales geschah keine Erwähnung, weil darüber keine Zweifel mehr obwalten sollten.

2) Graf Capo d'Istria gab den Gesandten ein sehr dringendes Empfehlungsschreiben an den Minister von Metternich, betreffend die Grenzforderungen von Schaffhausen mit.

D. d. Zürich, den 11.—23. September 1814.

Die Instruktion theilte sämtliche Territorial-Ansprachen in drei Haupt-Kategorien ab; die Abtretung des Bisthums Basel und der Zusammenhang des Gebietes von Genf wurde in die erste; die Vereinigung der Stadt Constanz in die zweite; die übrigen Gegenstände in die dritte Kategorie geordnet. Sodann sollten die Aufhebung der Inkorporationen des Eigenthumes frommer Stiftungen, bürgerlicher und religiöser Korporationen, sowohl im Österreichischen als im Badischen, zur Sprache gebracht, und überhaupt „auf Alles ein sorgfältiges und wachsames Auge geworfen werden, was die politische Existenz, die Sicherheit, die Ehre der Schweiz, und die wohlwollenden Verhältnisse, die sie mit allen Mächten zu unterhalten wünscht, anbetreffe.“

Siebenundzwanzigster Abschnitt.

**Der Friedens-Kongreß zu Wien. — Unterhandlungen
die Schweiz betreffend.**

1814.

Die französische Staatsumwälzung und die daraus hervorgegangenen Kriege, während der Dauer sowohl der französischen Republik als des Kaiserreiches, hatten die Grundfesten aller europäischen Staaten erschüttert, und auch die größten und mächtigsten derselben: Frankreich, Oesterreich, Rußland, Preußen und Großbritannien, geschwächt und erschöpft; Spanien und Portugal waren zum größeren Theile, Italien ganz unter französische Botmäßigkeit gefallen; die Kontinental-Besitzungen des Königs von Sardinien; Genua und Venedig; Belgien; die Republik Holland; die Hansestädte mit den Zwischen-Ländern; so wie einige Theile der Schweiz: als Wallis, Genf, Biel und der mit ihr verbundene Theil des ehemaligen Bisthums Basel, waren gänzlich, Neuenburg mittelbar dem französischen; Veltlin, Cleven und Worms dem italienischen Reiche einverleibt worden. Der alte deutsche Reichs-Verband war gebrochen; alle deutschen, auf dem linken Rheinufer gelegenen Provinzen mit dem französischen Reiche vereinigt; mehrere seiner mächtigern Fürsten auf Unkosten der schwächern, und der geistlichen Fürsten entschädiget worden; die größere Anzahl der kleinern deutschen Landesherren, sogar mehrere der mäch-

Württemberg und die Königin von Baiern, ihre Hoflager aufgeschlagen. Dabei waren in Wien anwesend, Söhne und Töchter, Brüder und Schwestern dieser Monarchen; zwei Großherzoge; fünfzehn souveraine und doppelt so viele apanagirte Fürsten; die ersten Staatsmänner aller europäischen Kabinete; und an vierzigtausend angesehene Fremde, von denen eine große Zahl Ansprachen verschiedener Natur zu machen, und Entschädigungs-Beghren zu stellen hatten²⁾.

Der erste Besuch der schweizerischen Gesandten galt dem Fürsten von Metternich, der sich über die letzten Nachrichten aus der Schweiz erfreut erklärte, und die Anfrage, wie sich die Gesandtschaft in Betreff ihrer Geschäfts-Verhältnisse zu benehmen habe, dahin beantwortete: „Das werde sich schon geben. Wir haben noch Zeit genug, uns mit einander darüber zu besprechen³⁾.“ (1. October 1814). Schon am nächstfolgenden Mittage wurde sie zu der Audienz des Kaisers von Oesterreich in sein Cabinet geführt. Derselbe versicherte sie gute Nachbarschaft mit der Schweiz, an welche er in Zukunft wieder von drei Seiten angrenzen werde, halten zu wollen; auch sprach er die Hoffnung aus, die Handelsverhältnisse, über welche er so oft mit seinem Tochtermanne gekankt habe, dürften sich für beide Länder wieder günstiger gestalten. Bei der Kaiserin, den Erzherzogen und der

2) Die innere Einrichtung des Hofes war ausnehmend glänzend; der sonst wie ein einfacher Hausvater lebende Kaiser Franz hatte allem aufgebieten, um seine Gäste zu befriedigen. Jeder Monarch besaß seine eigene Hofeinrichtung, Tafel, Bedienung, Hofämter und Equipagen: alles auf Unkosten des Hausherrn; zu welchem Behufe zweihundert neue Equipagen angeschafft worden waren.

3) Reinhard wurde bei dem Fürsten von Metternich in ein besonderes Gespräch mit dem Kardinal Consalvi, dem Nuntius Severoli und dem Fürst-Abte von St. Gallen verflochten. Jener stellte die Suprematie der Kirche in vollestem Maße auf, und wurde einiger Maßen durch die Äußerung Reinhard's aus der Fassung gebracht; „Gott habe im Paradiese gesprochen: „Weib sei dem Manne Unterthan; somit sei auch die Kirche dem Staate untergeordnet.“

In entgegenwirkendem Sinne und augenscheinlich von Oesterreich unterstützt, fanden sich Graf Diego Guicciardi und Stampa aus dem Veltline ein. Diese Nebengesandten erschwerten öfters die Schritte der eidgenössischen Gesandtschaft, weil nicht selten ihre eigenen Interessen diejenigen der Gemeinschaft durchkreuzten, und jenen aufgeopfert werden sollten. Auch der Abt Pantraz von St. Gallen war in Wien anwesend. Er, und mit ihm der päpstliche Nuntius Severoli, trugen sich mit dem Gedanken den Abt zum Bischofe des konstanziischen Sprengels zu erheben. Sie verlangten zu diesem Ende hin die Wiederherstellung des Stiftes in der Stadt St. Gallen, und anstatt eines Domherren Kapitels das Kloster-Konvent. Der Papst, so äußerte man, könnte den Abt von der Klosterregel entlassen, so ungefähr wie es bei Fulda geschehen sei. Solche, in den Köpfen der geistlichen Herren umgehende Gedanken wurden, mit vielen devoten und einschmeichelnden Komplimenten verbunden, den weltlichen Regenten gepredigt, auch Reinhard dafür zu gewinnen gesucht. Allein er widersetzte sich aus allen Kräften jedem derartigen Versuche, und äußerte bei jeder Gelegenheit gegen sämtliche Minister das größte Befremden, daß von denselben, was freilich erst etwas später geschah, die allgemeinen Aufträge der schweizerischen Gesandtschaft in die zweite, dagegen die Ansprüche und Zwistigkeiten im Inneren in erste Linie gestellt, und beide unter die nämliche Vollziehungs-Verpflichtung gesetzt werden wollten.

Die eidgenössische Gesandtschaft bewarb sich um beschleunigte Audienzen bei den Ministern der großen Mächte, und durch sie bei den anwesenden Monarchen. Diejenige beim Kaiser von Rußland litt einigen Aufschub, weil derselbe über Art und Weise die Angelegenheiten der Schweiz an die Hand nehmen zu lassen, noch nicht mit sich selbst einig zu sein schien, hingegen erhielt sie ungehäumten Zutritt und ausführliche Unterredung mit den Ministern Castlereagh und Bénévent (Talleyrand).

Rückgabe der äußern Grenzen in Verbindung zu bringen, und als *Conditio sine qua non* aufzustellen.

Reinhard spricht wiederholt sein tiefes Bedauern aus, daß es der Schweiz, durch eigene Schuld, unerläßlich geworden sei, bei dieser Kommission andere als äußere Grenzfragen zu behandeln; dennoch widersezte er sich aus allen Kräften einer solchen, neuen, fremden Vermittlung, welche die Selbstständigkeit des Vaterlandes auf immer zerstören würde.

8. October bis 1. November. Bald wurde amtlich bekannt gemacht, daß Aufschub in den allgemeinen Friedensarbeiten eingetreten sei, um zuvor die Frage zu entscheiden, ob sämtliche Mächte⁵⁾, welche an dem Krieg Theil genommen und den Frieden von Paris mit unterzeichnet haben, oder nur die fünf großen Mächte bei den Unterhandlungen gegenwärtig sein sollen; auch ob ein eingereichter Entwurf, welcher das deutsche Reich mit einem Oberhaupte herstellte, vorläufige Genehmigung finden könne oder nicht? Eine Kommission sollte diesen Entwurf prüfen; diese aus den Ministern Oesterreichs, Preußens, des durch englische Einwirkung zum Königreiche erhobenen Hannovers, Baierns und Württembergs bestehen. Die ausgeschlossenen wurden eifersüchtig und besorgt; dem Kurfürsten von Hessen-Kassel wurde, zu seiner Beruhigung, der Titel eines Großherzogs angeboten, während Frankreich die Mißstimmung der kleineren deutschen Fürsten klug benutzte, um seine Partei zu verstärken. Talleyrand's ohnehin herbe Sprache steigerte sich im Verhältnisse der neu sich erhebenden Verwickelungen.

Mittlerweile wurde die Kommission für die schweizerischen Angelegenheiten in den Personen der Minister Stein für Rußland; Humboldt für Preußen; Stewart⁶⁾ für England; Wessenberg für

5) Oesterreich, Rußland, Frankreich, Großbritannien, Preußen, Schweden, Spanien, Portugal.

6) Stewart, ein Bruder von Lord Castlereagh.

lich, in das wahre Licht gesetzt, erklärte: nun beginne auch ihm die Wahrscheinlichkeit eines befriedigenden Ausganges einzuleuchten. (12. October).

Ein scheinbarer Stillstand welcher in den, die Schweiz betreffenden, Verhandlungen eintrat rührte geraume Zeit lang von Lord Castlereagh her, weil derselbe ungemein beschäftigt und mit der festen Ansicht nach Wien gekommen war, daß die Territorial-Eintheilung der Kantone umgeschmolzen werden müsse.

Von Capo d'Istria und Canning in genaue Kenntniß alles dessen gesetzt, was in der Schweiz seit dem Einmarsche der Alliirten geschehen sei; von den Beweggründen derselben und warum sie erachten, daß die Beruhigung der Schweiz wesentlich in Erhaltung des Status quo gesucht werden müsse, wurde dann Reinhard eingeladen seine Privat-Ansichten darüber in einer Denkschrift einzugeben. Derselbe entsprach, und äußerte im Wesentlichen: „Allerdings können die Mächte, insofern sie die Schweiz
 „als ein erobertes Land betrachten, und als solches nach Belieben darüber verfügen wollen, derselben eine Verfassung geben,
 „welche anschaulicher und theoretisch richtiger als die selbst geschaffene sein würde. Ein solches Verfaßten aber würde im
 „grellestem Widerspruche mit allen proklamirten Grundsätzen sowohl, als mit allen Äußerungen der hohen Monarchen und
 „ihrer Minister stehen. Sie haben bei ihrem Einmarsche in
 „die Schweiz die Erhaltung aller neunzehn Kantone, im letztverflossenen Monate März die Integrität ihres Bodens proklamirt;
 „es walte kein genügender Grund ob, um darauf zurückzukommen; und beinahe noch schwerer als einige Kantone aufzulösen,
 „würde es, bei dem Fortbestande aller neunzehn, halten, einzelne Theile von denselben abzureißen. Die Rechte der Nation, ihre geschichtliche Entwicklung und ihre Ansprüche an die Zukunft müssen respektirt werden.

„ Sollte, ungeachtet der heiligsten Zusicherungen, diese zer-

Daraufhin trat Castlereagh von seinen früher geäußerten Ansichten zurück, und wirkte auch seiner Seits in diesem Sinne ein.

Reinhard wünschte, daß nachdem einmal die Minister allein unter sich eine erste Versammlung gehalten haben würden, keine fernere Sitzung ohne die Gegenwart der schweizerischen Gesandten statt finden dürfe, und fand dafür Unterstützung bei Canning und bei Wessenberg, ohne solches in die Dauer durchsetzen zu können. Bei den Ministern waltete die Ansicht ob, daß eine vermehrte Central-Kraft, entweder auf die Person eines Landmanns, oder auf den überwiegenden Einfluß eines der größern Kantone gestützt werden sollte, und wie sehr auch Reinhard selbst diese Ansicht theilte, so mußte er das Recht der Minister bekämpfen, sich in solche innere Angelegenheiten der Schweiz einzumischen.

23. October. Der Kaiser von Rußland blieb während der Audienz, welche er nun der schweizerischen Gesandtschaft in seinem Schlaf-Kabinete ertheilte, ungemein ernst: Ja, äußerte er, er sei und bleibe Freund der Schweiz: wie bisher so werde er sich auch ferner zu ihrem Besten, in ihren innern und äußeren Verhältnissen, verwenden, und um über alles genau unterrichtet zu bleiben habe er einen beständigen Minister daselbst accreditirt, und einen zweiten bezeichnet, um hier die schweizerischen Angelegenheiten auf festen Fuß setzen zu helfen. Dabei, und dieses wiederhole er, habe er die Nation, die große Masse der Nation, nicht diese oder jene Partei im Auge. Schmerzlich bedaure er die anhaltenden innern Bewegungen, Unruhen und Spaltungen. Gleich allen übrigen Mächten wünsche er die Schweiz als unabhängigen Staat im Mittelpunkte von Europa zu erblicken. Die Anerkennung ihrer Unabhängigkeit werde keine Schwierigkeiten erleiden; nachher sei es an ihr sich solcher Gesinnungen würdig zu machen. Es geschehe in dieser Voraussetzung, daß er

Wie ehrenwerth diese Ansicht auch an und für sich war, so konnte sie zu keinem Ziele führen und fand auch wenig Beifall im Vaterlande, wo die aufgeregten Leidenschaften, unter dem Mantel des unvollendeten Bundes, dem gerade die Hauptsache, die Grundlage des Territorial-Besitzes fehlte, freien Spielraum fanden. An mehreren Orten ging man zu Werke als wäre kein Wiener-Kongreß versammelt; zu Uznach brachen die Ansprüche von Schwyz beinahe in Thätlichkeit aus; im Kanton Tessin fand eine gänzliche Umwälzung der Verfassung statt; im Kanton Solothurn ereigneten sich neuerdings unruhige Auftritte; die Spannung zwischen Bern, Waadt und Aargau dauerte an und drohete wiederholt in Waffenkampf überzugehen. Eine feste innere Begründung, durch gegenseitiges Entgegenkommen, lag leider im Reiche der Unmöglichkeiten.

17. Nov. 1814. Gleichzeitig und in ähnlicher Weise, wenn auch in weit ausgedehnterem Umfange, erhoben sich zu Wien die mannigfachen Ansprüche der größeren Staaten auf einander, und droheten gerade ebenso wie in der Schweiz in offenen Kampf überzugehen. Das uralte Sachsen sollte der Konvenienz seiner Nachbarn aufgeopfert und vertheilt werden; Preußen beharrte auf seiner Forderung der größeren Hälfte desselben; Baiern und Würtemberg, dadurch eingeschüchtert, verweigerten ihren Beitritt zu einem deutschen Staatenbunde; und Rußland wollte nicht auf den Besitz Polens verzichten.

„Aber es ist nicht dringend, daß diese Ansprachen durch fremde Intervention beseitiget werden.“ Ferner steht in dem *Deuxième Protocole du Comité pour les affaires Suisses*. Vienne, le 15. Novembre 1815:

»Mr. de Reinhard ayant détaillé certaines circonstances qui rendaient l'arbitrage impraticable à présent, Mr. de Montenach s'est «déclaré dans la conviction que les hautes puissances pourraient facilement y engager les partis, si elles énonçaient leur opinion à cet effet et en recommandaient l'acceptation. Il avoua en même temps, «que ceci serait un peu contre le principe d'honneur national, qu'il «venait de mettre en avant.»

werden. Dennoch wurden neue Mittel aufgesucht und gefunden um den Faden der allgemeinen Unterhandlungen fortzuspinnen.

Die Abwesenheit eines französischen Ministers bei der ersten Ministerial-Konferenz war den schweizerischen Gesandten ungemain aufgefallen; zuerst suchten sie den Grund dafür in der Abgeneigtheit welche Frankreich bei Festsetzung der westlichen Schweizer-Grenze bezeugt hatte. (19. Nov. 1814). Daher begab sich Reinhard zu dem Fürsten von Benevent, und fand ihn wirklich in gereizter Stimmung: „Er höre, so sagte er, man habe mit „Behandlung der Schweizer-Geschäfte den Anfang gemacht, besorge aber, man schlage dabei einen falschen Weg ein; Frankreich werde von einem nur durch die vier Mächte unterhandelten Resultate gar keine Notiz nehmen, geschweige solches gewährleisten; es werde nur anerkennen, wozu es von Anfang bis zum Ende werde mitgewirkt haben.“ Der eidgenössische Gesandte erwiderte: nicht nur die Mitwirkung Frankreichs selbst gewünscht, sondern auch ausdrücklich verlangt zu haben: desselben Abwesenheit rühre mithin, wie der Fürst am besten wisse, von andern Ursachen her; daneben habe er angenommen Frankreich sei durch den Abschluß des sechsten Artikels des Friedens von Paris mit den Verbündeten über Sache und Form einverstanden. „So sei es nicht gemeint“, antwortete Benevent: „dieser Friedens-Artikel beziehe sich bloß auf die Gegenwart und das Datum desselben, in anderer Fassung hätte er ihn nie unterzeichnet. Frankreich verlange von jener Stunde an vollständige und gleiche Mitwirkung, oder es gewährleiste nichts: ohnehin gebe es seit dem 30. Mai keine verbündeten Mächte mehr.“

Die eidgenössischen Gesandten beeilten sich diese Schwierigkeit aus dem Wege zu räumen damit das ganze Friedens-Werk nicht an solchen Nebenumständen scheitere; und als ihnen schnell entsprochen ward, trat Benevent einlässlicher mit ihnen über die

welche später zu Einmischungen benutzt werden könnten. Preußen habe sich immer in zweiter Linie gehalten; der Minister von England sei erst später eingetroffen, und die Schweiz könne vollständig beruhigt werden wenn sich Frankreich, durch Abtretung des Bisthums Basel und in den Abgrenzungen zu Gunsten Genfs, eben so uneigennützig bezeige.

Talleyrand meinte: in dem Bisthume liege Stoff genug zu Ausgleichungen, und so auch bei Genf; allein Dalberg nahm das Wort: schon der Name Fernay, sagte er, sei jedem Franzosen zu lieb, als daß dieser Ort abgetreten werden dürfte. Ungleich wichtiger noch für Frankreich sei die Straße über den Simplon: zwar nur als Handelsstraße: daher sie auf der italienischen Seite neutralisirt, und auf der Wallisischen durch Enthebung eines hinreichenden Weggeldes gesichert werden sollte. Reinhard zeigte die Leichtigkeit mit welcher in dieser Beziehung geholfen werden könne; dannzumal wäre freilich auch billig die Straße auf Schweizer-Boden bis nach Genf fortlaufen zu lassen, und dazu einen Strich Landes auf dem savoyischen Gebiete, auf dem linken Ufer des Lemans, an die Schweiz abzutreten.

Bald nachher, und ohne daß die eidgenössischen Gesandten dazu einzuberufen worden wären, fand eine Ministerial-Konferenz statt, welcher französischer Seits der Herzog von Dalberg und von der Verbündeten Seite die Minister Metternich und Castlereagh beiwohnten.

Die Schweizer-Gesandten vernahmen von dem in neuester Zeit bei Oesterreich accreditirten französischen Botschafter, Graf von Roailles, daß nun alle Mächte einverstanden seien, die Schweiz in ihren dormaligen Bestandtheilen zu belassen, und Bern so gut wie möglich mit dem auswärts Verfügbaren zu entschädigen¹⁰⁾.

10) Roailles äußerte nämlich am 13. Christmonats gegen Reinhard: « J'aurais désiré être utile à la Suisse, je suis venu trop tard: Mr. de Dalberg était déjà nommé et il fera aussi bien que moi. Nous

Sardinien als Frankreich Ansprüche auf dasselbe erhoben hätten. Talleyrand erklärte auf das Bestimmteste, nie in eine Vergrößerung des Fürstenthumes Neuenburg einzuwilligen.

11. Dec. Bald nachher gewann es den Anschein, als wären alle Schwierigkeiten in Bezug auf die graubündnerschen Länder-Ansprachen ausgeglichen, ungeachtet Oesterreich, wie sehr es sich auch geneigt erklärte, die drei Thäler an die Schweiz zurückzugeben, sich doch von Anfang an eine Hinterthüre offen behalten zu haben scheint. Zuerst waren es die im Frieden von Paris an Frankreich abgetretenen Theile Savoyens, welche ihm Veranlassung oder Vorwand gaben, dieselben als Gegenfaß zurückzubehalten. Nachher sollte die Abtretung des Frikthales an die Schweiz als vollständiger Gegenwerth angerechnet werden; später anerkant Oesterreich sie dafür durch einige Abtretungen am obern Bodensee zu entschädigen. Reinhard erklärte solches schon an und für sich als ungerecht, und äußerte Besorgniß, daß auf diese Weise die Schweiz in Zukunft eben so von Oesterreich dürfte umschlungen werden, als sie es bisher, zu ihrem großen Nachtheile, von Frankreich gewesen sei.

Der, nun auch zu Wien anwesende, uns von Paris her bekannte, ehemalige Minister des Königreichs Italien, Graf Albini, erschöpfte sich, Reinhard gegenüber, an Gründen, um den Beweis zu führen, daß der Besitz dieser Thäler keinen wahren Werth für die Schweiz haben könne. Oesterreich eröffnete dann bei einer Sitzung des Komite den Wunsch in dem Besitze dieser Thäler zu verbleiben, und versuchte solches, durch die gegenseitige Abneigung ihrer Bewohner an Graubündten zu gelangen, und der Graubündner, ihre ehemaligen Unterthanen, in irgend welcher Form mit ihrem Freistaate zu vereinigen, zu rechtfertigen.

Dennoch schienen diese Schwierigkeiten durch den Rücktritt Oesterreichs von seinen Forderungen, und als es sich auf das einzige Verlangen einer guten Behandlung dieser Gebietsheile

an die Landestheile den schweizerischen Gesandten, indem sie einzig für die Konfiska-Frage beauftragt seien, und hierfür Recht verlangen. Reinhard, nach dem Austritte der beidseitigen Gegner, zu Eröffnung seiner Ansicht eingeladen, äußerte sich in vollkommener Übereinstimmung mit seinen Kollegen dahin: „Eine hier vorgelegte, kurz vor dem Ausbruche der Staatsumwälzung verfertigte Karte, beweise unumstößlich, daß die drei Landschaften von jeher als integrierender Theil des Freistaates Graubünden betrachtet; und die Geschichte beweise, daß die mit Rhätien verbündete Schweiz stets in die Angelegenheiten auch jener Landschaften verflochten worden sei, mithin ihre gewaltsame Abreißung, und die erst vor siebzehn Jahren erfolgte Anschließung Bündtens als wirklicher Kanton an die Schweiz, keine Gründe an die Hand geben, daran etwas abzuändern. Sie fordern diese Gebietstheile, sowohl im Namen der Schweizer-Nation wie des Kantons Graubünden, als rechtmäßiges Eigenthum zurück. Keine vorgeschützte Neigung oder Konvenienz der Landestheile könne sie daran hemmen; es werde nicht unmöglich sein, selbigen eine angemessene Verfassung zu geben ohne die Verhältnisse der drei Bünde ganz umzuwerfen, und ohne der Schweizer-Nation einen neuen Kanton aufzubürden. Die Zeit der Erschaffung neuer Kantone aus Unterthanenlanden sei vorüber; die drei neu angeschlossenen Kantone hätten bereits früher als unabhängige, selbstständige Staaten bestanden; die Zahl von zwei und zwanzig Kantonen müsse als geschlossen betrachtet werden. Das Beispiel mehrerer Kantone gebe sattsame Mittel an die Hand, um, ohne Mißverhältniß, neue Bestandtheile an schon bestehende Kantone anzuschließen.“ Die Minister, ohne Ausnahme, erklärten sich mit dieser Ansicht einverstanden, deren zufolge, auch von ihrer Seite, auf die entgegengesetzten Wünsche keine Rücksicht werde genommen werden. Sie verlangten nun als Grundlage weiterer Berathungen einen schriftlichen Entwurf

die Verwendung derselben zu mischen hätten (18. Dec.). Dabei entging ihm zwar nicht, daß bei fortgesetzter Weigerung Englands dieselben auszugeben, nicht nur der Streit zwischen Bern, Aargau und Waadt unausgetragen bleibe, sondern daß auch Zürich in Gefahr komme sein Eigenthum zu verlieren.

Viel wurde darüber hin- und hergerathen. Einer der Minister beglückwünschte den englischen, daß seine Regierung, während der Stürme des Krieges, Beschützerin und Aufbewahrerin von Wittwen- und Waisengut gewesen sei, sonst wären auch diese Fonds geraubt worden, und sie hätten sich nicht mit Verwendung derselben zu bemühen.

Bei näherem Eintreten ergab sich, daß neben den bereits abbezahlten neun und dreißig Procenten die aufgelaufenen Zinsen der in England verhafteten Fonds zu vollständiger Abzahlung der anerkannten helvetischen Staats-Schuld zureichen; und Reinhard stimmte gerne einer solchen Ausgleichung bei, damit nicht zugleich mit den Zinsen auch die Kapitalien verloren gehen.

Bald nachher begab er sich zu dem französischen Groß-Botschafter, um sowohl den allgemeinen Geschäftsgang, als mehrere Spezial-Punkte zu betreiben, und fand dort für das Erstere eben so geneigtes Gehör, als heftigen Widerstand hinsichtlich auf die Letzteren. Talleyrand versicherte zwar, die Angelegenheiten der Schweiz werden bald zu glücklichem Ende gelangen, indem er mit Lord Castlereagh vollständigst einverstanden, und alle Minister entschlossen seien, sämtliche hangende Punkte zu erledigen. Weiter wollte er sich nicht herauslassen; dagegen fügte der Herzog von Dalberg mit Hestigkeit bei: „Was die Landschaft Ger
„anbetrifft, so werdet ihr nichts davon erhalten; weder Boden
„noch Oberherrlichkeit; Frankreich wird nie auf die Verbindung
„mit dem Genfersee verzichten. Die Alliirten Monarchen hät-
„ten, um Genf auf ihre Seite zu bringen, dieser Stadt Vergröße-
„rungen versprochen. Eben darum aber wollen wir es nicht; wir

genzusetzen, vielleicht ohne sattsam zu überlegen, daß es eben das Unausgetragene sei, was später durch diese moralische Fessel erhalten werden müsse, während klar zu Tage liege, daß jede Störung, nach Beschwörung des neuen Bundes, zu wilder Auflösung führen, und alle Begriffe von Recht und Unrecht, von Ehre und Schande, von Sittlichkeit und Religiosität im Keime ersticken müßten. Diese Feierlichkeit war von Woche zu Woche verschoben worden; der jetzt dazu anberaumte Termin (5. Jenner 1815) war nahe bevorstehend, und auch die in der Schweiz anwesenden Minister äußerten die größten Besorgnisse. Die Minister-Konferenz wünschte Aufschub zu Abwendung größern Übels, und glaubte darum ein Recht zu besitzen hier mitzusprechen, weil zu Wien keiner großen europäischen Angelegenheit so viel Mühe wie der schweizerischen gewidmet, und auch keine dem Ziele so nahe gebracht worden sei. Dabei, sagten sie, solle die Schweiz auch den leisesten Verdacht entfernen, als werde der Umsturz des Bundes beabsichtigt; selbiger sei im Gegentheile ihre Stütze. Wirklich gelang es, diesen Gegenstand ohne Anstoß zu beseitigen, und darauf ward in der nämlichen Minister-Konferenz die ausführliche Denkschrift der Gesandtschaft über sämtliche Schweizer-Grenzen an die Hand genommen, und die Bemerkung des französischen Ministers in Erinnerung gebracht: „Die „Schweizer seien stets einig, wo es sich um das Fordern „handle“¹¹⁾).

Gleichzeitig mit den Grenz-Berichtigungen in Bündten und bei Genf verwickelten sich auch diejenigen im Bisthume. Die Abgeordneten jener Landschaften überreichten der eidgenössischen Gesandtschaft Karten und Denkschriften, um aus politischen und ökonomischen Gründen die Nothwendigkeit darzuthun, das ganze Land, ungetheilt und das Elsgau mit inbegriffen, mit

11) Les Suisses sont toujours d'accord, lorsqu'il s'agit de demander.

„Dominos antwefend waren, und der Lummeltanz in dem Gewande der Thorheit verbreitete ſich über alle Menſchenalter vom Greifen bis zum Kinde, und von den Göttern der Erde bis zu den Bewohnern der ländlichen Hütte. Selbſt der Tod miſchte ſich ungerufen hinein, und zwar zu großem Schrecken vieler. Ein dänifcher Kavalier fiel mitten in dem Gedränge, vom Schläge getroffen nieder. Nahe dabei ſehend, legte ich ſelbſt Hand an, um denſelben aufzuraffen; krampfhaft ergriff er meinen Domino, und riß meine Blonden-Spitzen von oben bis unten entzwei.“ Der Tod in dieſem bunten Gemifche: welch ein Schanſpiel, welcher Stoff zu Betrachtungen!!

Bei Anlaß der Beſchreibung eines andern großen Feſtes, ſagt Reinhard von Kaiſer Alexander: Derſelbe ſchien dabei bloß für die ſchönen Frauen zu leben; nebenbei nahm er aber die Männer, welche ihm zu gefallen, oder nicht zu gefallen ſchienen, ſo feſt ins Auge, und bezeichnete ſie ſo ſcharf, daß viele zu glauben anfangen, der Schein von Frivolität, welchen er ſich beilege, ſei bloß eine politiſche Maſke um ſeine Zwecke dahinter zu verbergen. Jedenfalls thut dieſelbe ſeiner beharrlichen Arbeit im Rabinette keinen Abbruch.

Chateaubriand bezeichnet Alexander als: «Sincère comme homme, «en ce qui concernait l'humanité, mais dissimulé, comme demi-grec, «en ce qui touchait à la politique.”

Wellington kam aus England zur Ablösung Castlereagh's und zu Verstärkung der englischen Gesandtschaft herbei (1. Febr.). Solches schien die Absicht anzudeuten, die militärischen Ansichten vorzugsweise obliegen zu machen, und wirklich blieb man in jenen Tagen über den endlichen Ausgang sehr besorgt. Allgemein schien man anzunehmen, Wellington werde die Alternative aufstellen: Räumung von Polen und Sachsen oder Krieg. Bald aber wurde bekannt, daß auch dieser Feldherr ernst am Frieden arbeite, daß die Ausgleichung über benannte beide Städte Statt gefunden habe; daß Oesterreich, in Betreff der Salinen von Wielizka, zufrieden gestellt; und daß Aussichten für Preußen am Rheine geöffnet worden seien um Leipzig für Sachsen zu erhalten. Dessen ungeachtet hieß es stets: Morgen, Morgen, und der neue Tag führte neue Verwickelungen herbei. Die einzelnen Mächte unterstützten die Vergrößerungs-Pläne der andern gerade so weit, als nöthig schien, um ihre eigenen zu erreichen, und alle blickten mißtrauisch auf einander hin. — Auch die Absicht Deutschland wieder ein Oberhaupt zu geben fand an mehreren deutschen Höfen, vornehmlich in Preußen, entschiedenen Widerstand, und bewog Oesterreich, desto fester auf andern Punkten zu verharren. Die kleinern deutschen Staaten verwahrten sich so viel sie nur konnten gegen jede willkürliche Vergrößerung der Mächtigen.

Der König von Sachsen verweigerte die Annahme der ihm angebotenen Bedingungen; Würtemberg und Baden geriethen in Spannung mit Oesterreich wegen unbefugt erachteter Unterhandlungen mit einzelnen; wegen einseitiger Verfügung über jenseits des Rheines gelegener Länder; wegen nördlicher Ausdehnung Baierns; und wegen Zurückdrängung, wo nicht Umschlingung Würtembergs und Badens. So oft Rußland irgend einen Vorschlag unterstützte, wurde er von Frankreich offen oder ins Geheim bekämpft, und umgekehrt. Am entschiedensten sprach sich dieses gegen den Fortbestand der Nüratischen Dynastie auf dem

„Fonds zurückgestellt; die kleinen Kantone für ihre erlittenen Verluste einigermaßen, durch, von den neuen Kantonen zu leistende, Geldbeiträge entschädiget; Genf als Kanton in den Bund aufgenommen, und seine Grenzen eben so wie diejenigen des Bisthumes Basel, im Einverständnisse mit Savoyen und mit Frankreich, festgesetzt werden. Endlich, und nachdem Oesterreich seine Zustimmung zu der Abtretung des Veltlins³⁾ gegeben habe, soll dasselbe mit Graubünden, auf Grundlage der von der schweizerischen Gesandtschaft eingegebenen Vorschläge vereinigt, und für das confiscirte bündnerische Eigenthum eine billige Entschädigung ausgemittelt werden.

„Die Mächte versprachen zugleich noch ihre Vermittlung, um die Abtretung der Stadt Constanz nebst einigen kleinen Grenzberichtigungen längs der deutschen Grenze an die Schweiz auszuwirken.“

Diesem letztern widersetzte sich Rußland, vorgebend hierein erst dann willigen zu können, wenn der Großherzog von Baden, Oheim der Kaiserin von Rußland, auf andere Weise dafür entschädiget sein werde. Bereits hatten sämmtliche Mächte in alle übrige Bestimmungen, welche zwar die westliche Grenzlinie der Schweiz nicht genau festsetzten, jedoch größtentheils den von der Gesandtschaft ausgesprochenen Wünschen, so wie ihren Instruktionen entsprachen, eingewilliget. Darum äußerte Rein-

3) Minute du Rapport du Comité d. d. Vienne le 7/19 Déc. 1815.
Tit. VII.

DE LA VALTELLINE.

On annonce la déclaration donnée par l'Autriche; on rend compte des conférences avec les députés de la Valtelline, avec la Légation Suisse, avec les députés des Grisons. Le mode de transaction à suivre pour aggréger la Valtelline au corps helvétique se trouve indiquée dans la pièce présentée confidentiellement par la légation. Celui qu'on doit suivre pour concilier les prétentions des Grisons sur les biens confisqués est déterminé par les principes consignés dans le protocole de la séance précédente.

schwebenden Umständen nicht aus der Hand gelassen werden. Nur wenig Beispiele dürften in der Geschichte aufzufinden sein, wo auf einen Zweck hin mit so allgemeinem und zusammenwirkendem Wohlwollen gearbeitet worden wäre. Alle Extreme seien auszuweichen; bei allen Krisen und Revolutionen müsse die Mittelstraße gehalten werden; Mißkenntung und Mißbilligung dürfe man nicht scheuen, sondern sich darüber hinwegsetzen, wenn auch nicht Jedermann zufrieden gestellt werden könne. Talleyrand äußerte sich im nämlichen Sinne und fügte bei: „Er für sich halte es für die Schweiz selbst am zuträglichsten, wenn über den Ausgang Jedermann ein wenig unzufrieden, Niemand allzu zufrieden sei.“ „Hierüber,“ erwiederte Reinhard, „dürfe der Fürst ohne Sorge sein, zuverlässig dürfe er auf beides zählen.“

Ungeachtet der erregten Hoffnungen eines baldigen, im allgemeinen befriedigenden Ausganges der Sachen, wurden von nun an häufig neue, unangenehm und nachtheilig auf alle Verhältnisse einwirkende, wohl absichtlich den Abschluß verzögernde Gegenstände in Anregung gebracht, selbst bündnerscher Seite neue Ansprüche erhoben, nachdem sogar Canning und Capo d'Istria den eidgenössischen Gesandten eröffnet hatten, Oesterreich mache keine Einwendung mehr gegen ihren Antrag, Cleven und Worms direkte mit Graubünden zu vereinigen, und Beltlin zu einem vierten, aber abgetrennten Bunde zu konstituiren. Hingegen fügten sie bei, hätten seither die Beltliner eine bedenkliche Note eingegeben, welche Oesterreich leicht auf veränderte Ansichten führen, und dem ganzen Geschäfte eine böse Wendung geben dürfte.

Die eidgenössischen Gesandten erklärten sich zu jeder vernünftigen Beruhigung der drei Thäler bereit; nur gegen die Bildung eines eigenen, unabhängigen Kantons müssen sie sich beharrlich verwahren, und gleichzeitig warnten sie die bündnerschen Abgeordneten, ihre Sache doch nicht selbst zu verderben.

In einer am 5. Febr. statt gefundenen Ministerial-Konferenz

In Hinsicht auf die innere Ruhe der Schweiz war die für Bern auszumittelnde Entschädigung schon darum der wichtigste der zu behandelnden Gegenstände, weil dieses noch auf keine seiner Ansprachen verzichtet hatte, und weil fortdauernd innere, durch Mißtrauen und kalte, eigennützige Berechnung genährte Reibungen auf verschiedene Weise, selbst zu Wien ausgebeutet wurden.

Februar. Im Waadtlande, und, wie einige Spuren vermuthen ließen, auf Anstiftung des zu Brangins lebenden Königs Joseph Bonaparte von Spanien, fanden Bewaffnungen Statt, durch welche auch die Kantone Bern, Freiburg, Solothurn und Aargau in eine halb bewaffnete Stellung hineingezogen wurden. Zu Bern erschien im Drucke eine aufgefangene Korrespondenz, von der schwer zu entscheiden sein dürfte, ob auf einem Theile ihres Inhaltes, oder der Art und Weise, wie man zu derselben gekommen war, oder ihrer Veröffentlichung größerer Mafel lag. Zwar gebot die Tagsatzung, und erhielt Einstellung der Rüstungen, allein kein Ziel der leidenschaftlichen Aufregungen.

Die Einverleibung des größten Theiles des Bisthumes wurde beschlossen, dieser Ansicht die Selbstständigkeit Biels, mit Vorbehalt jedoch seiner alten Municipalrechte, und ungeachtet aller Verwendungen der eidgenössischen Gesandten zu seinen Gunsten, aufgeopfert, und beschlossen, das ganze Bisthum, mit Ausnahme eines kleinen, Basel zugetheilten Bezirkes, mit einer Bevölkerung von siebenzigtausend Seelen, mit dem Kantone Bern zu vereinigen.

Dem Kantone Waadt wurde die Verbindlichkeit auferlegt, der Regierung von Bern eine runde Summe⁵⁾ zur Entschädigung der ehedorigen Laudemien-Besitzer zu bezahlen, auch sollten ausschließend an den Kanton Bern⁶⁾ die Gelder zurückfallen, welche

5) Von £. 300,000.

6) D. h. ohne Theilung mit Aargau und Waadt.

dennoch die Festsetzung der Grenze für den Kanton Genf in günstigem Sinne vor. Zwar blieb die Abtretung des Landes Ser unerhältlich, dagegen wurde diejenige des Dappenthales verordnet, und für die Verbindungs-Straße zwischen Waadt und Genf solche Bestimmungen festgesetzt, daß außer der Territorial-Hoheit wenig zu wünschen übrig blieb. Auf der savoyischen Seite erhielt der Stand Genf eine natürlich abgerundete und bedeutend erweiterte Grenze ¹⁰⁾.)

Am allerunglücklichsten ging es mit den von Graubünden abgerissenen Landen, ungeachtet auf alle übrigen Angelegenheiten der Schweiz zusammen nicht so viel Zeit und Berathungen als auf diese allein verwendet wurden. Seit der Übergabe des gemeinschaftlichen Entwurfes durfte mit Grund eine genügende Lösung aller hier einschlagenden Fragen gewärtigt werden, und vielleicht wäre es auch dabei geblieben, hätte sich Graubünden sogleich damit befriedigt erklärt. Die Kantonal-Gesandtschaft hoffte aber ungleich mehr zu erlangen; verfiel stets auf neue Gedanken über die Konstituierung dieser Thäler, und während die Abgeordneten des Beltlines in entgegengesetztem Sinne einwirkten, fanden sie bei Oesterreich die gewünschte Unterstützung. (5. Jan.) Nun verlangten diese abermals, und zwar im Einverständniß mit Graubünden, als eigener Kanton mit der Schweiz vereinigt zu werden; und als sich die eidgenössische Gesandtschaft widersetzte (12. Jan.), anerbieten die Bündtner gänzliche Verzichtleistung auf Beltlin gegen bloße Rückerstattung von Worms und Cleven

„gionen, ils sont trop avantageux.“ Zum Troste fügte er dann bei: « On tombera finalement d'accord, la résistance est aussi une manière de négocier; en après on l'oublie et on se plie à la décision.

10) Es wird behauptet, Genf selbst habe eine allzu große Ausdehnung seines Gebietes auf savoyischem Boden damals flug abgelehnt, damit die Interessen seiner Stadt, durch diejenigen eines ansehnlichen Kantons nicht verschlungen werden.

ihm fürbauernb auch die Schweiz, forderten die ihnen gebührende, ehemalige Grenze zurück, ohne jedoch ihren Zweck zu erreichen; darum vornehmlich: weil die großen allirten Mächte Oesterreich zu keinen bedeutenden Abtretungen anhalten durften; während Rußland und Preußen auf Länder-Ansprachen beharreten, deren rechtmäßiger Besitz ungleich schwerer als derjenige der drei Thäler zu beweisen gewesen wäre. (Beilage Nr. 19.)

Oberst-Quartiermeister Finsler und mit Ronod, Gesandten von Waadt, Rücksprache genommen zu haben, in Folge welcher letzterer sogleich nach Lausanne abgereist sei, um ein Paar Bataillone Infanterie und einiges Geschütz mobil zu machen und nach Genf vorzuschieben; gleichzeitig seien auch Eilboten überall hin, wo nöthig, abgegangen, um die abwesenden Gesandtschaften zu schneller Rückkehr in die Versammlung einzuberufen. Nun sei es Sache der obersten Bundesbehörde, die weiteren Vorkehrungen zu treffen, um die der gesammten Schweiz drohende Gefahr abzuwenden und um ihre Ehre, als selbstständige Nation, aufrecht zu erhalten. Und wirklich ermanneten sich sämtliche Mitglieder, äußerten einmüthig den Entschluß allen Kräften aufzubieten, um das Vaterland zu retten; gelobten jede Nebenrücksicht verschwinden und alle Leidenschaften schweigen zu machen, und es war erfreulich wieder einen ehrenvollen Gesamtwillen in der Versammlung zu erblicken.

Glücklicher Weise trafen mehrere Nebenumstände zusammen, um diesem ersten Eifer Dauer und Festigkeit zu verleihen. Selbst die in ihren Wünschen und Absichten getrenntesten Kantone konnten sich nicht verbergen, daß ihr Entschluß in diesem wichtigen Zeitpunkte wesentlichen Einfluß auf ihre Zukunft haben würde; daß die europäischen Mächte mit hellbeobachtendem Blicke ihre Augen auf die Schweiz richten müssen; mithin das eigene Interesse unbedingt mit dem Gemeinwohl übereinstimme, und möglichsten Kraftaufwand verlange. Dabei hatten die innern Zwistigkeiten bewirkt, was während der ganzen Mediationszeit nicht geschehen konnte, daß an vielen Orten den Miliz-Einrichtungen größere Sorgfalt und Ausdehnung gegeben, und ungeachtet noch sehr viel zu wünschen übrig blieb, bedeutende Waffen und Kriegs-Vorräthe angeschafft worden waren. Die Tagsatzung faßte sogleich und einmüthig den Beschluß, eine Aufforderung an sämtliche Stände zu getreuem eidgenössischen Aufsehen, und zu Bereitbat-

28. März. Die Tagsatzung würdigte ihr Benehmen mit gebührendem Lobe und rief die Regimenter zu der Vertheidigung des Vaterlandes zurück. Alle Mittel der Verführung wurden angewendet, um sie im Dienste Napoleons zurück zu behalten; allein ihre Treue siegte ob. Napoleon ließ sie, in hundert Mann starken Abtheilungen, auf drei Straßen nach der Heimath ziehen, wo sie, nach ihrer Ankunft und Bewaffnung, in eine Brigade vereinigt, unter die Befehle des Obersten von Affry gestellt wurden. Die Tagsatzung übertrug den Oberbefehl des eidgenössischen Herres dem, noch in Paris befindlichen, Generale von Bachmann und sandte einen vertrauten Offizier mit seiner Ernennung an ihn ab. Bachmann trat ein, legte den Eid ab, übernahm das Kommando der Armee und stellte sie auf zweckmäßige Weise zur Vertheidigung des eidgenössischen Bodens auf.

Bevor die Berichte aller in der Schweiz getroffenen Vorkehrungen in Wien eintrafen, wurde zwar die Beendigung ihrer politischen Angelegenheiten befördert; allein die größten Besorgnisse geäußert, sie werde bei ihrer innern Zerrüttung zu jeder kräftigen Anstrengung unvermögend sein. Schon hatten die Oberfeldherren wiederholt Kriegsrath gehalten und beschlossen, gleich bei den ersten Bewegungen der kombinierten Armeen zur Besetzung der Schweiz zu schreiten. So wie aber die Beschlüsse der Tagsatzung, vervollständiget durch die Berichte der Minister von der Thätigkeit und Ausdehnung der getroffenen Maßregeln, bekannt wurden, änderten sich bald Gesinnungen und Sprache, und von

kapitulirten Regimenter, welche einerseits so viele Jahre hindurch unter Napoleons Fahnen gedient hatten, und deren Mannschaft anderseits, wenigstens zum Theil, nicht eben für eine Auswahl der Schweizer-Nation gelten konnte, machte auch in Wien und auf dem Kongresse einen sehr überraschenden, für die Eidgenossenschaft eben so ehrenvollen als vortheilhaften Eindruck. Die eidgenössischen Gesandten hörten darüber vieles, was ihrem vaterländischen Gefühle ungemein wohl thun mußte.

Gesandten ertheilten, Abschieds-Audienz seine Zufriedenheit über die gute Stimmung in der Schweiz, mit der Aufforderung, die ihr wieder geschenkten Grenzen kräftig zu vertheidigen, und versprach bei eintretender Gefahr Hülfe von allen Seiten: eine Äußerung, welche ziemlich übereinstimmend mit derjenigen einiger Minister lautete, daß man der Schweiz überlassen werde, entweder nur Vertheidigungsweise inner ihren neuen Grenzen zu handeln, oder thätigen Antheil an dem bevorstehenden Feldzuge zu nehmen.

Eben so deutlich sprach sich der Kaiser von Rußland aus: das Benehmen der Schweiz sei geeignet das Zutrauen in dieselbe wieder zu erwecken. Er glaube ihr sein Wohlwollen durch die That bewiesen zu haben; nun sei es an ihr in diesem wichtigen Zeitpunkte, ihr Land tapfer zu vertheidigen; wobei sie weder Rath noch That entbehren soll. Der gegenwärtige Krieg sei nicht gegen Frankreich, sondern ausschließend gegen die Person Napoleon's gerichtet⁵⁾. Dieser habe selbst die Nation ihrer Eide entbunden und führe sie nun zum Meineide hin. Es liege im Interesse aller Völker, ohne Ausnahme, sich gegen ihn zu vereinigen. Die Schweiz möge dieses wohl überlegen und sich dabei überzeugen, daß sein Rath nur wohlwollend sein könne. Das Wort Neutralität sprach er gar nicht aus; allein die Minister von Stein und Humbold äußerten sich noch bestimmter dahin: man könne neutral gegen Frankreich sein ohne Napoleon anzuerkennen, oder Gesandte von ihm anzunehmen. Solches schon an

5) Merkwürdig bleibt die Übereinstimmung dieser Äußerung mit einer anderen, welche zwar ohne Unterschrift, in jenen Tagen der gewesenen Königin von Holland, dem Herzoge von Vinzenza, und einer dritten Person schriftlich überreicht, und eigenhändig von einem zu Paris akkreditirten russischen Diplomaten niedergeschrieben worden sind: « Ni paix, ni trêve, plus de réconciliation avec cet homme; toute l'Europe professe les mêmes sentiments; hors cet homme, tout ce qu'on veut; aucune prédilection pour personne; dès qu'il sera de côté, point de guerre. »

unnöthigen Gefahr aussetzen wolle. Einer Observations-Armee in Italien unter Frimont, werde in Piemont eine zweite zur Seite aufgestellt, und beide, eben so wie eine große Armee am Ober-Rhein, dem Oberbefehle des Fürsten von Schwarzenberg untergeordnet werden und dieser mithin im Falle sein die Schweiz von zwei Seiten in Schutz zu nehmen. Blücher werde am Nieder-Rheine, Wellington in den Niederlanden den Oberbefehl führen. Es liege in der Absicht aller Mächte die Schweiz möglichst zu schonen und alle Truppen-Märsche durch ihr Inneres abzuwenden; dagegen möchte er nicht verbürgen, daß die beiden Hauptpässe der Basler-Brücke und des Simplons verschont bleiben könnten. Hierüber sei Fürst Schwarzenberg besser als er im Falle, Auskunft zu ertheilen.

Reinhard erschöpfte sich in Vorstellungen über die Mißlichkeit einer Zwitterstellung, welche leicht alle Nachtheile der Neutralität mit denen einer thätigen Mitwirkung, ebenso in ökonomischer wie in politischer Hinsicht nach sich ziehen dürfte. Metternich erwiderte einfach: es sei unmöglich, bei einem Kampfe wie der bevorstehende, alle Wechselfälle vorauszusehen und verwies ihn neuerdings an Schwarzenberg⁶⁾, welcher, da sich Reinhard sogleich zu ihm verfügte, zwar begreiflicher Weise seine Pläne nicht veroffenbarte, dagegen die Besorgnisse der Schweiz billig würdigte, möglichste Beachtung zusicherte, sein Bedauern über die gefährliche Lage der Stadt Basel unter den Kanonen von Hüningen aussprach, und beifügte: die dortige Brücke dürfte kaum außer den Bereich der Kriegs-Operationen fallen. Er schloß dahin: Frankreich werde schwerlich im Stande sein gleichzeitig gegen Italien, die Schweiz und die Niederlande hin-

6) Schwarzenbergs Vorzimmer war so lebhaft, und so sehr von Militärs angefüllt, als es selbst bei einem Monarchen kaum hätte sein können.

vornehmlich von ihrer eigenen Kraftentwicklung, und von dem Glücke der Waffen der verbündeten Heere abhängen werde (3. April).

Mit drückenden Besorgnissen für die Zukunft seines Vaterlandes bestieg Reinhard seinen Reisewagen, eilte so viel er konnte und traf wenige Stunden nach seinen Kollegen in Zürich ein. (In der Nacht vom 7. auf den 8. April.)

10. April. Hier erstattete die Gesandtschaft der Tagsatzung in ausführlichen Vorträgen Bericht über ihre Verrichtungen, hob heraus was ihren Wünschen entsprechend abgeschlossen worden, was zu erhalten ihr mißlungen sei: jedenfalls werde durch die neuen Ereignisse wieder alles auf das Spiel gesetzt und könne sich, je nach der Weise ihrer Entwicklung, glücklich oder höchst traurig gestalten. Die Tagsatzung erklärte durch einmüthigen Beschluß: die Gesandtschaft habe auf ehrenvolle Weise ihren Aufträgen Genüge geleistet; die Hauptzwecke ihrer Sendungen erreicht, und sich neue Ansprüche auf den Dank des Vaterlandes erworben.

In einem Theile der zu besetzenden neuen Grenzländer konnte zu der Vaterlands-Vertheidigung, so z. B. von dem Bisthume Basel, weder etwas gehofft noch gefordert werden, ja es lagen noch einige österreichische Truppen dort, welche hierauf schweizerischen Platz machten. Im Wallis wie zu Genf war seit der französischen Besitznahme jeder Überrest von Milizwesen verschwunden: alles mußte neu geschaffen werden; was begreiflicher Weise zu Genf leichter als im Wallis geschehen konnte. Am leichtesten ging es damit im Neuenburgischen, wo sogleich sechshundert und bald tausend Mann unter den Waffen standen, und eine gleich starke Reserve gebildet wurde.

Gegen Ende Mai stieg der wirkliche Bestand des im Felde stehenden Heeres wenig über dreißigtausend Mann an³⁾; im Laufe des Brachmonates wurde dasselbe mit ungefähr zehntausend Mann Reserven, und mit ein Paar tausend Soldaten der kapitulirten Regimenter vermehrt, und überall auf Verstärkung der Armee hingearbeitet. Die täglich aus Frankreich eingehenden Meldungen ließen zwar die Pläne des Kaisers unbekannt; allein die Rüstungen waren allgemein, und namentlich schien die Linie der Schweiz zum ersten Angriffe bestimmt.

Die Städte Basel und Genf wurden durch Schanzarbeiten und hinlängliche Besatzungen in kräftigen Vertheidigungszustand gesetzt; der erstern Oberst Lichtenhahn, der letztern Oberst von

3) Den 31. Mai 30,576 Mann und 2107 Pferde.

Den 30. Juni 39,921 " " 2883 "

Den 4. Juli 40,669 " " 2871 "

Amtlicher höchster Stand der eidgenössischen Armee am 4. und 5. Juli.

353 Kompagnien Infanterie 35274 Mann, 652 Pferde

20 " Scharfschützen 1702 " 50 "

24 Divisionen Artillerie 3039 " 1568 "

14 Kompagnien Kavallerie 581 " 601 "

Ambulance-Personale 73 " — "

Summa: 40,669 Mann, 2871 Pferde.

wenige Wochen später auch Bern mit der Erklärung: Eintracht sei jetzt das wesentliche Bedürfnis der Eidgenossen; dieser opfere es alle andern Rücksichten auf. Nach und nach sprachen alle Kantone, mit Ausnahme Nidwaldens, welches sich in vollkommener Abtrennung von der Eidgenossenschaft befand, ihren Beitritt aus. Die einen hängten unschwer zu beseitigende Vorbehalte an: Graubünden erklärte seine Zustimmung, jedoch unvorgreiflich seiner Rechte auf die von ihm abgetrennten italienischen Landschaften.

Die Tagsatzung überreichte unter dem 27. Mai den auswärtigen Ministern ihre Beitritts-Urkunde zu den Wiener-Erklärungen, und forderte dagegen die unverzügliche Abtretung des Bisthums Basel, wo die österreichischen Truppen zwar schnell entfernt, hingegen die Übergabe der Souveränitäts-Rechte noch aufgeschoben worden war. Sie legte zugleich eine Verwahrung der Rechte und eine Empfehlung zu Gunsten Graubündens, betreffend seine ehemaligen Besitzungen jenseits der Hochgebirge, ein.

Es stand zu erwarten, Napoleon werde den Versuch machen einen diplomatischen Agenten nach der Schweiz zu senden, um

Luzern	am 14. April.
Thurgau	„ 17. „
Tessin	„ 20. „
Basel)	„ 21. „
Aargau		
Freiburg	„ 24. „
St. Gallen	„ 27. „
Bern	„ 1. Mai.
Schwyz	}	„ 6. „
Nidwalden		
Uri	„ 12. „
Zug	}	„ 16. „
Glarus		
Basel	}	„ 26. „
Appenzell J. R.		
Solothurn	„ 26. „
Graubünden	„ 7. Juni.

sprechen, und Desportes angewiesen werden sich aus der Schweiz zu entfernen.

27. April. Kurz nachher traf der R. R. General-Major von Steigentesch mit dem Auftrage ein, Eröffnungen in Beziehung auf die Kriegs-Operationen der Allirten zu machen, um dieselben mit den Vertheidigungs-Anstalten der Schweiz in gehörige Verbindung zu bringen. Gleichzeitig meldeten die Minister: der Kongreß habe der Stadt Genf noch weitere Gebiets-Theile in Savoyen zugesichert, welche, nebst den Landschaften Chablais und Faucigny, mit allem was nördlich von Ugene liege in die zukünftigen Neutralitäts-Linien der Schweiz aufgenommen werden sollen (12. Mai). Kurz nachher theilten sie auch die Ansichten der Mächte über die politische Stellung mit, welche die Schweiz in dem gegenwärtigen verhängnißvollen Zeitpunkte anzunehmen veranlaßt werden sollte. Man erwarte nämlich von ihr, sie werde durch eine feierliche und authentische Erklärung ihre vollständige Anschließung an die Sache Europa's, welche alle Mächte zu den Waffen rufe, beurfunden, und sich verpflichten, durch kräftige Vertheidigung der Schweizergrenze zu diesem Zwecke mitzuwirken. Die Mächte wollen sich damit begnügen, es als Gewährleistung der Aufrichtigkeit und Wirksamkeit ihrer Anstrengungen anerkennen, und ihr dagegen, Falls sie mit Übermacht sollte angegriffen werden, mit genügender Macht beistehen, und überdies jede weiter nothwendige oder wünschbare Hülfe verleihen.

Die Tagsatzung ernannte Bevollmächtigte⁵⁾ um näher einzutreten, um die engste Verbindung mit den Allirten sorgfältig zu unterhalten, ohne das System eigener Grenz Vertheidigung zu verlassen, und um alles abzuwenden, was die Schweiz in

5) Bürgermeister von Wpß.
Schultheiß von Müllinen.
Bürgermeister Wieland.

Der Kampf, welcher über die Schicksale der Welt entscheiden sollte (6. April), begann in Italien durch einen voreiligen Angriff Murats, Königes von Neapel, auf die Österreicher; allein schon vor Ende des Monats Mai wurde er auf allen Punkten geschlagen und genöthigt, Schutz in Frankreich zu suchen. Die österreichischen Heere besetzten Neapel, und das ganze Königreich unterwarf sich wieder seinem früheren Beherrscher.

Napoleon, weit mehr durch die Parteien im Innern Frankreichs als durch die verbündeten Mächte gedrängt, hatte seiner Seits die Eröffnung des Feldzuges auf die Mitte des Brachmonats angesetzt, und seine Garden (am 8. Juni) in der Richtung von Belgien, wo er seinen Hauptschlag beabsichtigte, vorrücken lassen.

Unter dem 14. Brachmonate eröffnete General von Steigentesch der Tagsatzung: der im §. 4. des Vertrages vorgesehene Fall sei nunmehr eingetreten; der Marsch eines österreichischen Armee-Korps über den Simplon durch das Wallis, so wie der Rhein-Übergang über die Brücken zu Schaffhausen, Rheinfelden und Basel, seien unerläßlich geworden: die Tagsatzung werde zu schneller Entsprechung eingeladen: „Die Eidgenössischen Truppen sollen ihre bisherige Stellung, welche die Schweiz und mit ihr die Basis der allgemeinen Operationen sichere, beibehalten; die vereinten Armeen sich so an sie anlehnen, daß die Truppen der Eidgenossenschaft zum Stützpunkte dieser Heere werden, und jene somit einen Theil der verbündeten Streitkräfte bilden.“

In Kraft des abgeschlossenen Vertrages konnte die Tagsatzung diese Ansuchen um so weniger abschlagen, als ihr das Mißvergnügen der Feldherrn über jene Übereinkunft nicht unbekannt blieb, welche sie, ihrer Ansicht nach, in ihren militärischen Combinationen hemme. Über die geäußerten Besorgnisse, als dürften sich österreichische Truppen allzusehr anhäufen, antwortete Kaiser Franz ganz naiv: „Müssen wir durch die Schweiz ziehen, so soll derselben kein Leid geschehen; alles richtig bezahlt werden,

dieses Fluß-Überganges den aufgestellten Schweizer-Truppen in Vertheidigung der Stadt beizustehen. Der Divisions-Kommandant von Affry hatte während dieser allgemeinen Bewegung seine Division schlagfertig auf den Vertheidigungs-Punkten Basels aufgestellt; und Alles so gut geordnet, daß die dortige Regierung ihre große Zufriedenheit darüber gegen die Tagsatzung aussprach.

Die österreichische Armee drang in Frankreich ein, warf die schwachen ihr gegenüber stehenden französischen Streitkräfte zurück, wandte sich zum Theil rechts zur Besetzung des Elsasses und zur Einschließung von Straßburg, zum größern Theile rückte sie in gerader Linie über Altkirch gegen Belfort vor; eine Heeres-Abtheilung von wenigen vier bis sechs tausend Mann schlug ihren Marsch links, über Bruntrut gegen Mûmpelgard ein.

Auf dem linken Flügel der allgemeinen Kriegs-Operationen hatte der Anmarsch einer österreichischen Armee von Domo d'Ossola aus über den Simplon schon früher und mit der Mitte des Monates begonnen. Eine Marsch-Kolonne folgte der andern; Anfangs ging Alles vortrefflich von statten; sämtliche Bedürfnisse wurden entweder mitgeführt, oder sogleich bezahlt. Dieses, durch das Wallis heranziehende, Heer zählte volle sechszig tausend Mann und zehn tausend Pferde. Bald führten Marschschwierigkeiten in einem so hochgebirgigen Lande, und übel berechnete Etappen-Einrichtungen beinahe unerschwingliche, augenblickliche Lasten herbei und verursachten nicht zu beschreibende Plagen. An einem einzigen Tage zogen acht und vierzig tausend Mann, nebst einer verhältnißmäßigen Anzahl Pferde durch Sitten; drei Artillerie-Reserve-Kolonnen folgten auf dem Fuße nach, und sechs tausend Mann rückten über den großen St. Bernhardsberg heran. Die benachbarten Kantone Bern und Waadt eilten zwar den Wallisern mit ansehnlichen Lebensmittel-Transporten zu Hülfe; dennoch, und ungeachtet Oesterreich Entschädigung versprach, und später auch größtentheils

Bei Pontarlier, an der äußersten Grenze des Kantons Neuchâtel, hielt sich noch ein kleines französisches Armee-Korps auf, und so standen längs der ganzen schweizerischen Truppen-Aufstellung, von Genf bis Basel, französische, mit ungebundenen Freischaaren vermischte Heerhaufen, entgegen, mit denen schwer hielt, gänzliche Waffenruhe zu erhalten, daher sich die eidgenössischen Truppen gezwungen sahen, mehrere französische Dörfer militärisch zu besetzen.

Unmittelbar vor dem Rhein-Übergange der Österreicher bei Basel hatten sich Gerüchte von bedeutenden Vortheilen verbreitet, welche Napoleon in den Niederlanden erfochten habe; sie sollten als Vorläufer seiner bald entscheidenden Siege betrachtet werden. Marschall Sâchet theilte dem eidgenössischen Kommandirenden zu Genf die Nachricht der Siege Napoleons zu Eigny und Genappe, zu weiterer Verbreitung an die Schweizer-Truppen mit, jedoch ohne die mindeste Aufregung unter denselben zu bewirken.

Nun langte zu Zürich, gleichzeitig mit dem Berichte des Rhein-Überganges der österreichischen Armee bei Basel, die Nachricht der großen Schlacht bei Waterloo ein, in welcher Wellington und Blücher den französischen Kaiser besiegte, und zur Flucht gezwungen hatten. Eben so schnell traf auch ein Schreiben des Generals Le Courbe an den eidgenössischen Divisionär d'Affry in Basel⁸⁾ mit der Anzeige ein: der Kaiser habe seine Würde nie-

hommes, traversèrent Genève sans s'y arrêter, pour se porter sur le pays de Gex, le Jura et Lyon.

8) D. d. Trois Maisons 25 Juin 1815.

A Monsieur le Général Commandant les Troupes de la Diète helvétique, à Bâle.

Monsieur le Général!

J'ai l'honneur de vous prévenir que l'Empereur Napoléon a abdiqué le pouvoir souverain. Des Commissaires nommés par les Chambres se rendent auprès des Puissances alliées pour rendre la paix au

Diese Eröffnungen konnten keine genügende Sicherheit gewähren; sie machten im Gegentheile die beschleunigte Fortsetzung der Kriegsbewegungen um so nothwendiger, als eben um diese Zeit die Ungebundenheit immer zahlreicher sich bildender, bewaffneter Freischaaren zunahm, und in den nämlichen Tagen (27. Juni), der Kommandant von Hünningen, General Barbanègre, von seiner Festung aus, die friedliche Stadt Basel, zwar ohne wesentlichen Schaden zu verursachen, mit Bomben beschießen ließ: ein Angriff, welcher aus Mangel an schwerem Geschütz nicht sogleich erwidert werden konnte. Erzherzog Johann sandte einen Parlamentär hin, um sich über dieses Verfahren zu beklagen mit dem Beifügen, er werde jede ferner nach Basel geworfene Bombe durch Einäscherung eines Elsässischen Dorfes erwidern. Barbanègre entschuldigte sich mit mißverstandenen Befehlen; gleichzeitig plünderten französische Streif-Korps zwei nunmehr zur Schweiz gehörige Dörfer im Elsgaue, und nöthigten den Obersten der zweiten eidgenössischen Division Füsli, zu Gegenmaßnahmen, um seine Quartiere respektiren zu machen.

Die jenseits stehenden französischen, geregelten und ungeregelten, Truppen betrachteten den Krieg entweder für noch nicht beendet, oder sie versuchten, aus dem unglücklichen Zwischenzustande persönlichen Vortheil zu ziehen. Auch wurden wieder öfters Bomben nach Basel hineingeworfen, und die schweizerischen Vorposten täglich mit Gewehrfeuer beunruhigt. Eine gefährliche Überrumpelung der schweizerischen Armee war jedoch nicht mehr zu besorgen.

Der eidgenössische Obergeneral scheint die Sache von anderem Gesichtspunkte aus aufgefaßt zu haben, als er der Tagsatzung zuschrieb (30. Juni): „In Folge des völkerrechtswidrigen Benehmens der

hault zerbrach seinen Degen, und forderte seine Entlassung aus französischen Kriegsdiensten.

„und durchgreifende Gegenmaßnahmen zu treffen, sondern selbst, falls es nothwendig werde, eine Stellung auf französischem Boden einzunehmen.

Die Tagsatzung mag hierbei zwei andere wichtige Motive im Auge behalten haben: nämlich einerseits im Augenblicke bevorstehender Unterhandlungen die Stellung nicht zu verlassen, welche sie im gefährlichsten Zeitpunkte, unter Verhältnissen und Drohungen aller Art, weit und allein vorgeschoben, dem nun freilich besiegten Feinde gegenüber, mit Ehren eingenommen hatte; anderseits die friedliche Heimath nicht den Trümmern und den aufgelösten Theilen einer noch erst sehr furchtbaren Armee bloß zu geben.

General Frimont, welcher Befehl zum Vorrücken erhalten hatte, bemächtigte sich nach blutigen Gefechten der Engpässe von Les Rousses und zog gegen Lyon; Erzherzog Ferdinand drang über Belfort in das Herz von Frankreich ein; Erzherzog Johann schickte sich an Hüningen und einige elsassische Festungen zu belagern; die verbündeten Armeen rückten von den Niederlanden aus gegen Paris heran.

General von Bachmann zog mit zwei und zwanzig tausend Mann ¹⁰⁾ der eidgenössischen Armee über die französische Grenze, und stellte sie zwischen Pontarlier und den Brenets, längs dem Doubs, auf. Seine Vorposten streiften bis Salins, eroberten das feste Schloß Blamont, bestanden mit Glück ein kleines Gefecht bei Danvant, in welches sie durch die unausgesetzten Angriffe auf alle Theile des Elsgaues durch französische Parteigänger hineingezogen worden waren. Er schloß das Fort de Jour ein, während die Oesterreicher die vorwärtsgelegene Stadt Mumpelgard erstürmten. Eine Abtheilung der eidgenössischen Truppen besetzte zugleich mit Oesterreichern die Landschaft Ger, die

10) 21885 Mann.

lassen. Jene fünfzehn tausend Mann sollten zu Behauptung der eingenommenen Stellung in Hochburgund bis nach Abschluß des Friedens, und zum Schutze der Grenz-Punkte Genf, Bruntrut und Basel, verwendet, und auch sie, nach dem Falle der Festung Hünningen, zum größern Theile entlassen werden.

Kaum waren die Einleitungen zu dieser Reduktion getroffen, als nun der Ober-General von Bachmann und der General-Major Castella darauf drangen, plötzlich alle Stellungen auf französischem Gebiete zu verlassen, sich hinter die Grenzen zurückzuziehen, ja die Armee noch weiter zu reduciren. Die Repräsentanten und der Oberst-Quartiermeister Finsler konnten in diesem Benehmen keine richtige Konsequenz finden. Die Tagsatzung, welche das Vorrücken der Armee bis in die bezogenen Stellungen jenseits des Doubs nie gerne gesehen hatte, entsprach dagegen schnell dem Wunsche, die Armee in diejenige Stellung zurückzuführen, welche zur Deckung der Schweizer-Grenze unumgänglich nöthig sei, und forderte von dem Generale Handhabung militärischer Ordnung, keine Übereilung, gute Verpflegung für die Soldaten, und daß die Armee, ohne Einwilligung der Tagsatzung, nicht weiter reducirt werde.

22. Juli. Während des Rückmarsches reichten die beiden Generale von Bachmann und von Castella ihre Entlassung ein; dieselbe wurde ihnen auf ehrenvolle Weise ertheilt, und der Oberbefehl über die, im Felde zu erhaltenden Truppen, dem eidgenössischen, zum General-Offizier beförderten Oberst-Quartiermeister Finsler, übertragen¹³⁾ (23. Juli). Dieser gab Bericht über den Stand der Armee, über den bereits von sämmtlichen Reservén angetretenen Heimmarsch und über die ge-

13) Stärke der eidgenössischen Armee.

Mitte August 28,591 Mann 1407 Pferde.

Mitte Sept. 16,204 Mann 809 Pferde.

troffenen Einleitungen für die Entlassung auch der übrigen Truppen bis auf die festgesetzte Stärke. Der allgemeine Feldzug, während dessen sich die eidgenössische Armee mit geringen Ausnahmen vortrefflich benommen und für den Fall eines eintretenden ernstern Kampfes die schönsten Hoffnungen und Erwartungen gerechtfertigt hatte, durfte um so mehr als beendet betrachtet werden, als alle aus Frankreich einlaufenden Berichte, zwar nicht von guter Ordnung, wohl aber von Unterwerfung sprachen.

Einunddreißigster Abschnitt.

**Belagerung von Hünningen. — Der neue Bund wird
in Zürich beschworen.**

1815.

Schon bei der ersten, von Hünningen aus, gegen die Stadt Basel unternommenen Beschießung hatte Erzherzog Johann um Verabfolgung einiger Belagerungs-Stücke aus dem Zeughause zu Zürich nachgesucht, kurz nachher jedoch selbst, wegen Unzulänglichkeit dieses Geschüzes zu eigentlicher Belagerung, auf Verschiebung ihrer Absendung angetragen. (7. Juli). Nun, da er sich anschickte Hünningen und mehrere andere Festungen des Elsasses zu bezwingen, suchte er um einige Kanonen und Mörser, von großem Kaliber, aus den schweizerischen Zeughäusern an, und es ward ihm nach Möglichkeit entsprochen.

11. Juli. Die in das eidgenössische Hauptquartier abgeordneten Repräsentanten wurden beauftragt, hierüber, so wie über eine nachgesuchte Mitwirkung zu der Belagerung von Hünningen, mit dem Erzherzoge¹⁾ Rücksprache zu nehmen, um die Tagsatzung in den Fall

1) Antwort des Erzherzogs Johann an die Tagsatzung.

Hochwohlgeborne, Hochgeachtete Herren!

„Die mir durch Ihre Abgeordneten Herrn B. von Rüttimann, Schultheiß des Kantons Luzern, und Herrn Zellweger, Landammann des Kantons

Basel durch die Kongreß-Erklärung zugeschiedenen Theile dieses Landes war.

13. Juni. Bereits früher hatte Fürst von Metternich anzeigen lassen, es sei ihm von den acht Mächten der Auftrag ertheilt worden, sämtliche zu Wien abgeschlossene Verhandlungen in einen einzigen allgemeinen Traktat zu vereinigen, und alle größern und kleinern dort repräsentirten Staaten zur Kenntnißnahme und Anerkennung der Authenticität des sie betreffenden Inhaltes einzuladen. Diese Akten-Sammlung, zur Mittheilung viel zu weitläufig, könne in der Staatskanzlei zu Wien eingesehen und ihr Inhalt verifizirt werden. Eine Verifikation, welche durch den schweizerischen Geschäftsträger in Wien Statt fand, und worüber der Tagsatzung Bericht erstattet wurde. (26. Juli.)

Die feierliche Anerkennung und Gewährleistung der Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz, über welche noch keine Urkunde übergeben war, wurde damit vorläufig berichtigt; hingegen war die Übertragung der Souverainetäts-Rechte des Bisthums nicht vollzogen. Das schriftliche Versprechen der Minister: Stratford-Canning, Schraut und Krudener, daß, sobald sich die Eidgenossenschaft zur Übernahme bereit erkläre, dieselbe ohne Widerrede Statt finden soll, lag zwar vor, und dennoch schien vorseßliche, unangenehme Spannungen rufende, Zögerung in die Erfüllung des Versprechens gelegt zu werden: sei es nun in der Absicht bei dem endlichen Friedens-Abschlusse freie Hand über einzelne Punkte zu behalten, oder daß der Gouverneur, Freiherr von Andlau, seine bisherige Stellung längst möglich behaupten wollte. (29. July.) Die Tagsatzung ernannte in der Person des Alt-Bürgermeisters von Escher einen Stellvertreter, um als General-Kommissarius im Namen der Eidgenossenschaft von diesen Landen provisorischen Besitz zu ergreifen, selbige einstweilen, und bis zu dem nahe bevorstehenden Zeitpunkt ihrer endlichen Übergabe an die neuen Landesherren, auf die ihm durch seine Instruktion vor-

Zum Schlusse ihrer Arbeiten legte die Tagsatzung Instruktionen und Vollmachten, zu möglichst schneller und vorthellhafter Erledigung aller noch unausgetragenen Geschäfte, namentlich in Beziehung auf die nahe bevorstehenden wichtigen Unterhandlungen mit den allirten Mächten zu Paris und mit dem königlich-sardinischen Hofe; zu Bewachung der Sicherheit des Vaterlandes, und zur Entwerfung von Anträgen für die ordentliche Tagsatzung des nächstfolgenden Jahres, die Wehranstalten im Allgemeinen, die Geld- und Mannschafts-Scalen insbesondere betreffend, in die Hände des Vorortes nieder, und löste sich dann auf. Dieselbe war, wenn auch selten vollständig, doch ununterbrochen, und unter mannigfaltigen Glücks- und Schicksals-Wechseln während siebenzehn Monaten versammelt geblieben. Sie hatte sich, in hundert und dreihundachtzig Sitzungen, mit den schwierigsten Geschäften befaßt, und viele, Zerstörung drohende, Gefahren abgewendet. Sie löste sich mit beruhigendem Hinblick auf ein neu vereinigt, neu konstituirtes, in seinem Innern ruhiges und ausgeföhntes, gegen Außen wieder geachtetes, durch drei Kantone verstärktes, und durch bessere Grenzen bereichertes Vaterland, auf.

Entsprach auch mancher Erfolg den gegenseitig gehegten Erwartungen nicht; lag auch in viel anderm der Keim zu künftigen neuen Beunruhigungen, so gebührt ihr, und ihren würdigen Vorständen dennoch das Verdienst, unendlich viel für die dauernde Wohlfahrt des Vaterlandes geleistet zu haben, und sie dürfen jedenfalls billig erwarten, von dem Gesichtspunkte des zu erzielenden Möglichen, nicht nur des Wünschbaren aus, beurtheilt und gerichtet zu werden.

Ehre und in ihren Interessen verletzt; und unglückt sie selbst, kurz hinter einander, Napoleon auf dem Schilde erhoben und in seinem Unglücke wieder verlassen hatte, mußte dennoch die königliche Regierung größern Theils die Vorwürfe ertragen, welche mehrere Führer des Volkes sich selbst hätten machen sollen. Die Aussicht in die Zukunft war eben so trübe für die Bourbone, als für die Franzosen und für alle Länder, welche in dem Bereiche ihrer mittelbaren oder unmittelbaren Berührung blieben¹⁾.

Oesterreich erklärte zwar offen, daß die Folgen des so eben beendigten Feldzuges keineswegs diejenigen eines Eroberungskrieges sein dürfen, allein ebensowenig könne Frieden mit Frankreich ohne genügende Gewährleistung für die Zukunft geschlossen werden. Diese sei in einer billigen Geld-Entschädigung für die ergangenen Kriegskosten; und im Übertritte Frankreichs, aus einer stets angreifenden, in eine friedliche Stellung zu suchen. Diese angreifende Stellung habe eben sowohl in dem Systeme des alt-monarchischen Frankreichs, und seinem dreifachen Festungsgürtel, als in dem Revolutions-Systeme des neuern Frankreichs gelegen. Mithin müsse die äußerste Linie dieser Angriffs-Punkte entweder durch Abtretungen oder durch Schleifung unschädlich gemacht, die Ruhe des Landes durch eine starke Regierung behauptet, und der Übergang durch eine zeitliche Besetzung mehrerer Provinzen, durch hundert bis hundert und fünfzig tausend Mann, gesichert werden. (Beilage Nr. 21.)

Rußland übernahm die Vertheidigung Frankreichs, weil es jede neue Machtvergrößerung Oesterreichs oder Preußens mit Eifersucht betrachtete, und in Rück Erinnerung der noch erst zu Wien

1) Wie sogar die treuesten Diener der alten Dynastie, die neuen Verhältnisse Frankreichs betrachteten, schildert uns Chateaubriand in den Worten: «L'horreur des Traités de Vienne nous avait constamment obsédés depuis la Restauration.» Und noch mußten, in Folge der neuesten Ereignisse, diese Wiener-Traktate weit lästiger für Frankreich ausfallen.

Elfaßes, Lothringens u. s. w., sei das einzige Mittel, die Zukunft zu sichern, und zwar ohne die Franzosen zur Klage zu berechtigen, es sei ihnen auch nur ein einziges, eigentlich französisches, Dorf abgenommen worden. England schien nur zwei Zwecke zu verfolgen: nämlich die Wegnahme aller die Grenzen des Königreichs der Niederlande bedrohenden Festungen, ihre Einverleibung mit demselben, und eine lang andauernde Besetzung mehrerer Provinzen durch starke Heeres-Abtheilungen.

Bereits waren seit dem Einzuge der Allirten zu Paris ungefähr zwei Monate verfloßen, ohne daß sie zu einem Haupt-Einverständnisse gelangt wären; mithin auch ohne daß sie der französischen Regierung hätten Friedens-Vorschläge eröffnen können. Diese Ungewißheit, und die darauf sich gründenden vielfach übertriebenen Gerüchte über beabsichtigte Zerstückelung des Reiches, vielleicht sogar der Übertragung der Krone von dem ältern auf den jüngeren Zweig der Bourbone, steigerten die allgemeine Erbitterung der Gemüther, eröffneten die traurigsten Aussichten für die Haltbarkeit der Dynastie, und entfremdeten den König, eben sowohl seinem Volke als den verbündeten Monarchen. Noch hielten sich viele Festungen, und bei der Ungewißheit ihres zukünftigen Schicksales, mußte selbst der König ihren Widerstand billigen. Eine zweite Schwierigkeit lag darin, daß weder die Allirten noch der König von Frankreich sich mehr mit dem Fürsten Talleyrand verständigen konnten; und es war allseitig bekannt, daß ihm ein Nachfolger gesucht werde, somit in seinem Interesse liege, jeden Ausgleichungs-Gedanken von vorneherein zu verwerfen. Monate lang wurde an dem Herzoge von Richelieu gearbeitet, um ihn zur Übernahme des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten zu bewegen; allein, entmuthiget durch die traurige Lage, in welche Frankreich durch die letzte Waffen-Erhebung und ihre Folgen versetzt worden war, und wohl wissend, daß ein französischer

gelegenheit gewordenen, wahren Interessen der Schweiz. Dagegen konnte, bei dem vom russischen Kabinete angenommenen Systeme, Capo d'Istria, obgleich mit Victor in engen freundschaftlichen Verbindungen stehend, desselben Wünsche nicht unterstützen. Der genferische Staatsmann suchte allerdings die Grenze der Schweiz, vornehmlich gegen Frankreich und Savoyen auszudehnen, und stark zu machen. Er verlangte die Doubs-Linie als Grenze: die Festung Hüningen, die Forts de Jour und de l'Ecluse sollten inner dieselbe fallen, und die Neutralitäts-Linie noch weiter auf savoyischem Gebiete ausgedehnt werden. Zwar verlangte er, mit nicht geringerem Nachdrucke, auch die Rückerstattung des Beltlins, von Cleven und Worms, und eine Abrundung bei Konstanz und Schaffhausen. Allein die Rückerstattung der drei graubündtnerischen Landschaften wurden auch ihm, unbedingt, mit der Erklärung verweigert, daß nicht die Schweiz allein, sondern auch Oesterreich natürlicher und guter Militär-Grenzen bedürfe. Hingegen wäre man ihm gerne in Betreff Hüningens, jedoch mit der kaum verhaltenen weiteren Absicht, dasselbe an Oesterreich zu bringen, an die Hand gegangen. Für einige, bereits abgetretene, Theile des Bisthumes Basel wollte neuerdings unterhandelt, und verschiedene Abtauschungen in Antrag gebracht werden. Wegen Konstanz wurde eröffnet: der König von Würtemberg spreche dasselbe für sich an, und verlange überhaupt Vergrößerungen im nämlichen Verhältnisse wie Oesterreich. Dessen ungeachtet erklärte sich dieses bereit: Konstanz, und die Abrundung bei Schaffhausen, als eigene Sache für die Schweiz zu verfechten, insofern es dafür im Kantone Tessin entschädigt würde. Die, bereits von Napoleon dießfalls angebahnten Unterhandlungen sollten wieder aufgenommen werden. Frankreich war um so weniger geneigt, der Schweiz neue Territorial-Begünstigungen auf eigene Kosten zu bewilligen, als Oesterreich, das rechtmäßige Eigenthum derselben zurückzustellen verweigerte. Der eidgenössische Vorort erklärte unbedingt, niemals

Dreihunddreissigster Abschnitt.

Der Stand Zürich, Vorort im Jahr 1816. — Bürgermeister von Reinhard Präsident desselben. — Aeusere und innere Verhältnisse während des ersten Wechsels der drei Vororte. — Leitung der eidgenössischen Angelegenheiten.

1816 — 1820.

Der neue Bund setzte eine zweijährige Amtsdauer der Directorial-Kantone fest. Mit dem Jahreswechsel stand Bürgermeister von Reinhard wieder an der Spitze des Vorortes Zürich. — Die Folgen der letztjährigen Ereignisse beschäftigten von nun an und vielseitig die vorörtlichen Behörden und ihren Vorstand; ja die Erledigung vieler unausgetragenen innern und äussern Geschäfte ging nach Jahresfrist auf den Vorort Bern, mehreres sogar auf den nachfolgenden Vorort Luzern über.

Bei dem letzten Friedens-Schlusse von Paris war die ewige Neutralität der Schweiz von neuem ausgesprochen worden; nun war es Sache des Vorortes authentische Dokumente darüber von allen übrigen europäischen Mächten zu erhalten, und sie wurden auch wirklich vollständig beigebracht. Liegt in diesen papiernen Bollwerken allein noch keine genügende Sicherheit für die Unverletzbarkeit des

werden konnten, und ihre Erledigung in dem Maße fanden, daß sie je nach der verschiedenen Natur der Forderungen selbst, für die einen eben so befriedigend, als für andere ungenügend ausfielen³⁾. Die Gebiets-Abtretungen, so weit sie ehemalige, der Schweiz durch den Friedens-Schluß zurückerstattete, Bestandtheile des Bisthums Basel beschlugen, gingen ohne bedeutende Anstände vor sich. Dagegen erhoben sich einige Schwierigkeiten bei Übergabe eines Theiles der Landschaft Gex, welche ebenfalls, und so beseitigt wurden, daß Frankreich an den Kanton Genf sechs Gemeinden mit fünf tausend Einwohnern abtrat. Hingegen verweigerte es standhaft die Rückerstattung des, dem Kantone Waadt zugehörigen, und ihm durch den Frieden wieder zuerkannten Dappenthales; eine Verweigerung, zu welcher Frankreich später selbst bei den Verbündeten Unterstützung fand. Bis auf die gegenwärtige Zeit, und ungeachtet vieler mündlich und schriftlich, oft mit großer Bitterkeit gepflogener Verhandlungen, ist der Schweiz ihr Recht nicht geworden, und diese Beschwerde bildet noch immer einen stehenden Artikel in Tagsatzungs-Abschieden, welcher denselben keineswegs zur Zierde gereicht. Schneller gingen die Unterhandlungen der Kantone für neue Militär-Kapitulationen; welche wegen der noch im Solde gehaltenen vier Bataillone, den Überresten der im Dienste Napoleons gestandenen Schweizer-Regimenter als Gegenstand dringlicher Natur betrachtet

3) Man schien überall zu glauben, die Frankreich auferlegte schwere Kriegs-Kontribution, so wie die Liquidation außerordentlich hoch angeschwollener Schulden, werde dieses Reich beinahe zur Verarmung führen. Ein sehr wohlberechnetes und durchgeführtes Kredit-System hatte zur Folge, daß diese Lasten sehr wesentlich zu seiner Bereicherung beitrugen, weil ein großer Theil der, durch den Frieden verfügbaren Kapitalien Europa's dorthin wanderten. Dagegen hatte es zur Folge, einen geistreichen Schriftsteller zu der Äußerung zu berechtigen: Mezeray disait que: « la France, à une certaine époque de notre histoire, se gouvernait comme un grand fief »; elle se gouverne aujourd'hui (1838) comme une grande-bourse.

zösischer Seite wurde dazu der General-Lieutenant Graf Guilleminot; eidgenössischer Seite der General-Quartiermeister Finsler bezeichnet, und noch waren die Arbeiten dieser Bevollmächtigten wenig weit vorgerückt als Oesterreich den Feld-Marschall-Lieutenant Grafen Mazzuchelli, unter dem Vorwande dazu abordnete, Namens der Verbündeten nachzusehen, ob den Bestimmungen des Friedens-Traktates Genüge geschehe. Diese Mitwirkung war jedoch nur vorübergehend. Das Grenz-Berichtigungs-Geschäft gelangte erst nach vielen Jahren zur endlichen Erledigung, und jetzt noch, nach erfolgter und gegenseitig ausgewechselter Ratifikation, bleibt der Streit wegen des Dappenthales unausgetragen.

Eben so wichtig als schwierig und lange andauernd waren die Unterhandlungen, welche theils persönlich zu Turin durch Pictet de Rochemont, theils in der Schweiz zwischen dem Vororte und den piemontesischen Gesandten, theils durch Briefwechsel mit der sardinischen Regierung über die Grenzen des Kantons Genf, über verschiedene nachbarliche Verhältnisse mit diesem Kantone und mit Wallis, und über die Neutralitäts-Linie im Faucigny geführt wurden. Die beiden ersten Punkte fanden durch die Geschicklichkeit des eidgenössischen Gesandten, und durch die Beharrlichkeit des Vorortes befriedigende Lösung. Der Kanton Genf erhielt elf savoyische Gemeinden mit einer Bevölkerung von neun tausend Seelen. Über den dritten Punkt blieb eine, jedenfalls sehr mißbeliebige, Undeutlichkeit zurück.

Mit der Krone Spaniens wurde für Unterstützung, dort in Kriegsdiensten gestandener, unglücklicher Militärs unterhandelt. Weit unter der Billigkeit stand die versprochene Entschädigung, und, bekannter Ursachen wegen, ist die wirkliche Zahlung (vielleicht mit einzelnen wenigen Ausnahmen) niemals erfolgt.

Der päpstliche Stuhl zu Rom erneuerte wiederholt seine Versuche um Herstellung des Klosters und Stiftes St. Gallen, doch

sich nun das eine wie das andere aneignen zu wollen, und ließ alle, eidgenössischer Seits unterstützten, Schritte der betreffenden Kantone, zu Bindizirung ihres Eigenthumes unberücksichtigt. Die Tagsatzung nahm die Ansprachen dieser einzelnen Kantone als Sache des Bundes an die Hand; und als die schriftlichen Erörterungen nur größere Bitterkeit erzeugten, und jede Hoffnung von Annäherung immer weiter entfernt ward, beschloß die Eidgenossenschaft die Abordnung eines außerordentlichen Gesandten nach Karlsruhe⁵⁾. Hätte dieser nicht eine vorläufige Aufhebung des verhängten Sequesters zu Wege gebracht so wäre die Sache unfehlbar in offene Fehde ausgeartet, oder hätte eine förmliche Intervention fremder Mächte veranlaßt. Durch offiziöse, wohlwollende, Einwirkung der russischen und preussischen Kabinete erreichte die wichtig gewordene Angelegenheit das Ziel einer freundschaftlichen, für die Schweiz eben so befriedigenden als ehrenvollen, Erledigung.

Eine merkwürdige, moralische, politische und diplomatische Erscheinung der damaligen Zeit war der (am 24. Sept. 1815), im Herbst des verflossenen Jahres, und vor Unterzeichnung des zweiten Pariser-Friedens zwischen den drei Mächten Rußland, Oesterreich und Preußen abgeschlossene, unter der Benennung „die heilige Allianz“ bekannte Vertrag, welchem sich anzuschließen alle christlichen Staaten in der Absicht eingeladen wurden, einen allgemeinen, ungetrübten Friedens-Bestand auf das Christenthum und das Menschenwohl zu begründen⁶⁾. Der russische Kaiser ließ durch seinen Geschäftsträger, Baron von Krudener, die auf der Tagsatzung vereinigten Boten der Eidgenossenschaft zum Beitritte zu diesem heiligen Bündnisse einladen. Diese, durch frühere Erfahrungen an eine politische, oder diplomatische Sprache solcher

5) Alt-Bürgermeister von Escher, später und auf sein Gesuch, abgelöst durch Rathsherr Hirzel.

6) Juli 1816.

„ je daraus die Veranlassung hergeleitet werden, durch sogenannte
 „ Freundschaftsdienste: *Bona officia*“, sich in die innern Angele-
 „ genheiten des Bundesstaates zu mischen, sei durchaus ungegrün-
 „ det. Die Mächte haben die volle und unbedingte Unabhängig-
 „ keit der Schweiz auf das feierlichste anerkannt, und diese möge
 „ in der Beitritts-Akte, doch auf eine Weise, vorbehalten werden
 „ welche von keinem unverdienten Mißtrauen in die erst kürzlich
 „ wieder von seinem Souverain, und von den Mächten überhaupt,
 „ der Schweiz beurkundeten Wohlwollen zeuge. Habe sich Ruß-
 „ land allein an die Schweiz gewendet, so könne sich diese aus
 „ den Rückäußerungen Englands und Frankreichs überzeugen, daß
 „ es dabei nur Wortführer der übrigen Mächte sei, auch seien die
 „ österreichischen und preussischen Minister bereit, seinen Antrag im
 „ Namen ihrer Höfe zu unterstützen.”

In Folge dieser Erläuterungen beschloß der Vorort einen pas-
 senden Entwurf zum Beitritte zu diesem, namentlich im Sinne
 schweizerischer Politik erwünschten Bündnisse unter den euro-
 päischen Mächten den Kantonen mitzutheilen, und auf Genehmi-
 gung desselben, dem. Beispiele anderer Mächte gemäß, nicht in
 „ Form eines wirklichen Traktates, sondern in derjenigen einer
 „ einfachen Zustimmung, zu jenen ehrwürdigen, für die Mensch-
 „ heit so wohlthätigen, von den Vätern stets heilig geachteten
 „ Grundsätzen der christlichen Religion, der Gerechtigkeit und
 „ friedlichen Eintracht der Völker”, anzutragen⁷⁾.

7) Dieser Entwurf zur Beitritts-Erklärung lautete:

DÉCLARATION.

La confédération Suisse invitée par Sa Maj. l'empereur de toutes
 les Russies, à accéder au traité d'alliance fraternelle et chrétienne
 conclu à Paris le 26 Sept. 1815 entre Sa Maj. Impériale et Leurs
 Maj. L'Empereur d'Autriche et le Roi de Prusse, rend hommage à
 l'esprit religieux et moral de ce traité, qui tend éminemment à assurer
 la paix et la félicité des peuples. Les Suisses, fidèles aux maximes de
 leurs pères ont autant de respect pour les droits des autres états, au-

Ein weiterer Gegenstand äußerer Verhältnisse lag unter den Vororten in mehrfach erneuerter Berathung: Sollte die Eidgenossenschaft, oder sollte sie nicht, in nähere Verbindung mit der sich eben bildenden deutschen Bundes-Versammlung treten?

Es blieb nicht unbekannt, daß jene große Eidgenossenschaft, ungeachtet der sehr verschiedenen Elemente ihrer Zusammensetzung, manches zu verwirklichen trachte, was sich in der kleinen schweizerischen Eidgenossenschaft bewährt hatte, auch daß bei mehreren ihrer Mitglieder der Gedanke vorwalte, die Schweiz mit in den deutschen Bund hineinzuziehen¹⁰⁾. Diese fand angemessen, die voll-

« En voyant les états, dont Elle se compose, donner cette preuve unanime de l'importance morale et politique, attachée par Eux à l'engagement auquel ils ont été invités à prendre part, l'Empereur a senti se fortifier encore l'estime que Lui a toujours inspiré le caractère de la Nation Suisse, et l'intérêt invariable qu'il porte à sa paisible indépendance et à son énergique neutralité.

« C'est ce que le Soussigné est chargé d'exprimer de la part de Sa Maj. Impériale au directoire fédéral. Il s'estime heureux d'être l'organe de cette communication, par laquelle son auguste maître a voulu donner une nouvelle et solennelle évidence à ses sentimens pour la Suisse."

Berne, le 7 Mai 1816.

Signé: LE BARON DE KRUDENER.

10) Auszüge aus einer vertraulichen Denkschrift des Freiherrn von Gager an den Fürsten von Metternich:

„Wir haben bei unsern Bundes-Versammlungen keine Sinnbilder der Einheit und der obersten Gewalt vor uns auf dem Tische liegend. Wir wollen die Vollziehungs-Gewalt nicht einmal in Kommission geben

„Was ist der europäische Völkerverein? Wie weit gehen seine Officien? Wie weit das Recht gegenseitiger Einwirkungen? Sind Gegenstände von gemeinsamem Interesse und Pflichten vorhanden, denen keiner sich entziehen kann? Hat man einen Fehler begangen, die Schweiz aus dem deutschen Bundesysteme herauszulassen? die Kapitulationen mit Frankreich nicht zu behindern? eine Neutralität zuzugestehen, das will sagen, den blutigen Tummelplatz niemals ihr, sondern sich selbst aufzubürden? Sind die Niederlande und die Schweiz als die Endpunkte der deutschen Nation gegen Frankreich besonders zu berücksichtigen, oder Traktaten mit ihnen abzuschließen, die denjenigen mit Frankreich das Gleichgewicht halten?" u. s. w.

macht unter die Kantone, über Festsetzung und Eintheilung der Waffenarten, über vervollkommenen Militär-Unterricht, über Gleichförmigkeit bezweckende, Oberaufsicht, und über Herbeischaffung genügender, ökonomischer Mittel für Friedens- und Kriegzeiten, sollten der obersten Bundesbehörde zur Fassung geeigneter Beschlüsse vorgelegt werden.

Der Vorort Zürich berief bereits zu Anfang des Jahres 1815 eine, aus ausgezeichneten eidgenössischen Magistraten zusammengesetzte Kommission¹²⁾, welche unter Reinhard's Vorfige die Scala-Verhältnisse der Mannschafts- und Geldleistungen der Kantone; die Bildung einer eidgenössischen Kriegs-Kassa, und alle dahin einschlagenden Geschäfte zu bearbeiten hatte. Dieselbe begann mit Revision der Mannschafts-Scala, und war einstimmig in Festhaltung an dem, früher bestandenen Grundsatz, der Aufstellung von zwei Mann auf hundert Seelen Bevölkerung, allein es gebrach ihr an einer genuinen, in jenem Augenblicke unmöglich vorzunehmenden Volkszählung, und sie sah sich gezwungen, mit Vorbehalt einer spätern, genauern Revision an den bisherigen Bestimmungen festzuhalten; einige auffallende Irrungen auszugleichen, und die neu eingetretenen Kantone, so wie diejenigen, welche durch den Friedensschluß Länder-Erweiterungen erhalten hatten, mit den übrigen in billige Verhältnisse zu bringen.

Ungleich schwieriger war die Festsetzung einer neuen Geld-

12) Diese Kommission bestand aus :

Bürgermeister von Reinhard von Zürich.

Schultheiß von Mülinen von Bern.

Schultheiß Keller von Luzern.

Bürgermeister Wieland von Basel.

Bürgermeister Fezer von Aargau.

General-Quartiermeister Finsler von Zürich.

Diese zog zu Behandlung einiger ökonomischer Gegenstände bei :

Oberst-Kriegs-Kommissär Landammann Geer von Glarus.

Rathsherr Strzel von Zürich.

und in weniger nothwendige, von geringerem, und von größerem Werthe, ab; sie erklärte die ersteren Abgabe-frei, belegte die zweiten mit einem, und die dritten mit zwei Bagen Eingangszoll für jeden Zentner.

Diese einfache Eintheilung schlug jeden Versuch von Schleichhandel von vornherein nieder, machte den Bezug durch die Grenz-Kantone leicht, und die Aufstellung eines eigenen Zoll-Personales überflüssig. Der Gesammbetrag, dieser Zollerhebung, wenn auch für einzelne Kantone und für einzelne Privaten nicht unbedeutend, war dennoch nicht drückend, und der Ertrag überstieg jede gehegte Erwartung. Dieser Zoll sollte, verfassungsgemäß, nur bis zum Betrage eines gedoppelten Geld-Kontingentes erhoben werden. Mehrere Jahre später wurde er durch Unterhandlung und einmüthig gewordenes Konfordat, bis zum Betrag von vier Geld-Kontingenten bezogen, und, ungeachtet er sehr verschiedenartig auf den Kantonen lastet, seither für perennirend erklärt.

Diese Kriegs-Kasse wurde mit den aus Frankreich zu beziehenden Entschädigungs-Geldern unter eidgenössische Administration gestellt, theilweise für Waffenankäufe an die einzelnen Kantone übergeben, größern Theils aber zu Verbesserung des eidgenössischen Wehrstandes verwendet, baar aufbewahrt, oder an Zinsen gelegt.

Die Kommission veranlaßte den Vorort zur Einberufung mehrerer erfahrener Stabs-Offiziere; worauf theils von diesen, theils im Einverständnisse mit denselben, alle diejenigen Vorarbeiten verfertiget wurden, welche der Eidgenossenschaft ein nationales Heer, diesem Unterricht, Beaufsichtigung, und die Möglichkeit fortschreitender Vervollkommnung verschafften. Die Tagsatzungen der Jahre 1816 und 1817 brachten die Militär-Verfassung der Eidgenossenschaft zu Stande, und, blieb auch noch manches zu thun und zu wünschen übrig, so konnte daran in der Folge jede wünschbare und mögliche Verbesserung geknüpft werden. Ganz vornehmlich sind der tiefen Einsicht und der unermüd-

die verdankenswertheften Beweise von Wohlwollen von allen Nachbarstaaten.

Der König von Baiern ließ ihr, ungeachtet eigenen Bedürfnisses, bedeutende Quantitäten Korn zukommen. Der König von Würtemberg trat ihr sogar einen Theil derjenigen Einkäufe ab, welche er für die Bedürfnisse seines Volkes, in dem entfernten Norden gemacht hatte; und auch Baden ertheilte einige Concessionen. Sardinien setzte seinen Transit-Zoll herunter, um die Herbeischaffung schweizerischer Korneinkäufe, aus dem Hafen von Genua, zu erleichtern und bewilligte, eben so wie die österreichische Regierung der Lombardie, Reis-Einkäufe in ihren Staaten. Der, auf seinem Throne noch wenig befestigte, König von Frankreich beschützte nachdrücklich, und ungeachtet es darum auf mehreren Punkten bis zu Volksaufläufen kam, den Transit für beträchtliche im Hafen zu Marseille gemachte Korn-Einkäufe für die westliche Schweiz.

Die Witterung des Frühjahres 1817 ließ sich ungünstig an; die Besorgnisse steigerten sich im Verhältnisse der zunehmenden Theuerung. Allerdings war der Ausgang ungewiß; gewiß war, daß, bei glücklichem Erfolg der Erndte, erneuerte Einkäufe in den Seehäfen bedeutenden ökonomischen Verlust bringen würden, und darum blieb, namentlich die Regierung des Kantons Zürich, in ihren Ansichten getheilt, ob ein, möglicher Weise sehr großer, ökonomischer Verlust gewagt, oder der Erfolg des Jahres abgewartet werden solle. Reinhard, ein kräftiger Vertheidiger der Freiheit des Handels, daneben in seinem öffentlichen, wie in seinem Privat-Leben, ein wahrer Vater der Armen, und ein äußerst sparsamer Verwalter öffentlichen Gutes, erklärte seiner Seits gerne die Verantwortlichkeit einer großen Geld-Einbuße, nicht aber diejenige mit übernehmen zu wollen, unvorbereitet zu bleiben, um den Armen ihre Existenz zu fristen; eine Erklärung, welche wesentlich dazu beitrug, die Mehrheit der Regierung

Beschränkte der Bund die Rechte der Tagsatzung, und die Pflichten der Kantone je des einen zu den andern oder zu der Gesammtheit, so bot sich dagegen das Mittel der Konfödate dar, um einzelne, oder viele Kantone zu gemeinschaftlichen Zwecken zu vereinigen, und unzählbar sind die Vortheile, welche aus denselben, für zahlreiche Verhältnisse des öffentlichen Lebens hervorgegangen sind.

Im Jahre achtzehn hundert und neunzehn fand im Kantone Zürich, und gleichzeitig auch in einigen andern evangelischen Kantonen, die Säkularfeier der Glaubens-Verbesserung statt. Reinhard nahm an derselben, als warmer und freisinniger Christ, den lebhaftesten Antheil. Er betrachtete jene große Begebenheit nicht nur unter dem Gesichtspunkte der Abwerfung eines unerträglich gewordenen Joches für die Staaten, welche sich von Rom getrennt hatten, sondern auch als Ursache wichtiger Verbesserungen in kirchlichen Dingen in vielen Staaten, welche in der römischen Gemeinschaft verblieben. Aus den nämlichen Gründen nahm er ein anderes, in diese Jahre gefallenes (1818), bedauerliches Ereigniß sehr zu Herzen: ein Ereigniß, das großes Aufsehen erregte, und dessen Folgen selbst jetzt noch nicht genau bestimmt werden können. Im Kanton Freiburg nämlich, wurde, ungeachtet großen inneren Widerstandes und aller Gegenvorstellungen des Vorortes Bern, der Jesuiten-Orden eingeführt, und demselben, theilweise wenigstens, die Erziehung der Jugend anvertraut. Wie sehr Reinhard dadurch erschüttert wurde, zeigt seine, im zürcherischen großen Rathe, gehaltene Rede, der wir einige Stellen entheben:

„Unter den Auspizien glücklicher äußerer Verhältnisse genießt
 „die Schweiz in ihrem Innern des vollsten Friedens, und der
 „ungetrübtesten Ruhe. Bleiben auch die Interessen der katholi-
 „schen Kirche noch ungeläutert und unausgemittelt, wird auch
 „von dem kirchlichen Oberhaupte den Bedürfnissen so vieler

wahr, daß die Schweiz im Allgemeinen während der ersten Amtsverwaltung der drei Vororte eines seltenen, innern und äußeren, Glückes genoß, und den Schultheißen des Vorortes Luzern, welcher diesen Kreislauf beschloß, bei Eröffnung der Tagsatzung zu den Worten berechnete:

„Erwartet von mir wenig neue oder wichtige Eröffnungen
 „(über die äußere und innere Lage des Vaterlandes), sondern
 „wünscht vielmehr, gleich mir, unserm Vaterlande zu einer Lage
 „Glück, welche der Neugierde nur geringen Reiz darbietet, und
 „in uns keine Reizung erregt, diese näher auf uns zu ziehen.“

mehrere öffentliche Blätter bereits eine sehr heftige Sprache zu führen anfangen, Unterstützung und Mittel zu Verwirklichung ihrer Pläne finden. Die meisten Regierungen der erst wieder zur Ruhe und Selbstständigkeit gelangten Kantone, eifersüchtig zwar auf ihre Souverainetäts- und Unabhängigkeitsrechte, zeigten sich wenig geneigt, auf ihrem Grund und Boden die Batterien erbauen zu sehen, von denen aus die Nachbarstaaten angegriffen werden könnten. Die größern Monarchen waren wiederholt zu Troppau, zu Laybach und Verona, ihre Minister auf dem Johannisberge zusammen getreten, um die Keime neuer Umwälzungen in der Wurzel abzuschneiden, und täglich ernster wurde die Stimmung derselben gegen die Schweiz.

Bereits vor Ende des zweiten Direktorial-Jahres von Luzern hatten die österreichischen und preussischen Ministerien, letzteres von Troppau aus, Anzeigen und Warnungen an den Vorort gerichtet: es hätten nämlich verschiedene deutsche und italienische Flüchtlinge im Kanton Graubünden Aufenthalt gefunden, von wo aus sie gefährliche Verbindungen in der Schweiz selbst, und mit dem Auslande unterhalten. Sämmtlichen schweizerischen Regierungen werde Wachsamkeit empfohlen, wollen sie nicht die freundschaftlichen Verhältnisse der Schweiz mit allen Mächten gefährden. Unmittelbar darauf langten ähnliche Mahnungen zu Beauffichtigung geheimer, von Fremden in der Schweiz sich bildender, gegen das Ausland gerichteter politischer Verbindungen auch von Seiten der französischen und gleiche Andeutungen auch von der englischen Regierung ein. Die Regierung Graubündtens, und in ihrem Namen der Vorort, rechtfertigten sich auf eben so vollständige als würdige Weise, und beruhigten auch wirklich für den Augenblick die auswärtigen Staaten.

Im Frühjahr 1821 brach im Piemont eine Revolution aus. Sie konnte bei ihrer Nähe an der Grenze und bei der Aufregung ganz Italiens auch für die Ruhe der Schweiz gefährlich werden.

Auch Frankreich steigerte von Tag zu Tag die Äußerungen seines Mißtrauens, und es folgte denselben eine amtliche, sehr weitgehende Eröffnung des österreichischen Kabinetes nach, welches selbst die Verbindungen der Flüchtlinge, in den Kantonen Genf, Waadt, Valais, Basel, Aargau, Bern, Tessin und Graubünden kennen wollte, und sich über Mitwirkung eidgenössischer Behörden, durch ordnungswidrige Paßertheilungen beschwerte. Diese Mittheilung sprach sich ferner dahin aus: „Die Verbindung der Verschwornen beschränke
 „ sich nicht nur auf engen Zusammenhang, auf Briefwechsel und
 „ Umtriebe; sie bereiten sogar die Mittel vor, um die beabsich-
 „ tigten Aufstände in Frankreich, Piemont und der Lombardei,
 „ im Fall des Ausbruches, durch offene Gewalt zu unterstützen.
 „ Zu dem Ende werde ein revolutionärer Bund errichtet, es bilden
 „ sich kriegerische Banden, es geschehen Ankäufe von Waffen und
 „ Munition. Nicht nur fremde Mißvergnügte und Flüchtlinge, deren
 „ die Schweiz eine große Anzahl beherberge, sondern selbst Ein-
 „ geborne seien bei dieser verbrecherischen Genossenschaft theil-
 „ get. Die Kontinental-Mächte, und besonders Oesterreich, können
 „ einem solchen Zustand der Dinge nicht länger mit Gleichgültig-
 „ keit zusehen. Ihre eigene Sicherheit verpflichte sie zur Dazwi-
 „ schenkunft.

„ Es haben in diesen verschiedenen Beziehungen bereits auf
 „ dem Kongresse zu Verona Verhandlungen statt gefunden; die
 „ Berathung sei seither in Paris von den Gesandten der hohen
 „ Mächte, vereint mit dem französischen Kabinete, fortgesetzt wor-
 „ den; die Ergebnisse derselben werden den in der Schweiz resi-

einen Feldzug nach Spanien vorbereitete; Rußland fand dennoch, daß man lange nicht weit genug gehe; Oesterreich that nur so viel als unumgänglich nothwendig war, um nicht mit Rußland brechen zu müssen, und Preußen richtete sorgenvolle Blicke auf jede, auch noch so kleine Bewegung. Oesterreich wollte von keinem Bruche mit England etwas hören, und fürchtete gleich Preußen eben so sehr die Erfolge französischer Waffen, als die Märsche russischer Truppen.

beugen, als sie vorerst abzuwarten. Und gleich bei der ersten Berathung, bei Eröffnung aller Kantonsstimmen, waltete über das Wesentliche der Sache nicht der geringste Widerspruch ob. Alle Kantone waren einverstanden, sich nicht allzu sehr in Einzelheiten einzulassen; die individuelle Freiheit nicht unterdrücken, den edeln Sinn der Gastfreundschaft nicht verletzen zu lassen, wohl aber, jedem Mißbrauche vorzubeugen, und dabei alle innern Institutionen, so wie die souverainen Rechte der Kantone aufrecht zu erhalten. Eine Kommission³⁾ sollte, auf diese Prämissen gegründet, geeignete Anträge ausarbeiten, und den Zweck, ohne Abweichung von den alten Staatsgrundsätzen der Eidgenossenschaft, zu erreichen trachten. Die Anträge derselben wurden ohne Aufschub vorgelegt, und veranlaßten einen ganz einmüthigen Tagsatzungs-Beschluß, laut welchem:

„Die eidgenössischen Stände auf das Nachdrücklichste eingela-
 „den wurden, auf geeignetem Wege ernste und genügende Maß-
 „regeln zu ergreifen, um in Beziehung auf den Mißbrauch der
 „Drucker-Presse sorgfältig auszuweichen, daß die schuldige Achtung
 „gegen befreundete Mächte nicht verletzt, und keine Veranlassung
 „zu begründeten Beschwerden gegeben werde.“ (Die Freiheit in
 Besprechung und Erörterung innerer Angelegenheiten wurde
 dabei auf keine Weise beschränkt — und in Beziehung auf Frem-
 den-Polizei angeordnet): „Es soll verhindert werden, daß
 „durch keinen Mißbrauch der herkömmlich und einheimisch gewor-
 „denen Gastfreiheit der Schweiz, solche Flüchtlinge in dieselbe
 „eindringen, oder sich darin aufhalten können, welche wegen ver-
 „übter Verbrechen, oder Störungen der öffentlichen Ruhe, aus

3) Mitglieder dieser Kommission waren:

Präsident Bürgermeister von Reinhard von Zürich.

Schultheiß Rüttimann von Luzern.

Bürgermeister Wenk von Basel.

Bürgermeister Feyer von Aargau.

Staatsrath Fatio von Genf.

Rathsherr Fischer von Bern.

daß, wie beschränkt auch die Versprechungen seien, so werde denselben hinwieder redliches Genügen geleistet werden. Zwar brachten die Mächte noch öfters Beschwerden vor; allein sie wurden immer offen erwiedert, und Niemandem Anlaß gegeben die eidgenössischen Behörden irgend einer Gefährdung von National-, Kantonal- oder bürgerlichen Rechten zu beschuldigen.

Am nachdrücklichsten und anhaltendsten wiederholten sich die Klagen gegen die Hochschule zu Basel, und einige dort angestellte Professoren; und der dortigen Regierung gebührt das Zeugniß, ihre Rechte auf das Standhafteste behauptet zu haben, wohl ohne den Dank vorauszusehen, welcher ihr später dafür werde gezollt werden⁵⁾. Diese Tagsatzungs-Beschlüsse, oder vielmehr diese Einladungen an die Kantone, zu denen Reinhard in bedeutendem Maße mitgewirkt hat, wurden während mehrerer Jahre, und bis sie als überflüssig beseitigt werden konnten, alljährlich wiederholt. Sie wurden, namentlich von denjenigen Fremden, denen das Schicksal der Schweiz wenig am Herzen lag wenn nur sie ihre Zwecke erreichten, als eine Schmach des Landes verkündigt, vielleicht sogar von Mehreren als solche betrachtet, welche sich später, unter ungleich günstigeren Umständen, veranlaßt sahen, unruhiger Fremden wegen noch tiefer einzuschreiten, und dadurch die damals gefaßten Beschlüsse im vollsten Maße zu rechtfertigen.

Weit früher, als diese Berathungen hatten die Angelegenheiten der sogenannten Handels-Retorsion, gegen Frankreich,

5) Meyer von Knonau, Handbuch der Geschichte der schweizerischen Eidgenossenschaft. Tom II. pag. 776.

„Basel behauptete dabei freimüthig, aber mit Bescheidenheit, eine Stellung, die Freiburg fünf und sechszig Jahre früher gegen Großbritannien unter verben Formen angenommen hatte, die aber wieder bewies, daß ein einzelnes Glied des Bundesstaates bisweilen Dinge behaupten könne, die eine Einheits-Regierung kaum zu behaupten fähig wäre.“

vollständigen, von ausführlichen Tarifen begleiteten Mauth-Systemes gegen Frankreich, und setzten dasselbe in wirkliche Vollziehung.

Die Kantone, welche der unbedingten Handelsfreiheit huldigten stützten sich vornehmlich auf den Nachtheil der Mauth-Anstalten⁷⁾, auf ihre für die Moralität des Volkes höchst verderblichen Wirkungen, und auf die Erfahrung, daß bisher, und ungeachtet aller beschränkenden Maßnahmen der Nachbar-Staaten, der schweizerische Handel täglich an Umfang gewonnen habe, was durch den eidgenössischen Grenzzoll-Bezug außer allen Widerspruch gesetzt werde. Sie machten aufmerksam auf die höchst schädlichen Folgen jeder, zunächst auf den schweizerischen Handel zurückfallenden, Beschränkungen, und daß, um Wunden zu heilen, ungleich gefährlichere selbst geschlagen würden. Vielleicht wäre eine Vereinbarung aller Ansichten erzielt worden, hätte man sich darüber verständigen können, einzelne wichtige Artikel, wie z. B. französische Weine, nebst wenigen, aber wesentlichen Erzeugnissen der französischen Industrie, ganz zu verbieten, um durch solchen Gegendruck die Nachbarn empfindlich zu fassen. Bei einem Zolle von sechs Kreuzer auf die Maß Wein, und für andere Artikel im Verhältnisse war es nicht der Fall. Es wäre dann eine augenblickliche, in Hoffnung eines zu erzielenden glücklichen Friedens geführte, Fehde gewesen.

Allein diese Ansicht drang nicht durch, denn die beabsichtigte Maßregel sollte gleichzeitig bedeutende Finanz-Quellen eröffnen; und diese Aussicht war noch weniger geeignet, die Besorgnisse der Vertheidiger des freien Handels zu beseitigen, oder zu beschwichtigen. Selbige konnten sich nicht mit der Ansicht vertraut machen,

7) Quand le commerce est parvenu, comme de nos jours, à une précision mathématique, toute contrebande a son tarif; et plus le système prohibitif multiplie les entraves, plus il augmente la fraude, en accroissant les profits.

„Schlußnahme erfolgen, so behalte die Gesandtschaft ihrem hohen
 „Stande das Recht, so wie die Anwendung einer solchen Besten-
 „rung gegen die nicht beitretenen Kantone auf das Feierlichste vor.“

Die bisher Klagen den gaben sich mit dieser Erklärung zufrieden; dagegen blieb für die Unbefangenen klar, daß die anzuordnenden Mauth-Linien, wo nicht zum Vorwande, doch zum Mittel dienen sollten, die, durch äußere Umstände ohnehin unerträglich gedrückte, Industrie zu weit greifenden fiskalischen Zwecken zu benutzen, um von ihr das benöthigte Geld zu beziehen. Somit konnte von einem zu erzielenden Einverständnisse keine Rede mehr sein, und die Tagssagung ging mit ziemlicher Mißstimmung und Uneinigkeit auseinander. Kurz nachher trat der große Rath auch des Kantons Zürich zur Schlußnahme in dieser Sache zusammen, und großen Theils war es der ganz übereinstimmenden Ansicht Reinhard's und Usteri's, beider lebhafter Bertheidiger der Freiheit des Handels, zu verdanken, daß sich die oberste Kantonsgewalt, nach dreitägiger sehr einläßlicher Behandlung dieser wichtigen Angelegenheit, mit bedeutender Stimmenmehrheit zu Gunsten dieses Systems aussprach: eines Systems, welches sich auch seither, und bei noch ungleich größern äußern Bedrängnissen sattfam bewährt hat. Bei der Ratifikations-Erklärung traten dann Graubünden und Tessin von dem Konfordate zurück; Uri und Nidwalden dagegen demselben bei.

Die konfordirenden Kantone setzten ihre Beschlüsse in Vollziehung, und es entstanden daraus unzählige innere Verwirrungen und so unerträgliche Placereien, daß bald die Fürbauer dieser, den innern Frieden störenden, und eine bedenkliche Verwirrung der Begriffe über das eidgenössische Staatsrecht erzeugenden, Anordnungen unhaltbar wurde. Schon die nächstfolgende Tagssagung traf Einleitungen um, mit Ehren, zurückzutreten: kurz hernach geschah es in der That von den Ständen Luzern und Uri, und dadurch wurden auch die übrigen Kantone bewogen, in der abermals nachfol-

sogar hie und da vollständig erreichten. In den nämlichen Jahren ordneten die Tagsatzungen mancherlei wohlthätige Verhältnisse mit den Nachbarstaaten, und zahlreiche Gegenstände der innern öffentlichen Wohlfahrt, theils durch Beschlüsse, theils durch Konföderate, und eröffneten die Bahn zu noch viel anderem. Während einer langen Periode allgemeinen Friedens hatten aber die Ansichten über Verhältnisse im Innern der Kantone, und von den Kantonen zu einander ganz neue Richtungen genommen. Vermehrter Wohlstand, bessere Erziehung und allgemein verbreitete Lectur in- und ausländischer Tageblätter, erweckten lebhaftern Sinn für Theilnahme an öffentlichen Angelegenheiten, und erzeugten auch mehr Fähigkeit dazu. Zahlreiche gemeinnützige und wohlthätige Gesellschaften verstärkten diese Richtung und brachten viel Neues, meistens auch Gutes, zu stande. Einzelnen Geschäftsmännern, so erzählt Reinhard, welche sich aller Folgen erinnerten, welche früheres Streben über das Vaterland gebracht hatte, schien der Gang etwas zu rasch, andern, zum Theil weniger erfahrenen, die nur Gegenwart und Zukunft, nicht aber die Vergangenheit ins Auge faßten, schien der Gang viel zu langsam. Man darf jedoch annehmen, daß ohne außerordentliche äußere Ereignisse aus diesen Verhältnissen von Bewegung und mäßigem Widerstande glückliche und edle Fortschritte hervorgegangen wären.

Am 21. Hornung 1830 trat Reinhard in sein fünf und siebenzigstes Altersjahr über und widmete seinen Geburtstag einem feierlichen Rückblicke auf seine zurückgelegte Laufbahn; er setzte den Tag fest, an welchem er seine lange magistralische Laufbahn beschließen wolle⁸⁾, und beendigte eine Denkschrift über sein öffentliches Leben mit nachfolgenden Betrachtungen:

8) Nur um ganz kurze Zeit später, als es in Folge veränderter Umstände geschah.

„ten, und konnte mich, bei heranrückendem Alter, nur befreien
 „der frühern Verantwortung enthoben zu sein.

„Ich fühle mich in dem Glauben und in der Hoffnung glück-
 „lich und beruhigt, daß der allgemeine und der besondere Wohl-
 „stand im Vaterlande vornehmlich aus jenen Zeiten hervorge-
 „gangen seien.

„Sechs Mal⁹⁾ habe ich die Präsidial-Würde der Schweiz
 „bekleidet, siebzehn Tagsatzungen beigewohnt, fünf Mal wurden
 „mir wichtige Sendungen ins Ausland anvertraut.

„Eine allerdings einflußreiche und nicht unbedeutende Lauf-
 „bahn für einen Mann, der wenig Ansprüche auf solche Aus-
 „zeichnung zu machen berechtigt war. Weder ausgezeichnete Gaben
 „des Geistes, noch gelehrte Kultur, oder darauf gegründete Ver-
 „dienste, haben mich auf die erste Stufe der vaterländischen Ma-
 „gistratur erhoben. Zwar hatte ich bei meiner Erziehung so viele
 „Vorbereitung empfangen, daß ich mich vor großen und gelehr-
 „ten Männern, mit denen ich in Berührung kam, nie Ausbrüchen
 „greller Unwissenheit Preis geben mußte, sondern mich im Falle
 „befand, derselben höhere Einsichten zu würdigen, anzuerkennen,
 „und mich an denselben zu belehren.

„Ein von der Vorsehung mir ertheilter gerader und gesunder
 „Blick, ein höheres Maß eindringenden Scharffinnes ersetzend,
 „erweiterte sich bei langjähriger Geschäfts-Übung. In jüngern
 „Jahren verspürte ich oft den Mangel an dem so nöthigen Tacte,
 „und die richtige Ausmittlung des Maßes von Schicklichkeit und
 „Thunlichkeit. Daher war ich schüchtern in meinem Benehmen,
 „bis reifereß Alter und mehr Umgang mit der Welt meine Er-
 „fahrung, Welt- und Menschenkenntnisse vermehrte. Ich bin
 „mir bewußt mehr Verstöße gegen Persönlichkeit und Formen
 „als gegen Geschäfts-Verhältnisse begangen zu haben.

9) In den Jahren 1807, 1813, 1814, 1816, 1822 und 1828.

„hätte hinlenken sollen;“ oft schien es, als hätten wir die Rollen
„vertauscht.

„Ich glaube meinen genossenen öffentlichen Credit wesentlich
„meiner unabhängigen Stellung, und diesen meinen Grund-
„sätzen beimessen zu sollen. Sollte ich zuweilen bei Anwendung der-
„selben andere gestoßen, oder wohl gar beleidigt haben, so ge-
„schah es nie aus persönlichen Rücksichten, oder aus Feind-
„seligkeit; ja ich darf vielleicht sogar hoffen, daß selbst solche mir
„diese Anerkennung öfters zu Theil werden ließen.

„Der Allmächtige möge zu allen Zeiten segnend und beschützend
„ob dem geliebten Vaterlande wachen!“

jüngern Linie der Bourbone: Herzog Ludwig Philipp von Orleans, wurde unter der Benennung: Ludwig Philipp, König der Franzosen, auf einen sogenannten Bürgerthron erhoben.

Die Tagsatzung löste sich nach Vollendung ihrer Geschäfte auf, nicht ohne bange Sorgen für die Erhaltung des allgemeinen äußern Friedens und der Eintracht im Innern der Eidgenossenschaft.

Reinhard fand sich bewogen den, am zwanzigsten Hornung des Jahres 1830 geschlossenen, Abriß seiner Lebensgeschichte ungefähr ein Jahr nachher fortzusetzen, und mit einem Anhang zu vervollständigen¹⁾. Dabei lassen wir denselben, ohne Hinzufügung eigener Bemerkungen, selbst sprechen:

„Noch einmal soll ich die Feder ergreifen, um summarisch die „in dem Kanton Zürich und in einigen andern Theilen der „Schweiz eingetretene, neue Staatsumwälzung zu schildern.

„Wo lag zu einer Revolution der Stoff, die Beweggründe, die „Anzeichen, die Beschwerden, wo die Unterbrechung des Zutrauens in „die bestehenden Verfassungen und Regierungen? War die Schweiz, „waren die Kantone nicht glücklich, waren sie nicht Gegenstand „des Neides des Auslandes? Wohl! und dennoch geschah es!

„Die Triebfedern der Menschen sind eben so wenig ausschließend böse als ausschließend gut. Gott hat sie in der „Anlage gemischt, dem Menschen das Übergewicht der einen oder „der andern anheimgestellt. Dieselben lassen sich leiten durch „Eigenwahn, durch äußere Eindrücke, durch Einfluß und Beispiel „anderer; darum soll man nie blindlings verdammen, sondern „prüfen, und jedermann mit Nachsicht beurtheilen.“

Nach Durchgehung der schon in frühern Abschnitten behandelten Verhältnisse der Schweiz zu dem Auslande fährt er fort:

„Alles dieses hatte nur einen entfernten Einfluß auf die

1) Dieser Anhang erhielt die Überschrift: *Neminem ante mortem beatum dixeris!*

„So z. B. bildete die jährlich anwachsende Bevölkerung ein
 „zunehmendes Mißverhältniß mit dem Ertrage des, nicht überall
 „fruchtbaren, Bodens, so daß, namentlich in jenen Bezirken des
 „Kantons Zürich wo sich die Industrie am meisten entwickelte,
 „die Einfuhr fremden Getreides nicht nur ein andauerndes, son-
 „dern ein steigendes Bedürfniß wurde.

„Die Einfuhr deutschen Kornes aus Schwaben steigerte sich
 „im Laufe von zwanzig Jahren, auf dem Kornmarkte zu Zürich,
 „beinahe auf das Gedoppelte, und war von wöchentlichen unge-
 „fähr fünf und zwanzig hundert Mütten auf ungefähr fünf und
 „vierzig hundert angestiegen, zu denen der eigene Kanton kaum
 „den achten Theil lieferte; das Ubrige, mit einem alljährlichen
 „Aufwande von ungefähr sechsmal hundert tausend Gulden (weit
 „mehr als das damalige Staats-Budget) mußte aus der Fremde
 „herbeigeschafft werden, mithin jede Stockung in der Zu-
 „fuhr, so wie in den Mitteln des Erwerbes gleich große Be-
 „sorgnisse erwecken. Die Klasse der Industriellen verlangte
 „größtmöglich erzielbare Wohlfeilheit; während die noch mehr im
 „Auge zu behaltende Klasse der Landbauer kaum mehr die Kosten
 „des Anbaues ihrer Felder, neben Ernährung ihrer Familien
 „und Abtragung ihrer schuldigen Zinse zu erschwingen ver-
 „mochte: Schulden, welche durch die, beinebens sehr wohlthätige,
 „Anstalt der Feuer-Assuranz ungemein und in dem Maße ge-
 „steigert wurden, daß bei Mißjahren, und so oft der Ertrag des
 „Weinstockes nicht nachhalf, dieser Zinsbetrag immer höher anstieg.

„Niemand wird in Abrede stellen wollen, daß die seit dem
 „Jahre 1798 eingetretene Handels-Freiheit im Innern, und die
 „Entwicklung derselben seit den Friedensjahren, die Zahl der
 „Fabrik- und Industrie-Unternehmungen im Kantone verzehn-
 „vielleicht verzwanzigfacht hat, und daß sie täglich neuen Auf-
 „schwung, und größere Verbreitung durch die neuen Erfindungen
 „im Maschinenwesen, in der Chemie, und in Anwendung der

„den Sprachen, im höhern Rechnen, in der Mathematik und in
„der Physik statt.

„Die gelehrten Schulen dienten, wenn auch in getrennten
„Fächern, doch in ineinander greifenden Instituten, den Medici-
„nern, den Theologen und den Politikern zur Vorübung.

„Allerdings forderten die Fachmänner schnellere, und umfas-
„sendere Verbesserungen; allein auch andere dringend werdende
„Staats-Einrichtungen erforderten Nachhülfe und die Staats-
„kräfte blieben ungenügend für alles.

„Die im Gefolge der ersten Staats-Umwälzung vom Jahre
„1798 eingetretene Zerreißung der Kantonal-Finanzen, und die
„eingebrochenen Kriegebelasten hatten die frühern Staatskräfte auf-
„gezehrt. Selbige wurden während der Vermittlungs-Periode
„durch die Regierung wieder gesammelt, geordnet und gehäuft,
„und es wäre Undank gegen die Vorsehung, die glückliche Ret-
„tung eines, vergleichungsweise mit andern Kantonen, noch be-
„deutenden Staats-Vermögens zu verkennen; allein die Kriegs-
„jahre 1805, 1809, 1813, 1814 und 1815, und die außeror-
„dentliche Theuerung in den Jahren 1816 und 1817, traten da-
„zwischen, nöthigten zu momentaner Kontrahirung einiger Schul-
„den, und zu Ausschreibung einiger außerordentlicher Steuern,
„doch weit das meiste mußte durch sorgfältige Sparsamkeit wie-
„der zu ersetzen getrachtet werden. Mit dem Jahre 1828 wurde
„das lange angestrebte Ziel der Gleichstellung der Bilanz zwi-
„schen den Einnahmen und den Ausgaben der Staats-Verwal-
„tung glücklich erreicht, und es bleibt zu wünschen übrig,
„daß dasselbe auch in Zukunft festgehalten werden könne.

„Dem Ausbruche der neuen Staats-Umwälzung näher rückend,
„bieten sich neben dem Vorgesagten wesentlich noch zwei Ursachen
„dafür dar.

„Vor Allem die ausgedehntere Befähigung neben dem dar-
„auf sich gründenden Verlangen zum Mitregieren, und die durch

„Zu Freiburg geschah Ähnliches, doch mehr im Sinne,
 „die von der Geistlichkeit verdrängte Partei wieder an das Staats-
 „Ruder zurückzuführen.

„Im Kantone Waadt versuchte die Regierung selbst, durch
 „schnelle Veränderung der Wahlgesetze im Volkssinne, einer wich-
 „tigern Revolution zuvorzukommen; allein vergebens. Aufgeregte
 „Volkschaufen drangen beleidigend bis in den Sitzungssaal des
 „großen Rathes ein, und rissen denselben zur vollständigen Um-
 „gestaltung hin.

„Der Kanton Thurgau war einer der ersten welcher sich
 „gänzlich umgestaltete, und dem, bei seiner neuen Verfassung,
 „nur die äußere Form der Landsgemeinde zur vollständigsten
 „Demokratie abging.

„St. Gallen ging noch um einen Schritt weiter, und behielt
 „die Sanction der Gesetze Volksversammlungen vor.

„Aargau gerieth in vollen bewaffneten Aufstand; militärisch
 „geordnete Schaaren aus den freien Ämtern, und aus dem, noch
 „kaum erst österreichisch gewesenem, Frickthalé zogen nach Aarau,
 „zerstreuten die Truppen der Regierung, und setzten einen Ver-
 „fassungsrath nieder, um eine neue, auf reine Demokratie ge-
 „gründete, Ordnung der Dinge vorzubereiten.

„Selbst das mächtige Bern mußte weichen. Von den Muni-
 „cipal-Städten ausgegangene Volksversammlungen, und eine un-
 „günstige Stimmung in dem katholischen Bisthume, lähmten jede
 „Energie und ließen der Regierung bloß die Wahl zwischen gänz-
 „licher Niederlegung der Gewalt, oder allmähligem Weichen vor
 „täglich gesteigerten Forderungen. Sie hielt es ihrer Würde an-
 „gemessener das erstere zu thun, und so gieng die Staatsge-
 „walt mit allen Reichthümern ihrer, in ganz Europa berühmten,
 „Verwaltung an einen, vom Volke gewählten, Verfassungs-
 „Rath über.

„Gegen Basel, welches kürzlich noch, mit besonderm Nachdruck,

„„worden. Man hoffe, daß sowohl die Regierung als die Bürger-
 „„schaft der Hauptstadt den gegenwärtigen Zeitpunkt und diese
 „„Gründe geeignet finden werden, um denselben in freundschaft-
 „„lichem Wege entgegen zu kommen. Vermittelt dieser Verbes-
 „„serung und Abhülfe in einigen Verwaltungspunkten, na-
 „„mentlich im Kasernendienste, in der Landjäger- und in der
 „„Montirungs-Steuer, würde sich das Volk beruhigen; jedem
 „„Ausbruche würde vorgebeugt, und Eintracht und Frieden im
 „„Kanton erhalten werden.“”

„Beide Bürgermeister erwiederten: „„Es wäre überflüssig,
 „„Befremden zu äußern, sei es über das, was als Nachahmung
 „„des Auslandes erscheine, sei es über die berührten Punkte in
 „„der Verwaltung, zumalen letztere bereits in den Diskussionen
 „„des Großen Rathes liegen; jedem Mitgliede desselben stehe frei
 „„Motionen zu eröffnen; sie glauben annehmen und versichern zu
 „„dürfen, daß ab Seite der Mitglieder der Stadt nirgends un-
 „„freundliche Gesinnungen obwalten.“”

„Als dieser Vorfall im Schoße der Regierung zur Sprache
 „kam, sprachen sich allseitig die nämlichen Ansichten aus. Ein
 „Antrag, die Erbauung mechanischer Webstühle zu verbieten,
 „wurde, als am meisten für die Klagenen nachtheilig und die
 „Grundsätze fortschreitender Zivilisation verlegend, mit großer Mehr-
 „heit beseitiget.

„Kurz nachher erschien das nämliche Mitglied des großen
 „Rathes, begleitet von zwei andern Mitgliedern aus den Bezir-
 „ken Winterthur und Uster, abermals bei dem Amtsbürgermeister
 „(Reinhard) und wiederholte amtlich die nämlichen Ansuchen,
 „beifügend: „„Ihre Sicherheit laufe Gefahr, die ordentliche
 „„Sitzung des Großen Rathes könne nicht abgewartet werden,
 „„sie müssen eine außerordentliche Versammlung desselben ver-
 „„langen; gegen das Personale der Regierung walte nicht die
 „„geringste Klage ob. Man beabsichtige durchaus keine Um-

„Am 3. Wintermonate wurde die Petition der Einunddreißig
 „dem großen Rathe vorgelegt, und von diesem eine Kommission
 „von einundzwanzig Mitgliedern, unter dem Vorſiße des Staats=
 „rathes Usteri, niedergeſetzt, um wohlerrwogene Anträge über die
 „zukünftigen Verhältnisse der Repräsentation vorzuberathen und
 „zu hinterbringen.

„Diese Kommission arbeitete während ungefähr zehn Tagen
 „mit unermüdeter Emsigkeit, und huldigte, nach langen ein=
 „läßlichen Diskussionen, in Einmuth, dem ihr von einem hochacht=
 „baren Mitgliede der Regierung ab der Landschaft angetragenen
 „Grundsätze, daß in dem neu zu bildenden großen Rathe weder
 „die Städte über das Land, noch umgekehrt, dieses über jene
 „herrschen dürfen. Die Stadt Zürich sollte 92, die Stadt Win=
 „terthur 14, der übrige Theil des Kantons eben so viele, oder
 „106 Stellen im großen Rathe beſezen.

„Am Schluſſe bezeugte der Präſident ſeine große Freude
 „über das Endreſultat und über die von allen Seiten in
 „die Berathung gebrachte Mäßigung und Liebe zur Eintracht
 „und Frieden; Usteri erklärte mit ungleich leichterem Herzen die
 „Kommission nun zu entlaſſen, als ſie eröffnet zu haben, und
 „sprach die, von allen Mitgliedern getheilte, Hoffnung der Mit=
 „wirkung an einem guten Werke aus.

„Der große Rath wurde auf den 27. Wintermonat zu Faſ=
 „sung ſeiner endlichen Beſchlüſſe einberufen.

„Mittlerweile wurde die Gährung des Volkes auf das höchste
 „geſteigert; das Memorial der Einunddreißig genügte ſürohin
 „eben ſo wenig mehr als die Anträge der Kommission, und ein
 „bedeutender Theil ihrer Mitglieder vom Lande wurden in ſolchem
 „Grade verdächtigt, daß ihrer perſönlichen Sicherheit Gefahr
 „zu drohen ſchien.

„Montags den 22. Wintermonat verſammelten ſich, wie durch
 „einen Zauberschlag, und auf eine einfache lithographirte Einla=

„einen besondern Saal geführt und von denselben verlangt,
 „selbst auf ihren Antrag zu verzichten.

„Dennoch trugen sie der Versammlung das allgemein be-
 „kannte Ergebniß ihrer Berathungen vor, und wurden sodann
 „beauftragt ihre Arbeit, mit Zuzug einiger neuer Ausschüsse ab
 „der Landschaft, noch einmal zu durchgehen.

„Die Kommission konnte nicht mehr diskutiren, sie durfte nur
 „einregistriren, und das Nähmliche that am nächstfolgenden Tage
 „auch der große Rath. Dieser setzte den Grundsatz fest, daß
 „fürohin die Stellvertretung schroff abgesondert, zu zwei Drit-
 „theilen der Land-, zu einem Drittheile der Stadtbürgerschaft
 „zukommen solle. Der große Rath erklärte sich hierauf für pro-
 „visorisch und abgedankt. Die Regierung erlies Proklamationen
 „an das Volk für Erhaltung der Ruhe, und zu Einleitungen für
 „die Wahlen eines neuen großen Rathes.

„Acht und zwanzig Jahre lang hatte ich die Zunft Untersträß
 „im großen Rathe vertreten, nun mußte ich von derselben schei-
 „den. Mein Abschied von ihr wurde dankbar und freundlich er-
 „wiedert. Die Zunft zur Konstaffel ernannte mich zum Mitgliede
 „des neuen großen Rathes.

„Diesen eröffnete ich am 14. Christmonat mit einer Rede, in
 „welcher ich alle die Gefühle aussprach, welche ein so folgenrei-
 „cher Wechsel in mir erwecken mußte, und auch dieses wurde
 „freundlich erwiedert.

„Des neugewählten großen Rathes erste Verrichtungen bestan-
 „den in Niederlegung einer Kommission zu Entwerfung einer
 „neuen Verfassung; in Berathung von Instruktionen, und in
 „Abordnung einer Gesandtschaft auf die, noch vor Abfluß des
 „Jahres sich zu Bern versammelnde, außerordentliche Tagsatzung,
 „zu Sicherung des Vaterlandes, bei allfällig eintretender äußerer
 „Kriegesgefahr. Hierbei, und ungeachtet der großen Trennung
 „der Parteien und aller gährenden Leidenschaften, herrschte bei den

„Geschäftstreue und für die dem Vaterlande geleisteten Dienste
 „gedankt: dieser Dank in einer pergamentenen Urkunde und un-
 „ter dem Staatsiegel ausgefertigt, ja selbst der Wunsch beige-
 „fügt werden soll, daß ich im großen Rathe verbleiben möge.

„Staatsrath Usteri wurde zum ersten, mein Kollege David
 „von Wyß zum zweiten Bürgermeister, und beide zu Präsidenten
 „des großen Rathes gewählt.

„Nach Vollendung der Wahlen trat ich von dem Bürgermei-
 „ster-Lehnstuhl ab, und kehrte durch Zufall gerade auf die näm-
 „liche Bank, und auf den nämlichen Platz zurück, von welchem
 „aus ich jenen vor acht und zwanzig Jahren bestiegen hatte³⁾.

„Gott sei für dieses glückliche Ende gedankt.“

3) Ceux qui naissent aux époques de transaction sont bousculés,
 renversés, écrasés dans la lutte des générations qui s'entrechoquent.

(Béranger, le Chansonier.)

Sechsenddreissigster Abschnitt.

Reinhard verliert seine Gemahlin; desselben letzte Lebensjahre; sein Tod; Beschluß.

1831 — 1835.

Niemand eignete sich besser als Reinhard's Gemahlin mit ihrem lebhaften Geiste, um dem bisher so sehr beschäftigten, nun plötzlich beinahe geschäftslosen Gatten den Übergang in eine ganz veränderte Lebensweise zu erleichtern; als die göttliche Vorsehung die härteste Prüfung, die ihn in dieser Welt noch treffen konnte, über ihn ergehen ließ. Derselben Gesundheit war zwar längst zerstört, nur die Heiterkeit ihres Gemüthes erhielt den hinfälligen Körper; dennoch deutete nichts auf eine nahe Veränderung hin. Sie hatte den Tag in Gesellschaft ihres Gemahls zugebracht, war spät zu Bette gegangen; sie klagte am darauf folgenden Morgen über einige Mattigkeit und schlummerte gegen Mittag ein, um nicht wieder zu erwachen¹⁾.

Es war ein rührender Anblick, den edlen Greisen neben der Leiche seiner verbliebenen Lebensgefährtin zu sehen: wie er, ergriffen von der gerechtesten Trauer und von dem durchschneidendsten Schmerze, von der geliebten Hülle Abschied nahm, und gleichzeitig

1) 29. April 1831.

nach jener männlichen Kraft und christlichen Ergebenheit in die Rathschläge des Allmächtigen strebte, die er sich auch bald aneignete, und unverrückt und standhaft bis an das Ende seines eigenen Lebens festzuhalten vermochte.

Wie dankbar er auch die treue Liebe und Pflege aller seiner Anverwandten anerkannte, so fühlte er dennoch tief, daß ihm niemand die Lebensgefährtin zu ersetzen vermöge; ihm, der stets für andere gelebt; nun in so hoch angestiegenem Alter allein, verlassen und kinderlos, in der Welt zurückbleibe.

Er fand einigen Trost und ansprechende Beschäftigung, in Erfüllung der ihm durch den neugewählten Regierungsrath aufgelegten Pflichten. Derselbe übertrug ihm nämlich, in Anerkennung seiner treuen Obsorge für die leidende Menschheit, den Vorsitz in der Kantonal-Armen-Anstalt, und in der Kantonal-Spital-Pflege, für die, zur gänzlichen Umgestaltung beider Institute, erforderliche Zwischenzeit. Auch sein Vorsitz im Erziehungs-Rathe dauerte bis Ende des Brachmonates, und bis eine ganz neue Behörde aufgestellt wurde, fort. Ungeachtet er diesem Amte viel Zeit und Mühe gewidmet hatte, erachteten doch viele seiner wahren Freunde, daß er dabei nicht ganz an der rechten Stelle stehe. Theils war er bei den Anforderungen der gegenwärtigen Zeit an dieses wichtige Fach im Allgemeinen zu wenig wissenschaftlich gebildet; theils ging er dabei von Ansichten aus, welche mit denen der Fachmänner schwer zu vereinbaren waren und ihre Begründung mehr in andern Staats-Verhältnissen, als im Erziehungs-Wesen selbst fanden. Sein, im vorigen Abschnitte vorgelegtes, Tagebuch hat uns näher mit seinen Ansichten darüber bekannt gemacht, und wie er zu großer Langsamkeit in den Fortschritten beschuldigt wurde, während er den eingeschlagenen Gang für zu rasch hielt. Er unterhielt sich gerne und oft mit seinen Bekannten über diesen, seinen Kopf und sein Gemüth vielfach beschäftigenden, Gegenstand.

allein so traurige Folgen zu entfernen vermag. Er selbst würde bei längerem Leben, und nach der zu probehaltiger Erfahrung erforderlichen Zeit, gewiß der erste gewesen sein, das Bessere im Neuen anzuerkennen, insoferne seine Besorgnisse durch den Erfolg thatsächlich widerlegt worden wären; allein es war seinem scharf beobachtenden Blicke nicht entgangen, daß die Grundlage aller religiösen, häuslichen und gesellschaftlichen Ordnung, die Achtung und der Gehorsam der Kinder gegen ihre Eltern, tief erschüttert seien.

Er blieb bis an sein Ende erster Vorstand der öffentlichen Stadtbibliothek zu Zürich; nicht um sich dadurch einen Anstrich von Gelehrsamkeit zu geben, sondern einzig, um seine Achtung für Wissenschaften und Künste zu beurfunden. Er besuchte die Versammlungen des großen Rathes, bis zu seiner letzten Krankheit, sehr regelmäßig und sprach seine Ansichten stets mit Offenheit aus³⁾. Seine vorbereiteten, wie seine extemporirten, öffentlichen Vorträge ermangelten zwar nicht selten der wünschbaren Klarheit; ja es hielt zuweilen schwer seine Ansichten richtig aufzufassen; ungeachtet sie beinahe immer zahlreiche hellleuchtende, scharfsinnige Gedanken enthielten. Diese waren es, welche, bei persönlichem Umgange mit Reinhard einen sehr wissenschaftlich gebildeten Staatsmann, Welt- und Menschenkenner zur wiederholten Äußerung der Meinung veranlaßt haben: „Derselbe „sei ein gebornes politisches Genie gewesen.“ Allerdings hat Reinhard lebhaft Besorgnisse über die Folgen der neuesten Ereignisse, auch in politischer Beziehung genährt: denn, hat er auch nie verkannt, daß, bei dem Einflusse welchen sämtliche Staaten aufeinander auszuüben berufen sind, derjenige des mächtigen französischen Nachbarreiches auf die Schweiz, stets von großer Wichtigkeit sein müsse, so war er eben so überzeugt, daß ohne die

3) Zu jeder Zeit wird das Votum, welches er im Hornung 1833 über einen neuen Bundes-Entwurf im großen Rathe abgelegt hat, für seine tiefe Staatsklugheit, Voraussicht und Vaterlandsliebe zeugen. (Beilage Nr. 24.)

der, hie und da auch einheimischer, Späher, deren gemeines Handwerk die aufgeregten Elemente in noch größere Gährung versetzten. Können diejenigen getadelt werden, welche böse Folgen von solchen Verwickelungen besorgten, und den Wunsch äußerten, daß die schweizerische Politik immer mehr auf Reibung fremder Hände hingelenkt werde?

Reinhard war ein treuer, aufrichtiger Freund, nie ein Schmeichler des Volkes. Allerdings hielt er ein Übergewicht der Demokratie, geschweige eine vollständige Demokratie, für wenig vorthellhaft für das Volk selbst, und für das Gemeinwesen. Es hatte aus den Lehrbüchern der Weltgeschichte die Überzeugung geschöpft, daß reine Demokratie sehr häufig zu Anarchie oder zum Despotismus, nur sehr selten zu wahrer Freiheit geführt habe. Er sprach sich stets ganz offen über politische Ansichten aus, und behielt dabei die Sachen, nicht Personen, im Auge. Hatte er irgend eine Ansicht noch so lebhaft vertheidiget und war damit in der Minderheit geblieben, nie ließ er es seine Gegner empfinden, sondern achtete und blieb treuherzig gegen Männer, die ihm nie geschmeichelt, sondern häufig widersprochen hatten; hingegen war er empfindlich gegen grundlose und boshafte Verdächtigungen. So z. B. schrieb er im Jahre 1831 in seine Denkschrift nieder:

„Was war gemeinsinniger, einfacher und tiefer in die Herzen
 „aller Stände und Klassen eingegraben, als militärische Rüstun-
 „gen auf den Fall des Ausbruches eines europäischen Krieges zu
 „Handhabe der Neutralität? Und doch wurden die alten Ma-
 „gistrate, welche eben jene Wohlthat der Neutralität, nebst ge-
 „eigneten Grenzen zu derselben Behauptung, dem Vaterlande neu
 „erworben hatten, mit Mißtrauen, und als wären sie Verräther,
 „umgeben.“

Er hat auch einen Verfall der Staats-Finanzen besorgt, weil er während der Dauer seines öffentlichen Lebens die wiederholte Er-

„stehender Nachbarstaaten enthalten, um nicht durch eigene Schuld
 „in einen, kleine Staaten verheerenden, Strom allgemeiner Welt-
 „ereignisse mit hineingerissen zu werden.“ Stets erinnerte er sich,
 daß, so wie die Individuen, auch die Verfassungen, ja die
 Staaten selbst, dem Gesetze der Sterblichkeit unterworfen seien.“

• In seiner Jugend hatte er sich in allen Leibes-Übungen aus-
 gezeichnet; und blieb bis in seine ältesten Tage ein beinahe leiden-
 schaftlicher Freund der Jagd. Er hat dieselbe zuweilen noch in einem
 Alter verfolgt, wo nur wenigen vergönnt ist, anders, als am
 Stabe gebückt, zu wandern. Die Jagd war für ihn großen Theils
 Erholung von geistigen Anstrengungen, Erhaltung und Stärkung
 körperlicher Kräfte, sie bot ihm daneben aber noch Gelegenheit,
 sich in nähere Unterhaltung mit Menschen aller Klassen einzu-
 lassen, und dabei mit ihren Bedürfnissen und Wünschen be-
 kannt zu werden. Erehrte häufig in abgelegenen Hütten
 ein, um sich mit ihren Bewohnern freundlich zu unterhalten.
 Denn, hat er bei seinen mannigfaltigen Berührungen mit höhern
 oder gleichgestellten nie, weder sich selbst, noch dem Staate irgend
 etwas vergeben, so hat er eben so wenig je den niedrigsten im
 Volke mit Stolz oder Härte zurückgewiesen, als ächter Volks-
 freund nie seine Leutseligkeit verläugnet. Milde, schonend und
 menschenfreundlich gegen Jedermann, ja selbst gegen zu be-
 urtheilende oder wirklich verurtheilte Verbrecher, glaubte er zwar
 nicht, daß die Todesstrafe ganz aus den Kriminal-Gesetz-
 büchern weggestrichen, wohl aber, daß sie nur in höchst seltenen
 Fällen angewendet werden dürfe. Darum hatte er im großen
 Rathe, seit seinem Rücktritte vom Amte, den, in Minderheit ge-
 bliebenen, Antrag gestellt, daß zu Fällung eines Todesurtheils,
 wenigstens zwei Drittheile der Stimmen erforderlich sein sollen 4).

4) Während der Mediationszeit saß er bei einem Malefizfalle als Präsi-
 dent zu Gericht, und hatte sich überzeugt, daß das Leben des von ihm nicht

Mit den steigenden Jahren, und ungeachtet exemplarischer Mäßigkeit und Ordnung in seiner ganzen Lebensweise, nahmen dennoch körperliche Beschwerden überhand. Zwei Jahre nach einander (1832 und 1833) besuchte er die Heilquellen von Rippoldsau im Schwarzwalde, und auch im folgenden Jahre (1834) nachdem er vorher einigen Aufenthalt in den Bädern zu Baden-Baden gemacht hatte, begab er sich wieder dahin.kehrte er auch stets neu gestärkt zurück, und erfreute er sich mancher neuen, und der Erneuerung vieler älteren Bekanntschaften, so baute er bei seinen Reise-Anstrengungen zu viel auf die Lebendigkeit seines stets thätigen Geistes, und nahm zu wenig Rücksicht auf sein vorgerücktes Alter. Im Sommer des Jahres 1835 reiste er nach einander in die Bäder von Wiesbaden und von Schwalbach; besuchte von dort aus alte Bekannte im Rheingau, und nachher die verwittwete Herzogin von Dalberg auf ihren Gütern bei Worms. Ungewohnt anhaltende Hitze, neben allzuraschem Reisen bei Tag und Nacht, griffen den Greisen so an, daß er sichtbar ermüdet in der Heimath anlangte.

Von jenem Zeitpunkte an ward die Abnahme seiner körperlichen Kräfte in die Augen fallend, und auch er selbst verkannte darin keineswegs die Vorboten des rasch herannahenden Todes. Er sprach davon ganz ruhig als Folge der weisen Gesetze der Natur, nach denen die Alten stets den Jüngern Platz machen müssen; dabei raffte er sich kräftig auf, um sich nicht früher als nothwendig zu ergeben. Wiederholt zwang er sich, auf den Arm eines treuen Dieners gestützt, in das Freie hinaus. Einer seiner letzten Ausgänge war nach der, stets regelmäßig von ihm besuchten, Kirche, um persönlich seinen Beitrag an eine eingesammelte Steuer für Wasserbeschädigte aus andern Kantonen, auf den Altar der, von ihm nie hintangesezten, Nächstenliebe niederzulegen.

Die Zeit, wo er das Krankenzimmer nicht mehr verlassen sollte, trat ein, und nun folgten Wochen, während deren er,

wußtsein eines reinen Gewissens; in Erwartung, von billigen Menschen, nach den Begriffen und Verhältnissen seiner eigenen, nicht einer andern Zeit, beurtheilt zu werden; im festen Glauben an Gott, Christum und Unsterblichkeit, und verschied sanft, nach beinahe vollendetem einundachtzigsten Lebensjahre, vor der Mittagsstunde des 23. Christmonates 1835; — der letzte männliche Sprößling seines alten, hochachtbaren, Geschlechtes.

Sein ganz prunkloses, jedes amtlichen Zeichens seiner so lange bekleideten obersten Würden im Staate entbehrendes, Leichenbegängniß zeichnete sich einzig durch die große Anzahl traurender Freunde und Mitbürger aus, welche die Überreste des Verewigten zu ihrer letzten Ruhestätte begleiteten.

Über seinem kühlen Grabe mögen sich selbst die größere Anzahl seiner politischen Gegner, mit seinen Freunden in dem herzlichen Wunsche vereinigen haben:

„Leicht sei ihm die Erde! — Friede seiner Asche, und uns heilig sein Andenken.“

Beilagen.

Beilage Nr. 1. Seite 47.

Bemerkungen, welche das helvetische, dem französischen Vollziehungs-Direktorium im Wintermonat 1799 über Masséna's gezwungene Anleihen überreicht hat.

Le quatrième jour complémentaire de l'an sept Masséna écrit au Directoire helvétique: *» Je commence par convenir que vous avez fait tous les sacrifices possibles pour aider l'armée »,* et cependant, peu de jours après le même général exige de la commune de Zurich une somme de huit cent mille livres, *payable en trois jours, sous peine d'exécution militaire,* sans daigner s'adresser au Directoire. Celui-ci espérant le ramener lui fait parvenir ses réclamations, mais connaissant aussi les services rendus par lui aux Zurichois, il les laisse maître d'agir suivant leurs convenances, et l'affaire se conclut pour six cent mille livres¹⁾ par l'entremise du Préfet, et du commissaire helvétique Robert.

La lettre du Directoire helvétique méritait assurément une réponse, et si la demande d'un emprunt eut été faite alors ainsi qu'il convenait, nul doute que le corps législatif l'eût accordée.

Les mesures prises par le Directoire pour satisfaire jusqu'à ce jour aux réquisitions de toutes espèces dont le peuple est surchargé, *réquisitions qui n'ont pas cessées un seul moment* et qui ont plongé dans la misère les cantons orientaux, prouvent au

1) Zürich mußte 600,000 Livres baar, und für 200,000 Livres außerordentliche Requisitionen an Lebensmitteln, erstere als Anleihen, letztere ohne Rückerstattungs-Versprechen abliefern.

moins que le gouvernement helvétique n'a rien omis pour assurer la subsistance de l'armée; aussi l'ordre du jour par lequel Masséna a cherché à l'exciter contre lui, a été apprécié par elle à sa juste valeur.

Non seulement le général Masséna ne daigne pas répondre. De sa seule autorité il se fait donner deux cent mille livres par St. Gall²⁾, il impose Bâle à huit cent mille livres, Rorschach et Arbon à soixante et quinze mille livres chacune³⁾.

L'indignation générale annonce tout à coup au Directoire cette nouvelle atteinte portée à l'indépendance nationale. Il fallait se décider promptement: garder le silence eût été une lâcheté dont les membres étaient incapables. Il devenait instant de mettre les communes à l'abri d'ultérieures violences, mais la force morale seule était au pouvoir du Directoire. Tels furent les motifs de l'arrêté du 11 Octobre. Ceux qui l'ont dénoncé comme un acte hostile auraient dû dire, *qu'il fut accompagné et suivi d'ordres multipliés pour fournir au général Masséna six cents chevaux pour les parcs, et tous les vivres et fourrages dont son armée avait besoin.*

Les circonstances étaient assez graves pour autoriser le Directoire helvétique à écrire en droiture et avec franchise au Directoire de France, et quelque amères qu'aient été ses plaintes elles ne méritaient pas l'accueil qu'on leur a fait.

Le Directoire français y a répondu le 21 vendémiaire par une lettre qui n'est parvenue au Directoire helvétique que *sous cachet volant*, et qu'après que son contenu avait été divulgué de toutes parts. On ne dit rien non plus de la lettre du Citoyen Du Bois-Crancé, dont le commandant français à Lausanne (*Lecorps*) vient d'exiger impérieusement l'insertion au *bulletin officiel*, afin que nul n'ignore en Helvétie le cas qu'on fait en France de notre alliance, de notre peuple, et de ses gouvernants.

Sans doute le gouvernement helvétique a ressenti de pareils

2) St. Gallen hat wirklich 200,000 Livres als Darlehen bezahlt.

3) Basel, weil es den Befehlen des helvetischen Direktoriums gehorchend, nicht sogleich bezahlen wollte, mußte anstatt 800,000 Livres — nun 1,400,000 Livres — als Anleihen bezahlen. Dagegen wurden die 150,000 Livres von Rorschach und Arbon entweder gar nicht bezogen, oder sogleich zurückgegeben.

Beilage Nr. 2. Seite 53.

Kurzes, von dem ersten Consul der helvetischen Regierung eingesandtes, Gegenprojekt zu einer Verfassung für die Schweiz.

BASES PRÉLIMINAIRES.

1. Abolition des privilèges de familles, des monopoles commerciaux des villes, de la distinction entre cantons souverains et pays sujets et alliés.

NB. Ne seront pas regardés comme privilèges les moyens qui seront jugés nécessaires pour assurer les places au mérite, à la probité, à l'expérience; qualités que l'on trouvera de préférence parmi les membres de l'ancienne magistrature.

2. Gouvernement central chargé de diriger les relations extérieures, la force armée, la police générale, l'instruction publique; juge des différends entre les cantons, et entre les autorités d'un même canton. Administrateur des propriétés nationales, des droits régaliens, des ponts et chaussées, jouissant d'un revenu indépendant qui, au besoin sera augmenté par des contributions cantonales dans une quotité déterminée.

3. Magistratures cantonales indépendantes dans l'administration des propriétés et des revenus, dans l'assiette et la répartition des impositions du canton, dans les matières de justice et de police locales; dans les affaires du culte.

4. Démarcation nouvelle des cantons d'après ce principe qu'un seul des anciens cantons peut être divisé en plusieurs et plusieurs réunis ensemble.

5. Dans les cantons ci-devant aristocratiques, formes de gouvernement et d'élection, qui se rapprocheront des anciennes habitudes, en assurant cependant une certaine part de représentation aux villes secondaires et aux campagnes.

6. Dans les cantons ci-devant démocratiques, formes de gouvernement et d'élection qui se rapprocheront des anciennes habitudes, en tempérant cependant la démocratie par des formes représentatives ou aristocratiques.

7. La constitution déterminera pour chaque canton qui pourrait être composé de pays ci-devant sujets, laquelle des formes de l'article 5 ou 6 lui sera applicable.

8. Les magistratures cantonales résoudront la question des dîmes et des cens, de manière cependant, que d'un côté ces charges restent rachetables et que de l'autre, les droits des propriétaires ne puissent être lésés dans aucun cas.

Beilage Nr. 3. Seite 56.

Schreiben des französischen Ministers Berninac an den kleinen Rath der helvetischen Republik, bei Anlaß der Einberufung einer Notablen-Versammlung.

Dieses Schreiben wurde seiner Zeit durch die Presse veröffentlicht.

Bern den 28. Germinal des Jahres X der fränkischen Einen und untheilbaren Republik. (18. April 1802.)

Der bevollmächtigte Minister der fränkischen Republik
in Helvetien
an die

Bürger des kleinen Rathes der helvetischen Republik.

Bürger!

Ich habe die Zuschrift erhalten, womit Sie unterm 17. April, nebst Mittheilung Ihres Beschlusses vom gleichen Tag, mich beehrten, und womit Sie mir die Beweggründe zu erkennen geben, welche Sie bestimmt haben, eine rathgebende Versammlung achtbarer Bürger zusammen zu berufen, und die Vertagung des Senates zu verlängern. — Genehmigen Sie, Bürger! meinen Dank für diesen Beweis Ihres Zutrauens.

Sie dachten, daß eine Verfassung, welche bereits von sechs Kantonal-Tagungen förmlich verworfen worden; welcher mehrere andere nur mit den bedenklichsten Vorbehalten, oder auch mit der ausdrücklichen

Außerung beigefügt haben, daß Sie die Abänderung derselben wünschen und hoffen; welche andere nur mit dem Ausdruck des Bedauerns, und keine mit Bezeugung einer vollen Zufriedenheit angenommen — daß diese Verfassung nicht als eine solche anzunehmen sei, welche den Beifall des helvetischen Volkes für sich habe, und daß man ihm dem zufolge dieselbe auch nicht aufdringen dürfe.

Ein so zweideutiger Ausgang der Berathungen von Versammlungen, welche durch das Gesetz beauftragt waren, über jenen Verfassungs-Entwurf zu entscheiden, mußte Ihnen um so auffallender sein, da die Mitglieder derselben unter dem eigentlichen Einflusse des nämlichen Senats erwählt wurden, welcher der Urheber dieses Entwurfes war; ein bemerkenswerther Umstand, der die Verwerfung der einen noch stärker heraushebt, und hinwieder die theils bedingte, theils zweifelhafte Annahme der andern noch schwächer macht.

Nach solchen Betrachtungen, und durchdrungen von der Verbindlichkeit, auf die zahlreichen, freien und ungezwungenen Vorstellungen zu achten, die theils gegen das Dekret vom 26. Februar, theils gegen den Verfassungs-Entwurf selber, bei dem Senate einlangten, haben Sie den Entschluß gefaßt, sich auf die Einsichten und die Tugenden einer rathgebenden Versammlung achtbarer Bürger zu berufen. Sicher wird das helvetische Volk der Weisheit Ihrer Absichten, die sich durch den Gegenstand derselben ihm eben so sehr als durch die Auswahl der Mittel empfehlen, Gerechtigkeit widerfahren lassen. Dank wird es Ihnen wissen, daß sie dergestalt den Weg der Vermittlung an die Stelle der Gewalt gesetzt haben, und der Senat selber, dessen Gesinnungen unzweideutig sind, wird Ihnen dafür verbunden sein, daß Sie von der Vollmacht, welche seine Vertagung in Ihre Hand legte, einen so sorgfältigen Gebrauch gemacht haben.

Sie kennen, Bürger! den Antheil, welchen die fränkische Regierung an dem Schicksale von Helvetien immerfort nimmt. Mit Vergnügen wird dieselbe ohne Zweifel eine Maßregel vernehmen, welche dahin zielt, die Vereinigung der Parteien und die Ausgleichung entgegengesetzter Systeme zu vollenden. Und in der That, bei der Lage, in welcher sich Helvetien befindet, ist es weit minder darum zu thun, Streitfragen zu entscheiden, als in vertraute Unterredung zu treten — weit mehr, zu vereinbaren und zu überzeugen, als Gesetze zu geben und zu befehlen. Dieses wünscht gewiß das helvetische Volk, und wird nicht aufhören es

zu wünschen, was auch immer jene Menschen ihm einflüstern möchten, die aus Leidenschaft oder Eigennutz bürgerliche Zwietracht anzufachen bemühet sind.

Genehmigen Sie Bürger! u. s. w.

Bern, den 18. April 1802.

(Unterzeichnet) Berninac.

Dem Original gleichlautend der mit dem Justiz- und
Polizei-Departement beauftragte Regierungsrath,
(Unterzeichnet) Ruhn.

Beilage Nr. 4. Seite 57.

Korrespondenz zwischen der helvetischen Gesandtschaft in Paris und dem helvetischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten d. d. 2. Mai 1801:

» Il est douloureux de devoir vous communiquer les détails
» d'une conférence que Glaire et moi, accompagnés de Talleyrand
» et de Haller, nous avons eu avant-hier à la Malmaison avec le
» premier consul celui-ci nous dit :

» Je vous ai prié de venir à Malmaison, pour vous faire con-
» naître ma façon de penser par rapport à votre organisation dé-
» finitive. Il est temps que les affaires de Suisse finissent, et je
» vous déclare, que j'ai trop d'affaires sur les bras pour m'en
» occuper davantage.

» J'ai lu le projet de constitution de votre gouvernement. C'est
» un des malheurs de ma position de faire ou de juger des con-
» stitutions. Je vous avoue, que je ne crois pas beaucoup à leur
» utilité.

» Quant à la vôtre, je vous le dis comme individu, et par
» l'intérêt, que je prends à votre sort et non comme consul.
» Dans cette dernière qualité je n'ai point de conseils à vous
» donner. Vous êtes indépendans, vous pouvez vous constituer comme
» vous le jugerez à propos. Si votre gouvernement se trouve assez

» fort pour mettre en activité ce projet de constitution je n'ai rien
 » à dire, il en est le maître, je retire incessamment mes troupes.
 » Mais s'il a besoin de mon appui pour l'exécuter, alors je dois
 » déclarer, que jamais je ne pourrai approuver et encore moins
 » appuyer un si mauvais ouvrage. Il est essentiellement mauvais.
 » Jamais je ne voudrais me déshonorer au point d'y attacher mon
 » nom. J'ai devant les yeux l'Europe et la postérité. Celle-là di-
 » rait que j'ai donné l'esclavage à la Suisse en en faisant une pro-
 » vince française, et celle-ci me reprocherait d'avoir détruit la
 » liberté dans la patrie de Guillaume Tell. Quel rapport y-a-t-il
 » entre ce projet de constitution et la Suisse ? Il cadrerait aussi
 » bien à la Chine, ou à la France, ou à tel autre pays, que vous
 » voudrez."

.
 » Une constitution ne peut être plus mauvaise que quand elle
 » ne porte aucune empreinte du pays auquel elle est destinée.
 » Se douterait-on que votre projet fût fait pour un pays de mon-
 » tagnes ? C'est principalement cette partie de la Suisse qui m'in-
 » téresse ; j'abhorre l'idée de les rendre esclaves d'une constitution
 » qui serait trop forte pour la France. — Ce sont vos petits
 » cantons seuls que j'estime. Il n'y a qu'eux seuls qui m'empê-
 » chent ainsi que les autres puissances de l'Europe de vous
 » prendre.

» Le reste de la Suisse est un pays comme la France, et que
 » je ne considère point comme la véritable Suisse.

» C'est sous leur protection, que la ligue helvétique s'est for-
 » mée, je ne veux pas que d'autres cantons, qui se sont
 » agrandis, et qui sont devenus riches jouent les maîtres chez
 » eux Non, je le répète, c'est aux petits cantons que
 » vous devez l'intérêt, qu'on vous porte, . . . et je les vois sa-
 » crifiés à un projet de constitution qui leur ôte toute liberté, et
 » qui leur donne une administration coûteuse et inutile à des pay-
 » sans de montagnes.

» Les rédacteurs de ce projet de constitution sont aussi incon-
 » séquents, que tous nos métaphysiciens modernes. Ils veulent
 » et ils ne veulent pas. D'un côté ils veulent rétablir le peuple
 » dans ses droits de souveraineté, d'un autre côté ils lui enlèvent
 » ses véritables droits

Gleichzeitig überreichte er selbst die Grundlagen zu einem Verfassungs-Entwurfe, laut welchen den einzelnen Kantonen das Recht ertheilt wurde, sich selbst nach eigenem Bedürfnisse zu konstituiren. (Siehe oben angeführte Beilage Nr. 2.) Bundesgesetze sollte eine Tagsatzung erlassen, diese Gesetze aber der Sanction der Kantone unterliegen.

Wenige Wochen später, 30. Mai, äußerte sich der erste Konsul abermals gegen den Gesandten dahin: »Qu'il ne donnerait jamais sa sanction à un projet de constitution, tel que celui présenté par le gouvernement helvétique, qui lui paraissait une tyrannie constitutionnelle, et plus convenable à tout autre pays qu'à la Suisse.

Alle Einwendungen der anwesenden helvetischen Beamteten vermochten nicht seine Ansichten zu ändern.

Den Kantonen wollte er ihre alten berühmten Namen wiedergeben, und keine Theilung ihres Gebietes gestatten, denn in Hinsicht auf Bern allein; »*afin de parer aux inconvéniens de la trop grande prépondérance.*

Der erste Konsul empfahl vorzüglich (5 Juin) »*de renforcer autant que possible les conditions d'éligibilité pour les places des fonctionnaires publics.* Der helvetische Minister fügt bei: »*Cette déclaration est positive et solennelle.*»

Beilage Nr. 5. Seite 72.

Analyse der von der Tagsatzung zu Schwyz entworfenen gemeineidgenössischen Verfassung:

Erster Abschnitt. Allgemeiner Grundsatz der Selbstständigkeit der Kantone, verbunden durch eine Zentralbehörde unter der Benennung Eidgenössischer Rath zu Leitung der äußern Angelegenheiten, und zu gleichförmiger Einrichtung des Militärwesens.

Zweiter Abschnitt. Einrichtung des eidgenössischen Rathes und seine Verhältnisse zur Tagsatzung.

Jeder Kanton sollte Ein Mitglied in den eidgenössischen Rath bezeichnen, diese ihren Präsidenten selbst wählen.

Der eidgenössische Rath besammelt sich alle Jahre ein Mal zu Besorgung der Geschäfte; der Präsident mit acht frei gewählten Mitgliedern der Behörde bleibt permanent. Kein Mitglied des Rathes kann Mitglied der Tagsatzung sein. An den Berathungen dieser nimmt der eidgenössische Rath mit deliberativer Stimme Theil.

Dritter Abschnitt. Geschäftskreis des eidgenössischen Rathes.
Einleitung und Durchführung aller auswärtigen Angelegenheiten, dieselben mögen die ganze Schweiz oder nur einzelne Kantone betreffen. — In wichtigen Fällen wird die Tagsatzung zur Ertheilung von Instruktionen berufen.

Gegenrecht, Verträge mit andern Staaten u. s. f. stehen unter Aufsicht des eidgenössischen Rathes, oder werden von ihm vorberathen. Bei Streitigkeiten zwischen den Kantonen selbst übt der eidgenössische Rath das Vermittler-Amt aus. In nicht gelingendem Falle entscheidet die Tagsatzung rechtlich.

Bei Unruhen im Innern der einzelnen Kantone verfährt der eidgenössische Rath auf die nämliche Weise, (hingegen ist nicht gesagt, wie die Tagsatzung ein auf solche Weise an sich gebrachtes Geschäft endlich zu erledigen habe.)

Der eidgenössische Rath erläßt die Instruktions-Rundschreiben. Alles Ubrige bleibt Sache der respectiven Kantone.

Vierter Abschnitt. Hülfquellen und Besoldung.

Die Gemeinschaft besoldet den Präsidenten (Fr. 6000), den Ausschuß (4000), die eidgenössischen Räte (Fr. 3000), den Generalstab bei wirklichem Aufgebote, die diplomatischen Agenten, die aufzustellende eidgenössische Kanzlei, und bezahlt allfällige außerordentliche Militär-Ausgaben.

Als Quellen werden beliebt: 1) das Münz-, 2) das Pulver-, 3) das Bergwerks-, 4) das Post- und 5) das Salz-Regale; dann der Ertrag der in den Befreiungs-Dokumenten der ehemaligen gemeinen Herrschaften ausdrücklich vorbehaltenen Domainial-Besitzungen und Gefälle. Das Mangelnde wird durch die Kantone nach einer mit Billigkeit zu verfassenden Scala hinzugefügt.

Fünfter Abschnitt. Ort der Sitzungen. Hierüber wurde einstweilen kein Antrag gemacht.

Sechster Abschnitt. Einführung der Verfassung. Eine mit Instruktion, dabei aber auch mit hinlänglichen Vollmachten versehene Tagsatzung berathet endlich über die verschiedenen obigen Artikel. Sie entscheidet über die verschiedenen eingelaufenen Vereinigungs- und Trennungs-Gesuche, und setzt die Weise der Einführung fest.

Beilage Nr. 6. Seite 74.

Schreiben des Ministers Talleyrand an den Minister Stapfer, mit welchem jener, diesem, die im Namen der helvetischen Regierung verlangte bewaffnete französische Hülfe verweigert.

Paris le 4 jour complémentaire de l'an X.

Le ministre des relations extérieures, au citoyen Stapfer, ministre plénipotentiaire de la république helvétique.

J'ai reçu, citoyen! la lettre que vous m'avez fait l'honneur de m'écrire ce 20 septembre. Je l'ai mise sous les yeux du premier consul, qui m'a donné l'ordre de répondre sur le champ à la demande que vous avez été chargé de lui adresser de la part de votre gouvernement.

L'envoi de troupes françaises dans un pays agité ne pouvant avoir lieu sans les faire participer aux dissensions qui le divisent, le sang français pourrait couler, et le premier consul ne peut l'exposer que pour l'intérêt propre et immédiat des Français.

Certainement la France ne peut voir avec indifférence les maux d'un pays voisin et ami. Aussi le premier consul serait-il disposé peut-être, si les troubles augmentaient au point de compromettre la masse entière du peuple helvétique, à modifier sa première détermination du reste entièrement étrangère à l'ouvrage de l'établissement de l'ordre public en Helvétie. Il ne renoncera sans doute qu'à regret, et entraîné seulement par la nécessité à cette détermination qu'il avait prise d'après des motifs extrêmement puissants sur son esprit.

Mais s'il faut que l'impression du malheur de l'Helvétie le ramène sur ce point, il pourra offrir à vos concitoyens toute l'influence de son ascendant sur les opinions d'un peuple en discorde, et les conseils de bienveillance et de sagesse auxquels les chefs qui ont gouverné votre pays se sont si mal trouvés de n'avoir pas voulu déférer ; et si le peuple Suisse, éclairé par le malheur, a, comme il l'espère, assez de confiance en lui, pour ne pas s'abandonner aux passions qui l'agitent, il est à croire que les désordres de la Suisse pourront encore se réparer.

Le premier consul *n'a pas conseillé la dernière constitution comme le conseil d'exécution l'expose dans sa lettre, il n'a pas fait connaître qu'il lui donnât son approbation.* Il a constamment observé sur tout ce qui s'est passé à cet égard en Suisse une attentive et patiente impartialité. *Dans cette vue il n'a pas répondu à la lettre qui lui a été écrite par le chef du conseil d'exécution,* et voyant s'essayer une constitution arrêtée par un nombre considérable de notables, il a dû présumer que cette constitution pourrait convenir aux Suisses ; mais sa première résolution n'ayant pas été directement ébranlée par des motifs tirés de l'examen des principes sur lesquels elle est basée, il a dû à cet égard, rester dans la position qui convenait au premier consul de la république Française, et attendre les résultats du temps.

Il paraît aujourd'hui que cette constitution ne convient pas à l'Helvétie, puisque de toutes parts on s'élève contre elle. Or en la faisant établir par la force des bayonnettes étrangères on ne ferait que constater avec éclat qu'elle est peu propre à faire le bonheur de vos concitoyens.

La constitution Italienne n'a de consistance que parcequ'elle est l'opinion collective de la masse des citoyens.

Le premier consul, citoyen ! en regrettant de ne pouvoir satisfaire à votre demande, reste toujours attaché à l'espérance de voir l'Helvétie rendue à son bonheur et à son indépendance. La concorde seule peut les rétablir au sein de votre patrie.

J'ai l'honneur de vous saluer,

(signé) CHARLES MAURICE TALLEYRAND.

Beilage Nr. 7. Seite 80.

A Monsieur le général Ney:

Le Président de la diète des cantons confédérés, ayant été requis de la part du général Ney, par son adjutant, Monsieur Bechet, de déclarer si la diète accepte la proclamation du premier consul de la république française, la diète a l'honneur d'observer à Monsieur le général, que déjà sous date du 15 de ce mois elle a pris la résolution de remettre ses pouvoirs entre les mains de ses commettans, aussitôt que des troupes françaises entreraient en Suisse, n'ayant jamais eu le dessein de s'opposer à la force des armes françaises.

Or après avoir reçu l'avis positif qu'effectivement les villes de Berne et de Bâle sont occupées par des troupes françaises, la diète ne tardera pas à se dissoudre. — En même temps elle saisit l'occasion pour déclarer à Monsieur le général Ney, qu'en suite des instructions reçues, qu'elle se croit obligée de remplir de la manière la plus fidèle, elle ne peut regarder le gouvernement helvétique, que comme forcément établi par les armes françaises, ni jamais aliéner à la nation le droit sacré de se constituer elle-même; droit qu'elle a hérité de ses ancêtres et qui lui fut solennellement confirmé par le traité de Luneville, et qu'elle est dans la ferme persuasion, que la Suisse ne retrouvera sa tranquillité et son bonheur qu'autant qu'on lui accordera le libre exercice de ce droit.

L'on prie par conséquent, Monsieur le général, de bien vouloir mettre sous les yeux du premier consul de la république française cette demande si juste et si bien fondée, qui n'est pas seulement l'expression des sentimens de la diète, mais celle de tous les Suisses bien pensans pour leur patrie.

Fait à Schwytz le 26 octobre 1802.

**Au nom de la diète des cantons
confédérés.**

Analyse des von den Abgeordneten von Zürich und Winterthur zu Paris eingegebenen Entwurfes zu einer Kantonal-Verfassung für den Kanton Zürich.

Art. 1.

Allgemeine Grundlagen.

1. Grenz-Bestimmungen. Eintheilung in acht, höchstens zehn Distrikte.

2. Religion, christlich nach der evangelischen Konfession, unter direkter Leitung der Regierung. Schutz und Religionsfreiheit für katholische Gemeinden oder einzelne Bürger.

3. Die Grundlage der Verfassung ist die politische Freiheit und Gleichheit mit Beseitigung aller Privilegien von Gemeinden oder Familien.

4. Freiheit des Handels und der Gewerbe.

5. Aufhebung der Monopolen von Professionisten und Handwerkern vorbehältlich einer Polizei darüber. Beibehaltung der Ehehaften-Rechte.

6. Alle reinen Feudal-Lasten, so wie alle ewigen, auf Vasallenschaft gegründeten Personal-Lasten sind unentgeltlich abgeschafft. Kein Grundstück kann weder als unverkäuflich erklärt, noch mit unablösbaren Lasten belegt werden.

7. Das rechtmäßige Eigenthum von Zehnten und Bodenzinsen, in wessen Händen sich dieselben auch befinden, ist gewährleistet; sie sind aufkündbar; ein bald zu erlassendes Gesetz bestimmt nach welchem Werthe.

8. Jeder Beamtete, welchem durch das Gesetz das Recht zusteht, Personen zu verhaften, soll dieselben bei persönlicher Verantwortung innert sechs Mal vierundzwanzig Stunden an den kompetenten Richter überliefern.

9. Die alten Stadt- und Land-Rechte (us et coutumes) und alle geschriebenen Gesetze bleiben in Kraft, das helvetische Gesetz wird als Supplement angenommen, bis die eigene neue Gesetzgebung weiter hierüber wird verfügt haben.

Art. 2.

Politischer Zustand der Bürger.

10. Bürger ist der Sohn jedes Vaters, welcher irgendwo ein Bürgerrecht im Kantone besitzt, oder wer selbst ein solches Recht erwirbt.

11. Bürger anderer Kantone, selbst Fremde können das Kantonal-Bürgerrecht erwerben.

12. Zur Ausübung des Bürgerrechts muß man zwanzig Jahre alt sein, unter keiner Bevogtigung, und auch nicht in Kost und Lohn stehen.

13. Jeder Aktiv-Bürger ist Mitglied der Gemeinde-Versammlung seiner Gemeinde, und kann, wenn er sonst die gesetzlichen Bestimmungen erfüllt, zu allen Gemeinde-, = Distrikts- und Kantonal-Stellen gewählt werden.

14. Bestimmungen der Fälle, in welchen das Aktiv-Bürgerrecht verloren geht.

15. Die Geistlichkeit hat Zutritt zu den Wahlen, sie kann aber weder zu gesetzgeberischen, noch zu regierenden, noch zu richterlichen Stellen gewählt werden.

16. Wieder-Wählbarkeit der Austretenden.

17. Bestimmungen über Unverträglichkeit eines zu nähen Verwandtschafts-Grades in der nämlichen Behörde.

18. Trennung der Verwaltungs- und richterlichen Behörden.

Art. 3.

Kantonal-Behörden.

19. Die Verwaltung des Kantons findet theils durch Kantons-, theils durch Distrikts-, theils durch Gemeinde-Behörden Statt.

A. Kantonal-Behörden.

a. Ein Senat. Gesetzgebende Behörde.

b. Ein Regierungsrath.

c. Ein oberes Wahl-Kollegium.

d. Ein Appellations-Gericht.

B. Distrikts-Behörden.

a. Ein Kommissar oder Regierungs-Statthalter.

b. Ein Tribunal erster Instanz.

c. Ein unteres Wahl-Kollegium.

C. Kantonal-Behörden in der Gemeinde.

a. Die Meyer oder Gemeindevorsteher.

- b. Die Friedensrichter.
- c. Die Wahlmänner der Gemeinde.

Art. 4.

Die Wahl-Kollegien.

20. Die Aktiv-Bürger jeder Gemeinde erwählen alljährlich durch geheimes Stimmenmehr je auf fünfzig Bürger einen Wahlmann.

21. Ein solcher Wahlmann muß:

- a. Aktiv-Bürger und seit zwei Jahren Bürger der Gemeinde,
- b. Fünfundzwanzig Jahre alt,
- c. Von unverletztem Rufe sein.
- d. Ein reines Vermögen von wenigstens 1000 Gulden besitzen.

22. Fünf Tage nach ihrer Ernennung treten die Wahlmänner in ihrem Distrikt-Hauptorte zusammen und wählen durch geheimes Stimmenmehr die Distrikt-Wahlmänner, welche an Zahl, wo möglich, dem vierten Theile aller Gemeinde-Wahlmänner gleichkommen sollen.

23. Um Distrikt-Wahlmann zu sein, soll man ein Vermögen von 10,000 Gulden besitzen.

24. Acht Tage nach ihrer Wahl treten die Distrikt-Wahlmänner zusammen, um ein Kantonal-Wahl-Kollegium von 51 Mitgliedern zu erwählen, wovon ein jedes Mitglied 30,000 Gulden besitzen soll. (Usteri wollte bei 20,000 Gulden stehen bleiben.)

25. Sollten sich die 51 Mitglieder nicht alle in den Distrikt-Wahlbehörden vorfinden, so werden die fehlenden aus den Meistbesitzenden im ganzen Kanton gewählt.

26. Diesen 51 Oberwahlmännern werden acht andere beigelegt, die ohne Rücksicht auf Vermögen, aus der Klasse der Gelehrten (*savans et hommes de lettres*), durch die vereinigte Behörde des Kirchen- und des Schulrathes gewählt werden.

27. Die Wahlbehörden wählen selbst ihre Präsidenten und ihre Büreaux.

28. Die Kantonal-Wahlbehörde ernennt für das erste Mal den aus 51 Mitgliedern bestehenden Senat, und füllt in Zukunft die entstehenden Lücken wieder aus. Sie macht dem Senate zu Besetzung des Appellations-Tribunales einen dreifachen Vorschlag.

29. Die Distrikt-Wahlbehörden machen dem Appellations-Tribunale einen dreifachen Vorschlag für Besetzung der Distrikt-Gerichte.

30. Alle Wahlbehörden bleiben drei Jahre im Amte, und sind unbefolbet.

31. Enthält Bestimmungen über den Ausweis der Vermögens-Requisite.

32. Die gleiche Person kann Gemeinde-, Distrikts- und Kantonal-Wahlmann sein.

Art. 5.

Senat oder gesetzgebende Behörde.

33. Alle Bürger des Kantons mit einziger Ausnahme der Geistlichkeit, welches auch sonst ihr Stand, oder ihr Vermögen sei, sind wählbar in den Senat, insofern sie:

- a. Dreißig Jahre alt
- b. Seit wenigstens sechs Jahren Kantonsbürger sind,
- c. Keine entehrende Strafe erlitten haben.

34. Der Senat, seinen Präsidenten mitgerechnet, zählt 51 Mitglieder.

35. Er versammelt sich periodisch halbjährlich. Seine Sitzungen sollen sich jedes Mal nicht über zwei Wochen erstrecken.

36. Außerordentlich kann der Senat jeder Zeit durch den Regierungsrath einberufen werden.

37. Vor jeder periodischen Versammlung des Senats müssen die in seiner Mitte entstandenen Lücken ersetzt werden.

38. Der Senat bleibt für das erste Mal zwei Jahre im Amte, nachher entscheidet das Loos über den Austritt von zehn Mitgliedern. Alle zwei Jahre treten zehn andere ab, und sind wieder wählbar.

39. Neueintretende nehmen den Rang in der Reihenordnung ihrer Vorgänger ein.

40. Der Senat wählt den Regierungsrath zum ersten Mal vollständig, nach eigenem Ermessen; in Zukunft auf einen dreifachen Vorschlag des Regierungsrathes selbst.

41. Der Senat wählt eben so und frei aus allen wählbaren Bürgern das Appellations-Gericht; in Zukunft auf einen Dreier-Vorschlag dieses Tribunales. Vom Jahr 1810 an aber können in diesen Vorschlag nur aufgenommen werden: Friedens- oder Distrikts-Richter, oder Gerichtsschreiber, welche wenigstens zwei Jahre lang diese Stellen bekleidet haben.

42. Der Senat erwählt aus der Zahl der Regierungsräthe zwei

jährlich abwechselnde Präsidenten, wovon der eine den Senat, der andere den Regierungsrath präsidiert. Er erwählt auch aus der Mitte der Mitglieder des Appellations-Gerichtes den Präsidenten desselben.

43. Die beiden Präsidenten des Regierungsrathes führen den Titel Bürgermeister, derjenige des Obergerichtes, Präsident.

44. Der Senat ist Stellvertreter der Volks-Souverainetät. Er übt im vollen Umfange die gesetzgeberische Gewalt aus. Der Regierungsrath schlägt die Gesetze vor; der Senat discutirt sie frei, und erläßt dieselben.

45. Nur der Senat kann direkte oder indirekte Steuern dekretiren.

46. Alljährlich im Monat April werden dem Senate alle Rechnungen über das Staatsvermögen vorgelegt. Er beschließt darüber im Abstände der Regierungsglieder.

47. Die Senatoren, welche keine Kantonalstellen bekleiden, empfangen Sitzungsgelder zu 2½ fl. des Tages, und Reisegelder von 5/8 fl. für jede Stunde Entfernung von der Hauptstadt.

48. Der Senat wählt frei aus seiner Mitte die Abgeordneten auf eidgenössische Tagsatzungen.

Art. 6.

Regierungsrath.

49. Der Regierungsrath wird, seine Präsidenten mitgezählt, aus fünfzehn Mitgliedern bestehen.

50. Dieselben werden durch den Senat gewählt. Sie leisten Bürgschaft für die ihnen anvertrauten Gelder.

51. Sie werden auf eine Amtsdauer von zwei Jahren gewählt und sind wieder wählbar.

52. Die beiden Bürgermeister werden mit jährlichen fl. 1000, die Regierungsräthe mit fl. 800 besoldet.

53. (Weitläufige Auseinandersetzung der Attribute des Regierungsrathes; nur wenig von den gegenwärtigen abweichend).

54. Auf den Antrag des Regierungsrathes beschließt der Senat definitiv über Ansprüche der Gemeinden auf öffentliches Vermögen.

55. Der Regierungsrath wird dem Senate unverzüglich Reglemente über den Gang aller Verwaltungs-Gegenstände zur Diskussion vorlegen.

56. Der Regierungsrath kann sich zu leichterer Expedition der

69. Jeder Gemeinde-Beamtete, welchem Gemeinde-Gelder durch die Hand gehen, ist zu einer verhältnißmäßigen Bürgschaft verpflichtet.

70. (Einige Bestimmungen über die bei der Gemeindeverwaltung zu beobachtenden Grundsätze.)

71. Die darüber zu erlassenden allgemeinen Reglemente sollen den Bedürfnissen der einzelnen Gemeinden angepaßt werden.

72. Eben so diejenigen über Korporations-Vermögen einzelner Gemeindetheile.

73. Die Gemeinden versammeln sich periodisch zu Berathung ihrer Gemeinde-Angelegenheiten.

Art. 9.

Gerichts-Verfassung.

A. Friedensrichter.

74. In jeder Kirchgemeinde wird wenigstens ein, und wo die Bevölkerung es erheischt, zwei oder drei Friedensrichter aufgestellt.

75. Dieselben werden von allen Aktivbürgern aus der Zahl der Gemeinde-Vorsteher gewählt.

76. Die Tribunalien nehmen Streitigkeiten zwischen Privaten nur auf Weisung des Friedensrichters hin an die Hand.

77. Bei Streitigkeiten zwischen Bürgern verschiedener Gemeinden hat der Kläger den Beklagten bei desselben Friedensrichter zu belangen.

78. Der Friedensrichter soll alle Mittel zu friedlicher Beilegung eines Streites erschöpfen, und den Erfolg in ein regelmäßig geführtes Protokoll eintragen. Gelingt die friedliche Ausgleichung nicht, so macht er eine Weisung an das betreffende Gericht.

B. Distrikt-Gerichte.

79. In jedem Distrikte besteht ein von dem Amts-Statthalter präsidirtes Amtsgericht erster Instanz.

80. Dasselbe soll wenigstens fünf, höchstens zehn Mitglieder, einen Schreiber und vier Suppleanten haben.

81. Der Präsident wird durch den Regierungsrath, die Richter und die Suppleanten aus einem dreifachen Vorschlage des Distrikt-Wahlkorps; der Gerichtsschreiber durch den Regierungsrath aus einem Dreier-Vorschlage des Distrikt-Gerichtes selbst, gewählt.

82. Zur Wahlfähigkeit in das Distrikt-Gericht muß man:

a. Seit zwei Jahren Aktivbürger in einer Gemeinde des Distrikts

b. Fünfundzwanzig Jahre alt, und

c. Ein unbescholtener Mann sein.

83. Die Tribunale erster Instanz versammeln sich am Distrikts-Hauptorte; zu Fällung eines gültigen Urtheils müssen wenigstens fünf Richter oder Suppleanten anwesend sein.

84. Die Richter werden das erste Mal auf zwei Jahre gewählt, nachher fällt zu zwei Jahren um ein Fünftheil in Austritt, bleibt aber wieder wählbar. Eben so der auf sechs Jahre gewählte Gerichtsschreiber.

85. Ein Gesetz wird die Besoldung der Richter, der Suppleanten, der Landschreiber, so wie die Sporteln-Taxen bestimmen.

86. (Bestimmungen über die Kompetenz der Distrikts-Gerichte.)

C. Das Appellations-Tribunal.

87. Das Apellations-Gericht, den Präsidenten inbegriffen, aus fünfzehn Mitgliedern bestehend, wird laut §. 42 durch den Senat gewählt.

88. Um Mitglied dieses Tribunals zu werden, muß man:

a. Seit sechs Jahren ein Bürgerrecht besitzen.

b. Dreißig Jahre alt,

c. Unbescholtenen Rufes sein, und .

d. Vom Jahre 1810 an, wenigstens zwei Jahre entweder die Stelle eines Friedensrichters, oder eines Richters erster Instanz, oder eines Amts-Statthalters, oder eines Landschreibers bekleidet haben.

89. Die erste Wahl geschieht für zwei Jahre, nachher fängt der periodische Austritt des fünften Theiles der Mitglieder mit Wiederwählbarkeit an.

90. Das Tribunal macht dem Senate einen dreifachen Vorschlag zur Besetzung der Stelle eines Obergerichtsschreibers. Dieser wird für die Dauer von zehn Jahren gewählt, bleibt aber wieder wählbar.

91. Das Tribunal hält seine Sitzungen in der Hauptstadt. Sein Präsident wird gleich den Bürgermeistern, seine Mitglieder gleich den Regierungsräthen besoldet. Ein Reglement wird die Besoldung des Obergerichtsschreibers, so wie seiner Unterschreiber festsetzen.

92. Der Präsident erhältet nur bei gleich getheilte Stimmenzahl eine entscheidende Stimme.

93. Das Tribunal spricht in letzter Instanz über alle Apellationen der untern Gerichte in Civil-Streitigkeiten. Es müssen wenigstens neun Mitglieder dabei gegenwärtig sein.

94. Schwierige Rechtsfragen, deren Betrag wenigstens tausend Gulden übersteigt, können vor die vereinigte Behörde des Regierungsrathes und des Tribunales gezogen werden. Dieses kann aber nicht in Folge des Willens der Parteien, sondern einzig durch Beschluß des Appellations-Gerichtes selbst Statt finden. Die Mehrheit des Tribunals kann solches auch nach erfolgtem Spruche verlangen. Es genügt dazu selbst die Minderheit von wenigstens einem dritten Theile der Richter, falls sie sich darüber vor Eröffnung der Deliberationen erklärt.

95. Für Matrimonial-Streitigkeiten soll ein Gericht erster Instanz, bestehend aus vier Mitgliedern des Tribunales und zwei geistlichen Beisitzern, aufgestellt werden, welches über einfache Fornikationen und nicht bestrittene Paternitätsfälle entscheidet. Von diesem kann jedoch immer an das Obergericht, mit Ausschluß der vier Beisitzer der ersten Instanz, appellirt werden. Für alle übrigen Matrimonial-Geschäfte und Streitigkeiten ist das Obergericht erste und letzte Instanz.

96. Zu Beurtheilung von Verbrechen oder die Kompetenz der Distrikts-Gerichte sonst überschreitende Vergehen, welche durch das Gesetz mit Verbannung, mit zwölf Jahren Kettenstrafe, oder mit dem Tode bestraft werden, wird ein Geschwornen-Gericht aufgestellt, dessen Organisation der Senat unverweilt vorzunehmen hat. Das Verdikt des Jury über Schuld oder Unschuld des Angeklagten wird sofort einer im Voraus bestellten Sektion des Appellations-Gerichtes, aus drei Mitgliedern bestehend, überwiesen, welche die durch das Gesetz auf das Vergehen oder das Verbrechen gesetzte Strafe ausspricht. Dieses Urtheil wird den vereinigten Behörden des Regierungsrathes und des Obergerichtes vorgelegt. Diese vereinigte Behörde kann das Urtheil bestätigen oder mildern, nicht aber verstärken.

97. Unmittelbar nach seiner Installation wird sich das Obergericht sowohl mit Revision des Kriminal-Gesetzbuches, als mit derjenigen der Prozedurordnung in Civil-Streitigkeiten befassen, um dem Volke das Recht zugänglich und wohlfeil zu machen. Diese Arbeiten, von dem Regierungsrathe begutachtet, werden von ihm dem Senate zur Berathung und zur Beschlußnahme überwiesen.

Art. 10.

Kultus und öffentlicher Unterricht.

98. Dem Kirchen- und dem Erziehungsrathe wird die nächste Auf-

sicht über den Kultus, über die Geistlichkeit, über die Schulen und über ihre Lehrer übertragen.

99. Über Wahl und Zusammensetzung dieser beiden Behörden, um die neuen Bedürfnisse mit den ältern Einrichtungen in zweckmäßigen Einklang zu bringen, soll dem Senate ein reif überlegter Plan von dem Regierungsrathe vorgelegt werden.

100. Unter der nämlichen Sanction des Senates wird der Regierungsrath ein Gutachten ausarbeiten, wie die Wahl der Geistlichen zu den Pfründen, diejenige der Erzieher zu den Schulen, derselben Obliegenheiten und zukünftige Besoldungen auf eine den dermaligen Bedürfnissen entsprechende Weise festgesetzt werden sollen.

101. Als Grundzüge setzt schon die Verfassung fest, daß bei diesen Vorschlägen die Rechte der Gemeinden und der Privaten respektirt, daneben die Examina und die Wahl der oberen Lehrer und der Schulmeister dem Erziehungsrathe vorbehalten bleiben sollen. Die Kirchgemeinden sollen ihre Pfarrer aus einem, von einer einsichtigen Behörde abgesetzten, zweifachen Vorschlag selbst wählen. Pfarrer, Lehrer und Schulmeister sollen aber nur auf wohl motivirte und erwiesene Anklagen hin, von dem Regierungsrathe, abgesetzt werden können.

102. Auch in Zukunft soll sich die Geistlichkeit unter dem Vorsteh ihres Antistes, und im Beisein von Abgeordneten der Regierung alljährlich zu Berathung ihrer Lehre und der Disziplin der Kirche in einer allgemeinen Synode versammeln.

103. In allen Gemeinden sollen die alten Sitten-Gerichte oder Kirchen-Stillsände nach einem neuen Reglemente wieder neu gebildet werden.

Beilage Nr. 5 bis. Seite 118.

Abweichende Anträge der Kantons-Abgeordneten, so weit sie zu unserer Kenntniß gekommen sind.

1. Jede Gemeinde erhält ihre Gemeinde-Versammlung.
2. Jeder Distrikt ein Distrikts-Wahl-Kollegium.
3. Der Kanton ein Kantonal-Wahl-Kollegium.
4. Die Gemeinde-Versammlung besteht aus allen Bürgern derselben, so wie aus allen Bürgern anderer Gemeinden des Kantons, welche sich seit zwei Jahren in derselben aufhalten.
5. Die Gemeinde-Versammlung wählt die Mitglieder der Munizipalität und die Friedensrichter der Gemeinde.
6. Alle Bürger eines Distrikts, welche den Beweis eines reinen Vermögens-Bestandes von wenigstens fünfhundert Gulden leisten können, versammeln sich an dem Distrikts-Hauptorte, um das Wahl-Korps des Distrikts zu erwählen.
7. Die Distrikts-Wahl-Korps werden durch geheimes absolutes Stimmenmehr auf je zweihundert Bürger des Distrikts Ein Mitglied wählen.
8. Um Mitglied eines Distrikts-Wahl-Korps zu werden, muß man Kantons-Bürger, dreißig Jahre alt sein, und den Besiß eines freien Eigenthums von wenigstens 10,000 fl. ausweisen.
9. Jedes Distrikts-Wahl-Korps proponirt eine dreifache Liste von Kandidaten zur Auswahl eines Mitgliedes in den Senat, und eine gedoppelte Kandidaten-Liste für die Wahl eines jeden Mitgliedes in das Distrikts-Gericht.
10. Die Wahl-Korps aller Distrikts-Gerichte versammeln sich im Hauptorte des Kantons zur Wahl des Wahl-Kollegiums des ganzen Kantons.
11. Dieses wird, in der Zahl von einunddreißig, von der Versammlung aller Distrikts-Kollegien frei gewählt.
12. Distrikts- und Wahl-Kollegien bleiben drei Jahre lang im Amte; die Mitglieder sind wieder wählbar.
13. Das Kantonal-Wahl-Kollegium erwählt die einundfünfzig Mitglieder des Senats. Der einem jeden Distrikte angewiesene Senator

muß aus dem dreifachen Vorschlage des Bezirks-Wahl-Kollegiums gewählt werden; für die übrigen vierzig Mitglieder des Senats steht die Wahl unter allen dreißigjährigen Bürgern des Kantons, doch in der Meinung, frei, daß wenigstens die Hälfte außer dem Kantonal-Wahl-Korps gewählt werden müssen.

14. Der Senat erwählt aus seiner eigenen Mitte die fünfzehn Mitglieder des Regierungsrathes. Für das erste Mal erwählt der Senat ferner, aus einer gedoppelten, von dem Kantonal-Wahl-Kollegium gewählten Kandidaten-Liste die Mitglieder des Appellations-Gerichtes. Für die Zukunft wählt er diese Mitglieder aus einem gedoppelten Vorschlage des Appellations-Gerichtes selbst. Der Senat erwählt auch aus seiner Mitte die Gesandten auf die gemein-eidgenössische Tagsatzung.

15. Gleichzeitig kann man Mitglied des Distrikts- und des Kantonal-Wahl-Kollegiums sein.

16. Die Wahl-Kollegien, falls Vacanzen zu ersetzen sind, versammeln sich alljährlich nur Ein Mal, auf den Ruf der Regierung.

Beilage Nr. 6 bis. Seite 122.

Verfassungs-Entwurf für den Kanton Zürich von dem Senator Röderer übergeben.

Tit. I.

Öffentliche Gewalten.

1.

Ein großer Rath von 212 Mitgliedern macht alle Gesetze und Reglemente für den Kanton, mit Ausnahme der politisch-organischen Gesetze, welche der Tagsatzung zur Sanktion vorgelegt werden müssen. Diese verwirft, was den allgemeinen Grundsätzen zuwider wäre. Der große Rath schließt Handels-Traktate, gibt Instruktionen, wählt Gesandte auf die Tagsatzungen und zu allen Ämtern, welche sich über einen ganzen Distrikt ausdehnen.

2.

Ein kleiner Rath oder Senat von fünfzig Mitgliedern, in zwei gleiche Theile getheilt, alternirt halbjährlich in der Verwaltung des Staates und der Gerechtigkeit. Er hat die Initiative der Gesetze, vollzieht dieselben, wacht auf die Beamteten und erwählt die untergeordneten Beamteten in den Distrikten.

3.

Zwei Bürgermeister, von zwei Statthaltern supplirt, präsidiren abwechselnd die beiden Abtheilungen des Rathes. Derjenige, welcher dem Gerichtswesen vorsteht, präsidirt auch den großen Rath.

4.

Ein Staatschreiber und zwei Seckelmeister sind Mitglieder des Senates, und werden von demselben gewählt.

5.

Der große Rath versammelt sich halbjährlich je für vierzehn Tage. Der kleine kann desselben Sitzungen verlängern, ihn auch außerordentlich einberufen.

6.

Die Mitglieder des großen Rathes erhalten keine Besoldung. Die Bürgermeister werden jährlich mit sechzig, die Mitglieder des Senates mit fünfzig Louisdor's besoldet. Die Besoldungen der übrigen Angestellten bestimmt das Gesetz.

7.

Die Mitglieder des großen Rathes werden auf Lebenszeit, diejenigen des Senates auf unbestimmte Zeit, gewählt. Zensoren, zur Hälfte aus dem großen Rath, zur Hälfte aus den Wahl-Kollegien gewählt, bekräftigen dieselben, oder rufen sie zurück.

Tit. II.

Von den Wahlen.

8.

Die Mitglieder und Vorsteher des Senates werden durch den großen Rath gewählt.

9.

Die Mitglieder des großen Rathes werden durch ein aus den Wählern aller Distrikte gebildetes Wahl-Korps gewählt.

10.

Der Kanton ist in Distrikte, jeder Distrikt in dreizehn Zünfte abgetheilt.

11.

Jede Zunft wählt einen Wahlmann auf je zweihundert wahlfähige Bürger.

12.

Staatsbürger sind alle Gemeindeglieder und ihre Söhne, alle die, welche seit zehn Jahren die Schweiz bewohnen, zwanzig Jahre alt sind, wenigstens 1000 Schweizerfranken reines Vermögen besitzen, in den Mili- tär Dienst thun, und nicht im Zustand der Domesticität leben.

13.

Das Wahlrecht in einer Zunft genießen alle Staatsbürger, welche seit einem Jahre im Umfange derselben leben.

14.

Zum Wahlmann muß man 25, zum Mitglied des großen Rathes 30, zum Mitglied des kleinen Rathes 35 Jahre alt sein.

15.

Zum Wahlmann muß man 4000, zum Mitgliede des großen Rathes 16,000 Schweizerfranken besitzen.

Beilage Nr. 7 bis. Seite 129.

Einundzwanzig Punkte, welche in der Berathung des schweizerischen Ausschusses mit dem ersten Consul selbst umgestaltet wurden.

1. Es sollen keine Verfolgungen über vergangene politische Ereignisse Statt finden.

2. Der Loskauf des Zehnten soll nach gerechter Werthung Statt finden.

3. Das Grabeau für die kleinen Rätthe fällt ganz weg, dasjenige für die großen Rätthe tritt nur alle zwei Jahre ein.

4. Die Kandidaten in den großen Rath, welche die Zünfte aus ihrer Mitte vorschlagen, können unbestimmt aus den andern Distrikten, jedoch nicht alle vier in dem nämlichen, gewählt werden.

5. Zur Ausübung des Zunftrechtes muß man ein Gemeindegürgerrecht und 500 Frkn. Eigenthum besitzen.

6. Unverheirathete erhalten erst im dreißigsten Jahr das Stimmrecht.

7. Die im großen Rathe erledigten direkten Plätze werden nur alle zwei Jahre wieder besetzt.

8. Alle Kantone erhalten das Münzrecht; sie sollen aber nach gleichem Schrot und Korn münzen.

9. Um Truppen von einem Kanton in den andern marschiren zu lassen, ist eine Aufforderung dazu von dem kleinen oder großen Rathe desselben erforderlich.

10. Kanzler und Staatschreiber werden nur auf zwei Jahre ernannt, sind aber wieder wählbar.

11. Ursern wird im Verhältniß von $\frac{1}{6}$ der Landsgemeinde von Uri einverleibt.

12. Motionen, welche an die Landsgemeinden gebracht werden wollen, müssen zuerst dem kleinen Rathe vorgelegt werden.

13. Die 18,000 Seelen des Frickthales werden zu dem Aargau geschlagen.

14. Der Kanton Schwyz wird in die unterste Klasse der Geld-Skala gesetzt.

15. Das Gemeindegut der ehemals souverainen Städte soll hergestellt werden.

16. Einem jeden Kanton wird sein an die helvetische Einheit als Nationalgut abgegebenes Eigenthum zu eigener Verwaltung zurückgestellt.

17. Ebenso allen Klöstern und Korporationen das Ihrige.

18. Jeder Kanton liquidirt selbst seine, vor der Revolution kontrahirten, auf diesen Gütern haftenden, Schulden.

19. Der überschießende Betrag sämmtlicher Kantonalgüter haftet für die helvetische Nationalschuld.

20. Die Vertheilung und Liquidation wird an die eidgenössische Tag-satzung gewiesen.

21. Bern übernimmt die active und passive Liquidation für sich selbst, für das Aargau, und für das Waadtland.

Beilage Nr. 8. Seite 162.

**Schreiben des Kaisers Napoleon an den Landammann Reinhard
d. d. Finkenstein, den 18. Mai 1807.**

**A notre très-cher et grand ami le Landammann de la Suisse,
Président de la diète de nos grands amis, alliés et confédérés
composant la confédération helvétique.**

Très-grand et cher ami !

**Je reçois votre lettre du 24 avril. Je ne puis que vous remer-
cier du soin que vous prenez de m'instruire du zèle que mettent
les différens cantons dans le recrutement des régimens Suisses.
J'espère qu'incessamment les quatre régimens seront complets et
que les Suisses de nos jours, comme leurs pères, paraîtront avec
gloire sur le champ d'honneur. Je fais cas de la bravoure, de la
fidélité et de la loyauté des Suisses. C'est ce sentiment qui m'a
porté à décider que tous les régimens seraient composés de cito-
yens du pays, sans aucun mélange de déserteurs ou d'autres hom-
mes étrangers. Car ce n'est pas le nombre des soldats qui fait
la force des armées mais leur fidélité et leurs bonnes dispositions.
L'acte de médiation sera constamment pour moi une loi sacrée ;
j'en remplirai tous les devoirs scrupuleusement, et je ne puis que
me confirmer tous les jours davantage dans ces idées, puisqu'il
me paraît que cet ouvrage, auquel vous avez concouru, a ren-
contré la sanction du temps et considérablement amélioré la si-
tuation de votre patrie. Si j'avais un désir à former, désir que
je regrette de n'avoir pas proposé dans l'acte de médiation, ce
serait que les Suisses ne permissent le recrutement dans le pays
à aucune puissance étrangère, hormis à l'Espagne, à la Hollande
et aux états dont le système est lié au mien. Je désirerais d'autant
plus que cette prohibition passât en loi, que tous les hommes
éclairés ne peuvent voir qu'avec douleur le frère combattre contre
le frère. Les personnes qui ont légèrement et à tort blâmé les
Suisses de passer au service étranger, ont appuyé sur cet incon-
véniement qui est grave et blesse le caractère de tous les hommes
bien nés. Si vous soumettiez cette pensée à la prochaine diète,**

une décision sur cet objet me serait agréable, parcequ'elle serait conforme à la dignité et à l'honneur des Suisses. *Je me souviens avec grand plaisir des lumières et du caractère que vous avez montré dans la circonstance où je vous ai connu. Comptez sur mon estime et sur mon désir de vous être agréable, et assurez les cantons de mon amitié et de ma protection constante. Cette lettre n'étant pas à autre fin, je prie Dieu, très-cher et grand ami, qu'il vous eût en sa sainte et digne garde.*

à Finkenstein le 18 Mai 1807.

Votre bon ami

NAPOLÉON.

Beilage Nr. 9. Seite 164.

Auszug aus der Rede des Landammannes von Reinhard bei Eröffnung der ordentlichen Tagsatzung vom Jahre 1807.

„Aber nicht nur in der Dunkelheit der alten Geschichte, oder der
 „modernen Archive, sondern in der fortbauenden Wirklichkeit laßt
 „uns die Eidgenossenschaft suchen und wieder finden, aus jener die
 „Züge sammeln, welche den Charakter unserer Vorfahren bezeichnen,
 „und welche, wenn auch durch den Lauf der Zeiten anders bestimmt,
 „dennoch unauslöschlich und unvertilgbar gegenwärtig noch fortwirken.
 „Unter diesen darf ich, um mich von dem Zwecke der heutigen Ver-
 „sammlung nicht allzu sehr zu entfernen, nur einen und zwar denjenigen
 „herausheben, der gleich dem ersten in der belebten Natur auch in der
 „moralischen besteht — nämlich den Trieb der Selbsterhaltung. —
 „Welche Antwort ertheilten Euerer Ahnen (1307), Ihr drei Urstände,
 „die gerade vor 500 Jahren den ersten Keim der künftigen Eidgenos-
 „senschaft ausmachten, auf die damals an sie gelangte, theils schmei-
 „chelnde, theils drohende Botschaft des mächtigsten ihrer Nachbarn?“

„haftigkeit und Muth im Unglück erwecken selbst die Achtung des
 „Feindes. Die Fürbitte um Schonung und Frieden für die unglück-
 „lichen Länder, in welchen der Würgengel des Krieges wüthet, wird
 „besondere Pflicht derer, die das unschätzbare Glück des Friedens ge-
 „nießen.“

Beilage Nr. 10. Seite 178.

Schreiben Napoleons an d'Affry, Landammann der Schweiz,
 dat. Regensburg den 25. April 1809.

Très-grand et cher ami, je reçois votre lettre du 18 avril, que
 me remet Mr. de Reinhard. J'approuve fort toutes les mesures
 prises pour assurer la neutralité de la Suisse.

Votre territoire ne sera jamais attaqué par moi, mais il le sera
 par mes ennemis aussitôt qu'ils seront en état de le faire. Les
 évènements qui viennent de se passer, font penser, que ce moment
 n'est pas près d'arriver. Toutefois les mesures que vous avez
 prises et les intentions que la diète a manifestées sont très-con-
 venables; car si une seule fois la Suisse laissait violer son terri-
 toire par la maison d'Autriche, elle serait perdue pour toujours.
 Il est très-certain que lors de la guerre de 1805 et peut-être
 même dans celle-ci, le cabinet de Vienne avait cherché à troubler
 la Suisse et à y pénétrer; projets vains que le succès de mes ar-
 mes a dissipés, mais qui cependant ne doivent pas être oubliés,
 et qui doivent pour l'avenir servir de règle à la Suisse. — Sur
 ce je prie Dieu, qu'il vous ait en sa sainte et digne garde.

De mon Camp Impérial de Ratisbonne.

Le 25 avril 1809.

NAPOLÉON.

„Gewarnt sei der Mißvergnügte, der da glaubt, die politischen
„Verhältnisse in der Verfassung dürfen ihm nicht genügen, weil sie ein
„anderes Resultat, als das von ihm erwartete, hervorgebracht haben.

„Wäre es ihm wirklich möglich auf geradem Wege eine Veränderung
„in der Verfassung zu bewirken, so würde er sich von seinem Zwecke
„weiter als nie entfernt finden, und über die Begriffe erstaunen, die
„an die Stelle früherer getreten, und in der neuen Welt gangbar zu
„sein scheinen.

„Aber eben so gewarnt sei auch derjenige Mißvergnügte, der da
„glaubt, diesen Zweck durch bekannte Schleichwege, Intriguen und durch
„Mißbrauch der Lücken und Schwächen in unserer Verfassung allmählig
„erreichen zu wollen. Allerdings sind diese Lücken und Schwächen
„durch sechsjährige Erfahrung offenbar geworden. Die Anwendung der
„Verfassung nach dem Sinne der verschiedenen Kantone und die Ten-
„denz derselben sind dem Vermittler nicht unbekannt. Sie haben seiner
„Aufmerksamkeit nicht entgehen können.

„Gewarnt sei endlich der Schwache und Unzufriedene, dem jede An-
„strengung und Aufopferung politischer oder ökonomischer Natur allzu
„lästig scheint; der lieber mit gekreuzten Armen dem Gewirre der gro-
„ßen Welt zusieht, und glaubt, daß ihn nicht die geringste Unruhe
„und Last derselben treffen sollte. Die Zeiten sorgloser Ruhe sind vor-
„über; die Wellen des allgemeinen Sturmes schlagen auch an den Hafen
„an, der unser kleines Schiff umschließt. Nicht ohne Sorgen und Ko-
„sten können die Dämme des Hafens bewacht und erhalten werden,
„und wehe uns, wenn wir uns irgend einer Vernachlässigung schuldig
„machen sollten“ u. s. w.

Beilage Nr. 12. Seite 185.

Schreiben des kaiserlich französischen Ordonnanz-Offiziers von Wat-
temohl an seinen Vater, den Landammann der Schweiz, d. d.
Fontainebleau, den 9. Oktober 1810.

» C'est par ordre de l'Empereur, que je vous écris aujourd'hui
» pour prévenir les craintes, que pourrait faire naître une

» que vous jugerez à propos , mais les plus sévères pour empê-
 » cher ce commerce frauduleux , si la Suisse veut conserver son in-
 » dépendance.

» Sa Majesté m'ordonne surtout de vous répéter qu'on ne doit
 » point considérer ces démarches comme un prétexte pour ravir
 » à la Suisse son indépendance ; que le système de guerre qu'elle
 » a embrassé contre l'Angleterre l'a exigé. Que du reste elle n'a
 » point lieu de se plaindre de la Suisse ; qu'elle est satisfaite de
 » la conduite sage du gouvernement ; que l'acte de médiation est
 » suivi ; qu'en réunissant la Suisse à la France , elle n'en tirerait
 » aucun avantage ; que la Suisse lui fournit autant d'hommes ,
 » que la conscription pourrait lui en procurer , et qu'un ou deux
 » millions , qui seraient le produit des impôts ne serait qu'une
 » bien faible augmentation de revenus pour la France.

» Sa Majesté croit , qu'il est inutile que vous rassembliez une diète
 » à ce sujet , qu'il suffit d'une circulaire aux cantons , dans la-
 » quelle vous leurs ferez part de la situation des affaires , des in-
 » structions de Sa Majesté et des moyens , que vous voulez qu'ils
 » emploient pour la remplir."

Beilage Nr. 13. Seite 187.

Schreiben des königl. italienischen Ministers Testi an den kaiserl.
 französischen Gesandten in der Schweiz , d. d. Mailand den
 31. Oktober 1810.

» Je m'empresse de vous donner avis , que le gouvernement
 » du Royaume d'Italie se trouve dans la nécessité de faire occu-
 » per les débouchés des montagnes des cantons suisses italiens
 » par une ligne extraordinaire de douânes , pour arrêter enfin la
 » contrebande des marchandises anglaises qui s'introduisent jour-
 » nellement dans le Royaume par ces cantons. C'est avec peine ,
 » que le gouvernement se voit forcé à cette mesure qui est deve-

peu à peu des boulevards essentiels au maintien de son indépendance, par la France qui se disait son amie.

L'Empereur Napoléon finit par établir sur les débris de la fédération Suisse, et sous un titre inconnu jusqu'alors, une influence directe, permanente et incompatible avec la liberté de la république, avec cette liberté antique respectée par toutes les puissances de l'Europe, avec ce premier garant des rapports de bienveillance que la Suisse avait entretenue avec elles jusqu'à l'époque de son asservissement, avec cette première condition de la neutralité d'un Etat.

Les principes qui animent les souverains alliés dans la guerre actuelle, sont connus. Tout peuple qui n'a pas perdu le souvenir de son indépendance doit les avouer. Les puissances désirent que la Suisse recouvre avec l'Europe entière la jouissance de ce premier droit des nations; qu'elle recouvre avec ses anciennes frontières les moyens de les défendre. Elles ne peuvent admettre une neutralité qui dans les rapports actuels de la Suisse n'existe que de nom.

Les armées des puissances alliées, en se présentant sur les frontières de la Suisse, comptent n'y trouver que des amis. L. M. I. et R. prennent l'engagement solennel de ne pas poser les armes avant que d'avoir assuré à la Suisse les parties que la France en a arrachées. Sans prétention aucune de s'immiscer dans ses rapports intérieurs, elles ne souffriront pas que cet Etat reste placé sous une influence étrangère. Elles reconnaîtront sa neutralité le jour où il sera libre et indépendant, et elles attendent du patriotisme d'une brave nation que, fidèle aux principes qui l'ont illustrée dans les siècles passés, elle secondera les nobles et généreux efforts qui réunissent pour une même cause tous les souverains et tous les peuples de l'Europe.

Les soussignés, en s'acquittant de la présente communication, doivent porter à la connaissance de Monsieur le Landammann la proclamation et l'ordre du jour que le général en chef de la grande armée alliée publiera au moment de l'entrée de l'armée sur le territoire Suisse. S. E. les trouvera conformes sans doute aux sentimens que L. L. Maj. Imp. et Royales vouent à la confédération.

Die hohen Alliirten sichern der Schweiz ihre alte natürliche Grenze, ihre gänzliche Unabhängigkeit bei Herstellung des Rechtsstandes in ihrem Innern, sowie die unbedingte und allgemeine Garantie ihrer künftigen Neutralität, auf das bestimmteste zu. Sie erkennen das Recht des Freistaates Bern auf die von ihm abgerissenen Theile Waadt und Aargau, wenn sich derselbe in seiner alten rechtmäßigen Form nach dem Vorgang von 1802 konstituiert haben, und dabei eine verhältnismäßige Anzahl Familien aus der Waadt und dem Aargau in das Berner Bürgerrecht aufzunehmen, auch überhaupt dem Verdienst aus allen Theilen des Kantons den Weg zu öffentlichen Ämtern und Ehren-Stellen zu öffnen, sich sofort erklären wird, an und gewähren ihm den sofortigen Besitz dieser Lande beim Eintritt ihrer Truppen. Die hohen Alliirten hatten bei solchen Zusicherungen, mit welchen sie sonst keine Bedingungen, kein Ansinnen irgend eines Opfers verbinden, nur einen Wunsch geäußert, auf welchen sie großen Werth legten, den, daß die von der öffentlichen Meinung, sowie von der eigenen Überzeugung der Mitglieder der Regierung gleich begünstigte Rekonstitution der Berner Republik, wo möglich, noch vor oder doch spätestens zugleich mit dem wirklichen Eintritt ihrer Truppen in das Schweizergebiet erfolgen möchte; und Unterzeichneter hat nicht ohne lebhaften Schmerz erfahren müssen, daß aus ihm unbekannt gebliebenen Gründen der Kantonsrath diesen Wunsch unbeachtet gelassen habe. Es sind für die gegenwärtige Berner-Regierung noch Mittel übrig, dem beabsichtigten Schritt Verdienst in den Augen der hohen Alliirten zu geben, und dem, was der Dank für ihre wohlthätigen Absichten fordert, einigermaßen zu entsprechen. Allein diese Mittel liegen einzig in der äußersten Beschleunigung der vorhabenden Veränderung, welcher sodann ähnliche Einleitungen bei den übrigen aristokratischen Kantonen und die Herstellung der alten eidgenössischen Bundesverhältnisse unverzüglich folgen sollen. Unterzeichneter hofft zuversichtlich, von Herrn Schultheiß von Freudenreich hochwohlgeboren in der kürzesten Zeitfrist in den Stand gesetzt zu werden, seinem allerhöchsten Hofe den Erfolg des beabsichtigten rühmlichen Unternehmens zu berichten, wodurch die Mediationsakte, als das Werk fremder Gewalt und Willkühr, vernichtet sein wird.

Derselbe ergreift die Gelegenheit u. s. w.

Bern am 21. Dezember 1813.

(Gezeichnet) Graf Senft von Pilsach."

à Monsieur le Chevalier de Lebzeltern, Conseiller aulique de Sa Maj. l'Empereur d'Autriche.

Zurich le 27 Décembre 1813.

Le Landammann de la Suisse, de l'avis des députés de deux Cantons réunis à Zurich, a l'honneur de faire à Monsieur le Chevalier de Lebzeltern la communication suivante.

Les armées autrichiennes qui traversent le territoire Suisse, y sont entrées et y ont été reçues en amies; les hautes cours alliées ont donné l'assurance formelle de leur bienveillance et de leur estime pour la Suisse; elles ont promis de ne point s'immiscer dans ses rapports intérieurs.

Cependant tandis que la déclaration officielle remise le 20 décembre par les agens accrédités de L. L. M. M. Impériales est prise en considération dans tous les cantons, et au moment même où les députés réunis à Zurich délibèrent sur la situation actuelle de la patrie, ils apprennent avec une vive douleur des événemens qui compromettent au plus haut point la tranquillité et le repos de la Suisse.

Le comte de Senft-Pilsach disant agir au nom des augustes alliés, bien qu'il n'ait point légitimé son caractère, a provoqué à Berne une révolution dans le gouvernement, dont les effets menacent aussi l'Argovie et le canton de Vaud, séparés de Berne depuis quinze ans et existans depuis onze ans comme états indépendans de la confédération Suisse.

Le gouvernement nouvellement institué à Berne veut réunir par une proclamation ces deux pays à son territoire; il y a été formellement invité par le comte de Senft, dont les déclarations réitérées annoncent encore d'autres changemens dans l'intérieur de la Suisse.

Après avoir perdu sa neutralité, le bien le plus précieux pour ce pays était la tranquillité intérieure et l'union entre les cantons. On sent parfaitement que de l'état actuel des choses naissent des rapports politiques nouveaux, qu'il en résultera des changemens dans le régime constitutionnel; mais la Suisse demande de pouvoir délibérer sur ces grands objets, en nation indépendante dont la constitution doit être l'oeuvre d'une méditation libre et approfondie. — En ôtant du pacte fédéral actuel ce qui dans la forme

Glaris, Zoug, Frybourg, Bâle, Schaffhausen et Appenzell, se sont réunis pour poser les bases d'un nouvel ordre fédératif en Suisse, et ont dressé à cet effet, sous réserve de la ratification de leurs gouvernemens, la convention dont j'ai l'honneur, Monsieur le Chevalier, de vous envoyer une copie.

En vertu de l'invitation contenue à l'article 2, les députés de St. Gall, Argovie, Thurgovie et Vaud ont déclaré leur adhésion à l'ordre fédéral que cette convention tend à préparer.

Les autres cantons ont été invités à y accéder également.

D'après l'article 4 de cette convention, le pouvoir central actuel est prêt à se dissoudre, et le canton de Zurich qui, pendant quatre siècles, exerça les fonctions de Directoire de la confédération, va les reprendre provisoirement.

Je vous prie, Monsieur le Chevalier, de vouloir bien porter la présente communication à la connaissance des augustes monarques alliées, et d'agréer etc.

(Suivent les Signatures.)

Hierauf erfolgte nachstehendes Schreiben des Herrn Ritters von Lebzelter an Herrn Landammann von Reinhard.

» A son Excellence Mr. de Reinhard, Landammann de la Suisse.

Monsieur !

J'ai reçu la communication que votre Excellence m'a fait l'honneur de m'adresser en date du 27 courant de l'avis de Messieurs les députés qui se trouvent à Zurich, et je me suis fait un devoir de la porter à la connaissance des hautes cours alliées.

Le but qui a réuni les puissances est de conquérir la paix de l'Europe et l'indépendance des nations, en les arrachant à une prépondérance oppressive et destructive de toute liberté.

L'intérêt que les cours alliées ont constamment voué à la Suisse, leur a fait désirer qu'elle partageât les bienfaits dûs à leurs généreux efforts. Ils ont été couronnés par les plus éclatans succès et L. L. M. M. Imp. et Roy. en ont déjà recueilli une bien douce récompense, en voyant tous les états de l'Europe se rallier successivement autour de leurs libérateurs et suivre à l'envi la même noble carrière. La cause sacrée que les souverains

lence par les qualités distinguées que le public honore en elle et par son patriotisme éclairé.

Veuillez agréer etc. etc.

Zurich le 29 Décembre 1813.

LE CHEVALIER DE LENZELTERN."

Dieser Note folgte wenige Tage später eine gemeinschaftliche Erklärung beider Bevollmächtigten nachstehenden Inhalts:

» A Son Excellence Monsieur le Landammann de Reinhard.

Zurich le 1 Janvier 1814.

Le moment est venu où la Suisse se trouve, par un concours d'événemens heureux, appelée à reprendre son rang parmi les nations libres et indépendantes de l'Europe. Les principes qui animent les puissances alliées ne peuvent qu'être appréciés par un peuple dont le caractère national a résisté à la funeste influence qu'avait trop long-temps exercée sur lui un gouvernement voisin. C'est en suite de ces mêmes principes hautement annoncés et constamment suivis par L. L. M. M. Imp. et Roy. que les soussignés fixent plus particulièrement l'attention de la Suisse sur la nécessité d'amener l'établissement d'un pacte constitutionnel qui renferme en lui-même le principe et la garantie de sa stabilité et qui la préserve pour toujours de toute influence étrangère et de la nécessité d'y avoir recours.

Indépendante dans ses délibérations et libre dans ses volontés, la Suisse, en procédant à cette oeuvre salutaire ne peut vouloir que ce qui est fondé sur la justice, ce que nulle ambition ne saura lui contester, ce qui honorera son nom, son caractère, ce qui établira enfin le bonheur de tous les ordres et de toutes les parties constituantes l'état. C'est ainsi que formée à l'école du temps, guidée par la sagesse et la modération, la Suisse reprendra la place honorable que lui assigne le rétablissement d'un juste équilibre politique en Europe.

L. L. M. M. Imp. et Roy. reconnaitront solennellement un acte sanctionné par le suffrage de la nation dès qu'il sera porté à leur connaissance. Leurs Majestés feront plus: elles promettent à la Suisse, qu'elles ne poseront pas les armes, avant que son indépendance absolue et l'acte constitutionnel librement conçu et

qu'elles ont fait naître aux états de la Suisse, en les invitant à députer à leurs députés les pouvoirs dont l'assemblée actuelle se trouverait dépourvue, et qui seuls pourraient rendre une nouvelle délibération plus féconde en résultats positifs. En conséquence les membres de la diète vont se retirer momentanément auprès de leurs gouvernemens, afin de concourir à l'examen de ces matières importantes.

Comme c'est en suite de l'invitation des ministres des puissances alliées que l'assemblée actuelle est restée en permanence jusques à ce jour, elle croit devoir leur donner immédiatement connaissance de son ajournement qui expire au 3 du mois de mars prochain.

La diète regrette d'avoir été dans le cas de s'occuper d'un projet d'organisation fédérale en l'absence de quelques cantons qui ont refusé de se réunir à elle. Leur coopération eût simplifié sa marche, aplani bien des difficultés, et peut-être résolu des doutes importants.

La diète, en leur communiquant son protocole, va les inviter de nouveau; de la manière la plus pressante, à prendre part aux délibérations plus approfondies qui doivent s'ouvrir dans quelques semaines; mais comme le refus formel de ces cantons est dirigé en partie contre la légalité et la compétence de l'assemblée actuelle, en partie contre l'objet de ses travaux, et que ces mêmes objections pourraient être reproduites dans la suite, la diète croit devoir mettre sous les yeux des ministres des puissances alliées les lettres qui lui sont parvenues de la part des gouvernemens actuels de Berne, Frybourg et Soleure. Elle accompagne cette communication de la demande instante qu'il plaise aux ministres de vouloir bien de leur côté contribuer à lever les obstacles qui s'opposeraient encore à la réunion complète de XIX cantons de la Suisse.

Ayant pris en sérieuse considération la note confidentielle qui lui a été présentée de la part de Monsieur le Chevalier de Lebzelter et de Monsieur le Comte de Capo d'Istria en date du 6 de ce mois, la diète n'a pu se défendre d'un sentiment pénible en voyant que les §§. 2 à 3 du premier article tendraient à ajourner jusques à la conclusion de la paix générale les difficultés ter-

moyens les plus propres à fonder *elle-même* par un accord de sagesse et de modération les bases de sa prospérité intérieure et celle de sa véritable indépendance politique.

Il serait à déplorer pour cette nation estimable et réellement pénible pour leurs Majestés que, par une suite de prétentions isolées ou d'intérêts mal calculés, cette œuvre honorable et salutaire dût être encore nécessairement le résultat d'une médiation étrangère.

Les soussignés en accomplissant fidèlement les ordres de leurs cabinets se sont fait un devoir scrupuleux jusqu'ici d'observer avec assiduité la marche des affaires, d'en examiner l'esprit, d'en mesurer les obstacles, d'en déterminer la nature et les rapports.

Comme il résulte de ces observations que la grande majorité des états et de la nation est animée d'un vrai patriotisme et d'un attachement sincère à l'intérêt général, les soussignés espèrent fermement qu'à l'ouverture de l'assemblée générale du 3 mars la Suisse, digne d'elle-même, s'assurera l'heureuse destinée que lui réserve l'amitié des puissances alliées.

C'est en formant ce vœu que les soussignés répondent à la note de Son Excellence en date du 10 de ce mois, en la priant d'agréer etc. etc.

Zurich le 2/14 Février 1814.

CHEVALIER DE LEBZELTERN.
LE COMTE CAPO D'ISTRIA."

» A Son Excellence Monsieur l'ancien Landammann de Reinhard.

Les soussignés désirent profiter de l'ajournement de la diète pour se rendre au quartier général de leurs augustes souverains. A cette occasion ils se feront un devoir de porter à la connaissance de leurs cabinets l'état où se trouve la réorganisation de la Suisse confiée aux soins de V. Excellence.

Ils rendront toute la justice due à l'assiduité qu'elle consacre à ce travail important et ne manqueront pas de faire connaître avec précision tous les obstacles qu'elle a rencontrés, les mesures de conciliation qu'elle a prise pour les applanir, et les moyens qu'il faudrait préparer d'avance pour le cas où une divergence

plus prononcée d'opinions et d'intérêts locaux arrêterait encore la marche des opérations de la diète.

Tandis que les soussignés s'acquitteront avec zèle de cette mission, V. Exc. voudra bien, ainsi qu'ils l'espèrent, poursuivre de son côté l'ouvrage non moins important de la réorganisation des cantons dans les principes libéraux d'après lesquels les hautes puissances alliées verraient avec satisfaction se consolider le repos et le bonheur de la Suisse.

Appuyée de la confiance que Leurs Majestés placent dans son patriotisme éclairé, V. Exc. pourra utilement intervenir dans les discussions qui s'élèveraient parmi les états, et les amener graduellement à ce système de conciliation qui forme l'objet du travail dont les soussignés ont été chargés.

Ils ne peuvent se dispenser d'engager aussi V. Exc. à écarter toute complication ultérieure dans les relations fédérales, et à les maintenir avec la plus grande persévérance dans leur état actuel jusqu'à la convocation de la diète.

En prenant congé de V. Exc., les soussignés se félicitent de ne le faire que pour un temps très-court, après lequel ils renoueront avec empressement des relations auxquelles ils attachent personnellement le plus grand prix.

Ils saisissent cette occasion etc. etc.

Zurich le 2/14 Février 1814.

CHEVALIER DE LEBZELTERN.
LE COMTE CAPO D'ISTRIA."

Schreiben E. v. F. v. H. an Reinhard, Landammann der Schweiz,
in Betreff der Aufstellung des alten Vorortes Zürich, und Fort-
setzung der obersten Geschäfts-Leitung durch den Landammann.
Dat. Freiburg im Breisgau, den 30. Christmonat 1813.

„E. E. werden vielleicht schon wissen, daß ich den Wünschen der
„Generale Brede und Schwarzenberg zu Folge hier bin. Das Re-
„sultat der gemachten Vorstellungen wird Ihnen Capo d'Istria, der
„letzte Nacht von hier abreiste, bereits eröffnet haben, wenn diese
„Zeilen an Sie gelangen. Es ist von der größten Wichtigkeit, daß
„E. Exc. unter der Form der Altzürcherischen Vorortenschaft eine recht
„tüchtige Dictatur aufstellen, welche geeignet sei, unser Vaterland
„bis zum bevorstehenden Friedensschlusse zu einem befriedigenden Loose
„hinzuführen u. s. w. — Unsere Kantonalverfassungen könnten ohne
„Widerrede bleiben, es sollte jedoch das Verlangen der Allirten be-
„ruht werden, um die Demagogen und das ihnen entgegengesetzte
„Extrem im Zaum zu halten, wo es Noth thun mag. Ich erhalte hier
„von Jedermann die befriedigendsten Versicherungen u. s. w.

„Es werden hier, dessen versicherte mich Metternich ausdrücklich,
„keine Protestationen gegen den Gang der schweizerischen Dictatur an-
„genommen werden, und E. Exc. werden mit den allirten Mächten
„ganz zuverlässig mit der unerschütterlichsten Festigkeit und Ge-
„messenhaft auf dem Weg Rechtens am Besten auskommen u. s. w.

„Ich eile nach H. zurück, wo mich E. Exc. bereit finden werden,
„Ihnen alle fernere Auskunft zu geben, die Sie von mir verlangen
„mögen; dagegen muß ich Sie bitten, von meiner Reise nach Frei-
„burg, die ich vor Capo d'Istria geheim hielt, keine Erwähnung zu
„thun, und diesen Brief nur dem Staatsrath Usteri mitzutheilen, wie
„auch, daß mir nie zugemuthet werde, mich mit Staatsangelegenheiten
„zu befassen, als wenn die Noth des Vaterlandes mir es zur Pflicht
„macht u. s. w.

„Es wäre sehr wichtig, recht bald einen tüchtigen schweizeri-
„schen Gesandten in das Hauptquartier der allirten Mächte zu sen-
„den u. s. w.“

tenir et la maintenir ainsi qu'à l'égard de Bienne, de Genève et du Valais. Heureusement les puissances alliées y ont mis fin par leurs triomphes, et la confédération, objet de leur bienveillance particulière, doit, en vertu du principe de l'intégrité de ses anciennes frontières, rentrer en possession des trois provinces, lesquelles, situées dans les limites naturelles de la Suisse, appartiennent nécessairement à son système de défense militaire et constituent, sous tous les rapports statistiques, politiques et économiques, l'une des parties les plus intéressantes de son territoire.

Les relations à établir entre ces pays et le canton des Grisons résulteront d'arrangemens postérieurs dans lesquels l'avantage réciproque et les droits des différentes parties de ce corps politique seront soigneusement mis en balance.

Mais sans préjudice aux dispositions organiques qui auront lieu dans la suite, la nécessité de l'occupation militaire de ces pays devient aujourd'hui très-urgente. Déjà depuis quelque temps il y règne une fermentation sourde, occasionnée, dans le principe, par la présence des troupes italiennes qui semblaient même menacer la sûreté du canton des Grisons. Les dernières nouvelles reçues de l'Italie imposent doublement à la Suisse l'obligation de ne pas laisser plus long-temps les esprits incertains sur le sort définitif de la Valteline, de Chiavenna et de Bormio. En conséquence le gouvernement des Grisons a réclamé l'appui de la diète, et celle-ci n'hésite pas à faire marcher quelques troupes dans les Grisons, pour coopérer à l'occupation immédiate du pays de Chiavenna, et successivement à celle de Bormio et de la Valteline, dès que les circonstances en auront indiqué le moment.

La diète croit devoir informer officiellement L. L. E. E. les Ministres d'Autriche, de Russie et de Prusse de cette mesure, qui tend à préparer sur un point très-intéressant des frontières de la Suisse l'effet des déclarations généreuses des hautes puissances alliées, et à remplir les vues énoncées dans la note que L. L. E. E. ont adressée à la diète en date du 5 avril.

Elle exprime en même temps le désir qu'il plaise à L. L. E. E. de vouloir bien informer les augustes souverains des motifs qui ont dicté sa résolution, et d'intéresser leur bienveillance pour que la restitution définitive de la Valteline, de Chiavenna et de Bormio

politique, à la mettre en état de fonder et maintenir inébranlablement sa neutralité, ne peut que répondre aux vœux et à l'opinion des hautes puissances alliées.

Les sentimens de L. L. Maj. à cet égard ont été exprimés par des déclarations données en leur nom, et surtout par celle du 20 Décembre 1 Janvier 18¹³/₁₄, qui présente la reconstitution des pays que la France lui avait enlevés. Les soussignés croient devoir dans cette occasion rappeler l'attention de la diète sur un point aussi important, persuadés qu'elle y trouvera de puissans motifs pour écarter toute cause de retardement qui pourrait éloigner encore l'accomplissement de cette reconstitution.

Zurich le 18/30 Avril 1814.

SCHRAUT.

LE COMTE CAPO D'ISTRIA.

LE BARON DE CHAMBRIER."

Oberst von Hauser wurde zum Kommandant der zur Besetzung dieser Landschaften in Marsch gesetzten Truppen ernannt, und ihm folgende Ernennungsakte zugestellt.

»La diète des dix-neuf cantons de la confédération Suisse nomme Monsieur le colonel Joseph Fridolin de Hauser au commandement supérieur des troupes de la confédération Suisse, destinées à occuper militairement au nom de la confédération Suisse le comté de Chiavenna, la Valteline et le comté de Bormio. Ces pays devant, d'après les déclarations formelles des hautes puissances alliées, rentrer dans la circonscription du territoire helvétique, la diète s'attend que l'occupation militaire s'en fera paisiblement, avec ordre et d'un consentement unanime. Elle invite les autorités civiles et militaires, et prie en particulier les généraux et commandans des troupes des hautes puissances alliées, de reconnaître le colonel de Hauser dans la qualité qui lui est attribuée par le présent acte, et de faciliter autant qu'il est en eux l'objet de sa commission.

En foi de quoi les présentes ont été données, scellées et signées à Zurich, le 6 de Mai 1814.

Le Bourguemestre du canton de Zurich, président de la diète :

REINHARD.

Le Chancelier provisoire de la confédération :

MOUSSON.

l'instruire des mesures adoptées par la diète, mettre sous ses yeux les déclarations récentes des ministres des puissances alliées relativement à la dite occupation et s'entendre avec elle à ce sujet ; la diète des états de la Suisse prie V. Exc. de reconnaître la mission du colonel de Hauser, et les dispositions qu'il est chargé de faire en conséquence.

Elle a l'honneur d'assurer Votre Excellence etc. etc."

Zurich le 6 Mai 1814.

(Suivent les Signatures.)

» A Messieurs les Commandans militaires des troupes de Leurs Majestés alliées.

Monsieur de Hauser, colonel au service de la confédération Suisse, chargé par la diète d'occuper militairement avec les troupes sous son commandement la Valteline et les comtés de Chiavenna et de Bormio, a reçu d'elle l'ordre de vivre dans la meilleure intelligence avec Messieurs les généraux des armées alliées et de s'entendre avec eux sur toutes les mesures relatives à l'objet de sa mission. Ces pays, qui faisaient jadis partie de la Suisse, doivent lui être rendus par la volonté des hautes puissances alliées; et cette occupation ayant lieu maintenant à notre demande et pour se conformer aux généreuses intentions de nos augustes souverains, nous prions Messieurs les Généraux des armées alliées de seconder Monsieur le colonel de Hauser en tout ce qui pourra favoriser l'exercice de sa commission.

Zurich le 7 Mai 1814.

Les Envoyés extraordinaires et Ministres plénipotentiaires de Leurs Majestés Impériales et Royales au-près de la confédération Suisse.

SCHRAUT.

LE COMTE CAPO D'ISTRIA.

LE BARON DE CHAMBRIER."

Schreiben der diplomatischen Kommission der Tagsatzung an die Herren Minister der verbündeten Mächte.

S. E. le comte de Bellegarde et même auprès de leurs augustes souverains, pour faire lever cet obstacle, en sorte que la Suisse, conformément aux assurances qui lui ont été données, puisse entrer immédiatement en possession de ces trois pays.

La commission prie L. L. E. E. d'agréer etc. etc."

Zurich le 11 Mai 1814.

(Suivent les Signatures.)

» A S. E. Monsieur de Reinhard, Président de la Diète des Cantons de la Confédération helvétique.

Monsieur le Président!

Monsieur Marcacci m'a remis la lettre que V. E. m'a fait l'honneur de m'adresser en date du 8 de ce mois, pour m'inviter à intervenir à l'occupation militaire de la Valteline, des comtés de Chiavenna et de Bormio, que la diète des cantons de la confédération helvétique s'est déterminée à faire réaliser, en appuyant cette mesure sur les déclarations des hautes puissances alliées, qui déterminent que ces contrées doivent être réunies au territoire Suisse, dont jadis elles faisaient partie.

Ne doutant nullement de la légitimité de cette occupation, j'aurais désiré d'y concourir sans le moindre délai, et je m'attendais de jour en jour à en recevoir l'ordre de Sa Majesté l'Empereur et Roi, mon auguste maître.

Cet ordre jusqu'ici ne m'étant pas encore arrivé, V. E. sentira que je ne suis pas autorisé à consentir, que des troupes étrangères entrent dans un territoire que j'ai militairement occupé au nom des hautes puissances alliées.

Dans cet état de choses il ne me reste qu'à mettre incessamment sous les yeux de S. M. l'Empereur et Roi la demande que vous venez de me faire à ce sujet.

Aussitôt que me seront parvenues les instructions relatives à cet objet, qui, comme il y a lieu à croire, seront correspondantes à vos désirs, je m'empresserai de donner les ordres nécessaires pour faciliter aux troupes de la confédération helvétique l'occupation d'un territoire qui doit lui appartenir.

Veuillez agréer etc. etc.

Milan le 17 Mai 1814.

COMTE DE BELLEGARDE F. M."

Bisdahin sollen sich die betreffenden Kantone jedes Unternehmens, wodurch die öffentliche Ruhe gestört werden könnte, gänzlich enthalten.

5) Sobald der Bundesvertrag und die gegenwärtige Übereinkunft von der Mehrheit der löbl. Stände ratificirt worden sind, ist der eidgenössische Bund als geschlossen und konstituiert erklärt, und alle übrigen Bestimmungen und Artikel desselben treten in volle Kraft.

6) Diese Ratifikationen sollen bis zum 5. Sept. eingebracht werden.

Beilage Nr. 19. Seite 329.

Einige Aktenstücke betreffend die auf dem Kongresse zu Wien stattgefundenen Unterhandlungen über den Wiederanschluß der drei Thäler Veltlin, Cleven und Worms an den Kanton Graubünden im Laufe des Wintermonates und Christmonates 1812 und bis im Merz des Jahres 1815.

(Diese Akten sind nicht nach chronologischer Reihenfolge, sondern so geordnet, wie sie in der Akten-Sammlung enthalten sind.)

Wiener Kongreß.

„An die außerordentliche eidgenössische Gesandtschaft auf dem Kongreß in Wien.

„Tit.

„Da die Unterzeichneten durch eine bedauerliche Verkettung von „Umständen bis jetzt in einer Stellung gegen die hohe eidgenössische „Gesandtschaft waren, welche den beiderseitigen Zweck unmöglich fördern „konnte, so ist es ihnen, zumal in diesem Augenblick, wo, (wie es „scheint) neue Verwicklungen in die Angelegenheiten des Veltlins und „der Grafschaften gebracht worden, unendlich angenehm G. Exc. und „Hochg. Herren anzeigen zu können, daß durch neue Weisungen, „welche sie von ihrer Regierung erhalten haben, hoffentlich alle Schwierigkeiten gehoben sein werden, die sie bis jetzt verhinderten, durchaus „einverständlich mit der S. Gesandtschaft zu handeln. Sie sehen sich „befugt, zu erklären, daß der Stand Graubünden, insofern kein an-

extrait de leur lettre. Dans la position critique de cette affaire en général, la légation Suisse ne veut pas intervenir par une démarche quelconque, mais elle vous prie de faire valoir ces dispositions des Grisons auprès des membres du comité, dans le cas qu'on mette en avant l'objection du refus des Grisons à s'allier avec la Valteline comme quatrième ligue.

Nous avons l'honneur etc. etc.

Vienne le 13 Février 1815.

REINHARD.

WIELAND.

DE MONTENACH."

» Cinquième Protocole du Comité du Congrès de Vienne pour les affaires Suisses.

No. 3.

Note

du plénipotentiaire autrichien près la commission Suisse à la dite commission.

Vienne le 10 Décembre 1814.

Sa Maj. Imp. et Roy. apost., loin de vouloir agrandir ses états aux dépens de la Suisse, et de faire valoir les droits qu'elle peut avoir sur des pays qui, pendant des siècles, ont fait partie des états qu'elle possède aujourd'hui en Italie, ne s'opposera pas à la réintégration de la Suisse dans ses anciennes limites, dès que sa reconstruction politique offrira une garantie de son repos, de son indépendance et de sa neutralité.

Sa Maj. a déjà donné des preuves non équivoques de ses sentimens à cet égard, et elle est même allée plus loin que toute autre puissance, en faisant le sacrifice du Frickthal, pour faciliter les arrangemens territoriaux en Suisse.

Quant à la Valteline, la situation particulière de ce pays, la détresse de ses habitans, la haine nationale qui existe entr'eux et leurs anciens concitoyens, leur vœu très-prononcé pour ne plus retourner à leurs anciennes relations avec eux, enfin les changemens politiques qui ont eu lieu en Suisse depuis que la Valteline en a été détachée, méritent de grandes considérations de la part

question au canton des Grisons, ou, comme une quatrième ligue séparée, quoique pas entièrement indépendante sous les rapports de l'administration civile et judiciaire, mais participant, dans une proportion équitable, à la représentation générale du canton, pour toute matière concernant les relations fédérales; où comme un corps politique indépendant, mais ayant la même espèce de liaison avec les Grisons qui subsiste respectivement entre les deux parties du canton d'Unterwalden et de celui d'Appenzell, de manière cependant que les Grisons gardassent toujours une supériorité marquée.

L'opinion de Monsieur de Reinhard est confirmée par celle de ses collègues, Monsieur de Wieland et Monsieur de Montenach, exception faite que ce dernier est de l'avis, que, si l'on s'attachait à la seconde proposition, il serait plus à propos de mettre les deux parties en équilibre, de sorte que leur voix à la diète fut annulée chaque fois qu'elles ne pourraient s'accorder.

Au sujet des indemnités pécuniaires réclamées par les Grisons, Monsieur de Reinhard, y étant invité, énonce aussi son opinion et propose en même temps un plan d'arrangement, à la suite de quoi il a été engagé à remettre confidentiellement au comité un résumé de ses idées, concernant la disposition des fonds placés en Angleterre.

Les membres de la légation Suisse ne pouvant pas se réunir à une opinion uniforme, on les engagea à examiner de nouveau la susdite question, et à communiquer au comité le résultat de leurs délibérations.

(Signé) STEWART.

STEIN.

WESSENBERG.

DALBERG.

HUMBOLDT.

LE COMTE CAPO D'ISTRIA.

STRATFORD-CANNING."

Cette légation remet confidentiellement deux mémoires; l'un concernant le mode le plus convenable d'agréger la Valteline etc. à la Suisse, l'autre concernant les moyens de faire droit aux Grisons à l'égard des indemnités réclamées pour les propriétés confisquées.

Sur ce dernier objet le comité est convenu de ce qui suit :
L'Indemnité sera composée des objets suivans.

1. Des bien-fonds encore existans et non vendus.

2. Des créances qui n'ont pas été déclarées. Il sera accordé un terme de deux ans, à dater de ce jour, aux propriétaires grisons, pendant lequel ils peuvent poursuivre juridiquement le recouvrement de tous les biens, effets et créances qu'ils croient être leur propriété, et qui, n'ayant pas été dénoncés lors de la confiscation et déclarés propriété Grisonne, ont été soustraits à cette confiscation.

3. De la quote-part de la dette italique dont la Valteline restera redevable ou créancière, selon le résultat de la dette italique.

4. Le résidu, qui ne sera pas éteint par les moyens indiqués ci-dessus, sera établi comme dette de l'état Valtelinois au profit des créanciers Grisons.

5. La différence existante entre les prétentions des Grisons et la dette reconnue par la Valteline, sera soumise à l'arbitrage de la diète helvétique.

Après quoi il a été convenu d'inviter les députés de Genève à se présenter devant le comité le 17 du courant.

(Suivent les Signatures.)

No. 1.

Note

présentée par la légation Suisse sur la réunion de la Valteline aux ligues grises.

» La Valteline, Chiavenna et Bormio étant restituées à la Suisse, il importe aux habitans de ce pays, au canton des trois ligues grises, qui jadis était le souverain de ces vallées, et à la confédération, de connaître sous quels rapports elles seront incorporées à la masse nationale.

3. Les deux parties projeteront de concert, par une conférence commissariale, et détermineront les instructions à donner à leurs députés.

4. Comme dans le sein de la diète il n'y a qu'un député par canton, qui siège et vote dans les délibérations fédérales, le député des ligues grises siégera et votera deux années de suite, et le député de l'autre partie ne siégera que la troisième année. Telle est l'opinion d'un des envoyés de la confédération; deux autres envoyés pensent que le député des vallées ne doit siéger que la quatrième année.

5. Si les deux parties ne peuvent pas s'accorder sur un ou plusieurs articles des instructions, chaque député pourra présenter à l'assemblée fédérale son mandat; mais le mandat du député siégeant déterminera le vote du canton.

6. Dans le cas où des difficultés s'élèveraient entre les deux parties du canton des Grisons, elle seront terminées d'après les formes et les lois établies dans le pacte et le code fédéral pour les difficultés existantes entre deux cantons.

7. Le contingent en hommes et en argent que la partie des trois vallées aura à fournir à la confédération, sera fixé par la diète.

8. Cette partie se gouverna d'après ses propres lois; elle aura sa législation; ses autorités judiciaires et exécutives ne dépendront que de sa propre constitution.

9. Les douanes et bureaux de péages, établis présentement sur la frontière des trois ligues, pourront être transportés sur la frontière des trois vallées; mais la perception de ces droits appartiendra exclusivement au trois ligues. Si ce transport ne s'effectuait pas, dans ce cas il serait interdit à la partie des trois vallées d'établir des péages sur la frontière. Cet avantage financier et la prérogative énoncée à l'article 4, sont une compensation pour les trois ligues, qui accordent l'émancipation et l'indépendance à leurs anciens sujets. Le député des trois vallées a déclaré très naïvement que son pays n'était pas encore mur pour la liberté; il faut l'en croire, mais cette vérité nécessite les précautions suivantes.

(Die Beltliner-Deputirten fordern ferner:)

3. Alle Organisations-Arbeiten sollten zwischen der eidgenössischen Gesandtschaft und den Unterzeichneten, unter Intervention und Mitwirkung eines österreichischen Kommissärs statt finden.

4. Vergütungen wegen der Konfiska sollten nur von dem italienischen Staatschatz geleistet werden.

5. Bis nach Vollenbung aller Organisations-Einrichtungen und Aufstellung eigener Miliz-Korps sollte ein österreichisches Truppen-Korps das Land besetzt behalten.

Falls anders verfahren werden sollte, würden sie sich zu Einlegung einer formellen Protestation bewegen finden."

Hierauf reichte die schweizerische Gesandtschaft nachfolgende Note ein.

Vienne le 27 Décembre 1814.

« En vertu de l'invitation que la haute commission lui a fait parvenir, la légation Suisse a eu l'honneur de remettre ses vues individuelles sur la réunion de la Valteline, de Bormio et Chiavenna comme quatrième ligue indépendante avec le canton des Grisons; mais ayant reçu depuis communication des demandes que ce canton a adressées à la diète, elle se trouve dans le cas de rectifier ses propositions de la manière suivante.

Au lieu de réunir ces trois comtés, comme ligues séparées, il paraîtrait plus convenable et plus conforme à leurs situations topographiques de les séparer et de joindre le comté de Chiavenna avec 13000 âmes, et celui de Bormio avec 5000 âmes au canton des Grisons, sous la condition qu'ils auraient une part déterminée à la souveraineté, une représentation au grand conseil, pour quatre membres pour Chiavenna et de deux membres pour Bormio et une justice séparée de hochgericht.

Ces deux contrées sont montagneuses, peu fortunées et ont des mœurs et des habitudes pareilles à celles des Grisons. Leur réunion serait naturellement utile et donnerait plus de consistance à l'ancien canton.

La Valteline parcontre avec 64000 âmes, formerait de la manière proposée une quatrième ligue indépendante. Ce comté plus fertile, plus fortuné que les autres parties des Grisons, s'orga-

niserait plus facilement sous une administration séparée, et aurait à lui seul des ressources suffisantes pour être agrégé aux trois anciennes ligue.

Am nachfolgenden Tage, den 28. Christmonat 1814, überreichte der graubündnerische Abgeordnete von Salis-Sils dem Minister-Komite eine sehr ausführliche, die Souverainetäts-Rechte Bündtens über die drei Thäler rechtfertigende, Note über den nämlichen Gegenstand, welche dahin schloß:

« Néanmoins le gouvernement des Grisons, combinant ses sentimens patriotiques et les intérêts de la confédération générale, avec ses devoirs pour le maintien des droits et du bien-être de son canton a jugé convenable de déclarer:

Que ce canton se montrera prêt à renoncer à ses droits de souveraineté en faveur de la Valteline, Chiavenna et Bormio, et de leur accorder ensuite, dans la qualité de partie intégrante de la confédération helvétique, la co-jouissance des droits politiques, sous les conditions précises d'un rétablissement complet ou d'une indemnité pour toutes les propriétés injustement confisquées aux particuliers, enfin de la fixation des rapports politiques futurs analogues aux vœux émis par les Grisons. »

Unmittelbar darauf, und unter dem nämlichen Datum vom 28. Christmonat 1814, überreichte der gleiche graubündnerische Abgeordnete von Salis-Sils dem Minister-Komite eine zweite sehr ausführliche Note über die Verhältnisse Graubündtens zu den drei Thälern, in welcher er die Verhältnisse und Beschaffenheit derselben sehr ausführlich auseinandersetzt; die Einverleibung von Chiavenna und Bormio mit Graubündten anspricht, und hingegen wegen dem Veltline dahin schließt:

« Les deux premières autorités constituées du canton des Grisons ont puisé dans ces raisons la conviction intime que l'intérêt commun, tant des deux parties dont il s'agit, que de celui de la confédération générale, exige de n'admettre, dans aucun cas, la réunion de la Valteline aux Grisons comme partie cantonale, mais bien de la constituer en un état particulier et agrégé à la république fédérée de la Suisse. »

Lettre

adressée par M. le Baron de Wessenberg, plénipotentiaire d'Autriche à M. le Baron de Stein, plénipotentiaire de Russie.

« M. le Baron de Humboldt m'a prévenu qu'on se réunirait aujourd'hui chez Votre Exc. pour entendre le rapport de M. le comte Capo d'Istria. Étant empêché de profiter de cette entrevue, je ne veux pas tarder à vous faire part de la note que M. le Landammann de Reinhard vient de m'adresser pour la remettre au comité, et dans laquelle il propose une nouvelle subdivision de la Valteline. Je ne crois pas que cette proposition soit conforme aux vœux et aux intérêts de la grande masse des Valtellinois, et il me paraît qu'un démembrement de la Valteline ne rendrait que plus difficile tout arrangement pour les confiscations. L'empereur mon maître est de l'avis qu'une agrégation de la Valteline au corps helvétique ne saurait s'effectuer d'une manière solide et convenable pour tous les partis, qu'en accordant à ce pays la même faveur qu'on a assuré à tous ceux qui ont été nouvellement réunis à la Suisse. Il n'y a pas de doute que la Valteline mérite sous tous les rapports d'être au moins assimilée au Valais, à Genève, à Neuchâtel.

Veuillez recevoir les assurances etc. etc.

Vienne le 28 Décembre 1814.

(Signé) WESSENBERG."

Note de la légation Suisse

à la haute commission chargée des affaires Suisses.

« La légation Suisse a été informée par L. L. E. E. Messieurs le comte Capo d'Istria et Stratfort Canning des difficultés qu'a fait naître sa note du 27 Décembre relative aux vallées de Bormio et de Chiavenna.

Si les vues individuelles de la légation, consignées dans sa première note, ont subi une modification dans la seconde, elle a été le résultat des ordres de la diète qui coïncidaient entièrement avec la conviction réfléchie des soussignés et une connaissance plus détaillée sur cet objet.

Dixième Protocole.**No. 2.**

**Note remise par les députés du canton des Grisons
en date du 13 Janvier 1815.**

La députation du canton des Grisons a le déplaisir d'apprendre que les vœux de ses commettans, exprimés dans la note remise le 28 Décembre 1814 à L. L. E. E. Messieurs les ministres rencontrent des obstacles imprévus, au point de causer des retards aux délibérations sur les affaires générales de la Suisse.

Pour prouver son désir de hâter un ouvrage si important pour le bien-être de la confédération, elle a l'honneur de proposer :

Que L. L. E. E. daignent fixer ici l'incorporation des trois provinces de Valteline, Chiavenna et Bormio au reste de la Suisse, à égalité de droits politiques et à l'instar des autres parties de cette république, qu'elles arrêtent la remise immédiate de ce pays à la diète, avec l'intervention des ministres résidants en Suisse, le soin de déterminer les rapports de ces provinces tant envers la confédération en général, que spécialement envers chacune de ses parties, ainsi que les différends à régler entr'elles et le canton des Grisons.

Au cas cependant où, contre tout espoir, ces demandes ne seraient point admises, les soussignés se trouvent dans la nécessité de répéter leurs réclamations antérieures, modifiées ainsi qu'il suit :

1. Qu'il soit accordé au canton des Grisons le droit d'exiger une indemnité pour la perte de ses revenus qui résultera de l'émancipation éventuelle de ces trois provinces, suivant le même principe qui pourrait être établi à l'égard d'autres cantons envers leurs ci-devant sujets.

2. Que le comte de Chiavenna soit uni au canton des Grisons sous la qualité de Hochgericht (Judicature) libre et sous les conditions contenues dans les notes précédentes. Cette union est rendue indispensable par la situation géographique de ce pays, qui l'identifie avec le canton, tant sous le rapport politique que sous celui de l'économie.

3. Que dans le cas que l'incorporation de Bormio aux Grisons rencontrât des difficultés trop grandes, les dispositions défi-

nitives, relatives aux rapports de ce pays avec la Valteline, soient ajournées jusqu'à ce qu'on ait entendu les vœux des habitans de cette vallée, si différens des Valtelinois en richesse, habitudes, caractère et mœurs.

Les soussignés croient enfin devoir faire observer à L. L. E. E. qu'ils doutent fortement que les prétendus députés de la Valteline, Chiavenna et Bormio, qui se trouvent ici, puissent avec droit faire valoir ce caractère, d'autant plus que plusieurs de leurs expositions à nous connues (non officielles) sont entièrement en opposition avec les vœux positifs de leurs prétendus commettans, sur lequel objet les soussignés se trouvent munis des preuves les plus convaincantes.

Vienne le 13 Janvier 1815.

(Signé) DE SALIS-SILS.
D'ALBERTINI.
DE TOGGENBURG."

No. 3.

N o t e

présentée par les députés des Grisons, datée du 13 Janvier 1815.

« Les soussignés, convaincus que L. L. E. E. Messieurs les Ministres auront reconnu la justice des réclamations des particuliers dépouillés de leurs propriétés en Valteline, Chiavenna et Bormio, par un acte de violence, se permettent d'ajouter au contenu des mémoires présentés à ce sujet :

1. Que si L. L. E. E. trouvaient trop difficile une restitution effective et qu'elles jugeassent mieux que les pertes souffertes fussent compensées par un équivalent, l'on veuille ne point considérer comme sanctionnées les ventes et transactions des effets confisqués, jusqu'à ce que cet équivalent soit fixé et dûment assuré.

2. Que la décision de toutes les questions qui pourraient naître au sujet de cet équivalent soit remise à une commission helvétique impartiale, sans admission de membres ni du canton des Grisons, ni de la Valteline, Chiavenna et Bormio.

Vienne le 13 Janvier 1815.

(Signé) DE SALIS-SILS.
D'ALBERTINI.
DE TOGGENBURG."

No. 4.

Rapport du comité

institué pour les affaires Suisses, avec des pièces annexées sous
Litt. A. B. C. D. E. E 2. F. G. et H.

Extrait touchant la Valteline.

« La cour d'Autriche, par une suite de dispositions bienveillantes dont elle vient de donner un nouveau témoignage par la renonciation expresse de tous ses droits sur le Frickthal, désirant de contribuer efficacement à la consolidation du système politique et fédératif du corps helvétique, consent à lui restituer les vallées de Chiavenna, Bormio et Valteline, aux conditions suivantes :

1. Que les habitans de ces contrées jouiront à l'avenir des mêmes droits, de la même liberté civile, de la même indépendance que ceux des XIX cantons.

2. Qu'attendu que ces pays ont fait partie du royaume d'Italie, ils aient à supporter leur quote-part de la dette liquidée et constituée de ce royaume.

Aussitôt que le plénipotentiaire d'Autriche eut notifié les intentions bienveillantes de sa cour envers la Suisse, le comité désira avoir quelques explications avec les députés de la Valteline, et donna audience à ceux des Grisons, chargés par leur canton de réclamer les indemnités pour leurs biens confisqués dans la Valteline. Finalement il s'adresse à la légation Suisse pour recueillir ses opinions sur le mode de réunir ce pays au corps helvétique, en ayant égard aux conditions mises à la restitution par la cour d'Autriche.

La pièce ci-jointe (E 1.) porte en substance le résultat des délibérations qui ont eu lieu à cet égard, ainsi que l'opinion du comité. On joint ici l'opinion particulière du plénipotentiaire d'Autriche qu'il a présentée au protocole (E 2.).

1. Sur le mode de réunir la Valteline aux ligues grises, et par là au corps helvétique ;

2. Sur celui de faire droit aux prétentions des Grisons, quant à leurs biens confisqués dans la Valteline lors de la république cisalpine.”

Pièce annexée Lit. E2. (Es ist diejenige, welche auf pag. 533 unter No. 3 zu lesen ist.)

Extrait

du procès verbal de la séance tenue le 9 février 1815, par les plénipotentiaires des huit puissances d'Autriche, d'Espagne, de France, de la Grande-Bretagne, de Portugal, de Prusse, de Russie et de Suède.

« On a passé ensuite au rapport de la commission sur les affaires de la Suisse.

Lecture a été faite du projet de déclaration constituant la partie principale de ce rapport.

Monsieur le prince de Metternich ayant annoncé qu'il avait fait rédiger un contre-projet, contenant quelques changemens dans cette pièce, ce contre-projet a été lu de même. (Dieses österreichische Gegenprojekt ist bei den Akten nicht zu finden.)

Plusieurs plénipotentiaires ont été d'avis que les changemens proposés par l'Autriche étaient assez importans pour motiver le renvoi à la commission.

Après une longue discussion, amenée par cette proposition, il a été décidé que le projet de déclaration, de même que le contre-projet de l'Autriche, seraient renvoyés à la commission pour les soumettre à un nouvel examen, et que, relativement à l'article de la Valteline sur lequel Monsieur le prince de Metternich s'est réservé l'explication définitive, il serait prêt à entamer la discussion de cet article.

Sur quoi la séance a été levée.

(Signé) NESSELRODE.

RASOUMOFFSKY.

STACKELBERG.

WELLINGTON.

CLANCARTY.

CATCHART.

STEWART.

GOMEZ-LABRADOR.

DALBERG.

LATOUR DU PIN.

TALLEYRAND.

NOAILLES.

LOEVENHIELM.

LOBO.

PALMELLA.

HUMBOLDT.

METTERNICH.

WESSENBERG."

besonderer Kanton, welcher vermuthlich unter Oesterreichs vorherrschenden Einfluß gestellt worden wäre, gebildet werde;

c. daß die Schweiz, mit Ausschluß jeder mit auswärtigen Staaten besonders abzuschließenden Militär = Kapitulationen, sämmtlichen ihre Verhältnisse garantierenden Mächten gleichmäßig das Recht der freien Werbung auf ihrem Gebiete gestatte;

d. daß die in der Schweiz gelegenen, noch unveräußerten Güter des Johanniter = so wie des Deutschordens diesen beiden Orden zurückgegeben werden.

Observations

du plénipotentiaire français sur le nouveau projet d'arrangement des affaires Suisses.

» On pense que l'affaire de la Valteline peut être passée sous silence. Mais les Suisses croient que Bormio et Chiavenna doivent leur être données. Ce sont les clefs du midi de la Suisse.

On ne peut pas attacher le principe de l'indépendance de la Suisse à l'acceptation de l'acte. Il ne faut donc parler que de neutralité. L'indépendance en elle-même est la conséquence nécessaire de l'existence de tout état politique.

La restitution des droits de l'ordre Teutonique fait demander les mêmes avantages pour l'ordre de Malte. Cependant l'ordre Teutonique devrait d'abord être rétabli comme ordre Souverain. On peut consentir à cet article, s'il est convenu avec les cantons intéressés; qu'on parle des deux ordres, et que les états de l'Allemagne restituent les propriétés de tous deux. Sans que ces conditions soient admises, ce serait blesser les intérêts des Suisses, sans obtenir un résultat important, et cela conduirait à de trop grands sacrifices de la part des cantons. Ce serait par conséquent une mesure impopulaire et par cela même, contraire aux intérêts des puissances intervenantes.

Le libre enrôlement serait une atteinte portée à la souveraineté de la Suisse et contraire au système des capitulations. Les Suisses eux-mêmes ne peuvent y consentir, et les puissances qui ont signées des capitulations ne l'admettront pas, parce qu'elles ont signé ces mêmes capitulations, qui ne les empêchent pas d'aller servir où ils veulent.

puissances et de faire cesser leurs doutes et leur inquiétude, persuadés que son Altesse ne verra dans cette démarche, d'un côté, que le sentiment de respect et de confiance qu'ils éprouvent pour sa personne et de l'autre, une juste sollicitude pour le bien et l'avantage de leur pays.

Vienne le 3 Mars 1815.

(Signé) REINHARD.
DE MONTENACH.
WIELAND."

à Messieurs les envoyés de la confédération Suisse.

« Dans le même temps que les intérêts généraux de la confédération ont été réglés par la déclaration du 20 de ce mois, que Messieurs les plénipotentiaires des puissances signataires du traité de Paris ont fait remettre à Messieurs les envoyés de la confédération par un office du même jour, Sa Maj. l'Empereur d'Autriche a pris une détermination sur deux objets qui concernent directement le canton des Grisons. Par l'une de ces dispositions Sa Maj. Impériale a fait connaître son intention à faire arbitrer les indemnités que réclament plusieurs particuliers Grisons pour des pertes qu'ils ont essuyées par suite des confiscations qui ont eu lieu dans le ci-devant département de l'Adda. Par la seconde disposition Sa Maj. Impériale a déclaré de renoncer à la Seigneurie de Razüns en faveur du canton des Grisons.

Le soussigné ministre d'état et des affaires étrangères de Sa Maj. Imp. et Roy. Apost. s'est acquitté par un office du 20 de ce mois de l'ordre qu'il avait reçu de son auguste maître, de porter ces deux dispositions à la connaissance du gouvernement du canton des Grisons.

Sa Maj. Impériale ne voulant pas laisser ignorer à MM. les envoyés de la Suisse une détermination qui intéresse, à double titre, l'un des cantons de la confédération, le soussigné doit avoir l'honneur de remettre une copie du dit office à Son Excellence Monsieur l'ancien Landammann de Reinhard pour son information, ainsi que pour celle de MM. les autres envoyés.

Le ministre etc. saisit avec empressement etc. etc.

Vienne le 23 Mars 1815.

(Signé) METTERNICH."

velle preuve de la haute bienveillance de Sa Maj. l'Empereur, et s'empressera d'en donner connaissance à la diète.

Elle saisit cette occasion etc. etc."

Vienne le 25 Mars 1815.

(Suivent les Signatures.)

Beilage Nr. 20. Seite 339.

Wörtlicher Inhalt der stattgefundenen Mittheilung an die eidgenössische Gesandtschaft über die zu Wien abgeschlossenen die Schweiz betreffenden Verhandlungen.

Les puissances signataires du traité de Paris du 30 Mai 1814 ont chargé le soussigné de remettre à Mess. les envoyés de la confédération helvétique la déclaration ci-jointe. Elle contient la décision des questions soumises à l'intervention du congrès.

Les puissances invitent Mess. les envoyés de se rendre incessamment en Suisse pour la communiquer eux-mêmes à la diète. Intimement persuadées que la Suisse ne pourra que reconnaître dans cette déclaration la bienveillance et l'impartialité, qui seules l'ont dictée, les puissances désirent néanmoins que Mess. les envoyés soient à même d'y ajouter l'autorité de leur témoignage personnel et de contribuer sur les lieux à la tranquillité et au bonheur de leur patrie. Elles adressent sans délai à leurs ministres accrédités auprès de la diète les instructions et pouvoirs nécessaires pour donner suite aux dispositions de la déclaration, et pour remplir avec promptitude, et de la manière la plus avantageuse à la Suisse les engagements contractés par les puissances.

Le soussigné prie Mess. les envoyés etc. etc.

Vienne le 20 Mars 1815.

**Le Président des conférences
des plenipotentiaires des huit puissances signataires
du traité de Paris.**

(Signé) **LE PRINCE DE METTERNICH.**

munes d'Altschweiler, Schönbuch, Oberweiler, Terweiler, Ettlingen, Furstenstein, Plotten, Pfeffingen, Aesch, Bruck, Reinach, Arlesheim, lequel district sera réuni au canton de Bâle.

2. Une petite enclave située près du village Neuchâtelois de Lignières et laquelle étant aujourd'hui quant à la juridiction civile sous la dépendance du canton de Neuchâtel, et quant à la juridiction criminelle sous celle de l'évêché de Bâle appartiendra en toute souveraineté à la principauté de Neuchâtel.

Art. 4.

1. Les habitans de l'évêché de Bâle et ceux de Bienne réunis aux cantons de Berne et de Bâle jouiront à tous égards sans différence de religion, (qui sera conservée dans l'état présent) des mêmes droits politiques et civils, dont jouissent et pourront jouir les habitans des anciennes parties des dits cantons. En conséquence, ils concourront avec eux aux places de représentans et aux autres fonctions suivant les constitutions cantonales. Il sera conservé à la ville de Bienne, et aux villages ayant formé sa juridiction les privilèges municipaux compatibles avec la constitution et les réglemens généraux du canton de Berne.

2. La vente des domaines nationaux sera maintenue et les rentes féodales et les dîmes ne pourront être rétablies.

3. Les actes respectifs de réunion seront dressés conformément aux principes ci-dessus énoncés par des commissions composées d'un nombre égal de députés de chaque partie intéressée.

Ceux de l'évêché de Bâle seront choisis par le canton directeur parmi les citoyens les plus notables du pays.

Les dits actes seront garantis par la confédération Suisse. Tous les points sur lesquels les parties ne pourront s'entendre seront décidés par un arbitre nommé par la diète.

4. Les revenus ordinaires du pays seront perçus pour le compte de l'administration actuelle jusqu'au jour de l'accession de la diète helvétique à la présente transaction. Il en sera de même pour l'arriéré des dits revenus; ceux levés extraordinairement, et qui ne seraient point encore entrés en caisse cesseront d'être perçus.

5. Le ci-devant Prince-Évêque de Bâle n'ayant reçu ni indemnité ni pension pour la quote-part de l'évêché, qui autrefois

Genève passent par la grande route de Meyrin ou du mandement à la ville de Genève et réciproquement, après en avoir prévenu le poste militaire de la gendarmerie française le plus voisin.

Les puissances intervenantes interposeront de plus leur bons offices, pour faire obtenir à la ville de Genève un arrondissement convenable du côté de la Savoie.

Art. 6.

Pour établir des compensations mutuelles, les cantons d'Argovie, de Vaud, du Tessin et de St. Gall fourniront aux anciens cantons de Schwytz, Unterwalden, Uri, Glaris, Zoug et Appenzell (Rhode intérieur) une somme qui sera appliquée à l'instruction publique et aux fraix d'administration générale (mais principalement au premier objet) dans les dits cantons. La quotité, le mode de paiement et la répartition de cette compensation pécuniaire sont fixés ainsi qu'il suit :

1. Les cantons d'Argovie, de Vaud et de St. Gall fourniront aux cantons de Schwytz, Unterwalden, Ury, Zoug, Glarus et Appenzell (Rhode intérieur) un fonds de cinq cent mille livres de Suisse.

2. Chacun des premiers paiera l'intérêt de sa quote-part à raison de cinq pour cent par an ou remboursera le capital soit en argent, soit en bien-fonds à son choix.

3. La répartition soit pour le paiement soit pour la recette de ces fonds se fera dans les proportions de l'échelle de contribution réglée pour subvenir aux dépenses fédérales.

4. Le canton de Tessin paiera chaque année au canton d'Ury, la moitié du produit des péages dans la vallée Léventine. Une commission nommée par la diète veillera à l'exécution des dispositions précédentes.

Art. 7.

Pour mettre un terme aux discussions, qui se sont élevées par rapport aux fonds placés en Angleterre, par les cantons de Zurich et de Berne, il est statué :

1. Que les cantons de Berne et de Zurich conserveront la propriété du fonds capital, tel qu'il existait en 1803 à l'époque

pension viagère de six mille florins d'Empire et à ses employés une pension viagère de deux mille.

Ces pensions seront versées à dater du 1 Janvier mille huit cent quinze par trimestre dans les mains du canton directeur, qui les remettra respectivement à la disposition du Prince-Abbé de St. Gall et de ses employés.

Les puissances intervenantes dans les affaires de la Suisse donnent par la déclaration ci-dessus une preuve manifeste de leur désir d'assurer la paix intérieure de la confédération. Elles se font également un devoir, de ne rien négliger qui puisse en hâter l'accomplissement.

En conséquence elles s'attendent que les cantons sacrifiant au bien général toute considération secondaire, ne tarderont plus à adhérer au pacte fédéral librement arrêté par la grande majorité de leurs co-états, l'intérêt commun exigeant impérieusement que toutes les parties de la Suisse se réunissent le plutôt possible sous la même constitution fédérative.

La convention du 16 Août 1814 annexée au pacte fédéral ne saurait plus retarder cette réunion, son bût étant déjà rempli par la déclaration des puissances, elle devient par le fait comme non avenue.

Pour consolider de plus en plus le repos de la Suisse, les puissances désirent, qu'une amnistie générale soit accordée à tous les individus, qui, induits en erreur par une époque d'incertitude et d'irritation, ont pu agir de quelque manière que ce soit contre l'ordre existant; loin d'affaiblir l'autorité légitime des gouvernements, cet acte de clémence leur donnera de nouveaux titres à exercer cette sévérité salutaire contre quiconque oserait à l'avenir susciter des troubles dans le pays.

Enfin les puissances intervenantes aiment à se persuader, que le patriotisme et le bon jugement des Suisses leur prescriront la convenance ainsi que la nécessité de se sacrifier mutuellement le souvenir des différends qui les ont divisés et de consolider l'oeuvre de leur réorganisation en travaillant à la perfectionner dans un esprit conforme au bien de tous sans aucun retour sur le passé.

La présente déclaration a été insérée au protocole du congrès réuni à Vienne, dans la séance du 19 Mars 1815.

Fait et certifié véritable par les plénipotentiaires des huit puissances signataires du traité de Paris.

A Vienne le 20 Mars 1815.

(Suivent les Signatures dans l'ordre alphabétique des Cours.)

Autriche : LE PRINCE DE METTERNICH.
BARON DE WESSENBERG.

Espagne : S. GOMÈS-LABRADOR.

France : LE PRINCE DE TALLEYRAND.
LE DUC DE DALBERG.
COMTE DE LA TOUR DU PIN.
COMTE ALÉXIS DE NOAILLES.

Grande-Bretagne : WELLINGTON.
CLANCARTY.
CATHCART.
STEWART.

Portugal : PALMELLA.
SALDANHA.
LOBO.

Prusse : LE PRINCE DE HARDENBERG.
LE BARON DE HUMBOLDT.

Russie : LE COMTE DE STACKELBERG.
LE COMTE DE RASUMOWSKY.
LE COMTE DE NESSELRODE.

Suède : LE COMTE DE LOEWENHIELM.

(Wir glauben dem Wunsche unserer Leser zu entsprechen durch wörtliche Mittheilung von vier im Augustmonate ausgewechselten, bisher sehr wenig bekannten Denkschriften der österreichischen, russischen, preussischen und niederländischen Kabinette, deren Authenticität wir eben so wenig verbürgen, als bezweifeln können, welche jedenfalls geeignet sind wichtige Lehren über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu geben.)

Denkschriften der österreichischen, russischen, preussischen und niederländischen Minister, über die Frankreich vorzuschreibenden Friedensbedingungen, d. d. Juli und August 1815.

Memorandum du Prince de Metternich.

A. « La guerre de 1815 n'est pas une guerre de conquête. Elle n'a été entreprise que dans le double but d'abattre l'usurpation de Napoléon Buonaparte et d'asseoir un gouvernement en France sur des bases assez solides, pour qu'il puisse offrir des garanties de tranquillité à la France et à l'Europe.

Cette guerre ne doit pas dégénérer en guerre de conquête, parce que les déclarations des puissances et les termes des traités seraient en opposition à un pareil but. Une saine politique ne doit pas moins retenir les puissances de la laisser dégénérer en guerre de conquête, parce que une altération notable dans l'état de possession, tel qu'il se trouve établi par le congrès de Vienne, entraînerait un revirement général, dans lequel le but de la guerre, l'urgente nécessité de mettre un frein aux principes subversifs de l'ordre social, sur lesquels Buonaparte a fondé son usurpation, quelque courte qu'elle ait été, a donné le plus dangereux développement, se perdrait incessamment dans la foule de nouveaux intérêts qui résulteraient de pareils revirements.

Il est temps enfin de donner un nom au mal que nous combattons en France; le Jacobinisme armé seul pourrait espérer de tirer un avantage réel d'un bouleversement nouveau dans les relations politiques des puissances, relations toujours liées à leurs rapports géographiques et statistiques.

4. Que la France enfin se soumette à des mesures de police intérieure et momentanées, qui offrent au gouvernement royal un juste soutien et à l'Europe des gages de repos.

(Ad 1.) Cette indemnité ne pouvant avoir lieu qu'au moyen d'une contribution forcée, il suffit que, pour ne pas sortir du bût du présent mémorandum, j'admette cette contribution en thèse, en réservant la fixation de la quotité à une discussion séparée.

(Ad 2.) L'Europe et surtout les puissances limitrophes de la France ont le droit de demander que cet état ne demeure pas dans une attitude offensive.

A. L'attitude offensive de la France se fonde sur des positions offensives, qu'elle a trouvé moyen de se ménager depuis le règne de Louis XIV par l'établissement de grandes places d'armes et de forteresses placées à des postes assez avancés pour empêcher la formation et le déploiement d'armées, qui n'auraient d'autre bût que la défense de leur propre territoire.

B. Sur un système de fortification qui se trouve hors de proportion avec les moyens de défense des états voisins et non moins hors de proportion avec tous ceux, dont ils puissent jamais disposer, pour rétablir un balancement dans leurs attitudes militaires réciproques.

Le système de fortification de la France a été formé ou pour la conquête des places fortes que son gouvernement a conservées et augmentées, telles que les forteresses dans la Flandre française, ou par la construction de nouvelles places dans des provinces conquises et de ce nombre sont les forteresses de l'Alsace, de la Lorraine, de la Franche Comté et de la ligne du midi.

Le système de fortification de la France a acquis dans les derniers temps une nouvelle valeur par deux circonstances qui ne sauraient être trop portées en ligne de compte.

L'une est l'institution de la garde nationale, de cette grande force défensive qui suffit pour la dotation de toutes les places fortes de la France et qui permet à son gouvernement de jeter impunément au dehors toute sa force militaire réglée.

L'autre est la destruction de toutes les places fortes dans les Pays-Bas et en Allemagne, et cette dernière opérée par la France elle-même dans toutes les guerres depuis Louis XIV.

une des raisons qui a mis le plus de moyens offensifs à la disposition du gouvernement révolutionnaire.

Il suffit de connaître l'égoïsme et le manque d'esprit public qui caractérisent la nation française, pour vouer à cette considération une valeur toute particulière.

Il me paraît donc que l'intérêt permanent de l'Europe exige ;

A. Que la France perde les points offensifs que lui a laissés le traité de Paris.

B. Que les forteresses de la première ligne, ou passent sous la domination étrangère, et servent dorénavant à la défense des frontières des états voisins, ou que pour le moins elles soient rasées.

Si la première ligne des forteresses de la Flandre devait former dorénavant la frontière des Pays-Bas, celles-ci ne seraient pas placées par ce fait dans une attitude offensive contre la France, car il resterait dans ce cas à ce royaume deux lignes de défense fortifiées.

Si les places de l'Alsace étaient rasées, à l'exception de Landau, qui à mon avis, devrait être réuni à l'Allemagne pour compenser la perte de Philippsbourg, et à l'exception de quelques autres places qui ne peuvent servir qu'à la défense de cette frontière, sans menacer, comme Huningue, la tranquillité d'une capitale voisine ; si Strasbourg ne conservait que sa citadelle pour appuyer cette grande et importante cité, qui dans ce moment n'est qu'un vaste camp retranché, une place d'armes dans laquelle se formera et se concentrera toujours une armée qui, vu sa position à l'extrême frontière, portera, dès l'ouverture d'une campagne le théâtre de la guerre sur le territoire étranger, la sûreté de la France serait loin d'être menacée.

Les défilés et les positions des Vosges et du Jura, les forteresses de seconde ligne, qui sont susceptibles de grands développemens, formeraient des boulevards plus que suffisans, et que le manque de places fortes dans lequel se trouve le midi de l'Allemagne est loin de compenser en faveur des puissances voisines.

Il en est de même de la place de Briançon et de plusieurs fortifications sur la ligne du Midi qui devraient être démolies.

Il suffit de consulter l'histoire de tous les tems et de considérer le dénuement des moyens pécuniaires, dans lequel les

en contact de frontières avec la France ne doivent pas fournir des corps de troupes.

2. Quel devrait être le nombre des contingents ?

Je crois que le nombre total des troupes étrangères en France devrait pour le moins être de cent à cent cinquante mille hommes.

3. Fixer les rapports dans lesquels les généraux commandans ces troupes devraient se trouver vis-à-vis du gouvernement français.

4. Fixer les rayons, qui devraient être assignés aux cantonnemens de ces troupes.

Ces rayons me paraissent devoir être déterminés d'après des considérations combinées tant militaires, qu'administratives, et dans tous les cas tenir les troupes étrangères hors de contact avec les corps de l'armée française.

5. Prendre en considération jusqu'à quel point il serait convenable et utile d'employer ces corps auxiliaires à l'exécution des stipulations des traités futurs à la charge de la France.

Observations

sur la question de l'intégrité de la France, par Mr. de Gagern, ministre des Pays-Bas.

Deux grandes parties de l'Europe se sont fait la guerre, l'une évidemment dans l'intention d'aggrandir son territoire, d'envahir si elle réussissait. Appeler, admettre, ou applaudir Napoléon n'était autre chose que vouloir guerre, gloire, pillage et conquête.

L'Europe demandait à la France un gouvernement plus pacifique, et l'ancienne dynastie qui n'avait pas besoin d'un autre éclat, y paraissait le plus propre.

Napoléon parait; tout fléchit devant lui; la guerre éclate, il emploie les forces de la France, il succombe avec elle, et elle rejette aujourd'hui l'idée d'être payée de la même monnaie. J'analyserai brièvement ces sophismes pour s'y soustraire, et les combattrai par le gros bon sens. Il s'agit de cessions territoriales. *L'honneur français en serait blessé.*

Cet honneur français, est-il autrement fait, que celui des autres nations ? Je croyais à cet honneur français; j'y croirai encore, mais n'en parlons plus aujourd'hui. L'honneur est un sterling-valeur composé de divers élémens et attributions.

le Sûndgau, à l'ambassadeur français qui haussait ses prétentions à mesure qu'on accordait : *» Qu'il avait envoyé à son maître trois provinces dans une lettre.*» Après soixante ans de possession, le prince Eugène de Savoie observait encore à Torcy, le négociateur français : *» Que d'ailleurs l'Alsace n'était pas une province française, mais un pays de conquête qu'on devait abandonner sans peine.*»

Après cent soixante ans, nous disons la même chose. -Rien n'est oublié; rien n'est changé.

La prescription est une invention du droit civil inconnu au droit de la nature. On oublie sans doute les rapports, contracts, titres de famille; et pour couper court à des procès inintelligibles et interminables, l'esprit humain a inventé l'idée de la prescription, en admettant certain nombre d'années, l'unité, trois, dix, trente; enfin le temps immémorial. En politique il n'y a rien d'immémorial. L'histoire est là pour nous montrer clair et net l'origine des guerres, la transmission des possessions, les traités de paix et les motifs. Une saine morale veut que les traités de paix, même désavantageux, soient maintenus. Mais rompre pour d'autres causes l'état de guerre échéant, on revient au précepte : *» ce qui a été juste, équitable ou admissible pour vous, le sera aujourd'hui pour nous.*»

Dire qu'on ne fait la guerre qu'à Bonaparte est une des assertions les plus absurdes que jamais gens raisonnables se soient permises, et qui ne peut avoir été inventée que pour se moquer de nous. Nous ne la croirons que quand on nous aura prouvé, que lui seul mitraillait, tirait, sabrait à Quatre-Bras, Ligny, Waterloo. Qu'il y ait eu des gens assez sages en France, pour ne pas vouloir la guerre, et en craindre les suites, qui en doute? Charles XII était aussi un roi très-ambitieux et conquérant. La Suède gémissait de cet excès, et une grande masse de la nation désirait vivement la paix. Lui-même combinait, méditait déjà un autre système d'alliance et commençait même à briguer l'amitié de la Russie. La balle l'atteint. Les Suédois, dans leurs négociations et représentations se servirent à peu près de semblables argumens, ce qui n'empêcha pas Pierre le Grand de se faire céder

croît être quitte pour des sacrifices en argent. Qui leur permet ce choix ? A Münster et à Osnabrück on a fait marcher de pair la satisfaction en argent et les cessions territoriales, l'une modifiait l'autre. Votre traité d'alliance est rédigé avec une grande précaution et un excellent choix d'expressions.

« De préserver contre toute atteinte l'ordre des choses, si heureusement rétabli en Europe, et de déterminer les moyens les plus efficaces de mettre ces engagements à exécution, ainsi, que de leur donner dans les circonstances présentes toute l'exécution qu'ils réclament impérieusement. »

Et plus bas, Art. 1.

Les hautes puissances contractantes ci-dessus dénommées s'engagent mutuellement à réunir les moyens de leurs états respectifs, pour maintenir dans toute leur intégrité les conditions du traité de paix, conclu à Paris le 30 Mai 1814 ainsi que les stipulations arrêtées et signées au congrès de Vienne dans le but *de compléter les dispositions du traité*, de les garantir contre toute atteinte et particulièrement contre les desseins de Napoléon Bonaparte. »

Le but principal de la paix de Paris n'était donc certainement pas le ménagement du soi-disant honneur français ou de leur gloire ; la sécurité des Bourbons, les déférences pour cette dynastie ne tenaient indubitablement que le second rang. Une pacification durable, une juste répartition des forces, l'équilibre de l'Europe, sa tranquillité : voilà quel était le but ; et l'événement a prouvé sur le champ qu'on avait encore mal calculé qu'il fallait toute cette réunion de forces pour dompter la France. *Compléter la paix*, consolider cet état de repos, ce système d'équilibre, en chercher les moyens les plus sûrs, voilà le grand, le noble projet de notre alliance, et c'est à nous à juger ce qui doit former ce complément.

Loin de moi et de tout homme d'état qui connaît l'Europe l'idée d'un déchirement de la France, de l'antique France ; loin de moi l'intention de la réduire à un véritable point de faiblesse. Posséder sur le Rhin, avoir l'Alsace, n'est pour eux qu'un aliment d'orgueil, qu'une tentation, qu'un stimulant de plus, d'en avoir davantage, d'avoir la limite du Rhin toute entière.

les plus sages, seront sur le champ accusés d'ineptie et de corruption, et rien ne les relevera de ces reproches.

J'entends dire : *Il n'y a pas d'Allemagne*. Il me semble, que nous avons joliment prouvé qu'il y en a une, et une Allemagne et des Allemands ; une Allemagne qu'il ne faut point irriter ni injurier, une Allemagne qui a son genre de *public-spirit*.

La France a été atteinte de révolution parcequ'elle se croyait négligée, et que son roi était censé avoir souffert l'insulte et l'injustice!! Le meilleur moyen d'empêcher les révolutions, le discrédit des monarques, c'est d'en éviter les causes.

Pour les Pays-Bas quand on leur aura restitué les cantons enlevés sans motif, ce n'est pas une question d'ambition, mais une question essentiellement militaire, pour l'Allemagne une question nationale.

Dans un sens sans doute il n'y a pas d'Allemagne, il n'y a pas cet ensemble d'un vaste empire qui effraye les voisins par l'aggrandissement de son territoire. L'Allemagne, comme telle, est un système fédératif, une ligue, par sa nature, en paix avec tout le monde, et l'aggrandir n'est qu'un gage de plus du maintien de la paix de l'Europe ; et cette même considération majeure est encore applicable aux Pays-Bas. Monsieur de Bignon s'appliquait à prouver, que même après les sacrifices de la paix de Paris, la France serait l'état le plus puissant, l'état prépondérant sous tous les rapports. J'en suis intimement persuadé : il aura encore raison, même après la cession de l'Alsace, de la Lorraine et de la Flandre. Je pourrais dans cette même réminiscence de provinces arrachées y ajouter l'Artois, la Franche-Comté, si telle était ma conviction.

La guerre, pour me servir du langage des anciens, m'a toujours paru un jeu funeste, où les chances de gain et de perte devraient se trouver égales pour l'une et l'autre partie. Le contraire : tout d'un côté, rien de l'autre, est une absurdité ; je n'ai aucune animosité personnelle contre la France. Personne ne rendra plus de justice que moi à ce peuple vaillant, hospitalier, aimable, spirituel, mais gâté par la fortune et le désordre. Je lui souhaite bonheur et prospérité, Je repos après tant d'orages et son haut rang parmi les nations. Mais d'autres conditions me

ont fait au bien-être général. Ces garanties sont morales et réelles. Les unes ne peuvent reposer que sur l'opinion, les autres se fondent sur la force. Une constitution qui affermira le pouvoir du gouvernement du roi sur celui d'une représentation nationale, et qui identifie les intérêts créés par vingt-cinq ans de révolutions à ceux de la royauté, peut seule présenter l'ensemble des garanties morales.

Il importe d'examiner les garanties de l'une et de l'autre classe pour décider :

1. Si c'est dans l'une ou dans l'autre, ou enfin dans toutes les deux espèces de garanties, que les puissances alliées peuvent légitimement trouver celles qu'elles sont en droit de demander à la France.

2. Après avoir déterminé avec précision la nature de ces garanties, il est également important d'examiner quelles sont les formes moyennant lesquelles les puissances alliées peuvent les obtenir régulièrement et d'une manière analogue aux principes sur lesquels se fonde leur alliance.

Garanties réelles.

On commence par l'examen des garanties de ce genre. Elles pourraient consister dans les suivantes.

A. Resserrer les limites assignées à la France par le traité de Paris.

B. Lui enlever la ligne de défense qui garantit ses frontières, ou en détruire les fortifications.

C. La priver de tout le matériel de son état militaire et en détruire les sources.

D. Frapper la nation d'une forte contribution pécuniaire, qui la mette pour long-temps dans l'impossibilité de se relever de la crise actuelle.

Les puissances alliées en prenant les armes contre Buonaparte et ses adhérens, n'ont point considéré la France comme un pays ennemi. (Déclaration du 13 Mars; traité du 25 Mars; déclaration du 12 Mai.)

Maintenant qu'elles occupent le royaume de France, elles ne peuvent donc y exercer le droit de conquête.

Le motif de la guerre a été le maintien du traité de Paris

puisque la charge d'une contribution tombe sur chacun, et que céder quelques départemens ne tombe que sur l'ensemble et sur le gouvernement.

C. Comme ce cas supposé existe apparemment en France, aucune indemnisation purement en argent lui paraîtra plus dure, et sera moins avantageuse pour la coalition, qu'une indemnisation donnée en partie en pays; d'ailleurs le français est avare, la masse du peuple n'est pas riche: Si on lui demande une forte somme d'argent, il en sera plus mécontent, que si la France en général cède quelques départemens. Je préférerais donc d'indemniser les états éloignés de la coalition en argent, et de demander pour les autres du pays.

D. Quant aux garanties, l'expérience prouve que rien n'est plus fait pour aigrir une nation, que de lui demander des garanties temporelles.

Des cessions permanentes s'oublient; ce n'est que le trait de plume de la cession qui coûte; des cessions temporelles rappellent à chaque individu d'une nation le joug sous lequel elle se trouve et ces souvenirs se repètent chaque jour, chaque semaine, chaque mois, chaque année, aussi long-temps que cet état des choses dure, puisque la charge d'une occupation passagère pèse sur chacun et le pousse par son intérêt même, à se soustraire au joug qu'il porte et à le repousser; témoin l'occupation des forteresses de la Prusse de la part des français; qui prouve entièrement cette vérité.

Veut-on se brouiller avec la nation française en lui demandant des garanties temporelles?

Si l'on ne le veut pas, si l'on veut une paix solide, qu'on établisse entre elle et ses voisins des limites qui garantissent à l'une et aux autres une défensive naturelle ou artificielle.

E. Lorsqu'une nation a surpassé sa défensive marquée par la nature ou par l'art, elle devient offensive et menaçante par ce pas même.

Son activité, ses forces, sa politique, ses institutions, son esprit national, son opinion publique, tout prend alors la direction de sa situation géographique, et elle conservera cet esprit aussi long-temps que sa situation géographique restera la même.

l'Allemagne sera si grande qu'elle sera entraînée malgré elle à troubler le repos de l'Europe.

Pour le bien de l'Europe, pour le bien de la France, ne laissons pas échapper le moment favorable qui se présente à nous pour statuer une paix solide et durable.

Aujourd'hui nous le pouvons, la main de la providence a visiblement amené cette occasion, si on la laisse échapper, des torrents de sang couleront pour atteindre ce but, et les cris de ces malheureux nous en demanderont raison.

Paris 4 Août 1815.

HARDENBERG.

Beilage Nr. 22. Seite 380.

Acte, enthaltend die Anerkennung der ewigen Neutralität der Schweiz vom November 1815.

Acte portant reconnaissance et garantie de la neutralité perpétuelle de la Suisse et de l'inviolabilité de son territoire.

L'accession de la Suisse à la déclaration donnée à Vienne le 20 Mars 1815 par les puissances signataires du traité de Paris ayant été dûment notifiée aux ministres des cours impériales et royales par l'acte de la diète helvétique du 27 Mai suivant, rien ne s'opposait à ce que l'acte de la reconnaissance et garantie de la neutralité perpétuelle de la Suisse, dans ses nouvelles frontières fut fait conformément à la déclaration susdite.

Mais les puissances ont jugé convenable de suspendre jusqu'à ce jour la signature de cet acte, à cause des changemens, que les événemens de la guerre et les arrangemens qui devaient en être la suite, pouvaient apporter aux limites de la Suisse, et des modifications, qui pouvaient aussi en résulter dans les dispositions relatives au territoire associé au bienfait de la neutralité du corps helvétique.

le traité de Paris 'de ce jour, soit par le présent acte auquel toutes les puissances de l'Europe seront invitées à accéder.

En foi de quoi la présente déclaration a été faite et signée à Paris le 20 Novembre de l'an de grace 1815.

(Suivent les Signatures dans l'ordre alphabétique des Cours.)

Beilage Nr. 23. Seite 389.

Note des russischen Herren Geschäftstragers Baron von Krudener, über Anschluß der Eidgenossenschaft an die heilige Allianz, d. d. Zürich, den 10. August 1816.

A L. L. E. E. les Bourguemestres du canton directorial de Zurich.

Le soussigné chargé par l'empereur son auguste maître de présenter à la confédération Suisse le traité d'alliance fraternelle et chrétienne, conclu le 14/26 Septembre 1815, et de l'inviter à y accéder, se fait un devoir d'offrir ici sur ce sujet les développemens que le directoire fédéral attend de sa part.

L'empereur et ses augustes alliés, pénétrés de la grande pensée qui a présidé aux événemens de la dernière lutte Européenne, ont eu en vue d'appliquer plus efficacement aux relations civiles et politiques des états, les principes de paix, de concorde, et d'amour, qui sont le fruit de la religion et de la morale du Christianisme.

Ils se sont plus à considérer un acte tel que celui de la sainte alliance, comme étant le meilleur moyen de se pénétrer plus intimement eux-mêmes de ces préceptes conservateurs trop longtemps rélégués dans la sphère étroite des rapports individuels, de la faire apprécier aux autres et d'en rendre ainsi la pratique plus active, plus étendue et plus uniforme.

Dès long-temps tout homme impartial a dû être frappé de l'extrême circonscription à laquelle se trouvaient réduits ces principes salutaires, et n'a pu qu'attribuer à cette cause l'enchaînement des

par S. M. le Roi de France, et par S. A. R. le prince Régent d'Angleterre. Il se trouve dans les pièces annexées.

Il saisit cette occasion de renouveler à L. L. E. E. l'assurance de la plus haute considération.

Zurich le 29 Juillet (10 Août) 1816.

(Signé) LE BARON DE KRUDENER.

Beilage Nr. 24. Seite 440.

Botum des Landammanns von Reinhard über den neuen Bundes-Entwurf; vorgetragen dem großen Rathe des Standes Zürich im Hornung 1833.

Lit.

„Wenn in einem kurzen Menschenleben zum dritten Male der Zeitpunkt eingetreten ist, wo die Staatsverfassung der schweizerischen Eidgenossenschaft in die Frage kommt, und neu gebildet werden soll, so ist die unmittelbare Folge davon, daß der schnelle Wechsel von Ansichten und die Kulturstufe des Zeitpunktes, in welchem jedesmal die bürgerliche Gesellschaft stand, wesentlich auf diese Berathungen einfließen muß.

„Natürlich hat diejenige der Gegenwart das meiste Gewicht, und warum sollte sie es nicht, da man annehmen darf, zur Ehre des menschlichen Geistes und zum Dank gegen die göttliche Vorsehung, daß derselbe jedesmal vorwärts und nicht rückwärts zu schreiten anstrebt, und nur dann sich gehemmt sieht, wenn äußere Gewalt ihm unübersteigliche Schranken setzt.

„Aber darf, auch wenn kein äußerer Widerstand ihn lähmt, er sich selbst einem freien Schwung überlassen, oder soll er sich selbst binden? Soll er vergessen, daß er an dem materiellen und an dem historischen Stande der Welt klebt, und er an diese gefesselt sei, und daß er für diese, für seine Mitgenossen am Bunde allein arbeiten muß, wenn sein Werk gedeihen, fruchtbar und bleibend angepaßt werden soll? Das glaubt die Kommission wohl berücksichtigt und den Mittelweg

ist die Spitze, auf welcher wir heute stehen, die uns am weitem Vordringen, an Abweichung zur Rechten und zur Linken hindert, vielleicht uns schon den Rückweg abzuschneiden drohet, wenn wir uns nicht mit Mäßigung und Klugheit benehmen, oder uns gar einem enthusiastischen Eifer überlassen.

„Dieser Widerspruch der Grundsätze kann nicht aufgelöst werden durch Abschluß der Stimmen, oder durch getheilte Konfessionen. Jedem solchen Verfahren steht immer der bisherige einmüthig abgeschlossene Bund entgegen, an welchem ein Theil der Kantone, und ein Theil der Bevölkerung der vorschreitenden Kantone, und wenn sie auch die Minderheit wäre, rechtsförmig sich anzuklammern sich befugt glaubt. Und welcher Richter wird ihn umzustößen wagen, wenn er sich als Richter, und nicht als roher Gewaltthaber darbieten will?

„Dieser Gesichtspunkt ist es, der einer weitem Beleuchtung bedarf; er scheint mir viel wichtiger, als die sonst so interessanten Untersuchungen des vorliegenden Entwurfs selbst; denn hätten Sie auch diesen glücklich absolvirt, so bleibt dennoch jener schwebend, und wir sind nicht am Ziele. Aber beide neben einander gestellt und die Widerstands-Artikel durch die früheren Verfassungen beleuchtet, werde ich zeigen, ob man auf dem richtigen oder auf einem Irrwege sei.

„Als die alte Eidgenossenschaft im Jahr 1798 aufgelöst und in die helvetische Einheit verwandelt wurde, verschwand bald die Täuschung, daß durch die Zusammenschmelzung der materiellen und geistigen Kräfte der Kantone nun das Glück aller geborgen sei; daß nur die Wägsen und Besten regieren, und daß die ökonomischen Kräfte der Einen die Bedürfnisse Aller decken, ja sogar zu schönen Institutionen ausreichen würden.

„Die helvetische Ökonomie und Verwaltung nahm ein jämmerliches Ende; viele Millionen Schulden mußten durch die Sparhasen von Bern und Zürich gedeckt werden, und wenn auch die Hälfte davon auf die Invasion der Franken fiel, so wurde dennoch die andere Hälfte durch die Centralbehörden, Direktoren, Senat, Gerichtshof, Minister und den ganzen Troß des Bureaucrismus verschlungen.

„Die einsichtigeren Männer dieser helvetischen Epoche bemühten sich, sich aus diesem Schlamme herauszuwinden, aber immer hielten sie fest an dem Begriffe einer, wie sie sagten, freisinnigen aber starken Centralität; gerade darum mißlang dieselbe. Freisinnigkeit und Central-Ge-

„Nichts als die Korrespondenz mit dem Aus- und Inlande, die Einleitung der eidgenössischen- und Tagsatzungs-Geschäfte, die unerläßlichsten provisorischen Verfügungen mit Vorbehalt der durch Instruktion zu äussernden Willensmeinung der Kantone, und endlich die Vollziehung bestimmter Aufträge der Tagsatzung, sollten die Attributionen des Vorortes ausmachen. Nur in schnellen und gefährvollen Zeitläufen war die Tagsatzung befugt, dem Vororte Bundesräthe mit ausgezeichneter Vollmacht beizuordnen.

„Da erhebt sich nun der Einwurf: diese Kompetenz ist nicht genügend, weder für die Diplomatie noch für die Handhabung der öffentlichen Sicherheit; der Bundesrath als außerordentliche Maßregel ist nie angewandt worden, und daher ist auch diese Aushülfe nicht hinreichend. Allein diese Vorstellungsweise ist wohl unrichtig, vorzüglich in Bezug auf die Diplomatie; je langsamer diese geht, je weniger sie Vollmacht gegen das Ausland darbietet, je mehr gewinnt die Sicherheit der Schweiz. Das hat die Erfahrung bewiesen, und das Zeugniß des großen sachkundigen Vermittlers bestätigt. Die Erfahrung unter dem helvetischen Direktorio, das sich als Spielball Frankreichs hingab, das Zeugniß des Vermittlers der da sagte, wann ich von dem Landammanne etwas verlange, und er verbirgt sich hinter die Tagsatzung, so geht der mißliche Zeitpunkt vorüber, und die Schweiz ist gerettet. So wurden wir Anno 1811 von der Konstriktion gerettet, während er selbst von der großen Katastrophe über-eilt ward.

„Aber auch der zweite Satz ist unrichtig, daß man den Bundesrath permanent machen soll, weil er als außerordentliche Maßregel nicht ausreiche und nie angewandt worden sei. Nein, wahrlich nicht darum, daß er nicht genüge, sondern weil als zu weit greifend man ihn nicht wollte, darum ist er nicht angewandt worden. Ich beziehe mich auf das Ergebnis der neueren Tagsatzungen. Wie oft zweifelten sie, ob sie sich ohne Gefährdung des Vaterlandes vertagen dürfen oder nicht; aber lieber wollten die Gesandten mit großen Kosten ausharren, ja sie wollten lieber Lücken in den Lehnseffeln sehen, um sie nach Belieben wieder ausfüllen zu können, als ihre und ihrer Stände-Gewalt an andere übertragen.

„Wie kann man nun hoffen, diesen Gedanken ins Leben zu bringen? Nur als Surrogat des Vorortes wäre er ein kostbares Fantom,

„Man sagt zwar, die Tagsatzung von 1802 habe schon einen Bundesrath aufgestellt. Jener Entwurf enthielt den Vorschlag, fünfzehn Mitglieder in einen Bundesrath zu versammeln, während früher nur XIII Kantone den Bund ausgemacht haben. Folglich war keine Rede von Übertragung der Gewalt an eine Minderzahl von Magistraten. Eben so wenig eine Spur von einem Bundesgerichte, wo doch so viel Stoff zu Streitigkeiten vorhanden sein mußte. Es war lediglich eine provisorische Beschränkung der Tagsatzung auf fünfzehn Mitglieder, bis die, wie ein Schneeball, wachsenden Ansprüchen einzelner Landschaften, um sich zu Kantonen zu erheben, geläutert sein würden.

„Der Zeitpunkt von 1802 ist mir auch nicht fremd; ich bitte nur, zu berücksichtigen, daß der Entwurf von 1802 bloß ein Gutachten einer Kommission war, daß von keiner Tagsatzung berathen worden ist. Es würde sich damals die Schweiz weit eher zu einem etwas stärkeren Verbande vereinigen haben, als jetzt. Die helvetische Republik hatte alle Kantone zusammen verschmolzen, es entstand in der ganzen Schweiz eine Insurrektion gegen die helvetische Republik; ein Beweis, daß das ganze Volk den damaligen Zustand unerträglich fand. Nun entstand ein Chaos, wie noch keines in der Schweizergeschichte statt gefunden hatte. Die früheren Unterthanen-Länder hatten noch nie eine Organisation außer der helvetischen Verfassung gehabt, und die Unordnung in der ganzen Schweiz war so groß, daß man glaubte, es erfordere das dringende Bedürfniß, einen Bundesrath aufzustellen. Man darf somit aus jenem Entwürfe von 1802 keinen Schluß auf den gegenwärtigen ziehen. Wird ein Bundesrath aufgestellt, so werden einige Kantone zu dem neuen Bunde nicht zutreten, und die Revision des Bundes wird nicht möglich sein.

„Will man also vorwärts kommen, so müssen diese zwei Hauptpunkte beseitigt werden; alle übrigen scheinen der Unterhandlung fähig. Selbst der Kanton Zürich kann dabei nur gewinnen.

„Aber gesetzt, wir oder eine große Zahl von Kantonen könnten sich auf einen Entwurf vereinigen — welches wird dann der Zustand der Schweiz sein, und welche Folgen werden eintreten, wenn kein Bund, sondern nur getheilte Konfödate geschlossen werden können? Dieses ist eine ernste Frage.

„Vorderst erkläre ich als meine persönliche Überzeugung und Ansicht, daß, welches immer der neue, einmüthig geschlossene Bund der

mehr in Ihrer Macht, die Diplomatie des selbst eigenen Urtheiles zu berauben, ob der Stand der Verträge noch der gleiche, und ob sie zu Erfüllung der Garantie der Neutralität, ja sogar des Bestandes, noch verbunden sei.

„Da werden Sie, Hochg. Herren, mir vielleicht erwiebern, warum sollte der einfache Gebrauch unsers Rechtes, ja sogar das Wachsthum unserer innern Kräfte, und des Wohlwollens der hohen Mächte und der Wirkung der bisherigen wohlthätigen Traktate berauben?

„Allerdings wäre es traurig, wenn diese eben gedachten Folgen nothwendig aus jeder Veränderung, ja sogar Verbesserung unsers innern Zustandes entspringen müßten.

„Aber prüfen sie selbst den Zustand unsers Vaterlandes, ob wir beschaffen seien, Vertrauen dem Auslande einzulösen. Wo ist die Eintracht, ja nur die formelle Einmüthigkeit eines neuen Bundes? Wo ist nur die äußere Repräsentation desselben? wer ist befugt im Namen aller zu sprechen, wie solches doch im Jahr 1814 der Fall war, wo einer schweizerischen Gesandtschaft als Organ einmüthiger Instruktionen zu thun gegeben war, einen einzigen, freilich wichtigen Punkt ausgenommen, nämlich denjenigen der Territorial-Ansprachen, das beste zu bewerkstelligen. Über diesen allein wurde ihr die Vollmacht versagt. Will nun ein Konföderats-Vorort oder ein Konföderats-Bundesrath an die Stelle dieser Einmüthigkeit treten?

„Betrachten Sie ferner die inneren Zerrwürfnisse, die in drei Kantonen zu vollem Ausbruche kamen und nur zum Theil beruhiget sind. Mit welchen andern Mitteln als mit der Pflicht der Garantie des jetzigen Bundes, wollen Sie solche definitiv beseitigen?

„Betrachten Sie ferner den Geist der öffentlichen Blätter, der offenkundigen Sprache in den Rathssälen, welche zugleich der Abdruck des Geistes der großen Masse der Bevölkerung dargeben soll, ob in denselben Unparteilichkeit gegen alle Mächte, welche die Traktaten berühren, herrsche, ob nicht offenbare Hinneigung nach einer Seite vorwalte, welche geradehin wieder das Mißtrauen der andern provozierte. Und setzen Sie dann noch den möglichen, ja wahrscheinlichen Fall, daß ein neues Personal eines mit großer Gewalt bekleideten neuen Bundesrathes im gleichen Sinne hingestellt würde, so frage ich Sie selbst, ob Sie glauben, daß das Urtheil der Mächte über den Status der Verträge, zu Gunsten der neuen Schweiz ausfallen müsse.

ihnen zu fordern. Genug, daß sie den fortwährenden keine Hindernisse mehr in den Weg legen, und sie nach Belieben gewähren lassen.

„Wahrlich, dieser Antrag ist eine Aufkündigung des Bundes; es ist die Abtrennungserklärung von Seite Zürich's, und derer die ihm zustehen. Nicht diejenigen trennen sich ab, die diese Erklärung empfangen, sondern diejenigen die sie geben; alle Folgen fallen auf das Haupt der letzteren zurück. Dieses scheint man mit Vorbedacht zu erwarten, ja ich erlaube mir den Ausdruck, sie braviren zu wollen.

„Nun wohl! wenn die Vorsehung uns dieses Loos bestimmt hat, so wird, als Staatsbürger ein jeder dasselbe zu ertragen haben. Aber kann dieser verpflichtet werden, einen thätigen Antheil an einem neuen Konfödate zu nehmen? Es handelt sich nicht mehr um den Vorwand des Schutzes der Kantons-Verfassung, welcher seiner Zeit dem Siebner-Konfödate unterlegt worden ist. Nein; es handelt sich um den vollen Widerspruch zwischen zwei Verfassungen. Wer wird denselben lösen? wer entbindet den Bürger des Eides, den er dem jetzigen Bunde geschworen hat? Wird die theilweise Konfödate-Pflicht, die allumfassende Pflicht des Bundes aufheben? welche der beiden Pflichten ist der andern untergeordnet? Wahrlich; dieses alles sind schwierige Fragen, in deren Verwicklung man sich ohne Noth hineinwirft. Welche Verwirrung der Begriffe, welche Immoralität muß für den einen der abweichenden Theile entstehen, und was kann das Gemeinwesen bei solcher Depravation des Gemüthes gewinnen? Das moralische wie das physische Gemälde fängt an in Schauer auszuarten.

„Verzeihen Sie, Hochg. Herren, diese lange Rede; sie ist vielleicht meine letzte Herzensergießung. (Der Redner war 78 Jahre alt.)

„Ich komme nun zu meinen Anträgen; vorderst über die Form des vorliegenden Entwurfs, und erlaube mir die Anmaßung zu rügen, daß das Hauptwort „Entwurf“ in ein bloßes Beiwort verwandelt worden ist, gleich als ob die Existenz und Annahme des neuen Bundes schon vorausgesetzt würde.

„Ferner rüge ich, und bedaure inniglich den Gebrauch des Namens Gottes im Eingange eines einfachen Gutachtens einer Kommission, dessen öffentlicher Inhalt sehr leicht, ja wahrscheinlich zu einer unglücklichen Spaltung und Abtrennung in der Eidgenossenschaft zu führen, geeignet ist. Was bleibt der religiösen Erhebung bei einem feierlichen Vereinigungsabschluß übrig, wenn das Heilige zu einem Partei-Sym-

bole verwendet wird. Zudem ist auch diese Form jeder diplomatischen Übung bei einfachen Entwürfen zuwider.

„Über die Sache selbst, schließe ich dahin, „daß die Artikel, welche „die Aufstellung eines Bundesrathes und eines Tribunals, mit ihren „bezeichneten Attributen enthalten, beseitiget und verworfen, dagegen „mit allen eidgenössischen Ständen gleichzeitig und gleichförmig über „die Artikel:

- a. „des freien Verkehrs und des Zollwesens;
- b. „der freien Niederlassung;
- c. „des Interventions-Rechtes der Tagsatzung und des Vorortes „bei eintretenden Unruhen im Inneren der Kantone, und
- d. „der Bundes-Ökonomie und gegenseitigen Leistungen in Unter- „handlung getreten, nähere Bestimmungen entworfen und ad Ratifi- „candum genommen werden.“

„Ich glaube, daß auch mit dem Anhange, welcher von einem Mit- gliede vorgeschlagen wird, kein Bund geschlossen werden kann, und daß großer Zwiespalt in der Eidgenossenschaft entstehen wird. Ich sehe mich daher genöthiget, auf Annahme nachfolgender Verwahrung anzutragen: „Bis ein neuer Bund einmüthig geschlossen ist, verwahre ich für „alle Eidgenossen, die dem alten beschworenen Bund anhängen, den „Fortbestand desselben gegen alle Beeinträchtigung oder gewaltsame „Hemmung ihrer Rechte und Freiheiten, ihrer Ehren, des Eigenthums, „ihrer Unabhängigkeit und Selbstständigkeit und der für die Sicherheit „und Neutralität des Vaterlandes, aus den bestehenden Traktaten ent- „springenden Vortheile und Gewährleistungen.“ Ich bin überzeugt, daß Sie, Hochg. Herren, in kurzer Zeit bereuen werden, eine solche Basis aufgestellt zu haben, wie sie der Entwurf darbietet.“

Verbesserungen.

Der Verfasser wünscht, für die zahlreichen Druckfehler, einige Entschuldigung in seinem Mangel an Übung in Besorgung von Korrekturen zu finden, und beschränkt sich darauf, wenige, Sinn entstellende Irrthümer herauszuheben.

6. 19 3. 11 anstatt 1783, l. 1738.

- | | | |
|-----|---------|--|
| 109 | 19 | über diese Punkte, l. über die Punkte. |
| 110 | 5 | vernehmen, geführt, l. vernehmen wollten, geführt. |
| 117 | 5 | (Beilage 4.), l. (Beilage 4 bis.) |
| 118 | 3 | (Beilage 5.), l. (Beilage 5 bis.) |
| 122 | 25 | (Beilage 6.), l. (Beilage 6 bis.) |
| 129 | 19 | (Beilage 7.), l. (Beilage 7 bis.) |
| | 25 | Landgemeinden, l. Landsgemeinden. |
| 137 | 7 | seinen gestrigen erhaltenen l. seinen gestern erhaltenen. |
| 145 | 16 | vielleicht nicht einmal, l. vielleicht höchstens einmal. |
| 161 | 14 | Schwierigkeiten, l. Verwickelungen. |
| 169 | 15 | durch Straßburg ²), zu Schaffhausen, l. durch Straßburg, zu Schaffhausen ²). |
| 184 | 1 | Republik Wallis ⁴), und die altdeutschen Ortschaften Kehl, Cassel und Wesel, nebst dem Staate Toscana, Parma und Piacenza u. s. w., l. Republik Wallis ⁴), die altdeutschen Ortschaften Kehl, Cassel und Wesel, und das italienische Großherzogthum Toscana. — Parma und Piacenza u. s. w. |
| 228 | 22 | 24. Juni 1813 fällt ganz weg. |
| 250 | 3 | rhätischen drei Stände, l. rhätischen drei Bünde. |
| 251 | 21 | Bern's an Aargau, l. Berns im Aargau. |
| 256 | 23 | glücklich, l. unglücklich. |
| 277 | 12 | daß die Absendung eines eidgenössischen Gesandten zum Wiener-Kongreß, l. daß die Aufnahme eidgenössischer Gesandten auf dem Wiener-Kongreß. |
| 280 | 5 | (Beilage Nr. 10.), l. (Beilage Nr. 18.) |
| 385 | 1 | werden, l. wurden. |
| 393 | 20 | 1814, l. 1815. |
| 394 | 7 | 1815, l. 1816. |
| 395 | 11 | der Billigkeit in dieselben ein, l. der Billigkeit in diese Klassen ein. |
| 415 | 7 u. 8. | dieses letztgenannten Standes, l. des erstgenannten Standes. |

